REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

# analyse & kritik

Nr. 359 · 20.10.1993

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 57 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

# Inhalt


1. Neue deutsche Hausordnung
2. Birgit Hogefeld zu ihren Haftbedingungen (Dokumentation)
3. "... wohin willst du mit deinem Text?" Birgit Hogefeld an Helmut Pohl (Dokumentation)
4. Demokratie gerettet - Patient im Koma
5. Der Krieg hat Moskau erreicht Von Kai Ehlers - Kai Ehlers
6. "Ein Konsens ist nicht möglich." Gespräch mit Boris Kagarlitzky
7. Jelzin als Alleinherrscher - Andreas Skrypietz
8. Der Weg ist das Ziel
9. Betr.: Antifaschistische Zeitung für Rußland
10. "Der Westen hat seine Maske abgelegt." Gespräch mit Vadim Damier
11. "Erhebe dich, du großes Land!..."
12. Kronzeugen-Debakel und Doppelbestrafung. Zum Stammheimer RAF-Prozeß gegen Ingrid Jakobsmeier - Rolf Gössner
13. Es wird Zeit, daß sie rauskommen (Bernd Rössner)
14. Die Linke - zwischen den Welten (Buchbesprechung) - Boris Scharlowski
15. Innere Sicherheit - "Das wahlentscheidende Schlüsselthema der Innenpolitik 1994" (Gerster) - U. Jelpke, A. Maurer, H. Schröder
16. Wende in der Tarifpolitik
17. Bischofferode: Warten auf Godot?
18. Raubzug für die Reichen. Die soziale Wirklichkeit der Ein-Dreißigstel-Gesellschaft
19. Woher holen die Rechtsextremen ihre Stimmen? (Hamburger Bürgerschaftswahl)
20. Politische Eckpunkte der SPD für die Verhandlungen mit der GAL (Dokumentation)
21. Woher holte die GAL ihre Stimmen? (Hamburger Bürgerschaftswahl)
22. Stimmen aus der linken Ecke (Hamburger Bürgerschaftswahl)
23. Forderungen zur Änderung der Hamburger Asyl- und Flüchtlingspolitik
24. Die Scham ist vorbei. Der Neonationalsozialismus zu Gast bei der Friedrich-Ebert-Stiftung
25. Stoppt die Nazi-Zeitungen (Dokumentation)
26. Chronologie rassistischer Anschläge (12.9.8.10.93)
27. Operation "Restore Hope": Unruhe stiften, scheitern, wieder Unruhe stiften .. - Johny Lenaerts
28. Japan - Korea - Vietnam: Lernen im Zeichen des Drachen oder Pax Nipponica? (Teil 2) Von Rainer Werning
29. "Nationaler Dialog" als Waffe gegen den Hungerkrieg in Nicaragua?
30. Die Demokratie und die soziale Frage. Interview mit William Ramírez Solórzano (FSLN)
31. Chile als neoliberales Musterland (Chile seit 1973 - Teil 2) - Matthias Findeisen
32. Der schleichende Genozid in Amazonien
33. Gespräche mit PressevertreterInnen aus der Türkei
34. Deutsche Waffen, deutsches Geld ... Bericht über eine Delegationsreise nach Kurdistan - Roland Röder und Gertrud Selzer
35. Wahlerfolg für englische Faschisten - Andreas Skrypietz
36. "Birmingham Six" Verfahren gegen die Polizei eingestellt
37. Ein sozialistischer Querkopf. Zum Tode von E.P. Thompson - Martin Rheinlaender
38. Mal Mist gebaut ... (Nazi-Rock)
39. Streifzug durch die Welt des New und Old Age. Die Schwierigkeiten der Anthroposophen mit ihren Braunzonen
40. Filme über Flucht und Migration. Eindrücke vom 41. Internationalen Filmfest in San Sebastian - Olaf Berg
41. Akte der Anpassung. "Kursbuch" 113: Alternde Intellektuelle über die "deutsche Jugend"

42. Friedenspädagogischer Medienservice
43. Wir mußten uns alleine wehren. LiteraturNobelpreis für Toni Morrison
44. HipHop und Toyotismus
45. Quelldatei 24.htm
46. Die BNP - der legale Arm der britischen Nazis
47. Quelldatei 31.htm
48. Begehrlichkeiten aus dem Leitantrag
49. 55. Jahrestag der Reichs- pogromnacht
50. Quelldatei chile.htm
51. Quelldatei dvu.htm
52. Braunzonen der Anthroposophie
53. Quelldatei kali.htm
54. "Wir wollen alles!"
55. Quelldatei somalia.htm
56. Verfassungswidrige Doppelbestrafung
57. Quelldatei su.htm

# 1. Neue deutsche Hausordnung

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/kanther.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:kanther

Ein Jahr vor der Bundestagswahl liegt die "Meinungsführerschaft" einmal mehr bei der CDU. Ihre Kampagne zur "inneren Sicherheit" - nach Ansicht der Parteiführung das "wahlentscheidende Schlüsselthema" - ist eine Fortsetzung der Asyldebatte mit anderen Mitteln. Waren es seinerzeit die "Asylbetrüger", die den Staat herausforderten, so sind es heute Drogenhändler, Einbrecher und Handtaschenräuber, denen das Handwerk gelegt werden soll - mit allen Mitteln. Wer sich der Anpassung der Gesetze an die Erfordernisse polizeilicher Fahndung widersetzt, produziert damals wie heute "Staatsnotstand". Die christdemokratische Botschaft: "Zu viel Rechtsstaat fördert Kriminalität"; Schluß also mit "fahndungsfreien Zonen", dem gesetzlich garantierten Schutz der Privatsphäre. Verbreitet werden diese Thesen über Experten-Hearings, Medienserien, Talk-Shows und diverse Politmagazine.

Fortgesetzt wird auch die in der "Asyldebatte" erfolgreich praktizierte Verknüpfung von Kriminalität und Einwanderung von Nichtdeutschen. Daß man sich bei der Verfolgung von Gesetzesbrechern von keinerlei rechtsstaatlichen Rücksichten bremsen lassen will, hat Bundesinnenminister Kanther, der oberste Sicherheitsbeauftragte der Republik, unlängst deutlich gemacht. "Jeder Ausländer, der hier auch nur mit einem Gramm Rauschgift handelt, hat das Gastrecht unseres Staates verwirkt und sollte abgeschoben werden".

Daß Kanthers Anweisung aus Sicht der Polizei völlig unpraktikabel ist, dürfte dem Mann, der die CDU "für Republikaner wählbar" machen will, vollauf bewußt sein. Seine markigen Worte müssen als "direkt an das Volk gerichtet" begriffen werden: eine Aufforderung zur Selbstjustiz an alle guten Staatsbürger, denen ausländisch aussehende mutmaßliche Ladendiebe, Schwarzfahrer und ähnliche Schwerverbrecher über den Weg laufen. Die "Asyldebatte" und die sie begleitenden Anschläge haben gezeigt, daß Aufrufe mit dem Tenor "Der Staat müßte, kann aber nicht" eben diese mörderische Wirkung haben.

So entwickelt sich allerorten eine vom Staat geförderte Grauzone mit fließenden Grenzen zwischen bürgerwehrähnlichen Initiativen, halbstaatlichen Hilfstruppen für Sicherheit und Ordnung und rein kommerziell arbeitenden Sicherheitsdiensten.

Eine Analyse der christdemokratischen Angstkampagne auf Seite 11

# 2. Birgit Hogefeld zu ihren Haftbedingungen (Dokumentation)

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:03

Wie uns mitgeteilt wurde, ist der ak 359, der an Birgit Hogefeld geschickt worden ist, von der Anstalt zensiert worden. Die Seiten 13 bis 16 wurden herausgerissen und nicht ausgehändigt. Auf den Seiten 14 und 15 stand ein Beitrag, der sich mit den Auseinandersetzungen innerhalb der RAF seit der "Kinkel-Initiative" befaßte.

Aber nicht nur die Zeitungen und Zeitschriften, die Birgit Hogefeld beziehen darf, unterliegen einer richterlichen Kontrolle und Zensur, auch die Anwaltspost wird permanent behindert und angehalten. So dürfen Zeitungsausschnitte und Wortprotokolle von Fernsehsendungen zu Bad Kleinen nicht durch die Zensur. Obwohl diese Dinge im Prozeß gegen Birgit Hogefeld, der mit Sicherheit stattfinden wird, gebraucht werden, werden diese Postsendungen vom Postkontrollrichter schlicht als "Beschaffungsservice" statt als Anwaltspost bezeichnet.

Nicht genug, daß diese Post angehalten wird und damit die Verteidigerarbeit erschwert wird, die Begründungen für das Anhalten werden auch in Stammtischmanier vorgebracht. So meint dann der Kontrollrichter, daß die Verteidigung mit dem Zusenden von Zeitungskopien versucht, das Haftstatut zu unterlaufen und schreibt dazu: "Verteidigerpost kann doch nur solcher Schriftverkehr sein, der sich konkret mit der Art und Weise eines Verteidigungskonzepts oder Details eines solchen Konzepts befaßt, der also immanent sich bezieht auf das unter allen Umständen zu schützende Vertrauensverhältnis zwischen Verteidiger und Mandant. Deshalb auch die absolute Schweigepflicht des Kontrollrichters mit den ganz engen Ausnahmen!"

Und daß ihm das schon lange ein Dorn im Auge war, läßt sich an seinen weiteren Ausführungen erkennen: "Natürlich gibt es Kommentatoren, die den Begriff Verteidigerpost im Sinne von § 148a StPO und insbesondere das Ermessen der Verteidigung in extenso auslegen wollen. Auffallend ist nur - und ich habe ja für diese Interessenlage Verständnis - daß diese Auslegung vorwiegend von Rechtsanwälten stammt, .... und die Justiz (z.B. LG Stuttgart und Bayerisches OLG) übernimmt das kritiklos. Haben wir denn seit Croissant und Konsorten nichts dazu gelernt? Das ist dieselbe Blauäugigkeit liberalistischer Prägung, wie sie bei der Diskussion um das ‚Geldwäschegesetz` zu beobachten war. Gott sei Dank ist der Plan, die Ausweispflicht bei der Einzahlung größerer Geldbeträge für Rechtsanwälte und Steuerberater entfallen zu lassen, nicht Gesetz geworden. Bei hochkarätiger Politkriminalität, mit der wir es hier zu tun haben, ist solche Blauäugigkeit schon gar nicht angebracht."

Und weiter nach dem Motto: Was ich immer schon mal sagen wollte, heißt es dann: "Noch ein vorsorglicher Hinweis zur gern benutzten Lüge von der ‚Isolationsfolter`. Frau Hogefeld darf bis zu vier deutschsprachige Tageszeitungen und weitere vier Wochen- oder Monatsblätter nach ihrer Wahl aus dem allgemeinen Handel beziehen, sie verfügt weiter über Fernsehgerät und Radio. So gesehen ist der beanstandete Lesezirkelservice geradezu überflüssig. Er mag zwar zu der hier anscheinend bestehenden Duzfreundschaft passen, keinesfalls aber zu dem, was landläufig unter Verteidigerpost verstanden werden kann."

Deshalb weiß er auch, wo es längs geht! "Der Brief der Verteidigerin dient erkennbar nicht der Verteidigung! Er enthält keinerlei gedankliche Aussage, der (!) eine Antwort im Sinne von Gedankenaustausch über das laufende Verfahren auch nur möglich macht. Es handelt sich um ein schlichtes Postpaket, und auch dafür ist der § 148a StPO nicht geschaffen."

Und nicht, daß die Verteidigung auf den Gedanken kommen könnte, man stünde ihr dauernd zur Verfügung. "Für den Fall, daß die Verteidigung mal wieder die beliebte Melodie der angeblichen verzögerlichen Bearbeitung spielen möchte, weise ich darauf hin, daß ich erst seit dem 22.09.1993 aus dem Urlaub zurück bin."

(Eine Beschreibung des Knastalltag siehe nebenstehendem Kasten.)

ga.

Dokumentation

Birgit Hogefeld zu ihren Haftbedingungen:

das ist nach wie vor, seit fast drei Monaten jetzt, Totalisolation, d.h. ich bin 24 Stunden am Tag immer nur mit mir allein.

Die Zelle, in der das stattfindet ist ca. acht qm groß - hier in Bielefeld gibt es "besonders gesicherte Zellen", die werden von den Gefangenen "Terrorzellen" genannt, und von den Schließerinnen "Kühlschränke". In so einer bin ich natürlich eingesperrt. Diese Zellen haben eine besondere Türverriegelung. Der wesentliche Unterschied zu den anderen Zellen besteht aber darin, daß sie eine Gegensprechanlage haben, d.h. Du kannst jederzeit abgehört werden.

Die Zellen um mich rum (über, unter, neben mir) sind leer - nur rechts von mir ist im Moment eine Frau, weil es hier zur Zeit überfüllt ist.

Wenn ich aus dem Zellenfenster schaue, sehe ich einen kleinen Hof, der "Käfig" genannt wird, keine zehn Meter breit, dahinter ist eine sechs Meter hohe Betonmauer, darüber Himmel - eine weitergehende Einschränkung der optischen Reize scheint mir kaum noch möglich. Bis zu dem Tag, an dem ich hierher kam, konnten die anderen Frauen diesen Hof zusammen mit einem größeren benutzen, sie haben hier zum Beispiel Volleyball gespielt; seit ich hier bin, ist ihnen das verboten.

Ich soll hier keine anderen Gefangenen zu Gesicht kriegen und so ist es auch - in den ganzen sechs Wochen, die ich jetzt da bin, habe ich von den Frauen, die auf dem selben Flur sind wie ich, noch nie eine gesehen, ich kenne nur ihre Stimmen und mir fehlen die Gesichter dazu; wenn bei mir die Zellentür aufgeschlossen wird, werden alle anderen Gefangenen vorher eingeschlossen. Selbst dieser Käfig-Hof den ich sehen kann, wird dann sauber gemacht, wenn meine Anwältin oder mein Anwalt hier sind, weil das (außer den 2 x 1 Stunde Besuch im Monat) die einzige Zeit ist, in der ich nicht in der Zelle bin.

Seit einer Woche war ich überhaupt nicht mehr im Freien. Vorletzte Woche haben sie mir gesagt, wenn ich wieder im Hof mit Frauen aus der Strafhaft (die Zellenfenster liegen zum Hof hin) rede, dann habe ich ab sofort Hofgang in diesem "Käfig". Am übernächsten Tag kam, während ich im Hof war, eine alte Frau (sie ist weit über 60 und es ist sowieso 'ne besondere Schweinerei, daß sie trotz dieses Alters eingesperrt ist) ans Fenster, mit der ich ab und zu ein paar Sätze gewechselt habe. Wir sagen uns guten Morgen und ich frage sie, wann wieder die drei Tage Hafturlaub sind, die sie regelmäßig hat - das war schon alles. Was kannst Du denn auch viel mit Menschen, die Du nicht kennst und die ein oder zwei Stockwerke über Dir hinter Betongittern bloß schemenhaft zu erkennen sind, großartig reden, dazu noch unter totaler Kontrolle, die Schließerinnen stehn immer direkt dabei.

Der "Käfig", in dem ich seitdem Hofgang machen soll, ist elf Schritte breit, doppelt so lang, an drei Seiten sechs Meter hohe Betonmauern, die vierte Seite Gitter, der Boden ist vollständig aus Beton - das mache ich nicht, ich bin nicht der dressierte Hund.

Sie sind auf totale Unterwerfung aus - vor einigen Tagen habe ich den Sicherheitsinspektor gefragt, wie lange das mit dem Hof so weiter gehen soll, da sagt er: "Wenn Sie mir versprechen (!), daß Sie nicht mehr mit den Strafgefangenen Frauen vom Hof aus reden, dann können Sie wieder in den normalen Hof." Und da ich das natürlich nicht "verspreche", soll die Verhinderung meines Hofgangs solange weitergehn, bis das Gericht meine totale Isolierung von anderen Gefangenen aufhebt.

Dieser Richter bzw. die Bundesanwaltschaft lesen meine ganze Post und sehen, daß ich angefangen habe, für mich einen Weg zu finden, mit dieser nun wirklich schwierigen Situation zurechtzukommen und trotz allem versuche, mein Leben (eben unter den Bedingungen, daß ich jetzt seit fast drei Monaten von jedem unkontrollierten menschlichen Kontakt abgeschnitten und 24 Stunden am Tag immer nur mit mir selbst zusammen bin) sinnvoll zu gestalten.

Das widerspricht natürlich ihrem Vernichtungsinteresse gegen mich und deshalb drehen sie die Schraube jetzt weiter an. Wenn Du sowieso 23 Stunden am Tag in einer kleinen Zelle eingesperrt bist, dann brauchst Du diese Stunde Bewegungsmöglichkeit im Freien dringend - das sind alles Mosaiksteine, die zusammen gehören: Totalisolation, jetzt keinen Hofgang mehr, Besuche hinter Panzerglas (außer denen von meiner Familie - mir war das letztens, als sie hier waren, noch mal durch den Kopf gegangen: ich hatte fünf Wochen lang keinen anderen Menschen berührt). Ich besitze mittlerweile sieben eigene Bücher - vor wenigen Tagen

haben sie mir mitgeteilt, daß sie eine Liste mit Büchern, die ich vor knapp drei Wochen bestellen wollte, bisher nicht bestellt haben; der Vertrieb der "Konkret" (sie ist eine der vier mir "zustehenden" Wochen- bzw. Monatszeitschriften) hat mir unzählige Male schon diese Zeitschrift geschickt - heute wurde mir vom Knast aus wieder gesagt, daß die "Konkret"-Hefte zurückgeschickt worden sind. Ja, es wäre ein Mißverständnis gewesen, ich sollte doch einfach mal an den Verlag schreiben, daß sie sie mir schicken.

Die Verteidigerpost meiner Anwälte wird vom Kontrollrichter regelmäßig angehalten.

Eine meinen Augen angepaßte Brille oder Kontaktlinsen habe ich auch immer noch nicht usw. usw. - es ist öde diese Aufzählung jetzt weiterzuführen, nur, ich denke, ganz ohne Beispiele kann sich das kein Mensch nur annähernd vorstellen.

Das Ziel von all dem wurde mir ja schon am Tag meiner Verhaftung von der Bundesanwaltschaft gesagt: Wenn sie nicht mit uns zusammenarbeiten, dann wird es für Sie keine Lebensperspektive geben ...

Birgit Hogefeld, 20.9.1993

# 3. "... wohin willst du mit deinem Text?" Birgit Hogefeld an Helmut Pohl (Dokumentation)

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:13

Hallo Helmut.

Ich will dir v.a. zu deinem Text in der taz vom 27.8. (1) schreiben, das ist jetzt schon ein bißchen her, aber mit etwas Abstand geht das wahrscheinlich sowieso besser.

Die Überlegung und Entscheidung, schnell dieses Ding "zusammenkommen für eine Woche - ‚abschwören`" vom Tisch zu zerren und zu sagen, was es ist, nämlich die Verlängerung dieser "Kinkel-Initiative", die ja für sich genommen nie was für uns war, sondern das Gegenteil, fand ich gut. Dazu hättest du auch in meinem Namen reden können und sicher in dem von uns allen, oder? Auch der andere Teil, um was es für uns geht: Freiheit jetzt und bis dahin ZL - damit ist es doch wahrscheinlich genauso.

Daß ich über deinen Text ansonsten nicht froh bin, kannst du dir sicher denken. Dabei kommt für mich mehreres zusammen.

Das erste, was ich auch jetzt noch nicht verstehen kann, ist, daß in diesem Text, obwohl er ja die erste Veröffentlichung von Gefangenen nach Wolfgangs Tod ist, Wolfgang - seine Erschießung - in keinem Wort auch nur erwähnt wird. Sag nicht, daß es Evas und Ricos Briefe bei der Demo gegeben hat, denn das hat außer diesen wenigen Leuten dort niemand mitbekommen, und genauso ist es mit dem Gedicht, das du/ihr zu seiner Beerdigung geschickt hattet. Öffentlich in dem Sinne, daß Leute über "unser" enges Spektrum raus einen Text/Brief/Überlegungen mitkriegen, war nur das von dir/euch in der taz.

Für alle, die diesem engen Kreis nicht angehören, steht es jetzt so da, als hätte es Wolfgang für dich/euch überhaupt nicht gegeben bzw. als hätte er in deinen Augen nicht für dieselben Ziele sein Leben eingesetzt und gegeben, für die auch du kämpfst. Ich kann mir nur schwer vorstellen, daß dir das nicht bewußt gewesen sein könnte und daß das natürlich in deinem Text zusammenkommt mit diesem "neue RAF-Politik mit Steinmetzsche Einheit" - daß das ein Tiefschlag ist, brauch ich dir sicher nicht zu erklären (das mußt du in dem Moment, wo du's geschrieben hast, so gewollt haben). Weißt du, daß es Momente geben kann, wo sich für einen Bitterkeit und Ärger vor alles andere schieben, ist zwar nicht besonders schön, aber das gibt's wahrscheinlich in unterschiedlicher Ausprägung bei fast allen mal. Nur, so einen Brief wie den von dir zu schreiben, ist eine Sache, ihn zu veröffentlichen, ist ne andere. Ich habe mich öfter gefragt, ob du ihn nach dem Schreiben und vor dem Veröffentlichen noch mal mit Abstand angeschaut hast - ich denke, daß es nicht so gewesen sein kann, denn dann hättest du sehen müssen, daß er in einem großen Teil eine - aus meiner Sicht zumindest - schiefe Gewichtung hat. Unabhängig von konkreter Kritik (dazu komme ich später) zieht sich durch, daß du ausschließlich andere für die (wirklich beschissene) Situation, in der wir/die Linke überhaupt stecken, verantwortlich machst. Es ist ja durchaus vorstellbar, daß genau das deine Sicht der Dinge ist, aber selbst wenn, dann müßtest du doch trotzdem dahin wollen, daß du das mit inhaltlich konstruktiver Kritik verändern und in eine "richtige" Richtung bringen kannst.

Aber wohin willst du mit einem Text, bei dem für jede/n sichtbar im Mittelpunkt Angriffe gegen die in Celle, die Illegalen, dann diese "Publikumsbeschimpfung" (wer ist da eigentlich gemeint?) stehn und daß du/ihr schon seit Jahren die Entwicklung, wie sie sich jetzt darstellt, habt kommen sehn? (Das letzte war ja auch nicht besonders schwer, daß haben doch viele so gesehn, das Problem war/ist nicht, sie (nicht) kommen zu sehn, das Problem ist, sie aufzuhalten). Mit so einem Text kannst du dich mit anderen ausschließlich in der Abgrenzung treffen, auch wenn du das wahrscheinlich gar nicht willst.

Anstatt inhaltlicher Kritik kommst du viel mit (oft falschen) Unterstellungen. Dieses "Frieden mit dem Staat" und "Schlußabwicklung unserer Geschichte" verstehe ich als auf z.B. mich bezogen - das ist doch auch so gemeint, oder? Ich weiß gar nicht, was ich dazu sagen soll, denn grade das mit dem "Frieden ..." - ich kann mir nicht vorstellen, daß du das ernst meinst.

Ansonsten sehe ich die Fragen, die du zu diskutieren wichtig findest, auch wenn's sehr allgemein gehalten ist, auch als die wesentlichen - daran müss(t)en wir jetzt die Diskussion anfangen, anfangen uns zu streiten von mir aus, aber ohne Unterstellungen und so, daß jede/r versucht, umfassend zu erklären, wie er/sie denkt, und

daß wir uns bemühen, uns dabei gegenseitig zuzuhören. Mal ehrlich, wie du jetzt in dem Text z.B. "Lösung" und "Versöhnung" auch anderen Gefangenen und mir und denen draußen unterstellst, das stimmt doch so nicht. Es gab von der RAF im letzten Jahr keinen einzigen Text, in dem der Begriff "politische Lösung" (auch wenn ich den mittlerweile nicht mehr benutzen würde, weil er in ner bestimmten Weise besetzt ist) ohne den Zusatz verwendet worden ist, daß jede politische Entscheidung in einer von uns positiven Richtung nie von selber kommt, sondern nur erkämpft werden kann. Oder du sagst mir, wo du das gelesen/verstanden hast.

Versteh mich nicht falsch, mir ist vollkommen klar, daß du und ich vieles unterschiedlich sehen, nur, ich bin mir sicher, daß weder du noch sonst wer das an diesen Formeln wie: Frieden-machen-wollen ... zu packen kriegen kann, weil die Unterschiede und Widersprüche einfach nicht die sind, die oft behauptet werden und zu Abgrenzungen herhalten müssen, noch bevor und ohne daß eine inhaltliche Auseinandersetzung daran stattgefunden hat. Wenn wir uns dran machen, an den tatsächlich verschiedenen Sichtweisen und unterschiedlichen Vorstellungen zu diskutieren, können wir dadurch alle was gewinnen. Nicht den Konsens, daran glaube ich nicht, und darum geht's mir auch nicht - ich finde, daß wir auf der Basis der Kenntnis und Akzeptanz von Unterschieden viel zusammen machen können.

Jetzt will ich doch noch ein anderes Beispiel nennen. Diese Kritik (ich kann nichts wörtlich zitieren, weil ich hier fast noch nichts habe), daß die RAF ihre internationalistische Bestimmung aufgegeben hätte - du weißt schon, was ich meine, oder? Dafür muß ja z.B. ein Satz aus der Erklärung vom April letzten Jahres herhalten: "... rund um den Globus ... auf sich selbst zurückgeworfen" - nur, dabei geht's nicht um die Frage nach internationalistischer Bestimmung der eigenen Politik, sondern um den Weg dahin (also den Weg, hier zu einem Kampf zu kommen, der das beinhaltet) - so geht dann auch dieser Satz weiter. Diese Diskussion kann nicht unter der Fragestellung, ob Kämpfe, deren Ziel die grundlegende Umwälzung der herrschenden Verhältnisse ist, internationalistisch sein müssen oder nicht, geführt werden. (Mein Gott, wer sieht denn das heute, im ausgehenden 20. Jahrhundert, anders, kennst du jemanden? Ich nicht.) Da ist die Fragestellung, die ich sehe, auch "nur", wie hier eine solche Kraft aufgebaut werden kann, und dafür ist z.B. auch wichtig, welche Erfahrungen wir/andere hier/sonst wo auf der Welt gemacht haben (und auch dafür endlich eine tiefere Analyse der Situation/Entwicklung) - also wirklich genug Stoff und Fragen, die wir uns vorknöpfen können.

Und - machen wir das zusammen?

Helmut, bis bald

1) Diese Erklärung von Helmut Pohl haben wir im ak 358 veröffentlicht.

# 4. Demokratie gerettet - Patient im Koma

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:45

Jelzin hat Wort gehalten. Er hatte seinen Bürgern schon Anfang August einen heißen Herbst versprochen. Nun wurden die Verfassungsorgane Parlament und Oberster Sowjet in einem Kraftakt beseitigt. Damit hat Jelzin den Bürgerkrieg in Kauf genommen. Als ihm nach dem Blutbad im Fernsehen die Tränen kamen, war es schon zu spät. Die Moskauer waren über die gesamten Vorgänge geschockt. Begeistert waren nur stramme Jelzinisten. Aber der Präsident konnte sich über die fehlende Unterstützung in der Bevölkerung hinwegtrösten: Hinter ihm stand ja die internationale Staatengemeinschaft (außer China).

Wer zuerst schießt,

hat verloren

So lautete Jelzins Leitlinie, nachdem sich die Volksdeputierten im Weißen Haus verschanzt hatten. Die Tatsache, daß die radikalen Unterstützer von Ruzkoj und Chasbulatow Absperrungen der Miliz überrennen und daß sie das Fernsehzentrum Ostankino angreifen konnten, interpretierten einige westliche Korrespondenten, allen voran die von der "taz", als Schwäche Jelzins. "Jelzin suchte einen friedlichen Weg und fiel nochmals auf das Geheuchel derjenigen herein, die vorgaben, die Verfassung zu schützen." (taz, 5.10.)

Aber macht es nicht stutzig, wenn die Moskauer Sicherheitskräfte am 1. Mai die Demonstration der national-kommunistischen Opposition schon nach drei Kilometern zum Stehen bringen konnten, in einer politisch zugespitzteren Situation aber plötzlich schlecht koordiniert und ohne Durchhaltewillen sind? Ein Rückblick auf die Ereignisse vor dem Sturm aufs Weiße Haus zeigt, daß da wohl etwas nicht stimmte.

Sonntag, 3. Oktober, 15 Uhr. 10.000 Regierungsgegner versammeln sich um das Lenin-Denkmal auf dem Oktober-Platz. Sie werden von Bereitschaftspolizisten eingekesselt. 4.000 Demonstranten durchbrechen die Polizeiketten und ziehen zum drei Kilometer entfernten Parlamentsgebäude.

15.30 Uhr. Die Demonstranten durchbrechen mehrere Milizkordons. Die Sicherheitstruppen, die das Parlamentsgebäude abgeriegelt hatten, eröffnen das Feuer auf die Demonstranten.

15.50 Uhr. Gegenpräsident Alexander Ruzkoj fordert die Menge über Lautsprecher auf, das nahegelegene Bürgermeisteramt und das Fernsehzentrum Ostankino am Stadtrand zu besetzen. In nur wenigen Minuten wird das Bürgermeisteramt gestürmt. Die Sicherheitskräfte leisten keinen Widerstand und räumen den Platz. 200 Milizsoldaten (andere Quellen sprechen von OMON-Angehörigen) laufen zu den Anhängern des Parlaments über.

17.30 Uhr. Jelzin verhängt für eine Woche den Ausnahmezustand in Moskau.

18.00 Uhr. Mehrere Tausend versammeln sich vor dem Fernsehzentrum Ostankino und bereiten sich auf die Erstürmung des Gebäudes vor. Das Gebäude ist nur schwach von Truppen des Innenministeriums geschützt.

20 Uhr. Offensichtlich in Siegesstimmung ruft Chasbulatow zur Erstürmung des Kremls auf.

Ruzkoj und Chasbulatow haben zu diesem Zeitpunkt wohl noch gehofft, daß sich ein Teil der Armee auf ihre Seite stellt. Während um das Fernsehzentrum gekämpft wird, tagt das Kollegium des Verteidigungsministeriums. Die Generäle werden sich nicht einig, wie sie sich verhalten sollen. Die Konservativen unter ihnen plädieren für Neutralität. Gegen 20 Uhr spricht sich die Mehrheit der Generäle gegen jede Parteinahme aus.

Erst nachdem die Truppen des Innenministeriums den Angriff auf das Fernsehzentrum Ostankino erfolgreich abgewehrt haben, geben die Militärs dem Drängen Jelzins nach. Sergej Parchomjenko von der Zeitung "Sewodnja": "Erst als der Kampf um das Fernsehen zugunsten Jelzins entschieden war, schlugen sie (die Militärs, Anm. d. Verf.) sich auf die Seite des Siegers."

Gegen 22 Uhr stellt sich der Generalstab einstimmig hinter Jelzin. Andere Quellen sprechen davon, daß sich der Generalstab erst am folgenden Tag, dem

4. Oktober, um 4 Uhr morgens zugunsten Jelzins entschied. "Nach einem anderthalbstündigen Gespräch mit der Generalität im 5. Stock des Verteidigungsministeriums gelang es Boris Nikolejewitsch Jelzin, das Militär auf seine Seite zu bringen." (Die Woche, 14.10.)

Auch nach diesem Beschluß soll es in der Armeeführung noch aktive Unterstützung für Ruzkoj gegeben haben. General Pjotr Dejnejkin informierte noch während des Sturms auf das Weiße Haus Ruzkoj über jeden Schritt des Verteidigungsministeriums.

7 Uhr. Vor dem Parlamentsgebäude treffen die ersten Schützenpanzer ein. Dann gehen auch zehn schwere Kampfpanzer in Stellung. Kurz nach 9 Uhr beginnen die Panzer, das Weiße Haus zu beschießen.

Ganz so unrealistisch, wie die bürgerliche Presse Ruzkoj und Chasbulatow hinstellt, scheinen diese nicht gewesen zu sein. Angesichts der beschriebenen unklaren Situation in der Armeeführung scheint es im Weißen Haus rational begründete Hoffnungen gegeben zu haben, daß zumindest von Teilen der Armee Hilfe kommen würde.

Die Armee fordert jetzt ihren Tribut von Jelzin. Sie dringt auf eine neue Militärdoktrin. Die soll im Schnellverfahren verabschiedet werden. Die Armeeführung fordert größere Mobilität und moderne Ausrüstung. Außerdem will sie einen Artikel durchsetzen, der einen Einsatz der Streitkräfte auch zur Wahrung der inneren Sicherheit erlauben soll. Das bisher geltende Verteidigungsgesetz sah dagegen nur die Abwehr äußerer Aggressionen vor. Außerdem wird mit einer verstärkten Einflußnahme der Militärs auf die Außenpolitik gerechnet. Erster Schritt ist das russische Begehren, den Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa zu modifizieren. Den russischen Streitkräften soll es erlaubt werden, über die vereinbarten Obergrenzen hinaus mehr Panzer an den Grenzen zum Kaukasus zu stationieren.

Jubelberichterstattung

Die simple Einteilung der russischen Politiker in Gute und Böse, das Ausblenden und Totschweigen historischer Tatsachen, die erst wenige Jahre zurückliegen, das alles kann man nicht anders als Gehirnwäsche bezeichnen. Auch die "taz" mit ihrer fast schon lächerlichen pro-Jelzin-Berichterstattung hat sich daran beteiligt. Am Tag nachdem Panzer das Weiße Haus in Brand geschossen hatten, titelte die Zeitung: "Die Demokraten in Moskau siegen - mit Gewehren". Normalerweise ist die "taz" nicht um freche und drastische Überschriften verlegen. Doch diesmal entschied man sich für die sanftere Ausdrucksform: Gewehre, und nicht Panzer. Wie es sich für eine alternative Tageszeitung gehört, verzichtete mensch auch auf das Bild "Panzer vor dem Weißen Haus". Denn das brachten ja die ganzen anderen Blätter (die damit immerhin ihrer Chronistenpflicht nachkamen). Der Anblick eines Panzers kann bei einem/r "taz"-LeserIn schon humanistische Gefühle zugunsten der Betroffenen auslösen. Doch gerade das war offensichtlich nicht gewollt.

"Nicht Jelzin spielte mit dem Bürgerkrieg, als er das Parlament auflöste, sondern Ruzkoj, als er zehn Tage später zum Sturm auf den Mossowjet und Ostankino aufrief." (Semler, taz 5.10.). Die russische Verfassung, "ein lächerliches Stückchen Papier" (Donath, ebd.). Jelzin wurde Zögern vorgeworfen. Schuld daran sei die US-Administration mit ihrer Ankündigung, Jelzins Handlungen genau zu beobachten. Diese Ankündigung "hat Rußland riesigen Schaden zugefügt und die Menschen in Leid gestürzt". (Ebd.)

"Freie Wahlen"

Die Doppelherrschaft ist beendet. Aber als Alleinherrscher möchte Jelzin auch nicht zu lange dastehen. Deshalb hat er für den 11. und 12. Dezember Wahlen für ein Zweikammerparlament angesetzt. Außerdem soll am 12. Dezember ein Referendum über die neue Verfassung stattfinden. Ein halbes Jahr später, am 12. Juni 1994, soll die Wahl des Präsidenten folgen.

Ob die Wahlen nach Jelzins Plan ablaufen werden, ist fraglich. Denn es gibt ernste Meinungsverschiedenheiten unter seinen Beratern. Als Jelzin nach dem Sturm auf das Weiße Haus "vorschlug", auch die regionalen Sowjets aufzulösen, drohte der stellvertretende Ministerpräsident und Jelzin-Vertraute Sergej Schachrai mit seinem Rücktritt. Schachrai, der zugleich Beauftragter für Nationalitätenfragen ist, hatte vor dem Sturm aufs Weiße Haus zwischen Vertretern der Regionen und Jelzin zu vermitteln versucht und sich dabei für gleichzeitige Parlaments- und Präsidentenwahlen ausgesprochen. Inzwischen hat Jelzin die Auflösung der regionalen Sowjets angeordnet. Zurückgetreten ist Schachrai bisher jedoch nicht.

Auch der Informationsminister und amtierende erste stellvertretende Ministerpräsident Schumejko sowie verschiedene Berater Jelzins sprechen sich für gleichzeitig stattfindende Wahlen aus. Schumejko erklärte Mitte Oktober, es sei wünschenswert, daß "noch in diesem Jahr alle politischen Schlachten ein Ende finden".

Daß es nicht möglich ist, in zwei Monaten demokratische Wahlen vorzubereiten, liegt auf der Hand. Zur Zeit wären nur Populisten wie der Rechtsradikale Schirinowski, die Radikalreformer um Jelzin und die Kommunisten in der Lage, größere Stimmenanteile auf sich zu vereinigen. Die Kommunistische Partei mit ihren 500.000 Mitgliedern ist jedoch noch verboten. Es ist noch offen, ob sie an den Wahlen teilnehmen kann. Der "Spiegel" berichtet von Wahlanalysen, die vor dem Sturm aufs Weiße Haus erstellt wurden. Danach könnten "Marktwirtschafts-Demokraten" bestenfalls auf ein Drittel der Sitze hoffen, die Kommunisten könnten die stärkste Fraktion stellen. (Spiegel, 11.10.93) Das politische Mittelfeld, das sich in Rußland bisher kaum politisch organisiert hat, bräuchte mehr Zeit für die Wahlvorbereitung.

Es wundert nicht, daß quer durch die politischen Lager der Ruf nach einer Verschiebung der Wahlen laut wird. Das geht von den "Zentristen", die sich vornehmlich aus Vertretern des militärisch- industriellen Komplexes und der übrigen Monopolindustrie rekrutieren, über Gorbatschow, der auf das Präsidentenamt spekuliert, bis hin zum Petersburger Bürgermeister Sobtschak, der ebenfalls vorsichtig seinen Anspruch auf das Präsidentenamt angemeldet hat.

Bisher sind 91 Parteien, gesellschaftliche Organisationen und Bewegungen zu den Parlamentswahlen zugelassen. Zehn kommunistische und prokommunistische Parteien sind bis auf weiteres verboten. Auch die von Ruzkoj mitbegründete Volkspartei Freies Rußland wurde verboten, obwohl sie sich kurz vor dem Angriff auf das Fernsehzentrum von ihrem Vorsitzenden Ruzkoj distanziert hatte.

Zu den zugelassenen linken Parteien zählt die Kommunistische Union des ehemaligen Politbüromitglieds Oleg Schenin, die Sozialistische Partei der Werktätigen um Roy Medwedjew und die kleine (allerdings nicht registrierte) Partei der Arbeit um Kagarlitzki und Busgalin.

Nicht nur die kurze Zeit der Wahlvorbereitung, auch die stark eingeschränkte Meinungsfreiheit macht demokratische Wahlen im Dezember unmöglich. Im Fernsehen kam seit Jelzins Ukas vom 21. September nur noch die Seite des Präsidenten zu Wort. Aus Protest gegen die Eingriffe in die Fernsehberichterstattung trat der Chef der vom Fernsehen finanzierten Nachrichtenagentur "Postfaktum", Gleb Pawlowski, zurück.

Nach dem Sturm aufs Weiße Haus wurden mehrere kommunistische und nationalistische Zeitungen verboten, u.a. der profaschistische "Djen" und die "Prawda". Der Rest der Zeitungen wurden einer strengen Zensur unterworfen, die nach der Intervention westlicher Diplomaten zugunsten der Empfehlung der Selbstzensur abgelöst wurde. Inzwischen sollen die "Prawda" und die nationalkommunistische "Sowjetskaja Rossija" wieder erscheinen dürfen - aber nur unter der Bedingung, daß sie die Chefredakteure und den Zeitungsnamen auswechseln.

Der Fernsehmoderator Politkowski wies drauf hin, daß die offizielle Zahl der Todesopfer (zunächst hieß es: 187) immer weiter nach unten "korrigiert" wird. Westliche Quellen sprechen von fünfhundert bis tausend Toten.

Der Großteil der Regionen scheint sich zu fügen

Kurze Zeit schien es, als ob dem Parlament aus den Regionen ernsthafte Unterstützung zuwachsen würde.

* In der Stadt Nowosibirsk trafen sich Vertreter von 14 Sowjets der 19 Republiken und Gebiete Sibiriens. In einer Entschließung wurde die Auflösung des Parlaments als "grobe Verletzung der Verfassung" verurteilt. Die Konferenz forderte die Aufhebung der Blockade. Falls diese Forderung nicht erfüllt werde, wurde mit der Unterbindung des Verkehrs der Transsibirischen Eisenbahn, der Einstellung von Erdöl-, Erdgas-, und Kohlelieferungen und der Verweigerung von Steuerüberweisungen an die Zentralregierung gedroht.

* Am 25./26. September versammelten sich Vertreter aus den Regionen in St. Petersburg. 39 Sowjets und vier Exekutivorgane schickten Repräsentanten. Man forderte gleichzeitig stattfindende Parlaments- und Präsidentenwahlen.

* Am 30. September gab es eine weitere Versammlung im Gebäude des Verfassungsgerichts in Moskau. Erschienen waren die Vorsitzenden von 56 Sowjets und 18 Verwaltungschefs. Sie repräsentieren 62 der 89 Subjekte der Föderation. Jelzin wurde ultimativ zur Annahme der "Nullösung" aufgefordert. Der Erlaß vom 21.

September, der die Auflösung von Parlament und Oberstem Sowjet anordnete, soll zurückgenommen, die Blockade des Weißen Hauses binnen drei Tagen beendet werden. Anderenfalls würden "alle notwendigen Maßnahmen des wirtschaftlichen und politischen Drucks" ergriffen, um die Verfassungsordnung vollständig wiederherzustellen. Die Versammlung erklärte sich durch eine Entschließung zum "Rat der Subjekte der Föderation". Spätestens im ersten Quartal des nächsten Jahres sollten gleichzeitig Parlaments- und Präsidentenwahlen stattfinden.

In den letzten Monaten hatte Jelzin den Regionen, um sie in der Auseinandersetzung mit dem Volksdeputiertenkongreß auf seine Seite zu ziehen, "Sicherheit" vor Neuwahlen bis Ende 1994 zugesagt. Doch nachdem sich in den Oktobertagen der Großteil der regionalen Sowjets gegen Jelzin gestellt hatte, ordnete der Präsident am 9. Oktober die Auflösung der mehrheitlich von "beharrenden Kräften" dominierten Regionalparlamente an - mit Ausnahme der Sowjets der Republiken - und unterstellte sie ihm gegenüber loyalen Verwaltungsbeamten. Am 5. Oktober hatte Jelzin bereits die Gouverneure der Gebiete Nowosibirsk und Amur, Witali Mucha und Alexander Surat, entlassen.

Jelzin hat an 31 der 88 Regionalchefs ein Telegramm geschickt, in dem er ihnen eine dreitägige Frist gewährte, um ihren Widerstand aufzugeben. Diese Frist war am 10. Oktober abgelaufen. "Unglücklicherweise haben nicht alle zufriedenstellende Antworten gegeben", sagte der in der Regierung für Fragen der Regionen zuständige Politiker Medwedew. Zu den 31 Regionen, die Jelzin angeschrieben hat, gehören die sieben Autonomen Republiken Mordwinien, Baschkortostan, Burjatien, Kabardo-Balkarien, Komi, Udmurtien und Karelien.

Der Großteil der regionalen Sowjets scheint sich Jelzins Anordnung zu fügen. Was da von Moskau an ökonomischem Druck ausgeübt wird, kann nur vermutet werden. Doch es gibt auch immer noch Widerstand. Einige Beispiele:

* In der Stadt Newinnomysk im Bezirk Stawropol, der Heimatregion Gorbatschows, hat sich eine Bewegung "Volksherrschaft" gebildet. Sie agitiert für die Verteidigung der Sowjetmacht.

* Der Regionalsowjet von Tambow in Zentralrußland wiederholte seine Kritik am Vorgehen Jelzins gegen den Kongreß der Volksdeputierten. Der Sowjet lehnte es ab, Jelzins Geheiß nach einem Verzicht auf administrative Machtausübung Folge zu leisten.

* In Karelien will die Republikführung in einem Referendum über Jelzins Verfügung vorgezogener Wahlen abstimmen lassen.

* Das Parlamentspräsidium der Republik Komi lehnte es ab, den Republiksowjet aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen.

Polizeistaat

In Moskau ist der Sieg über das Parlament Anlaß zum Großreinemachen. Einen Tag nach dem Sturm auf das Weiße Haus löste Bürgermeister Juri Luschkow den zentralen Stadtrat (Mossowjet) und die etwa dreißig Räte (Sowjets) der einzelnen Bezirke Moskaus auf. Luschkow erklärte, es müsse anstelle der aufgelösten Räte ein Stadtparlament (Duma) gewählt werden.

In den Nächten nach dem Sturm wurden Tausende von Menschen verhaftet. Allein in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober wurden 8.000 Personen inhaftiert. (FAZ 9.10.) Von den Festgenommen hätten 4.385 das nächtliche Ausgehverbot mißachtet; wegen anderer Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit wie z.B. Trunkenheit seien 3.632 aufgefallen. Die Behörden fahnden weiterhin nach Teilnehmern "des Aufstands". (FAZ 9.10.)

Auch mit den Kaukasiern rechnen die russischen Behörden jetzt ab. Immerhin ist ja auch Chasbulatow ein Kaukasier. Und überhaupt, diese Menschen, die in Moskau große Bereiche des Gemüse-, Obst- und Kleinhandels in der Hand haben, sind schon lange das Haßobjekt vieler Russen. Sie werden generell für die hohe Kriminalitätsrate verantwortlich gemacht. Aus St. Petersburg hat man sie schon fast vertrieben. Die Handhabe ist meist eine fehlende Aufenthaltsgenehmigung.

Sprecher der aserbeidschanischen und armenischen Botschaft in Moskau erklärten, die für Sondereinsätze zuständigen OMON-Truppen hätten es vor allem auf die Kaukasier abgesehen. Nach Angaben der Moskauer Polizei sind in der Hauptstadt 24.000 Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung aufgegriffen worden. Der

Moskauer Bürgermeister Luschkow ermunterte die Einwohner der Hauptstadt, Nachbarn und Personen ohne gültige Papiere zu denunzieren.

Die Sowjetunion scheint neu zu erstehen. Obwohl Ruzkoj und Chasbulatow im Gefängnis sitzen.

uh, 15.10.93

# 5. Der Krieg hat Moskau erreicht Von Kai Ehlers

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:33

"Das Schrecklichste liegt hinter uns", sagte Boris Jelzin in seiner Fernsehansprache nach den blutigen Ereignissen des letzten Wochenendes. Tränen standen in seinen Augen, als er hinzufügte, niemand habe gewonnen, alle hätten den verderblichen Hauch des Brudermordes gespürt.

Ich glaube Boris Jelzin seine Tränen. Er hat die Toten nicht gewollt. Er möchte nicht als Zwingherr in die Geschichte eingehen. Er möchte keinen Mythos des Widerstandes entstehen lassen. Wie vor ihm schon für Michail Gorbatschow ist seine historische Aufgabe klar: er muß die Transformation der sowjetischen in eine post-sowjetische Gesellschaft möglichst ohne Gewalt, ohne Terror, ohne Bürgerkrieg, so weit wie möglich legitimiert durch die Bevölkerung und nicht in Konfrontation mit ihr, erst recht nicht auf revolutionären Wegen durchführen.

Im Lande der Revolution wurden Revolution, Bürgerkrieg und Terror zum stärksten Tabu. Das Volk will nicht kämpfen, weder revolutionär noch im Bürgerkrieg. Das Volk will endlich in Ruhe gelassen werden. Aus den Krisengebieten im Kaukasus, wo bereits offener Krieg herrscht wie in Georgien, wie in Aserbaidschan, oder in Zentralasien, wo Schwelbrände aufflackern wie in Tadschikistan, Usbekistan, Kasachstan und anderen GUS-Ländern, fliehen die Menschen in die russische Föderation. Mütterchen Rußland galt ihnen, wie schwer das Leben dort auch sein mag, als sicher.

Jetzt wurde das Tabu gebrochen. Der Krieg hat Moskau erreicht. Er habe den Krieg nicht gewollt, erklärte Jelzin noch am Morgen des Armeeeinsatzes vor dem "Weißen Haus". Er sei ihm von verbrecherischen Banden aufgezwungen worden. Der Staat müsse seine Macht dafür einsetzen, die Demokratie zu schützen. Das, so Boris Jelzin in seiner zweiten Erklärung am Mittwoch, sei die wichtigste Lehre aus den Ereignissen.

Hier kann ich dem Präsidenten nicht mehr folgen: Von welcher Demokratie spricht er? Wie kann man eine Demokratie verteidigen, die es nicht gibt? Einen Zustand der Doppelherrschaft gab es: Hier die administrative Hierarchie eines autokratisch regierenden Präsidenten, dort die Privilegienversammlungen der örtlichen, regionalen und des Obersten Sowjets, die eine Seite so demokratisch oder undemokratisch wie die andere. Beide waren sie durch Wahlen legitimiert, die Sowjets eher stärker als der Präsidentenapparat: Er ging außer dem gewählten Präsidenten selbst nur aus kooptierten Seilschaften hervor.

Beide hatten sie schon lange das Vertrauen der Bevölkerung verloren. Die einen gelten als Marionetten Moskaus, die die einsamen Beschlüsse, mit denen der Präsident sein "Schockprogramm" durchsetzen will, im Lande verkünden, ohne daß es dafür konkrete Ausführungsbestimmungen gäbe. Und wenn es sie gibt, dann fehlt das Geld. So stapeln sich schon lange die Moskauer "Ukase" auf den Schreibtischen, ohne daß sie konkrete Auswirkungen "na mjesta", vor Ort hätten.

Die Sowjets gelten der Bevölkerung schon lange als Schwatzbuden, bestenfalls als Orte, an denen die neue Bürokratie Hand in Hand mit der alten - und in diesem Fall auch ununterscheidbar von der Administration - in die eigene Tasche privatisiert, sich gegenseitig Kreditgelder zuschiebt und ihre Posten nutzt, um durch gut dotierte Auslandsaufenthalte oder durch Verkauf von Ressourcen an ausländisches Kapital ein besseres Leben zu führen als die Mehrheit derer, die sie vertreten sollen. Die Tatsache, daß sich die Vertreter der beiden Seiten dieser Doppelmacht gegenseitig mit Korruptionsskandalen überziehen konnten, ist nur der augenfälligste Ausdruck des erreichten Zustands.

Kern des Problems sind aber nicht so sehr die räuberischen Praktiken im Zuge der Privatisierung, sondern vielmehr die Tatsache, daß die Privatisierung nur zur Hälfte in Gang gesetzt wurde. Privatisiert wurden Fabriken, Sowchosen, Geschäfte, Ferienanlagen, Häuser und dergleichen. Der Boden, auf dem sie sich befinden, ist jedoch bis heute Staatseigentum. Bis heute standen sich die Positionen unvereinbar gegenüber: Die Jelzinisten sind für eine Garantie des Privatbesitzes an Grund und Boden, die Sowjets sind mehrheitlich dagegen. Dabei differenzieren sich die Positionen der Gegner in die, die Privateigentum an Grund und Boden grundsätzlich ablehnen, und die, die es daran gebunden sehen wollen, daß der Boden von den neuen Eigentümern bearbeitet werden muß.

Das ist auch der Kern des seit langem andauernden Verfassungskonflikts. Die alte Verfassung kennt keine Garantie von Eigentum an Grund und Boden. Ein Beschluß darüber aber würde nicht nur Umverteilungskämpfe zwischen den Bürgern und Bürgerinnen nach sich ziehen. Er würde auch die "föderalen Subjekte" und Moskau endgültig aufeinanderprallen lassen, weil dann auch die regionalen Nomenklaturen ihre Ansprüche geltend machen würden. Die Doppelherrschaft war eine stillschweigende Balance unausgetragener regionaler und sozialer Interessenkonflikte, aber keine Demokratie.

Weiter: Von welchem Schutz der Demokratie spricht Boris Jelzin? Vor den blutigen Schießereien konnte man in westlichen Kommentaren zumindest noch die Formel vom vorweggenommenen Staatsstreich finden. Die Auflösung des Obersten Sowjet sei nicht legitim, las man, aber unumgänglich, nicht demokratisch, aber nötig für die Stabilisierung des Landes. Heute ist von dem Staatsstreich Boris Jelzins nicht mehr die Rede. Um so mehr wird von "gut organisiertem Putsch national-kommunistischer Verbrecher" gesprochen.

Man mag Boris Jelzin verstehen, daß er diese Interpretation der Ereignisse verbreiten läßt und durch Verbot aller Zeitungen seiner Gegner dafür sorgt, daß andere Varianten im Lande nicht bekannt werden können. Es stimmt auch, daß auf dem 2. Kongreß der "nationalen Front" sowie auf verschiedenen Versammlungen und in der Presse der national-kommunistischen Rechten spätestens seit Sommer des Jahres zur Bildung bewaffneter Widerstandsgruppen, zum Sturm auf die Regierung aufgefordert wurde. Ebenso stimmt, daß der Oberste Sowjet Kampfmaßnahmen für den Herbst angekündigt hatte. Seine immer weiter schmelzende Schar reduzierte sich auf Vertreter dieser Strömungen. Frühere Parteigänger Alexander Ruzkois und Ruslan Chasbulatows aus dem rechten Zentrum wie der Industriellenführer Wolski oder der Populist Trawkin setzten sich von ihnen ab.

Dies alles ändert aber nichts an der Tatsache, daß Boris Jelzin mit seinem Dekret über die Auflösung des Obersten Sowjets den Dialog insgesamt aufkündigte und in eine Offensive ging, die versucht, alle Kräfte zu kriminalisieren, mindestens aber als staatsfeindlich zu stigmatisieren, die mit der Auflösung des Obersten Sowjet nicht einverstanden waren. Das sind aber nicht nur ein paar national-kommunistische Splittergruppen, es ist die gesamte Palette der Opposition. Dazu gehören auch die Gewerkschaften mit ihrer Forderung nach "Reformen mit menschlichem Gesicht". Es setzt sich fort in dem Versuch, auch die regionalen und örtlichen Sowjets aufzulösen. Das zielt auf die vollkommene Liquidierung der bisherigen Organe der Volksvertretung. Angesichts der Tatsache, daß es in der Russischen Föderation weder eine entwickelte Parteienlandschaft, noch aktionsfähige Interessenverbände, noch kommunale Selbstverwaltungsstrukturen gibt, läuft das auf die Liquidierung jeglicher Opposition hinaus.

Unter diesen Umständen bleiben die regionalen Verwaltungen, die im Föderationsrat zusammengefaßten sog. föderalen Subjekte, die einzigen Organe, in denen sich die oppositionellen Kräfte noch kristallieren können. Wenn Boris Jelzin sich statt wie bisher auf den Föderationsrat nun auf den "Sicherheitsrat", also die versammelten Chefs des Militärs, des KGB und der Innenministerien, stützten will, dann könnten die Wahlen leicht zur Farce werden.

Möglicherweise gelingt es Boris Jelzin sogar, die Lage auf diese Weise kurzfristig zu stabilisieren. Die Bevölkerung wird zur Zeit nicht gegen ihn aufstehen. Nach dem Blutbad von Moskau setzen die Menschen noch mehr als vorher auf Ordnung. Zwei Fragen jedoch sind unübersehbar:

Was für ein Wahlkampf soll das werden, in dem alle politischen Kräfte, die mit der Absetzung des Obersten Sowjet nicht einverstanden waren, als Staatsfeinde entweder direkt illegalisiert oder durch Beschränkung ihrer materiellen Möglichkeiten behindert werden? Das betrifft nicht zuletzt auch die Auflösung der Sowjets. Und welche Kandidaten sollen sich unter solchen Umständen zur Wahl stehen?

Bedrückender ist die andere Frage: Was wird geschehen, wenn es Boris Jelzin tatsächlich gelingt, sein "Schockprogramm" auf diese Weise in die zweite Runde zu führen? Der IWF verlangte erst kürzlich wieder drastische Subventionskürzungen. Der Besuch einer IWF-Expertenrunde ging der Auflösung des Obersten Sowjet durch Boris Jelzin unmittelbar voraus. Die nächste Runde wird die begonnenen Umverteilungskämpfe notwendigerweise enorm verschärfen. Das wird die Teile der Bevölkerung, die ihn jetzt als kleineres Übel akzeptieren, über kurz oder lang, vermutlich eher über kurz als lang, gegen ihn aufbringen. Es ist klar, daß auch nach einer gewonnenen Wahl Jelzins Macht, ebenso wie seine Mittel, nicht reichen, um diesen Widerstand auf friedlichen Wegen aufzufangen.

Eine auch nur halbwegs demokratische Alternative könnte nur in der Wiederaufnahme des Dialogs bestehen. Es bedeutet das Abrücken von "Schocktherapien" der Totalprivatisierung, die auf die Zerstörung der vorhandenen kollektiven Strukturen setzen, ohne Neues an deren Stelle aufbauen zu können. Es verlangt das Bemühen um Kompromisse, gemischte Formen der Wirtschaft, die Strategien des Übergangs zwischen kollektiven und privatwirtschaftlich organisierten Lebensformen beschreiben. All dies braucht Zeit. Eine nicht nur siebzig Jahre lang, sondern schon Jahrhunderte davor gewachsene kollektivistische Grundstruktur dieses Raumes wird mehr als eine Generation brauchen, um zu neuen Formen der Lebensorganisation zu finden. Die Transformation läßt sich nicht befehlen, auch nicht unter Androhung von Gewalt. Jede Eile wird sich an der Weite des Raumes und den in die Struktur des Landes und die sozial-ökonomischen Verhältnisse selbst eingeschriebenen Realitäten brechen.

# 6. "Ein Konsens ist nicht möglich." Gespräch mit Boris Kagarlitzky

*Gespräch mit Boris Kagarlitzky, Moskau*

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:23

Boris Kagarlitzky ist einer der bekanntesten Analytiker der nach-sowjetischen Reform-Linken und hat mehrere Bücher im Westen veröffentlicht. Er ist heute führendes Mitglied der "Partei der Arbeit", Redakteur der Gewerkschaftszeitung "Solidarnost" und Mitarbeiter in der "Moskauer Föderation der Gewerkschaft". Er war Mitglied des Moskauer Stadtparlaments bis zu dessen Auflösung vor ein paar Tagen. Dabei wurde er von Polizeikräften verprügelt und vorübergehend verhaftet. - Das Gespräch führte Kai Ehlers.

(Boris Kagarlitzky versichert zunächst, daß er körperlich wohlbehalten sei. Dann schildert er die entstandene Situation:)

Kagarlitzky: Sie ist schlecht, aber nicht fatal. Man kann sagen, es ist eine sehr inkompetente und korrumpierte Diktatur. Es ist gut, daß das so ist: inkompetent und korrumpiert! Das funktioniert nicht.

Frage: Was bedeutet das?

Sie ist einerseits sehr brutal: Oppositionelle Parteien können nicht arbeiten, es herrscht Zensur, nicht mehr direkt, aber faktisch, weil die Regierung alle Medien in der Hand hat. Auch das Verfassungsgericht ist liquidiert; der Hauptprokurator ist ausgewechselt. Jelzin hat seinen Mann eingesetzt. Das ist alles wie eine normale, klassische Diktatur. Aber sehr schwach, schlecht organisiert.

Gilt das nur für Moskau?

Zur Zeit nur für Moskau. Sie wollen es natürlich für das ganze Land. Aber auch das ist ein Problem: Es ist ein großes Land. Es gibt keine Möglichkeiten, das alles zu organisieren und dann zu kontrollieren.

Was ist mit den Föderationsorganen?

Es gibt keine mehr. Jelzin hat sie vor ein paar Tagen aufgelöst. Das bedeutet, er hat keine Unterstützung mehr durch die Regionen.

Das bedeutet, daß er in die Konfrontation mit den Regionen geht und sich allein auf den "Sicherheitsrat" stützen muß?

Ja, aber einige Strukturen sind auch sehr liberal. Es ist alles sehr widersprüchlich. Es ist vielleicht wie in Lateinamerika, aber nicht wie in Chile, viel schwächer. Viele Leute wurden verhaftet. Aber einige kann man jetzt wieder herausholen.

Wer hat gegen die Auflösung des Sowjets protestiert? Wer stand auf der Seite von Ruzkoi und Chasbulatow?

Alle, selbst einige Jelzinisten, haben protestiert, zum Beispiel auch Jelzins bisheriger Vertrauter Schachrai. Es gibt keine politische Organisation, die dieser Diktatur positiv gegenübersteht, sofern sie nicht selbst Teil des Regimes ist.

Die Gewerkschaften sollen auch protestiert haben.

Ja, haben sie. Sie haben erst heftig protestiert, dann haben sie ihre Position gewechselt. Das ist ein ziemliches Strukturproblem. Es gibt da unterschiedliche Kräfte. Die Situation dort ist jetzt sehr schlecht. Sie sind in einer großen Krise. Der Gewerkschaftsführer Klatschkow ist zurückgetreten. Jetzt bereiten wir den Gewerkschaftskongreß für den 28. Oktober vor.

Was habt ihr vor?

Wir müssen eine neue oppositionelle Koalition mit neuen Leitungen bilden. Die alten haben sich als sehr schlecht erwiesen, ebenfalls inkompetent. Sie tragen mit Verantwortung für das, was geschehen ist. Nun, man muß alles wieder neu aufbauen.

Gilt das auch außerhalb der Gewerkschaften?

Ja, aber wieder auch nicht ganz. Im Grunde wird das Neue nicht so sehr abweichen von dem, was vorher war, aber natürlich ohne die linken und die rechten Extremisten. Sie haben sehr großen Schaden angerichtet, auch die sogenannten Zentristen.

Also außer den Gewerkschaften die Industrie-Union, Direktoren, Wolkski, Trawkin...

Ja, aber vor allem Ruzkoi und Chasbulatow. Sie haben mit Anpilow und Makaschow, führenden Figuren der Extremisten, zusammengearbeitet. Das war katastrophal. Sie haben keinerlei verbale Distanz zu linken und rechten Extremisten gehalten. Sie sagten, alle seien Bürger Rußlands. Formell ist das natürlich korrekt, aber politisch war das einfach nicht richtig.

Ihr habt doch früher Kontakt zum Zentrum gesucht. Wohin orientiert ihr jetzt?

Wir brauchen neue Organisationen, um die Unterstützung der Leute neu zu gewinnen. Die alte Leitung des Parlaments hat so viele Fehler gemacht, daß die öffentliche Unterstützung schwächer war als es hätte sein müssen.

Ja, die Menschen sind müde. Das habe ich selbst bei meinem letzten Aufenthalt vor einem Monat gesehen. Man wollte mit dieser Kasperei absolut nichts mehr zu tun haben. Aber sind denn die Menschen bereit, die örtlichen und regionalen Sowjets zu verteidigen?

Das hängt davon ab. Es gibt verschiedene Situationen, verschiedene Sowjets, verschiedene Regionen. Man kann daran arbeiten.

Du meinst, man kann die vielen Widersprüche der Situation politisch nutzen?

Es ist sehr kompliziert, aber es ist möglich. Man muß darüber noch diskutieren. Die angekündigte Wahl läßt kaum Möglichkeiten. Du mußt verstehen, das ist keine richtige Wahl. Man hat deutlich gezeigt, daß man die Opposition als Kandidaten nicht zulassen will. Vermutlich gibt es trotzdem Wahlen. Aber meiner Ansicht nach wird das nur für die westlichen politischen Freunde Jelzins inszeniert. Im Grunde wollen sie keine Wahlen, aber aus dem Westen gibt es Signale, daß Wahlen organisiert werden müssen: Frei oder nicht, das ist für Kohl und andere kein Problem, nur gewählt werden muß irgendwie. Mit nur einem Kandidaten? Auch kein Problem - Hauptsache wählen! Also, ich will sagen: Es gibt vermutlich nichts zu wählen, aber an diesem Punkt kann man kämpfen. Das ist das eine, was wir tun können. Zum zweiten kann man versuchen, über das Komitee für Menschenrechte u.ä. etwas zu erreichen.

Bei uns liest man, alle, die nicht an der Revolte teilgenommen hätten, könnten zu gleichen Bedingungen an der Wahl teilnehmen.

Naja, das sind Witze. Erstens gibt es viele Probleme mit der Registrierung als Wahlliste. Jetzt heißt es, daß man 300.000 Unterschriften für einen Kandidaten sammeln muß, um ihn auf die Liste zu kriegen. Zweitens sind alle Parteien, die gegen Jelzin sind, nicht registriert. Es gibt jetzt keine offiziell registrierte Opposition, die diese Wahlrechte bekommt, verstehst du? Das gilt auch für die Zentristen. Sie sind zwar nicht kriminalisiert, aber auch illegalisiert.

Es ist also alles reine Show?

Nicht einmal Show. Gestern hieß es sogar in der "Istwestija", daß für diese Wahl technisch nichts bereit steht und sie technisch nicht zu realisieren ist.

Soweit ich gehört habe, gibt es auch kein Wahlgesetz, keinen organisatorischen Rahmen, keine Programme...

... und keine Teilnehmer.

Siehst du eine Alternative?

Man muß für freie Wahlen kämpfen. Im übrigen braucht man nicht lange zu warten, bis die ökonomische Situation noch katastrophaler wird. Vielleicht ein, zwei Monate.

Nehmen wir an, es gelänge Boris Jelzin, die Situation in dieser Weise zu stabilisieren. Was würde das bedeuten?

Nichts, es gibt keine Stabilisierung. Die ökonomische, die soziale Situation bleibt, wie sie war, verschlechtert sich weiter. Vom Politischen her ist sie viel schlechter geworden: Jetzt gibt es Angst vor Terrorismus. Die Opposition reorganisiert sich. Er kann nicht alle umbringen oder verhaften, also kann er die Opposition nicht zerschlagen. Alle politischen Tendenzen sind gegen ihn. Zur Zeit hat er eine Basis, aber die hat keine strategische Perspektive.

Ich fürchte, daß die Niederlage der national-kommunistischen Kräfte so etwas wie einen Mythos aufbauen könnte.

Ich finde es nicht schlecht, daß die national- kommunistische Opposition geschwächt worden ist. Dadurch ist vielleicht der Raum für eine moderne Opposition frei geworden. Aber das muß man sehen.

Höre ich richtig heraus, daß du persönlich sehr mitgenommen bist?

Ja, das ist richtig. Es hat sich gezeigt, daß es keine Möglichkeit für einen Konsens gibt. Kapitalismus und Demokratie können nicht gemeinsam existieren: Entweder das eine oder das andere.

Ich verstehe das Ganze als innerstaatliche Feinderklärung. Wie siehst du es?

Genau so. Aber das gilt auch international, indem die westlichen politischen Führer Jelzin die Unterstützung zugesichert haben. Das bedeutet, daß es auch auf internationaler Ebene keine demokratische Perspektive für den Kapitalismus gibt. Auch nicht im Westen.

Hast du Informationen, daß der Westen das Vorgehen Jelzins auch aus dem Land selbst heraus unterstützt hat?

Man kann jeden Tag im Moskauer TV sehen, wie es ist. Jelzin und andere erklären ja ganz offen: Das, was sie machen, sei gut, weil Clinton und andere es unterstützt hätten.

Ich habe gelesen, daß gerade eben drei Wochen vor der Auflösung des Sowjets eine neue Expertengruppe des IWF mit neuen Forderungen zur Erfüllung der IWF-Auflagen bei euch eingereist ist.

Das weiß ich nicht genau. Aber es ist auch nicht so wichtig. Das sind Einzelheiten. Die offenen Deklarationen westlicher politischer Führer sind wichtiger als "covered action". In der "Dritten Welt" ist oft mit "covered action" gearbeitet worden. Aber zum ersten Mal hat die ganze westliche Führung öffentliche Deklarationen gegen die Demokratie abgegeben. Das ist das Entscheidende.

# 7. Jelzin als Alleinherrscher

*Auch der neueste Coup des Präsidenten verbessert die Situation in Rußland nicht*

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:20

Westliche Regierungen haben noch nie ernste Probleme damit gehabt, ihnen wohlgesinnte Diktaturen nicht als solche zu bezeichnen oder sie wenigstens als Entwicklungsdiktaturen auf dem Weg zur Demokratie zu beschönigen. So auch in Rußland. Kaum, daß Boris Jelzin, gewählter Präsident von Rußland, das ebenfalls gewählte Parlament auflöste, damit die Verfassung außer Kraft setzte, das Parlamentsgebäude konfiszierte, Wasser, Strom und Kommunikationsverbindungen kappen ließ, kam die Unterstützung für dieses Vorgehen aus den USA: "Jelzin verkörpert Rußlands beste Hoffnung auf Demokratie", so das personifizierte Prinzip Hoffnung im Präsidentenamt. Doch Rußland ist durch das diktatorische Vorgehen von Jelzin der Lösung der anhaltenden Krise des Landes keinen Schritt näher gekommen.

Jelzin hatte es schon im August vor der internationalen Presse angekündigt: Es werde einen "heißen September" geben. "In dem Monat werden die Verfassungsfrage, die Frage der Wahlen und nicht zuletzt das Schicksal der Macht in Rußland entschieden." ("Neue Zürcher", 11.8.93). Ähnliche, wenn auch nicht so präzise Drohungen waren von Jelzin schon seit dem Referendum im April immer wieder zu hören. Denn trotz einer Mehrheit für den Präsidenten und seine Politik (58 bzw. 54 Prozent Zustimmung) war es zu keiner Lösung des Patts zwischen ihm und seinen Gegnern im Parlament gekommen. Wie auch. In keiner der Fragen, sei es Inflationsbekämpfung, soziale Absicherung von Rentnern und Arbeitslosen, oder die Richtung und Geschwindigkeit der Wirtschaftsreformen, hatte Jelzin ernsthaft versucht, mit dem Parlament einen Kompromiß zu erreichen. Aus seiner Sicht stand von vornherein fest, daß das Parlament überwiegend aus alten Betonköpfen besteht, mit denen ein Dialog ebenso überflüssig wie unmöglich ist.

Der Zeitpunkt für die "Entscheidungsschlacht" war gut gewählt. Denn am Freitag, dem 24. September, sollte das Parlament über eine neue Kreditaufnahme des Staates beraten - und es war klar, daß das Parlament diesen Kredit nach oben erweitern würde. Damit aber hätte Jelzin sowohl gegen seine eigenen Politik der Begrenzung der Staatsverschuldung als Inflationsbekämpfung verstoßen, als auch Zusagen gegenüber den ausländischen Kreditgebern, allen voran dem IWF, zuwidergehandelt.

Schocktherapie oder Reform?

Der Streit zwischen dem Präsidenten und dem Parlament geht um die Ausrichtung der Politik. Jelzin mit seiner Regierung steht für ein wirtschaftliches Schockprogramm, das dem ehemaligen 500-Tage-Plan unter Gorbatschow recht ähnlich sieht. Sämtliche alten Strukturen und Wirtschaftspraktiken sollen dabei zerschlagen werden, um den Weg frei zu machen für solche westlich-kapitalistischer Prägung.

Die Folgen dieser Politik sind jetzt schon in Rußland klar erkennbar: Eine momentan auf rund 20 Prozent begrenzte monatliche Inflationsrate, eine nicht genau bekannte Zahl von Arbeitslosen, Firmenzusammenbrüchen und mittellosen RentnerInnen, die sich auf den Müllhalden des Landes ihren Lebensunterhalt zusammensuchen. Organisierte Kriminalität bis weit in die Regierungskreise hinein scheint die einzige intakte Struktur des Landes zu sein; Korruption, Bestechung und Mord sind an der Tagesordnung.

Auf der anderen Seite steht das Parlament, das bei weitem keine gemeinsame Auffassung von der Ausrichtung der Politik hat. Viele der Abgeordneten sind sicher dem alten System der UdSSR in Treue verbunden, aber ebenso gibt es andere, die sich statt einer russischen Ausgabe der Wirtschaftspolitik von Maggy Thatcher den Übergang zu kapitalistischen Verhältnissen mehr nach einem skandinavischen Muster vorstellen. Das würde eine weitaus größere Einmischung des Staates bedeuten, durch eine Wirtschaftsstrukturpolitik etwa, eine soziale Absicherung der Verlierer in diesem Prozeß, und eine staatliche Politik, die insgesamt bestrebt sein müßte, mittels tragfähiger Kompromisse die unterschiedlichen und konkurrierenden Interessen innerhalb der Gesellschaft auszugleichen. Dabei ist es derzeit allerdings vollkommen unklar, welche politische Kraft derartige Vorstellungen durchsetzen will und kann.

Ruslan Chasbulatow und Alexander Ruzkoi, die prominentesten Gegner Jelzins und Anführer der Parlamentsrevolte, stehen neben ihrer Kritik am autoritären Regierungsstil Jelzins für ein

Wirtschaftsprogramm, das sich gar nicht so sehr von einem unterscheidet, das sich einer sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlt. Insbesondere der rasche Ausverkauf von lukrativen, weil profitabel arbeitenden Staatsbetrieben trifft auf ihre Kritik. Dies hat nach ihrer Ansicht zu der immer größer werdenden Schere in der russischen Bevölkerung geführt. Ein kleiner Teil ist der Gewinner dieses Prozesses und kann fast alles kaufen, während der Rest der Bevölkerung schlecht lebt und vielfach noch nicht einmal das offizielle Existenzminimum zur Verfügung hat.

Demgegenüber favorisieren Chasbulatow und Ruzkoi eine staatliche Interventionspolitik, die sicherlich viele Betriebe der Rüstungsproduktion am Leben ließe, die aber dennoch als ernsthafte Alternative zum Programm des freien Falls von Jelzin näher zu untersuchen wäre. Beide wollen auf keinen Fall zurück zum alten System von Staatsbetrieben und Lenkung, vielmehr wollen sie den Übergang zu einem Kapitalismus skandinavischer Prägung mit staatlichen Mitteln induzieren und steuern. Es scheint, sie sind mit ihren Vorstellungen nicht weit von dem entfernt, was in manchen sozialdemokratischen Köpfen unter Keynesianismus verstanden wird.

Leider werden diese hier auch nur grob skizzierten Vorstellungen der Gegner Jelzins im Westen nur selten und ungenau oder polemisch verzerrt dargestellt - wenn überhaupt. Vielmehr herrscht das Bild vor, das gesamte Parlament bestünde überwiegend aus alten kommunistischen und nationalistischen Betonköpfen, die nur ein Zurück im Kopf haben.

Der Kampf um die Macht

Die aktuelle Auseinandersetzung ist natürlich auch ein neues Kapitel im Kampf um die Macht in Rußland. Sowohl Jelzin als auch seine Widersacher im Parlament haben immer wieder klargemacht, daß sie unterschiedliche Vorstellungen von einer politischen Neuordnung des Landes haben.

Am bekanntesten sind dabei die Pläne von Präsident Jelzin. Immer wieder hat er zu verstehen gegeben, daß er sich ein starkes Präsidentenamt mit einem Zweikammer-Parlament als Legislative vorstellt. Der scheinbar unausweichliche Vergleich mit der Position des US-Präsidenten wird von Jelzin gerne bemüht, allerdings hat er ziemlich andere Vorstellungen vom Parlament, als sie in der US-Verfassung verankert sind.

Das Parlament hingegen hatte auch hierzu keine einheitliche Position. Es ist derzeit recht unklar, wie sich die Gruppen, die im Parlament vertreten waren, die politische Zukunft des Landes vorstellen. Angesichts der Fixiertheit der westlichen Medien auf Jelzin und seine Politik ist es nahezu unmöglich, von hier aus etwas genaueres über diese unterschiedlichen Vorstellungen zu sagen. Klar scheint immerhin, daß große Teile des Parlamentes eher eine gleich starke Position des Parlaments gegenüber der Macht des Präsidenten favorisierten; die Kontrolle über die Regierungspolitik sollte mehr beim Parlament statt nur beim Präsidenten liegen. Eine Vorstellung, die der "Gewaltenteilung" in westlichen Ländern Europas nicht unähnlich ist.

Bei allen Versuchen Jelzins, seinen Verfassungsentwurf mit den Parlamentariern zu diskutieren, krachte es meistens an diesem Punkt. Denn Jelzin will auf alle Fälle eine Verfassung verhindern, die dem Parlament eine echte Kontrollmöglichkeit gegenüber Regierung und Präsident einräumt.

Nach seinen Vorstellungen soll das Parlament aus zwei Kammern bestehen. Das Oberhaus soll ein Bundes- oder Föderationsrat sein, in dem die VertreterInnen der Regionen und Republiken der Föderation sitzen. In der Regel sollen dies die örtlichen Gouverneure und Präsidenten sein, die fast alle im Laufe des letzten bzw. vorletzten Jahres von Jelzin neu ernannt wurden und größtenteils seine Gefolgsleute sind. Dieses Oberhaus soll demnächst konstituiert werden, doch bisher gab es noch erheblichen Widerstand von den Regionalrepräsentanten. Jelzin hatte zunächst versucht, die Zustimmung der Regionalrepräsentanten im wahrsten Sinne des Wortes zu erkaufen. Ihre Sitze im Oberhaus sollten sicher sein, was automatischen Zugang zu Pfründen und persönlichem Mehreinkommen bedeutet hätte. Bis zum Konflikt um das "Weiße Haus" war diese Taktik aber noch nicht so recht aufgegangen. Vielleicht wird es Jelzin nach der militärischen Zerschlagung des Parlaments leichter fallen, sich auch in dieser Frage durchzusetzen. Einige Tage nach dem Sturm auf das "Weiße Haus" hat Jelzin angeordnet, daß der Föderationsrat zusammen mit dem Parlament am 12. Dezember gewählt werden soll.

Das Unterhaus soll die Staatsduma werden, ein Parlament mit 400 Mitgliedern, von denen zwei Drittel über Personenwahl und der Rest über Parteilisten gewählt werden sollen. Die Funktion dieser Duma soll es sein, die Gesetzgebung der Regierung zu diskutieren und zu beschließen. Sie hat - nach dem bisherigen Entwurf

der Verfassung - kein Anhörungs- oder ähnliche Kontrollrechte. Hinzukommt, daß der Präsident jederzeit das Recht hat, die Duma aufzulösen. Somit könnte Jelzin solange wählen lassen, bis ein Parlament zustande gekommen ist, das seinen Vorstellungen entspricht. Eine derartige Konstruktion erinnert mehr an die erste Staatsduma von 1905 als beispielsweise an die verfassungsmäßige Stellung des US-amerikanischen Parlamentes.

Die Position der Regionen

Die russische Föderation gliedert sich derzeit in 89 Regionen und Republiken. Diese haben jeweils ihr eigenes Parlament und ihren Gouverneur oder Präsidenten. Die letzteren werden vom Staatspräsidenten eingesetzt und wurden, wie bereits erwähnt, erst kürzlich von Jelzin neu ernannt. Die meisten Parlamente dagegen haben eine ähnliche Zusammensetzung wie das der Föderation in Moskau. Folglich ergibt sich in vielen Regionen eine analoge Pattsituation, wie sie in Moskau bis zu Jelzins Schlag gegen das Parlament bestand. Oft aber mit dem Unterschied, daß bisher in den Regionen Kompromisse in umstrittenen Fragen immer noch möglich waren. Das ist auch der Grund für die zögerliche Zustimmung der Regionen zu Jelzins Vorgehen. Denn die Gouverneure und Präsidenten wollen das fragile Gefüge in ihren jeweiligen Regionen nicht aufs Spiel setzen. Jelzin hat nun den militärischen Sieg in Moskau über seine Gegner dazu benutzt, ganz schnell auch die Regionalsowjets für aufgelöst zu erklären und ihre Neuwahl im Dezember anzuordnen. Bis dahin liegt die ganze Macht bei den von Jelzin eingesetzten Verwaltungsapparaten. Immerhin haben sich laut Presseberichten 31 der Regionen, ein gutes Drittel, in dem Konflikt gegen Jelzin gestellt - und sollen nun mit Drohungen "zur Räson gebracht werden". Falls dies nicht ausreicht, sind wohl auch militärische Zwangsmittel nicht mehr absolut auszuschließen.

Der von Jelzin initiierte Prozeß der Bildung eines Föderationsrates verläuft ebenfalls kompliziert und konfliktträchtig. Hauptstreitpunkte sind die Fragen: Wieviel Macht hat Moskau und wieviel die Regionen? Wieviel von den eingenommenen Steuern muß an die Zentrale abgeführt werden und was bleibt direkt in den Regionen?

Zum ersten Punkt: Jelzin ist Befürworter einer ganz starken Zentrale. Die Regionen sollen sowenig wie möglich zu sagen haben. Auf der anderen Seite fühlen sich diese aber spätestens seit dem Ende der UdSSR ermutigt, ihren eigenen Weg zu gehen. Diese Selbständigkeit soll nach Ansicht der Regionen auch ihren Niederschlag in der neuen Verfassung finden. Größere Autonomie der Regionen in Fragen der wirtschaftlicher Entwicklung, der Infrastruktur sowie in kulturellen und sozialen Angelegenheiten sollen der russischen Föderation einen völlig neuen Charakter geben.

Der zweite Punkt der Auseinandersetzung ist für Moskau noch wesentlich brisanter. Denn es geht ums Geld. Zur Zeit dürfen die Regionen 30 Prozent ihrer Steuereinnahmen behalten, der Rest geht nach Moskau. Gefordert wird nun, daß es eine 50-50-Teilung der Einnahmen geben soll, doch Moskau zeigt in dieser Frage keinerlei Einlenken. Daher sind viele Regionen dazu übergegangen, der Zentrale gar kein Geld mehr zu überweisen. Insbesondere der Zusammenschluß von 19 Regionen in Sibirien zu einem Regionalverband mit Sitz in Irkutsk schreckt Moskau. Denn dieser Zusammenschluß zahlt keine Kopeke mehr an Moskau und stellt aufgrund seiner Bodenschätze und Industriezentren eine ernsthafte Regionalmacht dar. Probleme machen auch die Unabhängigkeitserklärungen mehrerer Regionen, allen voran die Republiken der Tschetschenen und der Inguschen. Dort wird gegen die Truppen der Zentrale ein erbitterter low-level Bürgerkrieg geführt, der fast vollständig aus dem Blick der westlichen Öffentlichkeit verschwunden ist.

Die Lösung dieser Probleme ist von vitalem Interesse für Moskau. Denn gelingt sie nicht, könnte Rußland ein ähnliches Schicksal drohen wie der alten UdSSR: der Zentrale geht das Geld aus. Das würde den weiteren Bestand der Föderation ernsthaft gefährden. Schon jetzt weiß Jelzin nicht, wie er die Armee und weite Teile der Zentralbürokratie bezahlen soll. Zusätzlich neigt der Präsident dazu, politisches Wohlverhalten materiell zu vergüten. Will Jelzin die Inflation nicht durch weiteres Gelddrucken anheizen, so muß auch für dieses Problem recht bald ein Ausweg gefunden werden. Da Jelzin gegenüber den VertreterInnen der Regionen bisher ein ähnliches Verhalten an den Tag gelegt hat wie gegenüber dem Parlament, erscheint es wenig realistisch, daß eine für beide Seiten tragfähige Lösung zustande kommt.

Die Wirtschaft des Landes

Schon seit den Tagen Gorbatschows ist die russische Ökonomie im Zustand zunehmender Unordnung und Ungewißheit. Unter Gorbatschow gab es das Hin und Her von Reformversuchen und Gegensteuern. Dann der Zusammenbruch der UdSSR und der Wegfall der alten Wirtschaftsstrukturen. Dies zusammengenommen mit den Kriegen und Konflikten, die in mehreren Teilen der ehemaligen UdSSR toben, bringt natürlich auch die russische Wirtschaft in immense Schwierigkeiten. Gleichzeitig werden diese noch durch die diversen Reformversuche von Jelzin, Gaidar und Co. verstärkt. Insbesondere der Versuch, die ehemaligen Staatsbetriebe in einem Gang zu privatisieren, das Streichen von vielen staatlichen Zuschüssen für Kinderkleidung etwa, Rentner und andere, sowie die Freigabe von vielen Preisen hat die russische Wirtschaft nicht gerade stabilisiert.

Anfang 1993 hat die Regierung Jelzin rund 5.000 große und mittlere ehemalige Staatsbetriebe zur Privatisierung freigegeben. Bislang sind davon 1.725 durch den seit Mai dieses Jahres betriebenen Verkauf von Coupons in anderen Händen. In diesen Betrieben sind rund 12 Prozent der gesamten Industriearbeiterschaft Rußlands beschäftigt. Bislang gibt es keine Informationen darüber, wer die Käufer dieser Betriebe sind, noch wie es mit dem laufenden wirtschaftlichen Erfolg dieser Betriebe aussieht. Die Tatsache, daß Menschen dazu in der Lage sind, Aktien zu kaufen, ist durchaus ein Zeichen dafür, daß bei einem Teil der Bevölkerung Kapital vorhanden ist. Gleichzeitig ist aber auch bekannt, daß immer mehr Menschen ums nackte Überleben kämpfen.

Am unteren Ende der Einkommensskala sind RentnerInnen, Arbeitslose, unqualifizierte ArbeiterInnen sowie die unteren und mittleren Ränge der Armee und Verwaltung. Hinzukommen noch die sog. kinderreichen Familien und die Alleinerziehenden. Nach einer Erhebung von Goskomstat unter rund 7.000 Haushalten in Rußland ergibt sich, daß rund 37 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben. Schaut mensch sich die Zahlen genauer an, so zeigt sich, daß rund 50 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren zu dieser Kategorie der Ärmsten gehören. Insgesamt fallen 72 Prozent aller Familien mit drei oder mehr Kindern unter diese Grenze. Mit zwei Kindern sind es 47 und mit einem 34 Prozent. Alleinerziehende fallen zu 55 Prozent darunter, Familien mit einem arbeitslosen Mitglied sind zu 45 und RentnerInnen zu 31 Prozent betroffen.

Doch diese Zahlen sagen noch nicht alles. Noch drastischer wird das Bild, wenn mensch sich anschaut, wofür die Einkommen ausgegeben werden. Nach der erwähnten Erhebung von Goskomstat geben die Familien unterhalb der Armutsgrenze rund 70 Prozent ihrer Einkommen für Nahrungsmittel aus. Wobei dies hauptsächlich Kartoffeln, Brot, Gemüse und teilweise Käse und Milch sind. Fleisch ist so gut wie nie auf den Tischen und Tellern dieser Familien zu finden. Ebenso wird kaum Geld für Kleidung, Bücher oder Dienstleistungen irgendwelcher Art ausgegeben. Insgesamt ist der Verbrauch der RussInnen gegenüber 1991 um rund 80 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig haben diejenigen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, nur noch ein Drittel des Einkommens von 1991 zur Verfügung.

Was aus dieser Untersuchung von Goskomstat nicht hervorgeht, ist die Lebenslage derjenigen, die in der Mitte oder am oberen Ende der Einkommensskala liegen. Es wird aber im Beitext dieser Untersuchung davon ausgegangen, daß beispielsweise die Zahl der Dollar-Millionäre in Moskau beträchtlich ist. Nimmt mensch noch die Berichte von den Geschäftseröffnungen westeuropäischer und US-amerikanischer Geschäfte für den gehobenen Bedarf hinzu, so ergibt sich das Bild einer zutiefst gespaltenen Entwicklung der russischen Gesellschaft.

Zudem macht die Inflationsrate das Leben der Mehrheit der Bevölkerung nicht gerade einfach. Aufgrund der Zugeständnisse an die westlichen Gläubiger sieht sich die Regierung Jelzin vor die Notwendigkeit gestellt, die Geldmenge zu begrenzen und im Namen der Inflationsbekämpfung eine Politik strikter Kürzungen der staatlichen Ausgaben zu fahren. Auf diesem Gebiet sind im Moment einige Erfolge zu verzeichnen. So konnte die monatliche Inflationsrate auf derzeit rund 18 Prozent gesenkt werden. Allerdings darf nicht davon ausgegangen werden, daß dies eine stabile Abwärtsbewegung der Inflationsrate indiziert.

Noch ein kurzer Blick auf die regionale Einkommensverteilung, so fällt in der Erhebung von Goskomstat auf, daß im Osten des Landes, insbesondere im östlichen Teil von Sibirien, die Einkommen nach wie vor um rund 20 Prozent höher sind als im Rest des Landes. Dort zu arbeiten ist trotz der klimatischen Bedingungen und der katastrophalen ökologischen Verhältnisse nach wie vor ein zumindest finanziell lohnendes Unternehmen.

Mit der erneuten Ernennung von Jegor Gaidar zur für die Wirtschaft verantwortlichen Person (als stellvertretender Premierminister) scheint der russischen Wirtschaft und Gesellschaft ein neues Schockprogramm bevorzustehen. Ob allerdings eine wie auch immer geartete Neuauflage seines Übergangs zum Kapitalismus à la Maggy Thatcher der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes insgesamt gut tun wird, muß bezweifelt werden.

Die politische Zukunft

Jelzin hat mit seinem Bruch der Verfassung den Versuch unternommen, aus der derzeitigen Pattsituation herauszukommen. Doch angesichts der Stimmungslage in der Bevölkerung ist fraglich, ob ihm das gelingt. Bei einer Meinungsumfrage im Sommer dieses Jahres zeigte sich die russische Öffentlichkeit mehrfach gespalten. Nach einer Repräsentativumfrage in städtischen und ländlichen Gebieten des Landes ergab sich folgendes Bild:

- 52 Prozent favorisieren eine Regierung per Präsidentendekrete, 48 Prozent sind dagegen;

- 48 Prozent sind der Ansicht, daß das Parlament ein Vetorecht gegenüber Entscheidungen des Präsidenten haben muß.

Bei genauerer Betrachtung kristallisiert sich folgende Aufteilung heraus:

- 32 Prozent befürworten die Herrschaft des Präsidenten per Dekrete, ohne Vetorecht des Parlaments;

- 28 Prozent würden lieber sehen, daß das Parlament ohne Dekrete des Präsidenten regiert;

- 20 Prozent begrüßen eine Mischung aus Präsidialdekreten und Parlamentsveto;

- 20 Prozent sind gegen jede Form von autoritärer Herrschaft, egal von welcher Seite.

Die Entscheidung Jelzins, im Dezember wählen zu lassen, wird von rund 68 Prozent begrüßt, wobei 44 Prozent der Ansicht sind, daß auch der Präsident gleichzeitig neu gewählt werden sollte. Allerdings gibt es auch rund 28 Prozent, die gegen Wahlen insgesamt sind.

Die hier zitierte Untersuchung des Zentrums für Meinungsforschung zeigt auch, daß Jelzins Anhängerschaft zu diesem Zeitpunkt, Sommer 1993, auf rund 34 Prozent gefallen war. Gleichzeitig sagten 84 Prozent der RussInnen, daß das recht junge Verfassungsgericht eine größere Rolle bei der Beilegung der Konflikte zwischen Parlament und Präsident spielen solle. Insgesamt wurde deutlich, daß RichterInnen und Wirtschaftsfachmenschen mehr Vertrauen entgegengebracht wird als den PolitikerInnen. Logisch also, daß Jelzin den für ihn günstigen Konfliktausgang auch noch dazu ausgenutzt hat, das Verfassungsgericht zu entmachten, das sich für seinen Geschmack in dem Konflikt allzu "unloyal" verhalten hatte.

Aber zurück zu den möglichen Präsidentschaftswahlen im nächsten Juli. Boris Jelzin hat bereits zu verstehen gegeben, daß er kandidieren will. Sicherlich geht er davon aus, daß er mit seinen 62 Jahren wieder die Wahl gewinnen wird, da er sich als Verkörperung des Volkswillens begreift. Allerdings dürften diese Wahlen vielleicht doch nicht so ganz einfach zu entscheiden sein. Denn es gibt einige recht ernst zu nehmende Gegenkandidaten. Manche von ihnen sind allerdings durch den letzten Gang der Dinge wohl erst einmal aus dem Spiel.

Mit Sicherheit gilt das für Alexander Ruzkoi, den Anführer der Parlamentsrevolte, der jetzt in Haft ist. Im Sommer hatten Meinungsumfragen nach der Beliebtheit der Politiker Ruzkoi vor Jelzin gesehen. Der 46jährige war zusammen mit Jelzin zum Vizepräsidenten gewählt worden, um einen Kandidaten für die Armee und die Rüstungsindustrie zu haben. Ruzkoi hatte sich in den letzten Monaten immer stärker nationalistischen Kräften zugewandt. In der spezifisch russischen Bündniskonstellation altlinker und konservativer bis rechtsextremer Kräfte war er eine Schlüsselfigur. Besonders pflegte Ruzkoi den Verlust des Ansehens und des Einflusses der ehemaligen UdSSR zu beklagen. Sein Prestige als "Afghanistan-Held" war zumindest in den wohl nicht geringen Teilen des Offizierskorps, die ebenfalls stark nationalistisch denken, erheblich. Auch Ruzkois wirtschaftspolitische Ansichten sind mehr von zentralistischen Vorstellungen geprägt als von marktwirtschaftlichen. Er ist aber dennoch nicht einfach nur als Anhänger des alten Systems abzustempeln. Vielen galt er auch als der erwünschte "starke Mann" auf dem Weg zu einer Gesellschaft skandinavischer Prägung.

Ein möglicher Gegenkandidat gegen Jelzin ist Gregorij Jawlinski. Der 41jährige Ökonom war 1990 Premierminister, trat aber aufgrund von Streitigkeiten über sein Reformprogramm zurück. Seitdem führt er ein Marktforschungsinstitut und ist vielfach als Berater für die Regierungen ehemaliger Republiken der UdSSR tätig gewesen. Seine Ankündigung, im nächsten Jahr zu kandidieren, war allgemein auf Überraschung gestoßen. Denn nach seinem Rücktritt hatte er sich bislang - von gelegentlichen Kommentaren abgesehen - von der politischen Oberfläche zurückgezogen.

Auf einer Pressekonferenz am 22. September beschuldigte er Parlament und Präsident gleichermaßen, für die derzeitige Situation verantwortlich zu sein. In der Beliebtheitsskala der MeinungsforscherInnen hat er mittlerweile Jelzin und Ruzkoi hinter sich gelassen. Viele bezweifeln seine ökonomischen Fähigkeiten und warnen vor seinem politischen Ehrgeiz.

Sergej Schachrai: Der 37jährige Rechtsanwalt ist momentan stellvertretender Premierminister und zuständig für Nationalitätenfragen. Ihm wird nachgesagt, Ambitionen für einen höheren Posten zu haben. Insbesondere seine Gründung einer eigenen Partei, mit einer starken regionalen Basis außerhalb Moskaus, macht ihn zu einem interessanten Politiker. In einem Interview bestätigte er seine Absicht, Präsident werden zu wollen, setzte aber hinzu, daß er im Augenblick nicht gegen Jelzin kandidieren werde. Dies wird im großen und ganzen aber als taktische Äußerung verstanden.

Michail Bocharow wäre 1991 fast Premierminister geworden. Die Ankündigung des 52jährigen, sich um das Präsidentenamt bewerben zu wollen, traf bisher nur auf geringes Interesse. Bocharow gilt vielen zu sehr als Zentrist, der mittels eines starken, autoritären Staates die Situation in Rußland verändern möchte. Insbesondere diese Absicht hat ihn in vielen Augen diskreditiert.

Schließlich gibt es noch Wladimir Tschirinowski, 47, der Präsident Rußlands werden möchte. Er ist Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Rußlands. Anders als der harmlose Name vermuten läßt, handelt es sich dabei um eine der aktivsten rechtsextremen bis faschistischen Gruppierungen des Landes.

Ein Überraschungskandidat könnte auch noch auftauchen: Michail Gorbatschow, der stets in Konflikt mit Jelzin gestanden hatte und seit seiner erzwungenen Abdankung nach dem Augustputsch 1991 auf Revanche lauert. Er läßt keine Gelegenheit aus, Jelzin heftig zu kritisieren - und Angriffspunkte bietet dieser ja überreichlich. So hat Gorbatschow im Konflikt um das "Weiße Haus" eine betont ausgewogene Position bezogen, also beide Seiten für die Verschärfung verantwortlich gemacht, insbesondere aber Jelzin aufgerufen, auf militärische Zwangsmittel zu verzichten. Nach wie vor scheint aber zu gelten, daß Gorbatschow zwar immer noch seine Fangemeinde im westlichen Ausland hat, aber in Rußland selbst chancenlos "out" ist.

Hoffnung auf ein neues Parlament

Der Ausgang von Jelzins Versuch, mittels der verfassungswidrigen Auflösung des Parlaments über Neuwahlen zu einer neuen, ihm genehmen Zusammensetzung der Kammer zu kommen, ist äußerst zweifelhaft. Denn viele politische Gruppen existieren nur in Moskau und den größeren Städten im europäischen Teil Rußlands, viele sind nur kurzlebig, und einige bestehen eigentlich nur aus ihren Delegierten. Praktisch gibt es nur eine Strömung, die über landesweite und intakte Strukturen verfügt, die Kommunisten, die aber auch in zahlreiche Fraktionen und Organisationen aufgesplittert sind und sich ständig neu gruppieren.

In einigen Ländern Osteuropas ist es den ehemaligen Staats-KPs gelungen, durch Imageänderung, aber auch durch die Verschärfung der sozialen Verhältnisse für WählerInnen wieder attraktiv zu werden. Für das russische KP-Spektrum muß allerdings gesagt werden, daß es von einer derartigen Position noch weit entfernt ist. Zu sehr sind seine Reihen mit Alt- und Neostalinisten, Nationalisten und anderen bornierten Traditionalisten durchsetzt. Die Kommunisten werden bei den Wahlen sicherlich ihre Stimmen ziehen, sofern sie überhaupt zugelassen werden. (Derzeit sind sie mit Verbot belegt.) Hauptsächlich werden die Kommunisten aber in den Jelzin-treuen Medien und im Westen dazu benutzt, den warnenden Zeigefinger zu erheben, daß das alte System immer noch nicht ganz geschlagen sei.

Widerstand gegen Jelzin wird auch von den zahlreichen nationalistischen und faschistischen Gruppierungen zu erwarten sein - wobei offen ist, wieweit der Präsident dieses Spektrum durch Verbote von den Wahlen ausschalten will und kann.

Unklar ist, ob es Jelzin, der nach wie vor über kein eigenes organisiertes politisches Lager verfügt, gelingen wird, einige der zentristischen Kräfte des Landes auf seine Seite zu ziehen. Hinzu kommt, daß die derzeitige Parteienlandschaft Rußlands recht unüberschaubar und obendrein ständigen Veränderungen unterzogen ist. So wird bis zu den Wahlen im Dezember sicherlich noch die eine oder andere Gruppe bzw. Partei entstehen, andere werden verschwinden. Mit relativer Sicherheit kann aber vorausgesagt werden, daß das neue Parlament wohl nicht die von Jelzin erhoffte Abnickbude für seine Politik werden wird - sofern die Wahlen wirklich stattfinden und sofern dabei zumindest Reste demokratischer Gepflogenheiten gewahrt werden.

Wie die oben erwähnte Meinungsumfrage gezeigt hat, ist die Öffentlichkeit in Rußland mehrfach gespalten. Das wird sich auch in der Zusammensetzung des Parlamentes widerspiegeln. Jelzin wird also vor ähnlichen Problemen stehen wie mit dem aufgelösten Gremium, und der Druck auf ihn, endlich ernsthafte Kompromisse einzugehen, könnte zunehmen. Falls eine derartige Konstellation zur Formulierung einer tragfähigen und erträglichen Politik beitrüge, wäre das durchaus zu begrüßen. Doch Zweifel sind angebracht. Denn Jelzin hat mit seinem Verfassungsentwurf klargemacht, daß er nur ein Parlament akzeptieren will, das keine Macht hat, den Präsidenten und seine Regierung in der Durchführung ihrer Politik zu hindern. Also Neuwahlen ohne Ende - oder aber im Sommer nächsten Jahres einen anderen Präsidenten wählen.

Jelzins Ankündigung, im nächste Sommer den Präsidenten wählen zu lassen, hat, neben taktischen Überlegungen, auch damit zu tun, daß er sich nach wie vor in der Position des Volkshelden sieht, dem die Massen vertrauen. Doch wie die Geschichte lehrt, sollte mensch diese Rolle nicht überstrapazieren. Das als Sündenbock fungierende Parlament hat er aufgelöst, somit fällt die Verantwortung für den anhaltenden wirtschaftlichen Niedergang allein seiner Regierung und ihm zu. In solchen Situationen kann auch der hellste Stern eines Volkshelden verblassen.

Andreas Skrypietz, Bristol

# 8. Der Weg ist das Ziel

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:46

Was Rußland gut tut, weiß man im Westen am besten: Rußland braucht den radikalen Weg zur Marktwirtschaft und eine Demokratie westlichen Zuschnitts. Über die Folgen eines solchen Weges macht man sich im Westen nur beiläufig Gedanken. Ja, ein Versorgungssystem für die zu erwartenden Millionenmassen von Arbeitslosen, das müsse es wohl geben. Wer das aber finanzieren soll? Der IWF wohlmöglich?

Bei seinem harten Kurs gegen die Widersacher im Parlament machte man Jelzin Mut. Man hat zwar keine brauchbaren Konzepte für Rußland, dafür aber einige Heilslehren, die in den Ländern der Dritten Welt schon erfolgreich durchexerziert wurden.

Der Westen akzeptiert nur das schnelle, radikale Tempo Richtung Marktwirtschaft. Alles, was nicht auf dieser Linie liegt, gilt als undemokratisch, ja kommunistisch. Die Rußland-Berichterstattung der Medien verfuhr ganz nach diesem Schema. Störende Fakten wurden ausgeblendet oder nur am Rande erwähnt. Z.B.:

* daß es das zusammengeschossene Parlament war, das Jelzin gegen den Widerstand Gorbatschows zu seinem Parlamentspräsidenten wählte;

* daß es das Parlament war, das auf Basis seiner Verfassung das Amt des russischen Präsidenten schuf, in das Jelzin im Juni 1991 gewählt wurde;

* daß die Wahl des Parlaments nicht weniger demokratisch war als Jelzins Wahl zum Präsidenten;

* daß der Westen, indem er die Verfassung der Russischen Föderation als "geflickte Breschnjew-Verfassung" denunzierte, sich vom Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen verabschiedete und damit dem Bürgerkrieg Vorschub leistete;

* daß sich aus der letzten demokratischen Abstimmung in Rußland, dem Referendum vom 25. April 1993, kein eindeutiger Handlungsauftrag für den Präsidenten gegen das Parlament herauslesen läßt: Nur 43,1 Prozent der Wahlberechtigten hatten sich damals für die Neuwahl des Parlaments ausgesprochen;

* daß Jelzin mit seiner Gewaltkur nicht auf die aktive Unterstützung derer zählen konnte, die ihm im April in Moskau das Vertrauen aussprachen. In der Woche vor der Erstürmung des Weißen Hauses ergab eine Umfrage, daß drei von vier Moskowitern sich weder für Jelzin noch für seine Widersacher aktiv engagieren würden. (Spiegel, 11.10.);

* daß Jelzin am Wochenende vor der Auflösung des Parlaments den alten Ministerpräsidenten Jegor Gajdar in die Regierung zurückholte und ihn zum 1. Vizepremier ernannte, gibt den Vorgeschmack auf das, was Jelzin mit seiner Gewaltkur beabsichtigt. "Die Ernennung soll dem Westen im allgemeinen und dem Internationalen Währungsfond im besonderen signalisieren, daß die Sanierung der Staatsfinanzen fortgesetzt wird." (Handelsblatt, 29.9.) Sprich: daß ein Wirtschaftskurs fortgesetzt wird, der soziales Elend für immer mehr Millionen Menschen bedeutet und ihnen nichts gibt als Versprechen auf bessere Zeiten.

Der Weg ist das Ziel. Wenn ein Präsident Leuten, die noch vor zwei Jahren seine Bundesgenossen waren, ihre Funktionen nimmt, ihnen Telefon und Strom abstellt, sie von den Medien ausschließt und schließlich mit Panzern auf sie schießen läßt, sagt das alles über die Art von Demokratie, die dieser Mann anstrebt. Eine Demokratie ohne Risiko für die herrschende Klasse.

Daß auch Jelzins Widersacher den Straßenkampf wollten und zentrale Gebäude mit Gewalt stürmten oder zu stürmen versuchten, hat ihm ungemein genützt. Nicht auszuschließen ist, daß er den Revolutionsphantasien seiner Widersacher durch eine zurückhaltende Taktik der Sicherheitskräfte bewußt Raum gegeben hat. Jelzin brauchte neue Argumente gegen seine Gegner. Denn nach der von ihm verfügten Parlamentsauflösung regte sich an mehreren Ecken des großen Reiches Widerstand. Unsichere Kandidaten gab es zuhauf.

* Ein Teil der Berater des Präsidenten plädierte für einen Kompromiß mit den Vertretern der Regionen. Sie hatten gefordert, Ende des Jahres gleichzeitig Parlaments- und Präsidentenwahlen abzuhalten.

* Die Menschenrechtsorganisation "Memorial" kritisierte die Totalblockade des Weißen Hauses. (Nicht nur Wasser und Strom waren abgestellt. Auch die Versorgung mit Proviant und Medikamenten versuchte man zu unterbinden.)

* Der Großteil der Vertreter der Regionen Rußlands sprach sich gegen die Auflösung des Parlaments aus. Für den Fall, daß Jelzin nicht zu einer "Nullösung" zurückkehre, wurde mit ernsten Maßnahmen gedroht.

* Verteidigungsminister Gratschow hatte sich zwar nach der Auflösung des Parlaments mehrmals öffentlich hinter Jelzin gestellt. Noch fehlte aber der praktische Beweis, daß die Armee den Präsidenten wirklich militärisch unterstützen würde.

Nachdem der Westen Jelzin indirekt ermuntert hat, mit der Opposition aufzuräumen, und die Drecksarbeit erledigt war, lassen die bürgerlichen Blätter nun auch nachdenklichere Kommentatoren zu Wort kommen. Im FAZ-Feuilleton meint eine Korrespondentin: "Die Ereignisse von vor einer Woche werfen Schatten des Zweifels auf das, was damals (im August 1991, Anm. d. Verf.) vermeintlich erreicht wurde." Wohlwollend zitiert sie Russen, die da so ihre Zweifel haben. "Wer sagt uns, (...) daß nicht aus der heutigen Siegermannschaft an der Spitze des Staates in zwei Jahren ebenso unversöhnliche Feinde hervorgegangen sein werden?"

Diese Frage hätte man im Westen früher behandeln müssen. Mit seinem ständigen Genörgel, Jelzin verhalte sich gegenüber seinen Widersachern im Parlament zu zögerlich, hat sich der Westen am Blutbad mitschuldig gemacht. Die nachdenklichen Töne kommen zu spät.

uh

# 9. Betr.: Antifaschistische Zeitung für Rußland

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:32

Das Projekt einer russischen antifaschistischen Zeitung, über das wir schon mehrfach berichteten, nimmt konkrete Gestalt an. Zum Stand der Dinge drucken wir hier Auszüge aus der letzten Veröffentlichung des deutschen Unterstützerkreises nach.

(...) Erster Schritt: Bis Ende Oktober/Anfang November dieses Jahres wird eine Werbe-Ausgabe der Zeitung erscheinen. Sie kommt bereits unter dem geplanten Namen "Schau auf die Wurzel", aber im Format DIN A4 in Xerox-Vervielfältigung heraus, Auflage 1000 oder 2000 Stück. Mit exemplarischen Artikeln, Erläuterungen der Ziele des Projekts uä. wird sie für das geplante Projekt unter russischen Intellektuellen werben. Dieser Schritt ist mit den vorhandenen Kräften und Mitteln finanzierbar.

Mit einer deutschen Übersetzung dieser Werbe-Ausgabe werden wir gezielt an die hiesige Öffentlichkeit, an Personen, Institute und politische Stellen herantreten, um deren Unterstützung für den zweiten Schritt zu gewinnen.

Zweiter Schritt: Anfang des Jahres 1994 soll eine Werbe-Null- Nummer erscheinen (Echt-Format, halber Umfang, gestaltetes Layout, ca. 10.000 Auflage). Sie soll über die Kanäle der "Bewegung demokratisches Rußland" und der am Projekt Beteiligten nicht nur in Moskau und St. Petersburg, sondern auch in weiteren Städten der Russischen Föderation vertrieben werden.

Diese Ausgabe ist auf russischer Seite noch ohne feste Redakteure, ohne Anmietung von Redaktionsräumen, noch ohne eigene Technik, mit einer Unterstützung von 5.000 DM möglich. (Je höher der Betrag, um so größer die Auflage.) Da auch die deutsche Seite der Vorbereitungen, einschließlich gegenseitiger Besuche, als Unkostenfaktor mit einbezogen werden muß, sind für diesen Schritt Gesamtkosten bis zu 10.000 DM realistisch.

Mit der Übersetzung dieser Ausgabe werden wir hier die Unterstützung für die Herausgabe der eigentlichen Null-Nummer einwerben.

Dritter Schritt: Nach erfolgreicher Arbeit mit den beiden Werbe-Ausgaben, das heißt, wenn damit mögliche Sponsoren gewonnen werden konnten, kann dann die eigentliche Null-Ausgabe in einer Auflage von 100.000 erscheinen. Für sie gelten die im Konzept gemachten Angaben: Format DIN A2, 8 Seiten, dreizehnköpfiges Team, Honorarwesen, feste Räume, eigene Technik, Anschluß an Nachrichtenagenturen, eigener Vertrieb, Werbung usw., als Dauerauflage nach der Nullausgabe 50.000. Die Gesamtkosten für dieses Projekt sind von den russischen Initiatoren in ihrem Konzept-Entwurf auf rund 100.000 DM für ein halbes Jahr angegeben worden. Ein reduzierter Voranschlag liegt bei ca. 30.000 für ein zehnköpfiges Team (siehe Rundbrief vier und fünf). Das eine wie das andere ist selbstverständlich ohne feste Projekt-Finanzierung seitens deutscher Sponsoren, internationaler Fonds uä. nicht zu leisten. Bei den gegebenen Verhältnissen ist auch nicht damit zu rechnen, daß die Zeitung sich selbst trägt.

Den Dreierschritt zu beschließen, erschien uns notwendig, um sowohl russischen Interessenten und Interessentinnen als auch möglichen deutschen Unterstützern und Unterstützerinnen, Sponsoren und Fonds die Möglichkeit zu geben, das Projekt a) politisch transparent zu machen, b) in der Praxis auf seine Ernsthaftigkeit und reale Machbarkeit zu überprüfen, c) auf kooperativer Basis mitwirken zu können. Nur so, scheint uns, ist das Risiko auf jenes Maß reduziert, das den Einsatz größerer Gelder vertretbar macht. In diesen Punkten sind wir uns mit der russischen Seite vollkommen einig.

Wir bitten diejenigen, die an einer Zusendung der deutschen Werbe-Ausgabe Anfang November interessiert sind, uns bis zum 31. Oktober Bescheid zu geben. Erfreulich wäre es, wenn das mit einer kleineren oder größeren Spende verbunden sein könnte.

Herzliche Grüße

Kai Ehlers

Achtung, Spender und Spenderinnen! Nach Gründung des Vereins "Nowostroika" verfügen wir jetzt über ein (demnächst auch steuerabzugsfähiges) Konto:

Haspa 1230/128 298

(BLZ 200 505 50)

Verein (in Gründung) "Nowostroika".

Spenden für die allgemeine Unterstützung des Projektes bitte unter dem Stichwort "Unterstützerkreis" einzahlen. Spenden, die nur dem Projekt selbst zugeleitet werden sollen, bitte mit dem zusätzlichen Stichwort "Projekt Moskau" versehen.

Und noch etwas: Bitte sorgen Sie mit Ihren Mitteln für eine Weiterverbreitung dieses Aufrufs auch an Menschen, die unsere Rundbriefe bisher nicht erhalten haben. Bei Bedarf können Sie auch die Rundbriefe vier und fünf bei uns anfordern. Danke!

Zur Kontaktaufnahme

wenden Sie sich bitte an:

Kai Ehlers: 20099 Hamburg, Koppel 22, Tel. 040/246953, FAX 040/243423

Rose Gauger c/o. "Liga für Menschenrechte": 10629 Berlin, Mommsenstr. 27, Tel. 030/3243688, FAX 030/3240256

# 10. "Der Westen hat seine Maske abgelegt." Gespräch mit Vadim Damier

*Gespräch mit Vadim Damier n Moskau*

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:21

Vadim Damier ist Politologe am ehemaligen "Institut für Geschichte der KPdSU", heute einfach "Historisches Institut". Er ist Mitbegründer der ersten "Grünen Partei" in Moskau, Anarchist, Teilnehmer der immer wieder wechselnden linken Bündnisversuche in Moskau, einer der kompetenteren linken Analytiker. Am 4.10. hielt er sich als Mitglied einer Sanitätsgruppe des Roten Kreuzes vor dem Parlamentsgebäude, dem "Weißen Haus", auf. - Das Gespräch führte Kai Ehlers.

Vladim Damier: Bis zum Abend war ich an dem Platz vor dem "Weißen Haus". Ich war auch da, als die Schießerei begann. Einzelheiten darüber, wie die Schießerei angefangen hat, weiß eigentlich niemand genau. Aber sogar offiziell heißt es, daß die Schießerei durch irgendjemand aus den Häusern und Hotels um den Platz herum begann. Das sagen praktisch alle. Die Frage ist nur, wer das war. Klar ist aber wenigstens, daß diese Gebäude noch nicht in den Händen der Beschützer des "Weißen Hauses" waren. Das bedeutet, daß auch eine Provokation nicht ausgeschlossen ist.

Wie ist die Lage jetzt aktuell?

Es herrscht nächtliche Ausgangssperre, es gibt eine recht starke Beschränkung der demokratischen Freiheiten und der Menschenrechte. Viele oppositionelle Gruppen und Parteien sind verboten. Das betrifft nicht nur die sogenannte unversöhnliche Opposition, nicht nur stalinistische Gruppen, sondern auch die Organisationen, die, wie es heißt, nicht ganz loyal waren. Das sind zum Beispiel einige zentristische Gruppen, also etwa die ehemalige Partei Ruzkois, die "Volkspartei Freies Rußland". Die hatte Ruzkoi schon ausgeschlossen, trotzdem wurde sie verboten.

Und sein Bündnispartner Trawkin?

Nein, Trawkin selbst war für die Auflösung. Außerdem muß man wissen, daß seine Partei nicht mehr als Ganzes existiert, verschiedene Gruppen haben verschiedene Positionen.

Aber dann ist da noch die "Union der kommunistischen Parteien/KPdSU". Diese Gruppe nahm im Unterschied zu den anderen kommunistischen Gruppen an dieser ganzen Sache nicht teil. Trotzdem wurde sie verboten. Außerdem gibt es ziemlich starke Repressionen gegen die Legislative als solche. In Moskau ist das Stadtparlament aufgelöst, auch die Bezirksparlamente, ebenso in einigen Bezirken und Regionen Rußlands.

Einige Abgeordnete des Moskauer Stadtparlaments, z.B. die Vertreter der "Kommission für Gerechtigkeit", die sich vor allem mit Menschenrechten befassen, wurden im Parlament verhaftet und brutal zusammengeschlagen, in der Wache dann noch einmal. Anschließend mußten sie einige Tage bei der Polizei verbringen. Das betrifft auch einige Leute von der "Partei der Arbeit", z.B. Boris Kagarlitzky: Sie wurden im Krasnopresninski Bezirkssowjet verhaftet, wo sich einer der Oppositionsstäbe befand. Sie trugen schwere körperliche Verletzungen davon. Auch sie wurden dann einige Tage festgehalten, obwohl sie an dem Aufstand, oder wie man es nennen soll, selbstverständlich nicht teilgenommen haben.

Waren sie auf dem Platz?

Damals, also am 3. und 4., sicher nicht, vorher natürlich. Im Prinzip sieht es jetzt so aus: So gut wie alle Politiker, die gegen die Parlamentsauflösung waren, stehen unter Repressionen.

Das heißt also, daß alle außer den erklärten Jelzinisten jetzt illegalisiert, mindestens aber als Staatsfeinde stigmatisiert sind?

Ja, genau! So sieht es momentan aus. Zensur herrscht in der Presse, die Massenmedien stehen fast völlig unter der Kontrolle der Regierung. Die restlichen oppositionellen, ja nicht einmal oppositionellen, sondern einfach mehr oder weniger unabhängigen Zeitungen erschienen mit weißen Flecken.

Welche Kräfte haben gegen die Auflösung des Sowjets protestiert?

Im Prinzip waren diese Kräfte natürlich nicht einig. Das waren ganz verschiedene Leute und ganz verschiedene Gruppen mit ganz verschiedenen Interessen. Da waren erstens die Stalinisten, die in diesem Parlament eine Position gegen Jelzin sahen. Dann gab es zweitens die Faschisten und eine ziemlich starke militärische Gruppe von Barkaschow (eine führende Figur unter den russischen Rechtsextremen - Anm. ak). Es gab im "Weißen Haus" wohl verschiedene Fraktionen, die von unterschiedlichen Gruppen unterstützt wurden. Man munkelt, daß der vom Parlament zum Gegen-Innenminister ernannte ehemalige KGB-Chef Barrannikow auf diese Barkaschow-Leute gesetzt hat. Das waren seine Kreaturen. Schließlich gab es noch es die Demokraten, die gegen Jelzin waren.

Und außerhalb des Sowjets?

Da waren einfache Leute, unpolitische, die nur irgendwie opponieren. Da wurde zum Beispiel ein Interview mit älteren Leuten, aber auch mit Jugendlichen von fünfzehn oder sechzehn Jahren gezeigt, die sagten: "In diesem Regime haben wir keine Zukunft" oder: "Wir können mit unserem Lohn nicht leben". Auch Linke waren dabei.

Wenn ich recht verstehe, ist die Moskauer und auch die übrige Sowjet-Opposition jetzt faktisch ausgeschaltet. Es bleiben eigentlich nur noch die sogenannten föderalen Subjekte im Föderationsrat. Wie weit können die denn jetzt die Funktion einer Opposition auffangen?

Eine gute Frage: Niemand weiß das. Im Prinzip sah es so aus, als ob zuerst die Regionen das Parlament unterstützten. Aber wahrscheinlich bekamen dann die regionalen Eliten Furcht vor den Moskauer Ereignissen. Die wollten keine Massenbewegung und keine Massenentscheidungen. Jede Art von Massenaktivitäten sind für diese regionalen "Subjekte" unannehmbar, und als das alles geschah, mußten sie natürlich eine ganz andere Position finden. Zuerst waren sie nicht so stark für das Parlament, sondern für die "Null-Variante", also: weder die noch die. Aber dann änderte sich die ganze Situation und es scheint, als ob Jelzin jetzt im Angriff gegen die Regionen steht. Er hat im Fernsehen erklärt, Rußland müsse "einig und nicht geteilt" sein.

Das heißt, Rußland muß sich auf den "Sicherheitsrat", also Militär und KGB, stützen.

Ja, und außerdem gibt es auch schon Versuche, die Parlamente der Republiken aufzulösen. (Der Autonomen Republiken, die zur Russischen Föderation gehören - Anm. ak) Einige republikanische Parlamente wie z.B. in Baschkirien haben aber erklärt, daß sie sich dem nicht unterordnen werden.

Wie will Jelzin den Erlaß denn durchsetzen?

Wer weiß? Ich denke nur, wenn er es mit Gewalt macht, riskiert er ziemlich viel. Das ist die eine Seite. Die andere ist, daß die Probleme Zentrum/Regionen nicht entschieden sind. Die Probleme bleiben und werden noch weiter wachsen. Das ist ganz klar. Außerdem ist es nicht ausgeschlossen, daß selbst im Lager der Jelzinisten interne Kräfte entstehen, die ein Bündnis mit diesen Regionen eingehen könnten.

Welche Kräfte sind das?

Es gibt Anzeichen bei Schachrai. Er hatte seinerzeit Kontakte mit den Regionen. Ich habe gehört, daß er dort selbst nicht so sehr beliebt ist. Aber mindestens jetzt hat er mit dem Rücktritt gedroht, weil der Föderationsrat nicht einberufen wird. Und außerdem ist es auch ganz typisch, daß er bei den Verhandlungen mit den Regionen in den letzten Septembertagen sagte, daß er die "Null-Variante" unterstützen könnte. Der Präsident ist aber dagegen.

Was ist zusammengefaßt aus Deiner Sicht das Ergebnis dieser ganzen Ereignisse?

Es ist selbstverständlich schwer, das jetzt schon generell zu beurteilen. In Rußland gab es schon lange die Polit-Analytiker, die den Herrschenden rieten, zum "autoritären Liberalismus" überzugehen. Es scheint, als ob das jetzt geschieht. Was mir persönlich sehr unangenehm ist, ist die Tatsache, daß Gaidar wieder an der Macht ist. (Gaidar gilt als Vorkämpfer der wirtschaftlichen "Schocktherapie". Er war eine Zeit lang Regierungschef, bis Jelzin ihn unter dem Druck des Parlaments fallen ließ. Kurz vor der Auflösung des Parlaments am 21. September hatte Jelzin Gaidar in die Regierung zurückgeholt. - Anm. ak)

Das ist allerdings ein Signal!

Ja, es ist praktisch so, daß jetzt keine organisierte Opposition gegen die Schocktherapie mehr existiert. Niemand kann das jetzt stören.

Du meinst also, daß jetzt eine monetaristische Linie durchgezogen wird? Gaidar steht ja dafür.

Mindestens gibt es die Versuche, das durchzusetzen. Aber die Frage ist, inwieweit das auch in den Regionen akzeptiert wird und ob es dort in dieser Sache jetzt auch Repressionen gibt. Man hört, daß es im Lager der Sieger interne Streitereien darüber gibt.

Wie wäre denn diese monetaristische Linie überhaupt durchzuziehen? Bisher ist doch die Privatisierung nur zur Hälfte durchgeführt, die Privatisierung von Grund und Boden dagegen steht noch aus. Das ist ja das Kernproblem.

Das auch, aber nicht nur, natürlich. Man muß ganz klar verstehen, daß diese Leute wie Gaidar und Fjodorow nicht so stark ideologisch ausgerichtet sind, sondern eher pragmatisch. Für sie ist momentan das Hauptproblem die sogenannte Finanzsanierung, das heißt, die wollen vor allem die Subventionen für die Betriebe kürzen.

Ich war vor vier Wochen in Nowosibirsk. Dort habe ich an der Eröffnungssitzung des Obersten Sowjet teilgenommen. Dort wurde gefordert: Subventionen für die Landwirtschaft, wenn sie uns nicht über den Deister gehen soll, außerdem eigene Budgethoheit. Das heißt, hier stehen die Widersprüche Spitz auf Knopf.

Klar! Gaidar hat schon gesagt, daß Subventionen für die Landwirtschaft abgeschafft werden.

Wie will er das durchführen? Die Landwirtschaft geht doch kaputt!

Gute Frage, aber die Frage mußt Du nicht mir stellen, sondern Gaidar.

Wenn die Politik, die jetzt angedeutet ist, durchgeführt wird...

... wird das eine Katastrophe. Aber diese Leute, die jetzt oben stehen, die glauben wohl, daß sie jetzt die ganze Kontrolle in ihren Händen haben.

Aber nur mit Gewalt, wenn überhaupt.

Ja, darum meine ich, daß das, was in Moskau geschah, nur ein Beispiel war. Sie haben dem ganzen Land gezeigt, was sie mit der Opposition machen können.

Hältst Du eine exemplarische Strafexpedition gegen, sagen wir z.B. Nowosibirsk für möglich?

Der Administrator Mucha in Nowosibirsk ist schon abgesetzt. Das Problem ist, daß er ein kranker Mann ist. Er hatte einen Herzinfarkt. Damit ist er, hört man, aus dem Spiel. Er kann keinen Widerstand leisten.

Aber die Nowosibirsker stehen ja einheitlich gegen Moskau, also Sowjet und Administration gemeinsam.

Ich weiß, Jelzin hat bereits gesagt: Jede Wahl von lokalen Regierenden ist abgeschafft, alle Gouverneure werden von jetzt ab in Moskau vom Präsidenten selbst bestimmt. Das ist die volle Zentralisierung, jedenfalls ist es der Versuch dazu.

Welche Alternative gibt es? Was ist möglich? Was tut die Linke, was tut die demokratische Opposition, die Opposition insgesamt?

Die Linke ist völlig im Schock. Die waren auf eine solche Entwicklung überhaupt nicht vorbereitet. Die Gewerkschaften sind vollkommen diskreditiert. Ihr Vorsitzender Klatschkow ist ausgetreten. Diese ganze Föderation mit scheinbar 50 Millionen Leuten haben einen Riesenunfug gemacht. Sie haben zuerst zum Generalstreik aufgerufen. Dann konnten sie keinen einzigen Menschen mobilisieren. Nach dem 4. 10. haben sie erklärt, der Präsident habe Recht.

Also, die Gewerkschaft ist Ruzkoi gefolgt?

Ja, aber sie konnten es nicht organisieren. Auf der mittleren Ebene gab es Widerstand dagegen. In dieser Situation ist klar, daß diese Gewerkschaft vollkommen diskreditiert ist. Die neuen Gewerkschaften sind ja in der Mehrheit jelzinistisch und haben das öffentlich gemacht.

Haben die Leute von der "Partei der Arbeit" den Aufruf denn mitgetragen?

Die Leute von der "Partei der Arbeit" versuchten, die pro-demokratische Intelligenz zu mobilisieren, aber sie wurden von den Ereignissen praktisch zur Seite geschoben. Jetzt gibt es Spekulationen, wie es weitergeht, ob man an den Wahlen teilnehmen will oder nicht. Das ist noch nicht klar.

In der St. Petersburger "Vereinigten Linken" neigt man dazu, die Wahlen im Dezember zu boykottieren.

Am linken Rande gibt es bereits Gerüchte über irgendwelche linke Listen. Ich bin sowieso skeptisch, ich bin Anarchist, aber solche Pläne gibt es. Dagegen stehen die Argumente, daß die Wahlen sowieso nicht frei stattfinden können. In Bezug auf den Wahltermin gibt es jetzt Anforderungen, die für viele Leute unmöglich zu erfüllen sind: Man muß ungefähr dreihunderttausend Unterschriften sammeln, um einen Kandidaten zu stellen.

Großartig! Und woher bekommen die Leute Geld, um den Wahlkampf zu führen, nachdem die Sowjets aufgelöst sind?

Weiß ich nicht. Das Wahlgesetz existiert noch nicht. Die wollen in zwei Monaten die Wahlen durchführen, aber es gibt noch kein Wahlgesetz! Was auch noch interessant ist: Es gibt verschiedene Vorstellungen zum Wahlverfahren: die Jelzinisten wollen ein Proportional-System einführen, die Regionen sind mehrheitlich für ein majoritäres System. Die Proporz-Wahlen würden gesamt-national durchgeführt. Die Regionen sind damit nicht einverstanden. Sie wollen natürlich die Vertreter ihrer regionalen Eliten haben.

Wie ist es mit den anderen Kräften, den Zentristen etwa?

Naja, einige sind verboten. Die sozialdemokratische Partei, die jetzt pro-jelzinistisch ist, nachdem sie ihren linken Flügel ausgeschaltet hat, versuchte gleich nach dem 21.10 Verbündete für die Wahlen zu finden. Sie wollen mit den GRÜNEN zusammengehen. Aber das ist alles noch unklar.

Dann das Unternehmerbündnis: Naja, in den vorher existierenden Formen ist es wahrscheinlich nicht mehr möglich. Die "Bürgerunion" existiert de facto nicht mehr. Wolski hat eine eigene Partei gegründet, die "Union der Erneuerung". (Wolski gilt als Vertreter der staatlichen Großindustrie und einer der einflußreichsten Gegner Jelzins. - Anm. ak) Aber es ist unsicher, ob die überhaupt formal registriert ist. Das braucht Zeit und die Zeit ist knapp. Zweitens bezweifle ich, daß es für diese Leute Sinn hat, allein zu kandidieren. Sie müßten wahrscheinlich irgendwelche Wahlbündnisse suchen. Die Frage ist nur: mit wem? Mit der Sozialdemokratie?

Dann gibt es noch die "Sozialistische Partei der Werktätigen", also der sozialdemokratische Flügel der KPdSU. Die ist nicht verboten.

Die arbeiten doch mit der "Partei der Arbeit" zusammen.

Mehr noch, einige Führer der "Partei der Arbeit" haben bereits aufgerufen, in die "Partei der Werktätigen" einzutreten. Aber das Problem ist, daß jetzt nicht sicher ist, was wird. Die Vertreter der "Partei der Werktätigen" wurden zum Staatsanwalt gerufen, und er hat gesagt, sie seien zu unloyal und er müsse Konsequenzen ziehen. Sie haben Angst gekriegt, so daß nicht ausgeschlossen ist, daß sie mit der "Partei der Arbeit" nichts mehr zu tun haben wollen.

Wer hat da vor wem Angst?

Wohl die "Partei der Werktätigen" vor der "Partei der Arbeit". Sie ist ihr zu radikal.

Zu radikal links?

Einfach zu radikal, ob links oder rechts, das spielt zur Zeit gar keine Rolle.

Können die Jelzinisten mit Mehrheiten rechnen, sofern die Wahl zustande kommt?

Es ist nicht einmal sicher, daß die Jelzinisten eine einzige Liste aufstellen werden. Möglich sind zwei Gruppierungen: Eine pro-Gaidar-Richtung und eine Pro-Schachrai-Richtung. Ob die zusammen oder getrennt gehen, ist noch offen. Mindestens die letzten Manöver von Schachrai lassen vermuten, daß er eigene Pläne hat. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß die Jelzinisten doch die Mehrheit bekommen.

Wie steht die Bevölkerung zu den Vorgängen?

Gleichgültig bis neugierig. Du weißt ja, als die Schießerei vor dem "Weißen Haus" stattfand, standen die Leute und schauten zu. "Beide sind schlecht", das ist etwa die Meinung der Mehrheit. Aber hier gibt es verschiedene Möglichkeiten: Einerseits ist es klar, daß Jelzin schwach ist. Andererseits sind die Medien vollkommen in den Händen der Regierung und man kann manipulieren.

Es gibt Linke bei Euch, die die jetzige Situation als Faschismus bezeichnen. Was hältst Du davon?

Wohl noch nicht, aber einen halben Totalitarismus kann man das schon nennen. Warum ist es noch kein Faschismus? Nun, Massenverhaftungen gibt es noch nicht. In der ersten Nacht hatte das alles tatsächlich Ähnlichkeit mit den Vorgängen bei Pinochet: Man hat die Menschen zu diesem Stadion gebracht und so. Dann dieses Verprügeln der Abgeordneten. Aber später hat man die meisten freigelassen. Ich kann das noch nicht Faschismus nennen, aber etwas davon hat es. Man kann es wahrscheinlich besser mit den lateinamerikanischen Diktaturen heute vergleichen.

Wie wirst Du selbst mit den Ereignissen fertig?

(Stöhnt) Es ist eine sehr quälende Stimmung, seelisch sehr unangenehm. Dieses Blutvergießen deprimiert. Das unterdrückt. Und dann ist da eben dieses Gefühl, daß es nur ein Exempel ist. Jetzt ist es klar, daß wir eine Regierung haben, die Blut vergießen kann und möchte. Und das ist eine ziemlich große Gefahr, denn ich vermute, daß die "Schocktherapie" in der Wirtschaft irgendwann zu Protesten führen wird. Was wird man dann mit diesen Protesten tun? Das ist die Frage, wenn wir eine solche Regierung haben, die bereit ist, Blut zu vergießen. Im Prinzip ist es wieder möglich, jeden Streik, jede Protestaktion zu einer Aktion der Rot-Braunen zu erklären und so zu unterdrücken.

Und noch etwas muß man sagen: Die Position des Westens! Das ist eine besondere Frage, aber sehr wichtig: Für mich ist das praktisch so, als ob der Westen seine Maske abgelegt hat, diese Demokratie-Maske.

Ist das nur für Dich so oder sehen das andere auch so?

Schwer zu beurteilen, inwieweit das eine generelle Stimmung ist. Ich hab schon gesagt, die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht dafür und nicht dagegen, aber mindestens für die Linke ist das so.

Der Westen hat gejubelt.

Er hat das Blutvergießen sanktioniert.

Ja, sie haben sofort erklärt, nun bekomme Jelzin wieder Geld.

Ich rede nicht von Faschismus, aber Demokratisierung und Perestroika sind endgültig zuende. Die Nomenklatura hat seit 1985 mit der Demokratie gespielt, jetzt haben sie gesagt: Basta, wir sind die Herren im Haus!

# 11. "Erhebe dich, du großes Land!..."



"Die energischsten Kämpfer im Weißen Haus" seien die kräftigen jungen Männer von der Organisation Russische Nationale Einheit gewesen, behauptet das österreichische Nachrichtenmagazin "Profil" (11.10.93). "150 von ihnen waren laut ‚Moskowski Komsomolez' am 3. Oktober beim Angriff auf das Fernsehen in Moskau-Ostankino mit Maschinenpistolen dabei."

Die RNE unter ihrem 40jährigen Chef Alexander Barkaschow gilt als bestorganisierte und zukunftsträchtigste Truppe unter den russischen Faschisten. Die Zahl seiner im Waffengebrauch ebenso wie in Kampfsporttechniken bestens ausgebildeten Leute wurde von Barkaschow selbst vor einigen Monaten mit 500 angegeben. (Focus, 16.2.93) Weit größer dürfte aber die Menge der Jugendlichen sein, die eine Ausbildung bei der Barkaschow-Truppe absolviert haben und weiterhin zum lockeren Sympathisantenkreis der Rechtsextremen gehören. Um seine Leute in Form zu halten und die Organisationskasse zu füllen, bietet Barkaschow sie als bewaffnetes Wachpersonal für Unternehmen und Organisationen an. (Focus, s.o.)

Das Symbol der RNE ist ein grafisch leicht verfremdetes Hakenkreuz in einem achteckigen Stern. Barkaschow läßt keinen Zweifel aufkommen, daß es auch genauso gemeint ist: "Unser Symbol ist an das Hakenkreuz angelehnt. Hitler war auf dem richtigen Weg." (Focus, s.o.) Die Beteiligung seiner Truppe an der Verteidigung des Weißen Hauses und am bewaffneten Sturm auf das Fernseh-Gebäude verstand Barkaschow wohl als Griff nach der Macht. Hatte er doch schon vor Monaten verkündet: "Die gegenwärtige Regierung hält sich nicht bis Ende dieses Jahres. Die nächste wird schon nationalistisch sein." (Focus, s.o.)

Zweifellos hat Boris Jelzin mit der Auflösung des Obersten Sowjet der Russischen Föderation die Verfassung seines Landes eklatant gebrochen. Ebenso unzweifelhaft ist, daß der Mann seiner ganzen Einstellung und Praxis nach ein Despot ist, der am liebsten völlig ohne parlamentarische Mitbestimmungsrechte und Kontrollen regiert. Es reicht aber nicht aus, bei diesen Feststellungen stehen zu bleiben und den militärischen Angriff auf das Weiße Haus nur als beispiellose Gewalttat gegen eine gewählte Volksvertretung darzustellen. Ebenso wahr ist ja auch, daß diesem Angriff der Versuch aus dem Parlament heraus vorangegangen war, beginnend mit dem Sturm auf das Fernsehen den bewaffneten Kampf um die Macht auf die Tagesordnung zu setzen. Und wahr ist ebenso, daß im Weißen Haus nicht nur gewählte Volksvertreter einem Despoten trotzten, sondern daß es von einer Koalition nationalkommunistischer und rechtsextremer Kämpfer zu einer schwerbewaffneten Festung ausgebaut worden war.

Daß dieses brisante politische Gemisch genau in dem Moment, wo man in die Offensive zu kommen glaubte (am Sonntag dem 3. Oktober), als eines seiner ersten Ziele das Fernsehen in Ostankino ansteuerte, weckt Erinnerungen: Hier hatte sich das rot-braune Bündnis im Juni 1992 zum ersten Mal zu militanten Straßenaktionen zusammengefunden. Über etliche Tage hin hatte man damals das Fernsehzentrum belagert, um gegen dessen einseitig regierungshörige Ausrichtung zu protestieren und täglich eine Stunde Sendezeit für die eigenen politischen Botschaften zu fordern. Schließlich machte die Polizei den Aktionen auf sehr gewalttätige Weise ein Ende.

Diese Kampagne richtete sich nicht nur gegen die tatsächlich despotischen, anti-pluralistischen Methoden, mit denen Jelzin die Telemedien "gleichgeschaltet" hat und sich ihrer bedient. Zugleich ging es auch darum, eine der vermeintlichen Hochburgen des "jüdischen Einflusses" zu treffen. Daß vor allem die Medien fest in "jüdischer Hand" seien und für die Zerstörung Rußlands arbeiteten, gehört zu den Grundüberzeugungen der Rechtsextremisten. Ein Denken in solchen Kategorien ist aber auch vielen Altlinken nicht völlig fremd, nur daß man dort eher Begriffe wie "Kosmopoliten" oder "Wurzellose" bevorzugt. So waren während der damaligen Aktionen immer wieder unverhohlen antijüdische Parolen zu hören und zu sehen.

Einer der Organisatoren war damals Viktor Anpilow, Führungsmitglied der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKRP) und Vorsitzender des Bündnisses "Trudowskaja Moskwa". In einem Interview befragt nach den antisemitischen Parolen, die auch schon bei der Moskauer Demonstration am 1. Mai 1992 aufgetaucht waren, sagte Anpilow: "Die Juden sind nicht die Gefahr für Rußland. Die Gefahr kommt vom Weltkapitalismus. 80 Prozent des Weltkapitals sind aber in der Hand jüdischer Familien. Die Interessen des Kapitals und der Juden sind dieselben." Er wartete dann noch mit gängigen antijüdischen Phantasiezahlen auf:

40 Prozent der Wissenschaftler und 60 Prozent der Kulturleute in Rußland seien Juden. (Neues Deutschland, 28.7.92)

Ein anderes Führungsmitglied der RKRP war während des Konflikts um das Weiße Haus und der bewaffneten Kämpfe um das Fernsehzentrum am 3. Oktober fast ebenso häufig wie Ruzkoi und Chasbulatow auf den Bildschirmen zu sehen: General a.D. Albert Makaschow, stets in einem abenteuerlich anmutenden halbmilitärischen Outfit und mit dem Habitus des verwegenen Bandenführers. Er ist typisch für jene Sorte "harter Altkommunisten", die sich nicht nur aus taktischen Gründen, sondern auch in ihrem ganzen Denken immer mehr rechte Positionen zu eigen machen. Im Sommer 1991 war Makaschow einer der Gegenkandidaten Jelzins um das Amt des Präsidenten und landete abgeschlagen bei 4 Prozent. Nach dem Putschversuch vom August 1991 verlor er seinen Posten als Befehlshaber des Militärbezirks Wolga-Ural.

Makaschow war einer der neun Ko-Vorsitzenden des im Oktober 1992 gegründeten breiten links-rechten Bündnisses Nationale Rettungsfront. Ein anderer Ko-Vorsitzender war Gennadi Sjuganow, Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF), die mit angeblich 530.000 Mitgliedern als größte der zahlreichen KPdSU-Nachfolgeorganisationen gilt. (ND, 9.3.93) Zugleich war Sjuganow auch Ko-Vorsitzender eines weiteren links-rechten Volksfront-Unternehmens, des Russischen Nationalen Rates. Dort wiederum teilte er sich die Führungsposition mit dem ehemaligen KGB-General Alexander Sterligow. In seiner aktiven Dienstzeit war dieser für die Beobachtung der rechtsextremen Szene zuständig gewesen, und das scheint kräftig seine eigene geistige Entwicklung beeinflußt zu haben. Selbstverständlich will das Gerücht nicht verstummen, daß Sterligow immer noch recht gute Beziehungen zu manchen Kollegen seiner früheren Firma unterhalte. Überhaupt wird schon lange, seit dem Aufkommen der "Pamjat"-Gruppen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, von engen Verbindungen zwischen Funktionären des KGB und der rechtsextremen Szene gesprochen.

Eine Zentralfigur auf der rechtsextremen Seite der Allianz ist Alexander Prochanow, ehemals Redakteur der "Prawda", dann Herausgeber der Wochenzeitung "Djen" (Der Tag), die jetzt von Jelzin verboten wurde. Prochanow gehört zu den Ideologen der rot-braunen Kooperation: Beide Seiten müßten sich aussöhnen und vereinen "im Drang nach sozialer Gerechtigkeit und im Streben nach nationaler Größe". (Spiegel, 2.11.92) "Djen", dessen Auflage 1992 mit 100.000 angegeben wurde, war das publizistische Forum der Nationalkonservativen unterschiedlicher Couleur. Es öffnete sich zugleich aber auch nach "links". So konnte dort beispielsweise General Warennikow, einer der führenden Putschisten des August 1991, zu Wort kommen. Hymnische Beiträge warben um die Gunst der Repressionstruppe OMON ebenso wie von Vertretern der Militärindustrie. Anläßlich des zweiten Golfkriegs durfte selbstverständlich die Solidarisierung mit Saddam Hussein im "Djen" nicht fehlen. (FR, 18.7.92)

Über die reale Bedeutung der zahlreichen Bündnisse, Dachverbände, Zentren und Ausschüsse, die dem Zusammenkommen von Altlinken, Nationalkommunisten, Konservativen, Monarchisten, Nationalisten und Faschisten gewidmet waren, läßt sich wenig sagen - zumal sie nach dem Sieg Jelzins über die Parlamentsrevolte erst einmal alle illegalisiert sind. Gerade die verwirrende Vielzahl der Namen mit eigentlich identischer Funktion läßt darauf schließen, daß in diesen Bündnissen politisch kaum etwas koordiniert und organisiert wurde, sondern der Schwerpunkt auf der gemeinsamen Straßenaktion und der geistigen Annäherung lag.

Die Links-Rechts-Blockbildung im nach-sozialistischen Rußland sollte nicht einfach nach dem Analogie-Schema in einen der schon vorhandenen Kartons einsortiert, sondern im speziellen und aktuellen russischen Kontext begriffen werden. Beispielhaft sei hier aus einer Erklärung zitiert, die das Präsidium des Obersten Sowjets am 21. März dieses Jahres abgab, als es gerade wieder einmal im heftigen Konflikt mit Jelzin lag. In diesen Sätzen sind wesentliche gemeinsame Kritikpunkte und Argumentationsmuster enthalten, die von links wie rechts gegen die Politik Jelzins vorgebracht werden: "Heute verwandelt sich Rußland in ein rückständiges, abhängiges Land mit einem erniedrigten, ausgeraubten Volk. Gut leben können in Rußland heutzutage nur Diebe, Gauner, Mafiosi und solche, die räuberisch die reichsten Natur- und Rohstoffressourcen des Staates zum eigenen Nutzen und zum Nutzen ausländischen Kapitals ausbeuten." Es gelte, "jene zur Verantwortung zu ziehen, die die Großmacht an den Rand des Abgrunds getrieben haben". (Archiv der Gegenwart, 27.3.93)

Der Gegensatz Rußland und russisches Volk einerseits, Ausland und Fremde andererseits, spielt hier eine zentrale Rolle. Im nationalistischen Denken ist unausgesprochen klar, daß die Diebe, Gauner usw., die auf Kosten des russischen Volkes prosperieren, im Wesentlichen Nicht-Russen sind, genauer gesagt vor allem Angehörige der Kaukasus-Völker und Juden. Ebenso klar ist, daß die Politiker, die für den wirtschaftlichen Ruin und den politischen Niedergang verantwortlich gemacht werden, nicht einfach bloß Versager sind, sondern daß sie im direkten Dienst des Auslands, der kapitalistischen Staaten des Westens, handeln. Daß letzteres nicht absolut aus der Luft gegriffen ist - tatsächlich wird die Wirtschafts- und Finanzpolitik Rußlands weitgehend von IWF, G-7 und ähnlichen Gremien diktiert - macht die besondere Schlagkraft dieses Vorwurfs aus.

Daß Rußland bzw. die Sowjetunion die Position einer Weltmacht verloren hat, daß seine Wirtschaft und seine staatlichen Strukturen zerrüttet sind, daß es in tiefste finanzielle Abhängigkeit vom Westen geraten ist, daß eine totale Umwandlung gesellschaftlicher Werte und Verhaltensweisen stattfindet, daß diese vorwiegend die Züge einer Verwestlichung trägt - alles das ist ja wahr und wird natürlich nicht nur von dem winzig kleinen, rot-braun gemischten "letzten Aufgebot", das sich zur Verteidigung des Weißen Hauses versammelt hatte, schmerzlich empfunden.

Rußland und der Westen, das ist ein Thema, das nicht erst von der KPdSU entdeckt wurde. Die geschichtlich begründete sozio-ökonomische Rückständigkeit Rußlands ist schon seit Jahrhunderten eine Tatsache, die immer wieder als Herausforderung wirkte. Eine mögliche Antwort darauf war und ist, die Russen als ein "von Natur aus" unzivilisiertes und unselbständiges Volk zu betrachten, das nicht anders als durch westliche Entwicklungshilfe (kulturell wie finanziell) auf ein zeitgemäßes Niveau zu bringen sei. Die kontroverse Antwort versucht, aus der Not eine Tugend zu machen. Sie betont die besonderen Werte des russischen "Wesens" und der russischen Lebensweise, die dem modernistischen, oberflächlichen und materialistischen Westen weit überlegen seien. Nicht nur gelte es, sich auf dieses "spezifisch Russische" zu besinnen und daran festzuhalten, sondern Rußland habe darüber hinaus auch eine eigene geistige (und imperiale) Mission zu erfüllen.

In mancher Hinsicht stellte der Sozialismus sowjetischer Prägung eine Realisierung dieses Strebens dar. Fakt ist, daß Rußland erst in Gestalt der Sowjetunion zur Weltmacht Nr. 2 aufstieg. Bis zur Oktoberrevolution war es militärisch nur eine Größe zweiter Ordnung, und seine außenpolitischen Wirkungsmöglichkeiten waren, abgesehen von Osteuropa, minimal. Analog läßt sich die wirtschaftliche Entwicklung seit der Oktoberrevolution als ein grandioser Fortschritt beschreiben, auch wenn natürlich deren ökologische Auswirkungen beklagt werden müssen.

Von daher ist verständlich, daß viele russische Rechte zum ehemaligen Sozialismus sowjetischer Prägung ein ambivalentes Verhältnis haben: Einerseits kann er als Versuch interpretiert werden, Rußland wieder einmal ein "wesensfremdes" westliches Modernisierungsmodell überzustülpen. Andererseits läßt sich gar nicht ernsthaft bestreiten, daß gerade die sozialistische Epoche nach nationalistischen Kriterien die glanzvollste Zeit Rußlands gewesen ist. Aus diesem Fakt läßt sich leider für eine authentisch sozialistische Politik absolut nichts gewinnen, wohl aber bietet es vorübergehend eine Basis für links-rechte Blockbildungen.

Aus der Sicht der kapitalistischen Großmächte liegt hier vermutlich die größte Gefahr der weiteren Entwicklung: das Entstehen einer russischen Parallele zum "islamischen Fundamentalismus", einer militant antiwestlichen Ideologie, die sowohl zur Massenbewegung werden wie auch sich des Staates bemächtigen könnte. Das aber dann nicht in einem Land mit eng begrenzten Möglichkeiten wie dem Iran etwa, sondern auf dem größten Staatsterritorium der Welt, das immer noch die militärischen Mittel der Atommacht Nr. 2 besitzt.

Die Blockbildung der russischen Altlinken mit Nationalkonservativen und Rechtsextremen ist in jeder Hinsicht nicht nur ein Prinzipienfehler, sondern auch eine Falle. Unmittelbar erweist sich diese Konstellation als Argumentationshilfe für Jelzins Zerschlagung des Parlaments und seine weiteren antidemokratischen Maßnahmen. Dies vermutlich nicht so sehr in Rußland selbst, wo die meisten Menschen entweder jeder Politik skeptisch-gleichgültig gegenüberstehen oder nationalistische Argumentationslinien eher sympathisch als abstoßend finden. Gestärkt wird durch den Verweis auf die "kommunistisch-faschistische Gefahr" aber Jelzins Position im Westen, und das ist in der aktuellen Lage Rußlands nicht unwichtig, weil es die Handlungsfreiheit des Präsidenten gegenüber der Opposition vergrößert.

Schwerwiegender für die innere Entwicklung Rußlands ist, daß sozialistische Politik bei diesem Bündnis nichts gewinnen kann. Linke Inhalte spielen immer weniger eine Rolle, reduzieren sich auf die Zurschaustellung von Insignien der untergegangenen Sowjetmacht neben den Symbolen des Zarenreichs, der orthodoxen Kirche oder faschistischer Organisationen. Die Basis, die von den sich kommunistisch nennenden Organisationen noch zu mobilisieren ist, scheint zu stagnieren und folglich mehr und mehr zu altern. Die bedeutendste von ihnen, die KPRF, gibt das Durchschnittsalter ihrer Mitglieder mit 50 an. Für die jungen Leute, die sich an den Aktionen des rot-braunen Blocks beteiligen, scheinen die weltanschaulichen und praktischen Angebote der Rechtsextremen (z.B. Kampfsport, Schießübungen) attraktiver als die nostalgische Verklärung des Lebens unter der KPdSU-Herrschaft.

Faschismus pur wird in Rußland vermutlich dennoch eine Randerscheinung bleiben. Aber einem aggressiven Nationalismus, wie ihn politisch etwa die Liberal-Demokratische Partei von Schirinowski repräsentiert - die sich aus dem Konflikt um das Weiße Haus klugerweise heraushielt und nicht verboten wurde -, einem solchen Nationalismus könnte durchaus die nähere Zukunft gehören. Dies um so mehr dann, wenn die kapitalistischen Mächte fortfahren, gegenüber Rußland eine Politik zu betreiben, die sämtlichen Klischees von der Verelendung und Demütigung des russisches Volks durch den Westen recht zu geben scheint.

Kt.

# 12. Kronzeugen-Debakel und Doppelbestrafung. Zum Stammheimer RAF-Prozeß gegen Ingrid Jakobsmeier

*Zum Stammheimer RAF-Prozeß gegen Ingrid Jakobsmeier - Von Rolf Gössner*

Autor: Rolf Gössner · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Innenpolitik/Innere Sicherheit; Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:28

Kaum wahrgenommen von der bundesdeutschen Öffentlichkeit wird gegenwärtig eine neue Serie von Prozessen gegen (mutmaßliche) Mitglieder der "Rote Armee Fraktion" (RAF) abgewickelt. Allesamt sind sie bereits verurteilt worden und sitzen ihre langjährigen oder lebenslänglichen Freiheitsstrafen ab. Allesamt werden sie von Kronzeugen aus der ehemaligen DDR belastet. Es gibt gravierende Zweifel daran, daß die neuen Prozesse den Anforderungen an ein faires Verfahren gerecht werden.

Gegenwärtig wird in Stammheim vor dem Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart gegen Ingrid Jakobsmeier verhandelt. Sie hat bereits neun Jahre Haft verbüßt, zu denen sie in ihrem ersten Verfahren verurteilt worden war. Begonnen hat die neue Prozeß-Serie mit dem Verfahren gegen den bereits mehrfach zu lebenslänglich verurteilten Christian Klar, der abermals die höchstmögliche Strafe erhielt. Vor dem Oberlandesgericht Frankfurt hat jetzt auch der neue Prozeß gegen das RAF-Mitglied Rolf-Clemens Wagner begonnen. Erneut ermittelt wird gegen Adelheid Schulz, Brigitte Mohnhaupt und Helmut Pohl, die ihre teils mehrmals lebenslangen Haftstrafen schon lange verbüßen, sowie gegen Eva Haule und Sieglinde Hofmann, die jeweils zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden sind. Ihr Verfahren wird voraussichtlich im November 1993 vor dem OLG Frankfurt beginnen.

Kronzeugen: RAF-Aussteiger aus dem DDR-Asyl

Daß diese Verfahren gegen längst Verurteilte überhaupt eröffnet werden konnten, hat mit der deutschen Vereinigung zu tun: Die neuen Belastungen beruhen nämlich auf Aussagen einiger in der ehemaligen DDR untergetauchten RAF-Aussteiger, die sich mit Hilfe der Stasi im "Arbeiter- und Bauernstaat" seit 1981 eine neue, kleinbürgerlich-realsozialistische Existenz aufbauen konnten, Familien gründeten und Kinder in die Welt setzten. Sie hatten viel zu verlieren: Nach ihrer Entdeckung erwarteten sie, so die Pläne der Bundesanwaltschaft, lebenslange Freiheitsstrafen.

Um dieser drohenden "Lebensperspektive" zu entgehen, offenbarten sich einige der RAF-Pensionäre, von der sog. Kronzeugenregelung animiert, den Ermittlungsbehörden mit ihrem "Wissen" aus grauen, eigentlich längst verdrängten RAF-Zeiten. Mit diesen Aussagen haben sie ihre früheren Genossen und Genossinnen zum Teil schwer belastet - so auch Ingrid Jakobsmeier, die u.a. wegen Mitgliedschaft in einer "Terroristischen Vereinigung" (§ 129a StGB) bereits 1986 verurteilt worden ist und im Herbst 1993 entlassen werden müßte. Nun ist sie angeklagt wegen angeblicher Beteiligung an zwei RAF-Anschlägen auf die US-Airbase Ramstein und auf den US-General Kroesen im Jahre 1981. Neben sonstigen Ungereimtheiten dieses Verfahrens vor dem Stammheimer OLG kristallisieren sich zwei gravierende Probleme heraus, die den Prozeß gegen Jakobsmeier schwer belasten und die erhebliche Zweifel an dessen Rechtsstaatlichkeit aufkommen lassen: die zweifelhaften Belastungen durch einen Kronzeugen und die Umstände der Kronzeugen-Gewinnung in der Ex-DDR sowie die Gefahr, daß die Angeklagte zum zweiten Mal für dieselben Taten verurteilt wird.

Handelsgeschäfte mit der Wahrheit?

Beim Prozeß gegen Ingrid Jakobsmeier handelt es sich um eines jener Verfahren, in denen der RAF-Aussteiger Henning Beer, alias Dieter Lenz, als Hauptbelastungszeuge der Anklage auftritt. Das birgt grundsätzliche Probleme, die mit der gesetzlichen Zulassung und gerichtlichen Anerkennung von Kronzeugen zusammenhängen. Deshalb beantragten ihre Verteidiger, Martin Heiming und Thomas Scherzberg, die Einstellung des Verfahrens, weil "mit einem Kronzeugen ... kein faires Verfahren möglich" sei und daher ein Verfahrenshindernis bestehe, das die Durchführung dieses Prozesses verbiete. Das Gericht hat diesen Antrag zurückgewiesen.

Doch die grundsätzlichen Bedenken sind damit nicht vom Richtertisch: Denn mit der Kronzeugen-Zulassung wird staatlich lizensiert, was sonst in der Strafprozeßordnung und in rechtsstaatlich gestalteten Strafprozessen absolut verpönt ist: der "gekaufte" Zeuge. Der Kronzeuge ist das Gegenteil eines klassischen Zeugen: Selbst

tief in Schuld verstrickt, kauft er sich durch den Verrat seiner Mitgenossen vom Staat frei, der seinerseits bei der "Terrorismusbekämpfung" unter besonderem Erfolgszwang steht. Solche Gestalten, die ihre belastenden Aussagen um eigener handfester Vorteile willen machen und damit der Staatsanwaltschaft aus der Beweisnot-Patsche helfen, spielten - zunächst im rechtsfreien Raum - in vielen sog. Terrorismus-Verfahren ihre zwielichtige Rolle - als Handlungsreisende in Sachen Verrat, als Ermittlungsgehilfen der Staatsgewalt, zu ihrem eigenen Schutz häufig mehr oder weniger verfremdet und getarnt.

Trotz der naheliegenden Überlegung, daß bei solchen Zeugen der Anreiz besonders hoch sein muß, andere, möglicherweise auch Unschuldige schwer, ja bewußt falsch zu belasten, um selbst mit heiler Haut davonzukommen, spielten die Gerichte dieses ungesetzliche Spiel weitgehend kritiklos mit, obwohl sich alle "Kronzeugen" im Verlaufe ihrer zahlreichen Aussagen in erhebliche Widersprüche verwickelten. Und so kam es, daß diese regelmäßig selbst straffällig gewordenen "Kronzeugen ohne Titel" für ihre belastenden Aussagen gegen ehemalige Genossen, trotz schwerer Tatvorwürfe, erheblichen Strafrabatt erhielten, zudem frühzeitig begnadigt wurden und anschließend mit neuer Identität (neuer Name, Lebenslauf, Paß) und einer Menge Geld zur Gründung einer neuen Existenz ausgestattet wurden. Auf der anderen Seite wurden jene um so schwerer bestraft, meist mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe, die von den "Kronzeugen" in fragwürdigen Prozessen entsprechend belastet worden waren.

Als in den 70er Jahren die Legalisierung des Kronzeugen erstmals diskutiert wurde, waren kritische Stimmen wie diese zu hören: "Ich bin ... ein entschiedener Gegner der Kronzeugenlösung, weil ich sie für eine ganz unnötige Kapitulation des Rechtsstaates halte."

Der das im Jahre 1976 bekannte, war niemand "Geringerer" als der wenig später von Mitgliedern der RAF ermordete oberste Ankläger der Republik, Generalbundesanwalt Siegfried Buback. Dreizehn Jahre nach diesem Bekenntnis, im Jahre 1989, ist die "Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten" erstmals als Gesetz eingeführt worden - trotz heftiger wissenschaftlicher und politischer Proteste; in einer Experten-Anhörung des Bundestages lehnten 1986 insgesamt 17 von 20 Sachverständigen die Kronzeugenregelung ab; selbst die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hielt sie für "rechtsstaatlich und rechtsethisch nicht vertretbar"; der Präsident des Oberlandesgerichts Rudolf Wassermann äußerte die feste Überzeugung, "daß unser Rechtssystem den Kronzeugen nicht verträgt", andere sprachen von "Strafvereitelung im Amt" sowie von einem "Offenbarungseid" des Rechtsstaates. Eine "ganz unnötige Kapitulation des Rechtsstaates" oder etwa eine mittlerweile "nötig" gewordene Kapitulation?

Allerdings wurde diese Regelung befristet bis zum 31.12.1992. Diese Befristung offenbart den Charakter der Vorschrift als Sondergesetz. Schon früher war man, etwa im Rechtsausschuß des Bundestages, der Auffassung, in einer solchen Befristung "komme nur das schlechte Gewissen des Gesetzgebers zum Ausdruck"; inzwischen wurde verlängert bis einschließlich 1995.

Kronzeugen-Gewinnung in der DDR

In den Verfahren der neuen Prozeßserie kommt das Problem der Kronzeugen-Gewinnung in der ehemaligen DDR hinzu: Die Verhaftung der späteren Kronzeugen erfolgte in einer historisch bislang nicht dagewesenen politisch-rechtlichen Situation zweier grundsätzlich eigenständiger Staaten. Die Umstände, wie die westdeutschen Ermittler des Bundeskriminalamtes und des Generalbundesanwalts sowie die Geheimen des "Verfassungsschutzes" die ehemaligen RAF-Mitglieder in der noch existierenden DDR zu Kronzeugen machten (1990), sind bis heute nicht vollständig geklärt. Entscheidende Besprechungen wurden damals nicht protokolliert. Fest steht jedenfalls, daß die DDR als souveräner Staat Ausland war und dort die sog. Kronzeugenregelung nicht existierte. Gleichwohl wurde schon damals den Verhafteten, die die DDR-Staatsbürgerschaft besaßen, die bundesdeutsche Kronzeugenregelung vermittelt. Zu fragen ist also: Wurden den Betroffenen damit gesetzlich nicht vorgesehene Vorteile versprochen, was einen Verstoß gegen 136 a StPO ("Verbotene Vernehmungsmethoden") bedeuten würde? Dies hätte zur Folge, daß die so gewonnenen Aussagen nicht verwertet werden dürften. Sind die Betroffenen, unter ihnen Henning Beer, unter (psychischen) Druck gesetzt worden, wie sah der Handel um die "Wahrheit" im einzelnen aus? Wie steht es um die Glaubwürdigkeit von Zeugen, die um eigener Vorteile willen andere belasten?

Wo der Verrat um des eigenen persönlichen Vorteils willen gefordert ist, da sind falsche Bezichtigungen geradezu vorprogrammiert. Der Beweiswert eines solchermaßen "gekauften" Zeugen sinkt gen Null - eine

gerichtlich nur selten und unvollkommen gewürdigte Tatsache, die etliche "Terrorismus"-Verfahren, zusätzlich zu den sonstigen Gründen, gelinde gesagt, erheblich ins Zwielicht brachte.

Kronzeugenrabatt für den RAF-Aussteiger

Der Kronzeuge Henning Beer, in der DDR zum Montageschlosser ausgebildet, wurde vom OLG Koblenz am 3. Juni 1991 wegen gemeinschaftlich versuchten Mordes an sieben Menschen, wegen Beihilfe zum versuchten Mord an 21 Menschen, vorsätzlicher Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion, wegen schweren Raubes und Verstoßes gegen das Waffengesetz und wegen Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" zu einer Jugendstrafe von insgesamt sechs Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit Revisions-Urteil vom 15. Mai 1992 den Schuldspruch, teils verschärfend, abgeändert, doch die Strafe blieb unverändert.

Obwohl das Koblenzer OLG festgestellt hat, daß Beer mit 20 Jahren in die RAF aufgenommen worden sei (1978) und von da an bis 1981 an den abgeurteilten Straftaten beteiligt gewesen sei, wurde er nicht nach Erwachsenen-, sondern lediglich nach Jugendstrafrecht verurteilt; diese Vergünstigung - auch als Kronzeugenrabatt zu kennzeichnen - ersparte ihm ein Lebenslänglich, das angesichts der Schwere der vorgeworfenen Straftaten im Bereich des Möglichen gewesen wäre. Doch auch unter Anwendung des Jugendstrafrechts ist ihm nicht die Höchststrafe von zehn Jahren aufgebürdet worden, sondern er kam mit sechseinhalb Jahren davon. Der BGH drückt es in seinem Revisions-Urteils so aus: "Die Höhe der Jugendstrafe im konkreten Fall (ist) trotz der Schwere der zahlreichen Straftaten nur deswegen relativ niedrig bemessen worden ..., weil das Oberlandesgericht in erheblichem Umfang von der Kronzeugenregelung Gebrauch gemacht hat und so zu einer besonders gewichtigen Strafmilderung gelangt ist" (S. 12). Daran wollte auch der BGH nicht rütteln. Das Urteil ist rechtskräftig. Beer befindet sich in Hamburg in Haft, gegenwärtig im offenen Vollzug. Sein Antrag auf vorzeitige Haftentlassung ist wohlweislich noch nicht entschieden, schließlich wird er noch in weiteren Verfahren als Kronzeuge gebraucht; die drohende Ablehnung des Antrags könnte als psychisches Druckmittel wirksam sein, weiterhin im Sinne seiner Auftraggeber auszusagen.

Die vom BGH festgestellte "besonders gewichtige Strafmilderung" wurde Henning Beer gewährt, obwohl er keineswegs als ein "klassischer Kronzeuge" bezeichnet werden kann. Denn nach der 1989 Gesetz gewordenen Kronzeugenregelung muß die belastende Aussage zu unmittelbaren Fahndungserfolgen führen, also ein Fahndungsdefizit beheben - was schließlich bei einem RAF-Aussteiger, der seit über zehn Jahren abseits der RAF in der früheren DDR lebte, beim besten Willen nicht erwartet werden kann. Und so nahm man offenbar vorlieb mit jenen belastenden Aussagen Beers, die lediglich solche Personen betreffen, die längst verurteilt worden sind. Ein rechtlich äußerst bedenkliches Verfahren; aber offenbar besteht zumindest von Seiten des Generalbundesanwalts und der Sondersenate der Oberlandesgerichte ein so erhebliches Interesse, diese Gefangenen weiter auf unabsehbare Zeit unter Verschluß zu halten, daß man sich über diese Bedenken glaubte hinwegsetzen zu können.

Das Oberlandesgericht Koblenz hat im Urteil gegen den Kronzeugen Beer nicht nur dessen Glaubwürdigkeit festgestellt, sondern auch bereits die Mittäterschaft von Ingrid Jakobsmeier. Diese rechtskräftige Vorverurteilung unterhöhlt das Prinzip der Unschuldsvermutung, auch wenn das OLG Stuttgart durch dieses Urteil nicht direkt gebunden ist.

Allerdings hat Beer bei seiner mündlichen Vernehmung im Stammheimer Gerichtsgefängnis die ihm zugedachte Rolle als Hauptbelastungszeuge nur ungenügend gespielt, denn er hat die erwarteten Belastungen nicht geliefert. Jedenfalls konnte er eine konkrete, direkte Tatbeteiligung der Angeklagten Jakobsmeier an den ihr vorgeworfenen RAF-Aktionen nicht bestätigen; schon im Verlauf seiner ersten Vernehmungen hatte er erklärt: "Ich weiß nicht, wer die Anschläge in Ramstein und auf General Kroesen ausgeführt hat." Seine recht vagen Ausführungen vor Gericht bewegten sich überwiegend im allgemeinen und lieferten allenfalls eigene oder ihm nahegelegte Mutmaßungen und Schlußfolgerungen ("aus den Gesamtumständen schließe ich ...") - was nicht verwunderlich ist, hielt er sich doch zum Zeitpunkt der Anschläge in Belgien auf und bereitete seinen Ausstieg aus der RAF vor.

Die Versuche des Gerichts, konkrete Erinnerungen Beers aufzufrischen, fruchteten nicht. Daß Ingrid Jakobsmeier keine Entscheidungsträgerin in der Gruppe war, lediglich an den gemeinsamen politischen

Diskussionen beteiligt gewesen sei, wie alle anderen hinter den politischen Zielen gestanden und zusammen mit Helmut Pohl Kontakte zur "Szene" hergestellt habe - das waren noch die klarsten Aussagen des Kronzeugen. Also: Keine Beweise für eine Tatbeteiligung der Angeklagten.

Doppelbestrafungsverbot oder: Zweimal hält besser?

Doch gerade in diesem Zusammenhang belastet noch eine wesentliche Frage das Gerichtsverfahren gegen Ingrid Jakobsmeier: Ist sie für die jetzt angeklagten Beschuldigungen nicht bereits im ihrem ersten Verfahren bestraft worden? Es geht dabei um das Problem des sog. Strafklage-Verbrauchs (Art. 103 Abs. 3 Grundgesetz), wonach niemand wegen derselben Tat aufgrund der allgemeinen Strafgesetze mehrfach bestraft werden darf. Ingrid Jakobsmeier ist vom Oberlandesgericht Stuttgart mit Urteil vom 20.3.1986 wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz, gewerbsmäßigen Diebstahls und Urkundenfälschungen in Tateinheit mit der Mitgliedschaft in der "terroristischen Vereinigung" RAF zu neun Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Ist sie damit - entsprechend der "Kollektivitätsthese" im Zusammenhang mit dem Organisationsdelikt § 129a StGB - nicht auch für einzelne konkrete Taten, die der RAF zur Last gelegt werden, bereits belangt worden? Darauf deutet schon das damalige Strafmaß in Höhe von neun Jahren Freiheitsentzug hin: Für Mitgliedschaft in einer "terrroristischen Vereinigung" sah § 129a StGB alte Fassung, wie sie damals zur Anwendung kam, eine gesetzliche Höchststrafe von fünf Jahren vor; bei der Bemessung der Gesamtstrafe von neun Jahren hat sich das Gericht 1986 "hauptsächlich davon leiten lassen, daß alle Straftaten der Angeklagten Jakobsmeier auf einen gemeinsamen Ausgangspunkt, ihre Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, zurückzuführen sind. Sie sind insgesamt Ausfluß ihres Anschlusses an die 'RAF'..." (UA S. 390).

Ihre Verteidiger im neuen Verfahren, Martin Heiming und Thomas Scherzberg, schließen daraus, daß die Zulassung der Anklageschrift und die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Art. 103 Abs. 3 Grundgesetz verstoßen, weshalb sie konsequenterweise die Einstellung des Verfahrens verlangten. Ihr detailliert begründeter Antrag wurde allerdings vom Gericht abgelehnt.

Doch die Bedenken bleiben: In der neuen Anklage vom 23. August 1991 wird Jakobsmeier die Beteiligung an dem RAF-Angriff auf die US-Airbase in Ramstein am 31.8.1981 sowie am fehlgeschlagenen RAF-Attentat auf den US-General Kroesen (15.9.1981) zur Last gelegt - Taten, die zur Zeit ihrer Festnahme und zum Zeitpunkt ihrer ersten Verurteilung bereits bekannt waren und in der Anklageschrift aus dem Jahre 1985 sowie im Urteil von 1986 auch Berücksichtigung fanden. In diesem rechtskräftigen Urteil wurde festgestellt, daß Ingrid Jakobsmeier spätestens seit Anfang 1981, also etwa ein halbes Jahr vor besagten Anschlägen, Mitglied der RAF geworden sei; sie habe sich "nachhaltig und fortdauernd für deren Belange" eingesetzt und "vielerlei Tätigkeiten für diese Vereinigung" verrichtet. Wörtlich heißt es weiter: "In bedingungsloser Verfolgung der Ziele der Organisation kannte und billigte sie die Begehung auch schwerster Straftaten wie Mord, Geiselnahme und Sprengstoffanschläge als planmäßige Kampfmittel der Vereinigung" (UA, S. 136 f).

Die Jakobsmeier in der neuen Anklage von 1991 zur Last gelegten Taten fanden bereits in diesem Urteil Erwähnung (UA, S. 40), ohne ihre direkte Beteiligung allerdings nachweisen zu können. Doch diese Beweislücke konnte, nach üblichem Muster in RAF-Prozessen, mit der rechtsstaatlich bedenklichen Konstruktion der Kollektivität überbrückt werden. In den Urteilsgründen von 1986 ist dazu folgendes zu lesen: "Die 'RAF' ist straff organisiert. Ihr innerer Zusammenhalt gründet sich auf unbedingte Unterordnung des einzelnen Mitglieds unter die allgemeinen Ziele der Vereinigung und den Gruppenwillen. Entscheidungen der Gruppe, die ihren Willen nach dem Prinzip grundsätzlicher Gleichberechtigung der Mitglieder in Form von Kollektiventscheidungen bildet, gelten ihren Anhängern als verbindlich" (UA, S. 34 f).

Mit dieser Argumentation, die sich per "Offenkundigkeitserklärung" von Verfahren zu Verfahren weiter zu vererben pflegt, können alle Mitglieder der sog. RAF-Kommandoebene zu Mittätern an den jeweils der Gruppe zugerechneten Taten befördert werden - gleichgültig, ob sie im Einzelfall daran beteiligt waren oder von ihnen überhaupt wußten. Diese Kollektivhaftung ist dem bundesdeutschen Strafrecht eigentlich fremd; allerdings wurde der § 129a StGB als Organisationsdelikt (Vereinigung, deren Zweck oder Tätigkeit darauf gerichtet ist, schwere Straftaten, wie Mord etc. zu begehen) dazu genutzt, über einen unterstellten Kollektivwillen all jene angeblichen oder tatsächlichen Mitglieder der RAF über das Kollektiv zu belangen, um so die regelmäßig tief klaffenden Beweislücken zu überbrücken.

Zwar lagen bereits im ersten Verfahren Indizien vor für eine angebliche Beteiligung von Ingrid Jakobsmeier an den beiden nun speziell angeklagten Taten. So soll die Angeklagte anläßlich eines Besuchs ihrer Eltern am 6.8.1984 in der Untersuchungshaft ihre Beteiligung an der Aktion gegen Kroesen eingeräumt haben. Doch bei der ersten Verurteilung wurden diese "Erkenntnisse", trotz Kenntnis, nicht weiter berücksichtigt; nun sollen sie - zusammen mit den Aussagen des Kronzeugen - die neue Anklage stützen und zu einer erneuten Verurteilung führen.

Ingrid Jakobsmeier sieht sich einer Doppelbenachteiligung ausgesetzt: Zum einen wurde sie mit dem ersten Urteil Opfer einer bedenklichen Kollektivverurteilung; mit dieser wurde feststellt, daß sie nicht nur Mitglied einer "terroristischen Vereinigung" war (was zum Zeitpunkt der "Tatbegehung" noch kein Verbrechen, sondern leglich ein Vergehen war), sondern daß sie auch die dieser Vereinigung zugerechneten Taten - also u.a. Ramstein und Kroesen - billigte und damit als eigene Taten wollte; und nun soll sie für eben diese beiden Tatkomplexe, für die sie sozusagen schon mal kollektiv belangt wurde, nochmals individuell und ganz konkret verurteilt werden.

Hier ist die Gefahr einer Doppelbestrafung gegeben: Denn es handelt sich offensichtlich um die selben Ereignisse, die hier zweimal vor Gericht verhandelt werden und erneut zu einer hohen Freiheitsstrafe führen können. Das rechtsstaatliche Gebot der Rechtssicherheit gebietet, daß der Strafanspruch des Staates dann verbraucht ist, wenn aufgrund eines Strafverfahrens bereits über dieselbe Tat - also "den geschichtlichen Vorgang, den das Gericht abzuurteilen in der Lage war" - entschieden hat. "Dieselbe Tat", so das Bundesverfassungsgericht, meint den "geschichtlichen Vorgang, auf welchem Anklage und Eröffnungsbeschluß hinweisen und innerhalb dessen der Angeklagte als Täter oder Teilnehmer einen Straftatbestand verwirklicht haben soll".

Berücksichtigt man noch die Aussagen des Kronzeugen Beer, so wird deutlich, daß er letzten Endes nur soviel zu berichten weiß, wie bereits im ersten Jakobsmeier-Verfahren Berücksichtigung fand. Aus den genannten Gründen müßte im vorliegenden Fall eigentlich ein Prozeßhindernis vorliegen, eine erneute Strafverfolgung von Ingrid Jakobsmeier wäre ein Verstoß gegen Art. 103 Abs. 3 Grundgesetz. Nicht nur die erneute Aburteilung wäre dann verfassungswidrig, sondern bereits die erneute Einleitung des Strafverfahrens. Ein gleichwohl unter Verstoß gegen das Verbot der Mehrfachbestrafung ergangenes Urteil ist unwirksam.

Das Gericht zeigt sich unbeeindruckt

Doch bislang hat sich das Oberlandesgericht Stuttgart über diese Probleme "souverän" hinweggesetzt. Ingrid Jakobsmeier, die nach eigenen Angaben einen neuen Lebenszusammenhang außerhalb des früheren anstrebt, droht im Falle einer erneuten Verurteilung eine lebenslängliche Freiheitsstrafe. Dies hat die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer auch gefordert: wegen Mittäterschaft an den inkriminierten RAF-Anschlägen und damit an mehreren Mordversuchen. Auf eine solche mögliche Verurteilung könne die bereits verbüßte Strafe angerechnet werden, hatte das Gericht bereits zu Beginn der Verhandlungen großzügig - und nicht etwa vorverurteilend? - hingewiesen. Mittlerweile wurde auch noch ein rechtlicher Hinweis erteilt: Es komme, statt Mittäterschaft, auch lediglich Beihilfe zu den Mordversuchen in Betracht. So könnte sich das Gericht aus der Affäre ziehen, also sich in gewisserweise der mißlichen Beweislage entziehen und statt Lebenslänglich ggfls. "nur" 15 Jahre ausurteilen. Die gesamte neue, überwiegend auf Kronzeugen-Aussagen basierende Prozeßserie gegen bereits verurteilte Gefangene aus der RAF ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die eine politische Lösung dieses gewaltgesättigten Kapitels westdeutscher Geschichte anstreben. Die ungebrochene Fortführung der sonderjustitiellen Polit-Verfahren und die Verlängerung der Sonderhaftbedingungen auf noch unbestimmte Zeit interpretieren manche als staatliche "Rache und Vergeltung", ja als "Vernichtungsfeldzug" gegen den ehemaligen "Staatsfeind Nr. 1". Doch auch wer dieser Deutung nicht zuneigt, muß zu der Erkenntnis kommen, daß diese staatliche Strategie nicht gerade von der Einsichtsfähigkeit ihrer Betreiber zeugt, den eigenen - staatlichen - Anteil an der Eskalation der Gewalt in der Bundesrepublik zu erkennen.

Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist. Rechtspolitischer Berater der Fraktion Die Grünen im niedersächsischen Landtag. Prozeßbeobachter in Stammheim. Letzte Buchveröffentlichung: Das Anti-Terror-System - Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, Hamburg 1991.

Vorabdruck (Erweiterte Fasung) aus: "Neue Kriminalpolitik" 4/1993 (Nomos-Verlag)

# 13. Es wird Zeit, daß sie rauskommen (Bernd Rössner)

Rubrik: Haftbedingungen; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:40

Ich will nicht viel sagen. Im Grunde möchte ich überhaupt nur eins immer wieder sagen: Irmgard muß raus, sie muß jetzt sofort raus.

Es kommt jetzt noch die drängende Notwendigkeit durch die Krankheit dazu, daß der Körper den ununterbrochenen lebensfeindlichen Bedingungen nicht mehr standhält, die Abwehrkräfte erschöpft sind. Sie müßte längst draußen sein nach dieser wahnsinnigen Zeit und was diese Zeit war. Irmgards 21 Jahre sind auch unsere 21 Jahre, fast die ganze Geschichte der RAF und fast die ganze Geschichte unseres Gefangenenkampfs.

Wir waren nicht über diese ganze lange Zeit zusammen im Knast. Deswegen kann ich nicht davon sprechen, was 21 Jahre Gefangenschaft, wie Irmgard sie erlebt hat, wirklich bedeuten. 21 Jahre der Kampf jeden Tag neu darum, unser eigenes Leben zu fassen zu kriegen und real zu kriegen gegen eine Gewaltsituation, die keinen Moment aufhört oder einmal "nachläßt". Aber ich kann von der Erfahrung reden, die wir gemeinsam haben. Das ist, daß es möglich gewesen ist, immer weiter zu gehen. Die Grenzen, auf die wir stoßen, nicht hinzunehmen, nicht die äußeren und nicht die inneren. Niemand von uns hat sich am Anfang vorstellen können, was in diesem Prozeß möglich ist, was unser Kampf sein wird und umfassen wird. Immer wieder waren Grenzen vor uns, hinter denen das "unbekannte Gebiet" liegt, wo man entweder zurückweicht und aufgibt, oder zusammen durch diese Erfahrung durchgeht. Weil wir das immer wieder geschafft haben, gegen alle Wucht der Vereinzelung, haben wir diesen Kampf jedenfalls bis heute nicht verloren, auch wenn wir materiell sowenig durchkommen konnten. Die Niederlage, subjektiv und politisch, kann nur sein, wenn wir vor der "Macht der Verhältnisse" kapitulieren, wenn wir uns heute hinstellen und sagen würden: Wir können nichts erkämpfen, was stärker ist. Denn genau das ist nicht wahr. Unsere Wahrheit, die Realität, die wir erfahren haben in all diesen Jahren und am tiefsten hier drin, ist, daß wir es können, daß das möglich ist.

Das möchte ich allen sagen, die sich jetzt für Irmgards Freiheit einsetzen. Die reale Hoffnung ist, was wir selbst tun können, aus unserer eigenen Kraft, und daß wir darin nicht aufgeben. Nur so können wir die gesamte Situation wieder aufbrechen und verändern, und konkret jetzt schaffen, daß Irmgard wirklich raus kommt. Ich sag das auch, weil ja jetzt bald der Anhörungstermin sein wird und weil es nicht sein darf, daß dann ein neues schwarzes Loch kommt, wenn sie noch mehr Knast wollen. Das darf einfach nicht sein. Es ist dann nur um so dringender, alles zu tun dafür, daß Irmgard Möller endlich vor dem Knast steht.

Brigitte Mohnhaupt

Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Bernd Rössner ist heute 46 Jahre alt. Am 25. April 1975 wurde er nach der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm durch ein RAF-Kommando von der schwedischen Polizei verhaftet. Ziel der Aktion war, die Freilassung der damals 26 RAF-Gefangenen durchzusetzen. Zusammen mit vier anderen Mitgliedern des Kommandos wurde er an die BRD ausgeliefert und im Juli 1977 zu zweimal lebenslänglich verurteilt. Er war in dauernder Isolationshaft und wurde ständig von einem Knast in den anderen verlegt. Aufgrund der Haftsituation verschlechterte sich sein Gesundheitszustand kontinuierlich. In den folgenden Jahren stellte er mehrfach Anträge, mit den anderen RAF-Gefangenen zusammengelegt zu werden. Alle Anträge wurden abgelehnt. Er beteiligte sich an zehn Hungerstreiks, um seine Haftsituation zu verbessern.

Ab 1986 wiesen Besucher und Angehörige darauf hin, daß er krank sei und aus der Haft entlassen werden müsse. 1988 wurde dies von einem Arzt bestätigt. Er kann sich kaum noch auf Lesen und Schreiben konzentrieren, zeitweise konnte er keine Nahrung mehr zu sich nehmen. Anstatt ihn aber, wie es die Gesetze der Bundesrepublik für haftunfähige, kranke Gefangene vorsehen, freizulassen, sollte er in eine psychiatrische Haftanstalt verlegt werden. Der massive Protest von Freunden und Angehörigen und vor allem sein eigener Widerstand verhinderten das. Im März 1990 wurde sein Antrag auf Haftentlassung abgelehnt. Anfang 1991 reichte seine Mutter ein Gnadengesuch beim Bundespräsidenten ein. Im Sommer 1992 wurde ihm für einen befristeten Zeitraum (12-18 Monate) Haftverschonung gewährt, so daß er in eine offene therapeutische

Einrichtung verlegt werden konnte. Dort ist ihm möglich, sich langsam wieder zu erholen, doch wird dieser Prozeß sehr lange dauern.

Ende 1993 läuft die Frist der Haftverschonung ab, und es muß befürchtet werden, daß er erneut in den Knast kommt. Eine solche Entscheidung könnte für ihn lebensgefährlich werden.

Bernd Rössner

darf nicht wieder inhaftiert werden!

"Höchste Zeit, daß sie rauskommen"

Unter diesem Motto soll eine von der Zeitung "ila" (1) ins Leben gerufene Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen starten.

In Lateinamerika wird es oft für einen Übersetzungsfehler gehalten, wenn davon die Rede ist, daß einige Dutzend politische Gefangene in der BRD schon seit 15, seit 18, ja sogar bereits seit 21 Jahren im Gefängnis sitzen. Solch lange Haftdauer erscheint einfach unvorstellbar.

Der neue Verfassungsschutzbericht, vor wenigen Tagen vorgestellt, lehrt uns, das Staunen über längst bekanntes nicht zu verlernen. Wir erfahren, daß im vergangenen Jahr (mindestens) 2.584 rechtsextremistische Gewalttaten verübt worden sind (jede Woche 50!), daß dies ein "bisher nicht gekanntes Ausmaß" und "neue Dimensionen" erreicht habe und daß dennoch - man höre und staune! - trotz 1992 ausgebliebener Anschläge der RAF, ausgerechnet diese "die gefährlichste Terrororganisation" sei.

Als müsse hier ein böses Gespenst aus dem Hut gezaubert, ein unendlich gefährlicher Teufel an die Wand gemalt werden, um dem staatsterroristischen Akt auf dem Wild-Ost-Bahnhof Bad Kleinen wenigstens einen Anstrich der Legitimität zu geben und so die Ballermänner und ihre Drahtzieher vor juristischer Verfolung zu bewahren!

Entgegen allen anderslautenden Beteuerungen erfuhren die Gefangenen vom ersten Tag an außerhalb der üblichen Rechtsstaatlichkeit liegende Sonderbehandlungen, wurden perfide Techniken der "weißen Folter" entwickelt, etablierten sich die menschenfeindlichen Methoden der Isolationshaft, der Hochsicherheitstrakte, der Kontakt- und Nachrichtensperre. Bisweilen wurden tödliche Schüsse zu festen Bestandteilen bundesdeutscher Innenpolitik gegen Störenfriede von links. Die RAF wurde weit über ihre wirkliche politische Relevanz zur Inkarnation des Bösen hochstilisiert, gegen die mit allem menschenmöglichen Eifer vorzugehen war, ebenso gnadenlos und unermüdlich wie die Inquisition den Antichrist verfolgte. Tragisch und empörend ist, daß die Opfer dieser Strafverfolgungswut immer noch in bundesdeutschen Knästen festgehalten werden - und dies zudem unter Bedingungen, die bereits mehrfach vom UN-Menschenrechtsausschuß kritisiert wurden.

Nach allen in unserem Lande üblichen Maßstäben haben die meisten der politischen Häftlinge ihre Strafe längst verbüßt - erst recht in jenen Fällen, in denen nachgewiesenermaßen haftunfähige Menschen die ihnen auferlegten Höchststrafen abzusitzen haben. Warum wird die sonst übliche Haftverkürzung auf 15 Jahre für "lebenslänglich" verwehrt?

Hier beginnt das unmoralische Nachtreten. Nicht nur, daß die Gefangenen nicht hätten tun dürfen, was man ihnen nachwies oder vorwarf, getan zu haben - sie sollen offenbar auch nicht denken dürfen, was sie gedacht haben.

(1) ila, Informationsstelle Lateinamerika e.V., Heerstr. 205, 53111 Bonn.

Zeitungen etc. die diese Kampagne mittragen wollen und die von der ila-Redaktion erstellte Anzeigen zur Freilassung der Gefangenen veröffentlichen wollen, können an obige Adresse schreiben.

# 14. Die Linke - zwischen den Welten (Buchbesprechung)

*Eine Buchbesprechung von Boris Scharlowski*

Autor: Boris Scharlowski · Rubrik: Lateinamerika allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:41

Odranoel, dieser edel-elende Asket, der ein Buch dem Essen vorzieht, Odranoel, der den "Caxasa" (ein in Brasilien sehr populäres starkes alkoholisches Getränk) liebt, weil sie den Körper zerstöre, aber die Seele des Dichters belebe, dieser Odranoel ist keiner jener Poeten oder Maler, die wir scheinbar so gut aus den Bistro-Schwemmen des Paris des ausgehenden 19. Jahrhundert kennen. Nein, es ist schlichtweg, schenkt man dem Gleichnis des el Ñato (Eleuterio Fernandez Huidobro), dem Mitbegründer der Tupamaros Glauben, das neue, so lang erwartete Subjekt des gesellschaftlichen Wandels in Brasilien, wenn nicht in Lateinamerika.

So neu und jung ist dieses Subjekt allerdings nicht. Odranoel ist das Sinnbild des gereiften, vom Leben gebildeten vierten Standes, der Deklassierten, die südlich des Rio Grande aufgrund ihrer Masse nicht mehr den Rand, sondern das Zentrum der jeweiligen Gesellschaften bilden. Es ist trotz seines Elends weise, sensibel, vom Leben gebildet, der Religion und der Politik im traditionellen Sinne gegenüber gleichermaßen skeptisch eingestellt - kurz der neue Mensch, der in nicht wenigem dem geläuterten Franz Bieberkopf des Neunten Buches ähnelt.

Von der Lust ...

Lächelnd-geläutert, so kommt eine weitere Botschaft vom Berg Santa Teresa oder ähnlichen Höhen über der Bucht des Janeiro-Flusses daher: die neuen nach-revolutionären Kämpfe, so überhaupt noch von Kämpfen zu sprechen ist, haben mit einer gehörigen Portion Genuß angegangen zu werden. Thomas Fatheuer, einer der Herausgeber, kabelte diese so undeutsche Botschaft als Epilog gedacht an die Redaktion. Und schließlich ist einer Erotisierung der Politik im weiteren Sinne (also nicht nur im Kuntzelmannschen) zunächst wenig entgegenzustellen, es sei denn die Prekarität der Probleme, derer man sich allerdings in Rio aufs Trefflichste versichern könnte.

Verstehen wir also die Initiative Augusto Boals, des großen lateinamerikanischen Theatermannes und Erfinders des Theaters der Unterdrückten, der soeben quasi gemeinsam mit seiner Kompagnie ins Stadtparlament von Rio gewählt worden ist, als einen Schritt in die hoffentlich richtige Richtung. Vier unterhaltsame Jahre werden den lokalen Parlamentariern ins Haus stehen. Hoffentlich nicht nur ihnen. Davon konnte Thomas Fatheuer allerdings noch nichts ahnen.

... und dem Frust

die Gesellschaft zu verändern

Kommen wir zurück zum neuen (?) Subjekt der Veränderung. Auch jenseits seiner poetisch verdichteten Ausprägung, dem Odranoel, erscheint es immer wieder in den Aufsätzen der Autoren, wird zum eigentlichen Zentrum des Buches. Zumeist weniger pittoresk, dafür faßbarer erhebt sich so die Bewegung gegen die Partei. Sei es die brasilianische Frauenbewegung gegen die PT (die Arbeiterpartei), die peruanische Basis gegen die Izquierda Unida (die Vereinigte Linke), oder die unabhängigen Frauenorganisationen gegen die AMNLAE (die nicaraguanische Frauenorganisation) und die FSLN. Die auch für weite Teile der Linken typische Form des (partei-)politischen Mandats, das zunehmends dazu beigetragen hat, daß sich die Repräsentanz von den eigentlichen Problemen der Basis entfernt hat, wird hier thematisiert.

Wenig erstaunlich, da auch in Lateinamerika das klassische Politikmodell offensichtliche Ermüdungserscheinungen aufzuweisen beginnt. Seien es Dora María Téllez, die ehemalige Gesundheitsministerin Nicaraguas, oder James Petras: Den Parteien wird ihr virulenter Machismus vorgeworfen, ihr Festhalten an Ideologismen, ihre Geringschätzung der in den sozialen Bewegungen gemachten Erfahrungen. Und, um so erstaunlicher, der Überdruß im Volk geht scheinbar an weiten Teilen der Linken unbeachtet vorüber: Gerade in dieser Zeit einer eindeutigen Krise versuchten viele der ehemals starken Guerillabewegungen ihr zweites Bein in die jeweiligen parlamentarischen Elfenbeintürme zu kriegen.

Angesichts eines solchen historischen Mißverständnisses, einer solchen Konfusion über die wahren Akteure, kann beim Titel der Griff zum Gleichnis wahrlich nicht erstaunen. Hoffen wir also im Odranoel die Züge des, wenn auch gealterten, Franz Bieberkopf zu erkennen und nicht die des pai-noel, des Weihnachtsmannes.

"Odranoel" wird von PIZZA (Projektgruppe für internationale Zusammenarbeit und zukunftsorientierte Aktion) herausgegeben. Eine erfrischend provokante Lektüre zur Linken zwischen den Welten. Weitere Beiträge von Ingrid Strobl, Gaby Gottwald, Lutz Taufer u.a. führen in die aktuellen bundesrepublikanischen Diskussionen der Linken ein.

PIZZA (Hg.): Odranoel, Die Linke - zwischen den Welten, Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1992. 284 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-922611-28-1

# 15. Innere Sicherheit - "Das wahlentscheidende Schlüsselthema der Innenpolitik 1994" (Gerster)

Autor: U. Jelpke, A. Maurer, H. Schröder · Rubrik: Wahlen; Innenpolitik/Innere Sicherheit; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:35

"Innere Sicherheit" - nach dem Vorbild der Asyldebatte wird jetzt eine Angstkampagne inszeniert. Niedrigste Instinkte nach Rache, kurzem Prozeß und Rufe nach dem starken Staat werden hervorgerufen und für eine Kampagne zum weiteren Ab- und Umbau des Rechtsstaates und der demokratischen Rechte instrumentalisiert.

Ansatzpunkte dieser Angstkampagne sind wachsende soziale Verunsicherung, fehlende Perspektiven und die tatsächliche oder bewußt hervorgerufene Angst vor steigender Kriminalität.

Daß die Innere Sicherheit durch Kriminalität zunehmend gefährdet sei, meinen im Westen etwa 70, im Osten 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Wichtig in diesem Zusammenhang ist das Gefühl der persönlichen Bedrohung durch Kriminalität - und dieses Gefühl ist bei 2/3 aller Deutschen vorhanden. (Emnid 4/93).

Grundlage dieses Gefühls sind unter anderem folgende Zahlen: Laut polizeilicher Kriminalstatistik hat sich die Zahl der bekannt gewordenen Delikte von 2,5 Millionen 1973 über 4,75 in 1990 (BRD alt) und 5,3 Millionen in 1991 auf 6,1 Millionen in 1992 entwickelt. Diebstahlsdelikte machen knapp 2/3 davon aus, 1/6 entfällt auf Sachbeschädigung und Betrug. Die Aufklärungsquote stagniert in den letzten Jahren bei 45 Prozent. Etwa 140.000 Menschen wurden im letzten Jahr als Opfer von Gewaltdelikten offiziell registriert. Eine Opferbefragung des Max-Planck-Institutes ergab, daß 1/4 der Ostdeutschen und 1/3 der Westdeutschen zwischen 1986 und 1990 Opfer einer oder mehrerer Straftaten geworden sind. (Zahlen nach Hans Adolf/Geheim 2/93)

Aber was in der CDU-Propaganda aussieht wie eine unmittelbare Reaktion auf aktuelle Entwicklungen, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als durchgestylte Medien- und Politikkampagne. Es geht um die Durchsetzung alter Forderungen der Rechts- und Innenpolitiker der Union.

"Kriminalität

entschlossen bekämpfen - Innere Sicherheit stärken"

Am 11. Mai stellten Seiters und Hintze einen 28-seitigen Antrag des Bundesvorstandes vor, der im September vom CDU-Parteitag verabschiedet werden sollte. Neben populären - und in unzähligen Zeitungsserien und Talk-shows popularisierten - Themen wie Lauschangriff, Demonstrationsrecht und Abbau des Datenschutzes, enthielt der Antrag eine ganze Reihe unscheinbar wirkender Forderungen, die auf "Alltagskriminalität" zielen oder gängige Forderungen nach weniger Zeugen-/Verteidigerrechten und Einschränkung rechtsstaatlicher Verfahren variieren.

Aus diesem Leitantrag hatte die CDU-CSU-Bundestagsfraktion am 22. Juni eine neue "Initiative gegen Gewalt und Extremismus" in 15 Punkten destilliert. Am 19. August ließ sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die grobe Linie auf einem Fachkongreß zur Inneren Sicherheit bestätigen. Der Leitantrag wurde schließlich in verschärfter Form auf dem CDU-Parteitag im September verabschiedet. Einen nochmaligen Aufguß ließ der neue Innenminister Kanther fabrizieren und nannte ihn "Sicherheitspaket 94" oder "Sicherheitsmosaik".

Unmittelbare Vorläufer des umfangreichen Leitantrages sind:

- Ein Positionspapier der CSU-Landesgruppe im Bundestag vom 21.9.92. Titel "Mehr Sicherheit für den Bürger, konsequente Politik gegen Verbrechen, Gewalt und Terrorismus".

- Das sog. 10-Punkte-Programm Seiters vom September 92, überschrieben "Initiativen für eine wirksame Verbrechensbekämpfung".

- Entschließung der CDU-CSU-Bundestagsfraktion zur Inneren Sicherheit vom Oktober 92.

Präsentiert wird in allen Papieren eine Mischung aus Maßnahmen und Forderungen gegen organisierte Kriminalität und Alltagskriminalität, Ausländerfeindlichkeit und "Extremismus" bzw. "extremistische Gewalt".

Versprochen wird energisches, "konsequentes" Handeln "mit allen Mitteln" für Schutz und Sicherheit der BürgerInnen. (siehe Kasten).

Die "große" CDU-Linie:

Keine fahndungsfreien Zonen

Das sei, so wird betont, die CDU-Linie pur, CDU ohne Koalitions- und sonstige Rücksichten. Innenminister Kanther knüpft an das populistische Zentralthema Nr. 1 an: "Wir haben in der Asyldebatte erlebt, wie langjähriges Gerede ohne Taten alle gleichmäßig negativ betrifft." Und: "Die (...) praktische Wirkung politischer Maßnahmen muß nachgewiesen werden." "Wenn es bei der Lösung von politischen Problemen wie jetzt bei der Inneren Sicherheit mit den herkömmlichen (...) Mitteln nicht weitergeht, dann müssen neue Wege beschritten werden, auch in öffentlicher Auseinandersetzung." (Rede am 19.8.93, Fachkongreß zur Inneren Sicherheit)

Es dürfe keine "fahndungsfreie Zonen" mehr geben, verkündete Generalsekretär Hintze bei der öffentlichen Vorstellung des Papiers, und spitzte so die Auseinandersetzung um den Großen Lauschangriff nach Art der CDU zu. Immerhin geht es dabei um eine weitere Grundgesetzänderung. Art 13 GG definiert ja ausdrücklich "fahndungsfreie Zonen", unterstellt sie dem besonderen Grundrechtsschutz. Dieser saloppe Umgang mit Grundrechten, in der Asyl- und Blauhelmdebatte auf einen vorläufigen Höhepunkt getrieben, soll Gewohnheitsrecht werden.

Auch BKA-Chef Zachert beherrscht diesen strenggenommen verfassungswidrigen Jargon, wenn er den Datenschutz in seiner heutigen Form als ein "staatlich gewolltes Informationsdefizit der Sicherheitsbehörden" kritisiert. Genau das sollte Datenschutz ja eigentlich sein! Formulierungen im Programm wie: Die Entwicklung des "Datenschutzes zum Täterschutz" sei zu verhindern, oder das oben schon zitierte "keine resignative Flucht in die Legalisierung" setzen diesen Ton fort.

Vergleichbar dem Umgang mit den gefälschten und zurechtgerückten Zahlenreihen aus der Asylkampagne, wird in der Debatte speziell um organisierte Kriminalität mit Zahlen und Beispielen jongliert, werden die BürgerInnen durch die Medien mit Schauergeschichten über das Anwachsen der Kriminalität und vor allem über die Hilflosigkeit des Staates, der Justiz und der Polizei bereitgemacht für den Empfang der CDU-Botschaft: Zu viel Rechtsstaat fördert Kriminalität, zu viel Humanität für die TäterInnen liefert ihnen die BürgerInnen aus, Schuld an wachsender Kriminalität und Unsicherheit im Alltag ist der liberale Umgang mit Kriminellen.

Die Popularisierung dieser zentralen Aussagen erfolgt über Expertenhearings, Medienserien, Talk-Shows und diverse Politmagazine. Ein Blick in die Fernsehprogramme der letzten Monate zeigt, wie entwickelt die Kampagne schon ist.

Die Propagandisten der harten Linie knüpfen - ähnlich wie in der Asylkampagne - hemmungslos an allen nur denkbaren Vorurteilen über Entstehung und Wirkung von Kriminalität an. Verantwortlich gemacht werden "liberale" Erziehungs"stile", Schule, "Werteverfall", Liberalismus allgemein, Idealismus. Verantwortlich sei eine "Reformpolitik", die angeblich zum Rückzug des Staates, der Polizei geführt hat und zu einer Überbetonung der Bürgerrechte und des Individualismus.

Wenn in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation etwas mit Weimar vergleichbar ist, dann ist es diese gezielte Zerstörung des bisherigen gesellschaftlichen Konsens' und des Vertrauens in rechtsstaatliche Grundsätze durch die Herrschenden selbst. Das Wort des Kanzlers vom Staatsnotstand, mit Bedacht auf dem Höhepunkt der Asyldebatte ausgesprochen, hat diesen Zusammenhang auf den Punkt gebracht. Und die Methode, durch "öffentliches Nachdenken" über außerdemokratische Maßnahmen Druck auszuüben und bis dahin fehlende Mehrheiten oder öffentliche Zustimmung zu erzwingen, macht Schule.

Bei fehlenden Mehrheiten für den Großen Lauschangriff, so empfiehlt es ein Gutachten dem BKA, solle es mit dem "rechtfertigenden Notstands"paragraphen 34 einsetzen. Guten Gewissens, solange der Gesetzgeber "untätig bleibt". (SZ, 4.9.93).

Und das Presse- und Informationsamt verbreitet diese Position, nur dürftig eingewickelt in ein Pro-und-Contra-Argumentationspapier, an die Medien und läßt Zachert drohen: "Dann muß man der

Bevölkerung sagen, in bestimmten Bereichen ist polizeiliche Effizienz nicht gegeben, weil sie das aus rechtsstaatlichen Gründen nicht darf".

Es ist schon bemerkenswert, wie der oberste Polizist der BRD einen Gegensatz zwischen Rechtsstaat und polizeilicher Effizienz konstruiert und seinen Maßstab für effizientes Handeln offenlegt: den Polizei- und Willkürstaat.

Rückgriff auf Bewährtes:

die Verknüpfung von Instabilität, Kriminalität

und Ausländerfeindlichkeit

In wesentlichen Punkten sind die Kampagne zur Inneren Sicherheit und Ausländerfeindlichkeit/Rassismus in der Asyldebatte schon miteinander verknüpft worden. Schleuserkriminalität, internationale organisierte Kriminalität und alltägliche Kleinkriminalität, wozu dann auch "aggressives Betteln" gezählt wird, sind Beispiele dafür.

CDU/CSU haben das Echo auf ihre Politik in der Asyldebatte gerne gehört: Handlungsfähigkeit demonstrieren, entschlossenes Durchgreifen, Ordnung schaffen! Man unterstellt der CDU bestimmt nichts Böses, wenn man behauptet, daß sie diese in der Asyldebatte erarbeiteten "Vorteile" zur Mobilisierung der BürgerInnen nützen wird. Die Asyldebatte war eben auch eine Auseinandersetzung um die inneren Zustände der Republik.

Gerade in diesem Bereich ist das lange hochgehaltene staatliche Gewaltmonopol, das zur Verurteilung auch noch von Sitzblockierern herhalten mußte, mit staatlicher Duldung ausgehebelt worden. Gegen AsylbewerberInnenheime und "illegale AusländerInnen" haben sich die ersten Bürgerwehren gebildet. Es folgten die nächsten, die die Arbeit der Polizei, besonders bei Eigentumsdelikten, kritisieren. (SZ, 4.9.93)

Innenpolitiker wie Brandenburgs Ziel warnen zwar noch und blicken mit Sorge auf diesen "Trend zur Selbstjustiz und -bewaffnung" (GA, 28.9.93). Gleichzeitig wird jedoch schon die nächste Stufe der Legalisierung angepeilt: Bayern (Sicherheitswacht) und Baden-Württemberg (Freiwilliger Polizeidienst) bauen ihre polizeilichen Hilfstruppen neu auf, bzw. aus. Die CDU in Nordrhein-Westfalen fordert ebenfalls die "freiwillige Sicherheitswacht". Und die wegen neofaschistischer und krimineller Machenschaften ins Gerede gekommene Berliner Hilfspolizei (Freiwillige Polizeireserve) wird ausdrücklich beibehalten.

Allerorten entwickelt sich eine staatlicherseits geförderte Grauzone mit fließenden Grenzen zwischen bürgerwehrähnlichen Initiativen, halbstaatlichen Hilfstruppen für Sicherheit und Ordnung und rein kommerziell arbeitenden Sicherheitsdiensten.

Wer zieht, wer schiebt,

wer rennt vorweg?

Die Rollenverteilung zwischen den Parteien wird sich ähnlich wie in der Asyldebatte entwickeln, verschärft durch die Vielzahl von Wahlkämpfen auf verschiedenen Ebenen.

Legt man das neue Republikaner-Programm neben die diversen CDU- und CSU-Positionspapiere, ist die Ähnlichkeit unübersehbar. Und wenn sich die Republikaner im entsprechenden Programmabschnitt als die "Partei für Recht und Ordnung" präsentieren, umschreiben sie damit das wachsende (Wähler-)Potential, um das sie mit der Union streiten werden.

Analog zur Asyldebatte wird diese Konkurrenz auf seiten der CDU/CSU nicht zu einer Mäßigung ihrer politischen und ideologischen Vorstellungen führen. Wie gehabt werden Populismus und Demagogie die Auseinandersetzung prägen. Mit diesen Mitteln sollen SPD und FDP, bzw. deren liberaldemokratische Flügel, als Bremser entlarvt werden. Sie - so die schlichte Argumentation - verhindern durch Festhalten an "übertriebenen Grundrechts- und Rechtsstaatprinzipien" eine konsequente Bekämpfung der Kriminalität.

Ein Kommentator im niedersächsischen "Göttinger Tageblatt" beschreibt treffend den geplanten Umgang mit diesen Flügeln: "Der niedersächsische Innenminister Glogowski präsentierte am Freitag (4.6.93) ein 150 Millionen Mark Programm zur besseren personellen und technischen Ausstattung der Sicherheitsbehörden - der Termin dieser Ankündigung dürfte zu tun haben mit dem an diesem Wochenende bevorstehenden

Landesparteitag, bei dem Spitzenkandidat Christian Wulff die Kriminalitätsbekämpfung zu einem Schwerpunkt seines Wahlprogramms erklären wird.". "Die SPD (wird) keine Gelegenheit haben, sich unter Hinweis auf (die) wenig beeindruckende Bonner Bilanz zurückzulehnen. Die Union wird den Sozialdemokraten in Kürze mit solcher Wucht eine Debatte über die innere Sicherheit aufzwingen, daß ihnen die Ohren klingen werden." (GT, 5.6.93).

SPD und FDP haben inzwischen mit eigenen Schwerpunkten "Innere Sicherheit" (wahlweise auch gegen "Gewalt und Rechtsextremismus") reagiert. Liberal- und sozialdemokratische Essentials - teils in ideologischen Floskeln, teils in kriminalpolitischer oder strafrechtlicher Hinsicht - sind noch enthalten.

Schon sind aber in den Papieren "Verhandlungsangebote" zu erkennen. Bei der SPD und bei Teilen der FDP wird als Kompromiß in Sachen Lauschangriff angepeilt, den Begriff "Wohnung" neu zu definieren. Die SPD klammert sich noch an Restbestände einer Entkriminalisierungskonzeption in der Drogenpolitik, während die FDP Liberalität beim Jugendstrafrecht retten will. "Allein (!) der Ruf nach ‚Recht und Ordnung' würde nur den Rechtsradikalen entgegenkommen. Wir brauchen einen Dialog aller gesellschaftlich relevanten Kräfte." - So formuliert die FDP ihre Linie.

Vermutlich werden sich alle Parteien davor hüten, vor oder in den Wahlkämpfen tatsächlich Entscheidungen zu fällen - allzugut eignet sich das Thema zur Profilierung in fast jede gewünschte Richtung. Es ist also viel Raum für Partei-Vereinbarungen nach Art des Asylkompromisses. Bedacht werden muß, daß die Union, Teile der SPD und der FDP durchaus in Einzelfällen zu Kompromissen bereit sind, sofern eine grundsätzliche Wende in der Politik der Inneren Sicherheit durchgesetzt werden kann. Und dieses allgemeine Ziel lautet: Umwertung der Rechtsstaats- und Grundrechtsschranken in der BRD. Es geht um die in der Asyldebatte angekündigte "Neujustierung" der Grundrechte auf breiter Front zugunsten der Sicherheitsansprüche des Staates gegenüber den BürgerInnen angesichts wachsender sozialer und politischer Konfliktpotentiale.

Die (Wahl-)Kampagnen zur Inneren Sicherheit sollen die Zustimmung herbeiorganisieren zum repressiven Einsatz des in den letzten zwanzig Jahren ausgebauten Apparates der präventiven Sicherheitspolitik und des Sonderrechtssystems im politischen Bereich.

Mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik wurde klargestellt, wer im deutschen und europäischen Haus wohnen darf; dazu wurde in Arbeitsteilung mit rassistischen und neofaschistischen Gewalttätern und ihren Ideologen nach jahrelanger Wühlarbeit ein Eckstein aus der demokratischen, nachfaschistischen Grundordnung herausgeschlagen. Die Kampagne zur Inneren Sicherheit schreibt die Hausordnung weiter um in Richtung des autoritären Sicherheitsstaates.

Denn : "Von Bedeutung ist dies auch im Hinblick auf den Wirtschaftsstandort Deutschland, der ein sicheres Land sein muß." (Kanther, Fachtagung Innere Sicherheit)

Jelpke, Maurer, Schröder

# 16. Wende in der Tarifpolitik

*Kapitalisten wollen niedrigere Löhne und längere Arbeitszeiten erzwingen*

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:37

Am 28.9. ließ der Verband der Metall- und Elektroindustrie in NRW die tarifpolitische Bombe platzen. Fristgerecht zum 31.12.93 wurden die Lohn- und Gehaltstarifverträge sowie die Urlaubsvereinbarungen gekündigt. Die anderen Tarifverbände von Gesamtmetall folgten in den nächsten beiden Tagen. Als "Notschrei aus der Krise" will der Gesamtmetall-Präsident Gottschol die Kündigung verstanden wissen, und der Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Kirchner sieht die Kündigungen als Signal für die anderen Branchen und die Bundesregierung. Nach der Umverteilung von unten nach oben in der Steuer- und Sozialpolitik soll dieses Ziel nun auch in der Tarifpolitik verstärkt verfolgt werden.

Am liebsten hätte Gesamtmetall alle Tarifverträge überprüft bzw. gekündigt, jedoch standen nur die beiden oben genannten zur Kündigung an. Einen Konflikt um eine außerordentliche Kündigung, wie in der ostdeutschen Metall- und Stahlindustrie geschehen, wollte Gesamtmetall in diesem Fall nicht eingehen. Das Ziel der Kostensenkung läßt sich auch über den jetzt eingeschlagenen Weg erreichen. Hans-Joachim Gottschol: "Unser Ziel ist es, die verlorene Wettbewerbsfähigkeit vieler Firmen mit einem gemeinsamen Kraftakt der Kostenentlastung zurückzugewinnen." (Frankfurter Rundschau, 29.9.93)

Daß sich die Metall- und Elektro-Industrie (M+E) zur Zeit in einer Krise befindet ist unübersehbar. Am stärksten bekommen dies die in dieser Branche Beschäftigten zu spüren. Seit Frühjahr 1991 wurden in der M+E-Industrie annähernd 500.000 Menschen entlassen, allein in den letzten zwölf Monaten 370.000. Hinzu kommen rund eine halbe Million KurzarbeiterInnen. Seit Anfang 1992 ging die Produktion um 17% zurück, die Kapazitätsauslastung lag im Juni dieses Jahres bei 77%.

Die Lohnkosten sind es nicht

Für die Kapitalisten handelt es sich bei dieser Krise um eine Kostenkrise, also um zu hohe Lohn- und Lohnnebenkosten, zu große Regulierungen und zu geringe Flexibilitäten. Daß es sich bei der momentanen Krise nicht um eine Kosten-, sondern vielmehr um eine Überproduktionskrise handelt zeigt die Grafik "Lohnstückkosten in Westdeutschland im internationalen Vergleich".

Nur 1970/71 und 1992 lagen die westdeutschen Lohnstückkosten über denen der übrigen Industriestaaten. Dabei handelte es sich jeweils um Phasen auslaufender Hochkonjunktur in der BRD, während sich die anderen Länder schon in einer stärkeren Rezession befanden. In Phasen des Abschwungs steigen die Lohnstückkosten stärker an, da sich der Beschäftigungsabbau nicht im gleichen Tempo vollzieht wie der Absatzeinbruch. Die Statistik "Lohnstückkosten in ausgewählten Industriestaaten" zeigt, daß Westdeutschland im Zeitraum 1981-1993 (in Landeswährung gerechnet) mit einem durchschnittlichen Anstieg der Lohnstückkosten um 2,2% deutlich unter dem EG-Durchschnitt von 4,3%, aber auch deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 3,9% liegt. Nur Japan steht dabei mit einem durchschnittlichen Anstieg von 1,6% "besser" da.

In Sonderziehungsrechten betrachtet (in denen sich im groben die Wechselkursveränderungen ausdrücken) bewegte sich der Anstieg der westdeutschen Lohnstückkosten zwischen 1981 und 1993 mit durchschnittlich 3,8% auf dem Niveau der übrigen Länder. "Die durch die moderate Lohnentwicklung gewonnenen Wettbewerbsvorteile gingen also durch die Aufwertung der D-Mark wieder verloren. Dies zeigt zum einen, daß ein Standortproblem Deutschlands aufgrund eines Mangels an preislicher Wettbewerbsfähigkeit als Folge überhöhter Lohnabschlüsse nicht zu erkennen ist, zum anderen kommt in diesem Ergebnis die Fragwürdigkeit einer forcierten Lohnsenkungsstrategie zum Ausdruck. Über lange Zeiträume ist in der Regel zu erwarten, daß im Inland gewonnene Kostenvorteile durch Aufwertung wieder ausgeglichen werden." (DIW-Wochenbericht 40/93 vom 7.10.93)

Daß niedrigere Lohnstückkosten Kapitalisten vor dem Zugriff auf die Löhne zurückhalten würden ist ein Trugschluß, wie das aktuelle Beispiel Japan zeigt. Der Präsident des dortigen Arbeitgeberverbandes hat für die

Tarifrunde 1994 Lohn- und Gehaltskürzungen gefordert. Begründung: ungünstige Konjunkturentwicklung und die Aufwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar. (Handelsblatt, 8.10.93)

Die niedrigen Tarifabschlüsse des Jahres 1993 genügen den Kapitalisten nicht, es geht auch nicht um "Nullrunden", die schon de facto Einkommensverluste von 4-5% bedeuten - es geht um Lohnsenkungen. Die durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 1993, gültig für 14,2 Mio. Beschäftigte, beläuft sich auf durchschnittlich 3,8%. Im Jahr davor lag die Steigerungsrate noch bei durchschnittlich 5,7%. Hinter dem Durchschnittswert verbergen sich Abschlüsse in der Bandbreite von 1,5% im Wirtschaftsbereich Energie-, Wasserversorgung, Bergbau bis zu 4,4% im Baugewerbe. Die durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste um 3,8% liegt damit deutlich unter der Inflationsrate von 4,1 bis 4,3%. (Alle Angaben aus WSI-Mitteilungen 8/93)

Nimmt man als Beispiel die M+E-Branche, so wurde nicht nur bei Bosch die diesjährige dreiprozentige tarifliche Lohnerhöhung mit übertariflichen Zulagen verrechnet. Andere Sozialleistungen wurden gänzlich gestrichen. Bei Bosch bedeutete dies eine Ersparnis an Lohnkosten von 250 Mio. DM. Philips in Hamburg kürzte 1992 das Weihnachtsgeld auf 80% des Monatslohns, 1993 auf 60%. Bei Mercedes-Benz werden 1994 und 1995 Lohn- und Gehaltserhöhungen (falls es denn welche gibt) nur auf die tariflichen Lohnbestandteile bezahlt werden und nicht wie bisher auf die betrieblich bezahlten Löhne und Gehälter. (HB, 22.9.93) Zum 1.1.94 werden etliche Sozialleistungen gestrichen, 1993 das Weihnachtsgeld um 500 DM gekürzt. Ähnliches ist zur Zeit in jeder Branche, in jedem Betrieb im Gange. Real wird damit die Kaufkraft 1993 wesentlich stärker als in den Vorjahren sinken. Schon 1991 und 1992 führten selbst relativ hohe nominale Tarifabschlüsse von 6,1% bzw. 5,7% zu einem realen Minus bei den Einkommen von 0,5% bzw. 1,6% aufgrund der Inflation und der Abgabenbelastungen (Steuern etc.).

Die Lohnquote sinkt

Seit 1982 sinkt die Lohnquote kontinuierlich (siehe Grafik Lohnquote). Während zwischen 1982 und 1992 die Profite um 122% anstiegen, legten die Einkommen nur um 63% zu. Dementsprechend sank die bereinigte traditionelle Lohnquote vom Höchststand 72,5% (1982) auf 66,8% (1992). In diesem Jahr ist zwar davon auszugehen, daß auf Grund sinkender Profite die Lohnquote steigt (trotz realer Einkommensverluste), aber schon in den nächsten Jahren wird eine weitere Öffnung der Schere stattfinden - es sei denn, es kommt zu erheblichen politischen und sozialen Veränderungen.

Unrentables Kapital wird verschwinden (Bankrotte werden zunehmen), in den anderen Unternehmen werden Rationalisierungsmaßnahmen greifen - die Produktivität wird steigen und damit auch die Profite, vorausgesetzt die Produkte können abgesetzt werden. Auf der anderen Seite wird das Arbeitslosenheer weiter wachsen, folglich der Druck auf den Lohn zunehmen, Deregulierungen werden im stärkeren Maße greifen; sowohl der Reallohn als auch die Lohnquote werden sinken. Sollten von gewerkschaftlicher Seite wider Erwarten höhere Lohnabschlüsse durchgesetzt werden können, so steht im Bedarfsfall der Staat zur Verfügung, der über Steuern diese Form der Verteilung verhindert.

Die Verabschiedung des "Gesetzes über die Zahlung des Arbeitsentgeltes an Feiertagen und im Krankheitsfall" am 1.10. im Bundestag zeigt, neben den Sparbeschlüssen und Gesetzen der Bundesregierung in den letzten Jahren, wo es langgehen soll. Die 20%ige Lohnkürzung an zehn bundeseinheitlichen Feiertagen bringt den Kapitalisten Einsparungen von 11,7 Mrd. DM. Ursprünglich sollte das Gesetz im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung stehen. Diese Verknüpfung ist im Gesetzestext nicht mehr enthalten. Selbst bei Nichteinführung der Pflegeversicherung könnte der gesetzliche "Lohnraub" durchgezogen werden. Als Alternative zur Lohnkürzung wird die Kürzung des Urlaubs um zwei Tage angeboten.

Die "neue Ehrlichkeit"

Noch am Tag vor der Bundesratsdebatte am 24.9. wurde gemunkelt, daß Kurt Biedenkopf bei der Finanzierung der Pflegeversicherung auf der Seite des DGB stehen könnte. "Nein zu Lohnkürzungen an Feiertagen - Alternativen angekündigt", hieß es noch am 24.9. in der "Frankfurter Rundschau". Die Alternative des sächsischen Ministerpräsident ging in Richtung "neue Ehrlichkeit": "... man müsse allen Beteiligten die richtige Auskunft geben... Die Arbeitnehmer tragen die Kosten der Pflegeversicherung... Wenn man folgerichtig die gesamten Beiträge direkt von den Beschäftigten zahlen lassen würde, könne man sich die Debatte über eine Entlastung der Arbeitgeber sparen." (FR, 25.9.93) Wo er recht hat, hat er recht. Nachdem Biedenkopf

diese Bresche geschlagen hatte, setzten der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Louven, und FDP-Lambsdorff nach. Die vollständige Bezahlung der Pflegeversicherung durch die Arbeitnehmer sei die "einfachste, praktikabelste und ehrlichste Lösung". Nichts würde kaschiert, es gäbe "keinen Hauch eines Eingriffs in die Tarifautonomie". (FR, 27.9.93)

Schrille Töne

"Die Zeichen für die Tarifrunde 1994 stehen auf Sturm. Gibt es die Kostenentlastung nicht, dann gibt es den Exodus der Mitglieder der Arbeitgeberverbände, die Emanzipation der Betriebsräte und die Erosion der Tarifautonomie", heißt es in einem Kommentar im "Handelsblatt" vom 29.9.93. Hintergrund dieser Aussage ist, daß schon seit einiger Zeit eine massive Verbandsflucht (spektakulärstes Beispiel IBM) bei den Arbeitgebern stattfindet (oder damit gedroht wird), bis hin zu klammheimlichen Betriebsvereinbarungen zwischen Firmenleitungen und Betriebsräten an den Tarifparteien vorbei.

Bei der Drohung mit Verbandsflucht tut sich die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) hervor, die schon seit längerem "eine einseitige Tarifkündigung bei der vereinbarten Arbeitszeitverkürzung" fordert und "einen Auszug aus dem Tarifkartell" erwägt. Die Tarifverträge sollen "entrümpelt" werden. Es geht dabei um die "Weiterentwicklung beziehungsweise Überwindung der Tarifautonomie", wie es der Geschäftsführer des Hessischen Metallgeberverbandes, Henning von Vieregge, ausdrückte. ("Der Gewerkschafter" 5/93)

Auf dem Gesamtmetall-Forum "Aktiv aus der Krise" am 7.10.93 hielt der Geschäftsführungsvorsitzende der IBM-Deutschland, Hug, ein Referat, daß aufzeigte, was mit der "Weiterentwicklung der Tarifautonomie" gemeint ist. Interessanterweise wurden diese Forderungen von dem Vertreter eines Unternehmens vorgebracht, dessen Chefetage sich für den Austritt aus dem Arbeitgeberverband entschieden hat. Nach den Vorstellungen der IBM-Geschäftsleitung sollen die Tarifverträge enthalten:

- betriebliche Öffnungsklauseln,

- lange Laufzeiten,

- Abkoppelung der Arbeitszeiten von den Betriebszeiten,

- keine Festschreibung der Wochenarbeitszeit, sondern Festlegung einer Jahresarbeitszeit, um je nach Bedarf kürzer oder länger arbeiten zu lassen,

- Verbilligung von Sonntags- und Feiertagsarbeit,

- leistungsgerechtere Bezahlung, die wiederum an den "Unternehmenserfolg" geknüpft werden soll.

Darüberhinaus sollen die freiwilligen sozialen Leistungen gekürzt werden. Ohne diese "Systemreform der Tarifverträge" - so Hug - würden noch wesentlich mehr Unternehmer aus dem Arbeitgeberverband austreten. (HB, 8.10.93)

In Zeiten relativ starker Gewerkschaften bzw. niedriger Arbeitslosigkeit ist ein Austritt aus dem Verband wenig wahrscheinlich, da die einzelnen Unternehmen dabei Gefahr laufen, höhere Firmentarife zahlen zu müssen. In der momentanen wirtschaftlichen Situation ist diese Gefahr wesentlich geringer, da die Angst vor Arbeitslosigkeit Betriebsräte eher zu Zugeständnissen bringt als in Hochkonjunkturzeiten. "Ist nicht ein schlecht bezahlter Arbeitsplatz besser als gar keiner?" fragt der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Handwerkes (ZDH), Hanns-Eberhard Schleyer, und fordert niedrigere Einstiegstarife. (HB, 8.10.93)

Von der "Tarifreform 2000"...

Schon im Juni ließ der damalige Stuttgarter IG Metall-Bezirksleiter Walter Riester, der nun zum 2. Vorsitzenden aufgestiegen ist, verlauten, daß aufgrund der zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Tarifrunde die IGM darauf achten müsse, daß die Forderungen und die Durchsetzungsmöglichkeiten nicht zu weit auseinanderklaffen. Im Klartext hieß das: Die Lohnforderungen bleiben niedrig, statt dessen sollen Mitbestimmungsrechte in den Betrieben gefordert werden, ebenso bessere Arbeits- und Leistungsbedingungen. Angelegt sind diese Forderungen im neuen Tarifkonzept "Tarifreform 2000" der IGM.

Klaus Zwickel (mittlerweile IGM-Vorsitzender) setzte auf eine gewisse Kostenneutralität der Forderungen, denn "schon die Nullrunden-Position zu durchbrechen und die Realeinkommen sichern zu wollen, wird Geschlossenheit und Kraft, wird notfalls Streik erfordern". (HB, 23.6.93) Die Betonung liegt auf "notfalls". Wie defensiv auf die Offensive der Kapitalisten reagiert wird, zeigt sich daran, daß die IGM auf die deutschen Standortvorteile verantwortungsbewußte Tarifpolitik, Vertragstreue und Flächentarifverträge hinweist, um das Kapitalistenlager gnädig zu stimmen. Dazu paßt die vor kurzem gestartete Anzeigenkampagne "Qualität kommt nicht von ungefähr". Klaus Lang, der Leiter der Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall, wollte den Kapitalisten die "Tarifreform 2000" mit dem Argument schmackhaft machen, "daß die Reform der tariflichen Rahmenbedingungen nicht nur die Humanität, sondern auch die Effizienz der Betriebe steigert." ("Der Gewerkschafter", 7-8/93)

Die im September von Klaus Zwickel vorgetragenen Lohnforderungen bewegten sich im Rahmen des Ausgleichs der Lebenshaltungskosten, plus einem Ausgleich für die steigende Produktivität. Arbeitszeitverlängerungen, wie sie von Hans-Peter Stihl, dem Präsidenten des Deutschen Industrie und Handelstages (DIHT), gefordert werden, lehnt die IGM entschieden ab. Stihl hatte Verhandlungen über eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche verlangt und einen Ausgleich der Inflationsrate für "absolut illusorisch" erklärt. Im Verlauf der letzten Monate nahm IGM immer mehr Abstand von der "Tarifreform 2000". Klaus Zwickel: "Ich bin Realist genug, um zu sehen, daß solche Elemente angesichts der gegenwärtigen schwierigen politischen Rahmenbedingungen geringe Chancen haben, relativ kurzfristig umgesetzt zu werden." (FR, 10.9.93)

... zum Moratorium gegen Beschäftigungsabbau

Statt dessen schlägt die IGM ein "Moratorium gegen Beschäftigungsabbau" vor, in dem sich die Arbeitgeber der M+E-Industrie "tarifvertraglich verpflichten, auf alle betriebsbedingten Kündigungen zu verzichten". Die zum 1.10.95 vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von 36 auf 35 Stunden mit vollem Lohnausgleich soll vorgezogen und mit 1,4% beim Lohn angerechnet werden. "Die Arbeitgeber sollten zusammen mit der IG Metall versuchen, die Kosten dieses Kündigungsschutzes und der vorgezogenen Arbeitszeitverkürzungen durch einen Katalog von Maßnahmen wenigstens teilweise zu kompensieren, also etwa durch Kurzarbeit, Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmer während dieser Zeit, freiwillige Teilzeitarbeit, Ruhestandsregelungen, "Sabbat"-Zeiten (Beurlaubung ohne Bezüge), freiwillige und befristete Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich, Abbau von Mehrarbeit usw. In dieser Zeit könnten die Unternehmen aber auch Arbeits- und Produktionsorganisation umstellen, und sie könnten versuchen, öffentliche Regional- und Struktur- und Forschungsförderprogramme für ihre Unternehmen oder Gemeinschaftseinrichtungen zu nutzen." (HB, 7.10.93) Wohlgemerkt, es handelt sich hierbei um Vorschläge des IGM-Vorsitzenden, die er über das Medium "Handelsblatt" der Öffentlichkeit mitteilt. Die Kosten, die durch dieses "Moratorium" für die Betriebe entstehen und nicht durch die dargestellten Maßnahmen kompensiert werden können, will die IGM auf die Löhne anrechnen lassen. "Die Gewerkschaft sei also schon bereit,für das Moratorium auch den Preis des Verzichts auf Lohnerhöhungen zu zahlen." (HB, 7.10.93)

Bei den Lohnforderungen geht die IGM von 4% Inflationsrate und einer wesentlich höheren Produktivitätssteigerungsrate als 2% aus. Berechnet werden sollen bei der Tarifrunde 94 aber lediglich 2%, d.h. die Lohnforderung geht bis zu 6%. Von dieser Forderungshöhe könnten nach IGM-Vorstellung bei einem "Moratorium" jeweils Prozentpunkte abgezogen werden. Kürzung von Urlaubsgeld und Urlaubstagen oder Öffnungs- und Härteklauseln werden strikt abgelehnt. Gesamtmetall erteilte einen Tag später dem "Moratorium" eine klare Absage, da sich der Verband nicht in der Lage sehe, seinen Mitgliedern Vorschriften in bezug auf Kündigungen zu machen. Statt dessen wird eine freiwillige Arbeitsreduzierung mit entsprechender Lohnminderung vorgeschlagen.

Es ist offensichtlich, daß diese Tarifrunde für die Beschäftigten und die IGM äußerst hart werden wird. Den Kapitalisten geht es mittlerweile nicht nur um eine Nullrunde. Sie wollen Lohnreduzierungen und/oder Arbeitszeitverlängerungen durchsetzen. Ansonsten macht die Kündigung der Urlaubsvereinbarungen und der Tarifverträge keinen Sinn. Mit dem § 116 Arbeitsförderungsgesetz, der besagt, daß kalt Ausgesperrten keine Lohnersatzleistungen zustehen, könnte ein Streik ziemlich schnell abgewürgt werden. Dem Arbeitgeberlager würden Aussperrungen aus vielen Gründen entgegenkommen. Bei der vorhandenen Absatzkrise könnten bei Aussperrung die Lager geräumt bzw. Lohnkosten gespart werden. Die IGM würde bei großflächiger Aussperrung relativ schnell finanziell und moralisch unter Druck geraten. Bis zum 1.1.94 herrscht noch

Friedenspflicht. Gut möglich, daß bis dahin eine Lösung gefunden wird. Wie auch immer sie aussieht - eine Verbesserung für die abhängig Beschäftigten wird sie nicht bringen.

"Germania, autunno caldo"?

Die Redakteure des Mailänder "Corriere della sera" prophezeiten Deutschland - vermutlich in Unkenntnis der hier herrschenden sozialpartnerschaftlichen Gepflogenheiten - einen "heißen Herbst". (Corriere, 29.9.93) Es gibt allerdings wenige Anzeichen, die für eine solche Entwicklung sprechen; zumal Anfang November die diesjährigen tarifpolitischen Zeichen von der IG Chemie gesetzt werden. Damit besteht die große Gefahr, daß der erste Tarifabschluß ziemlich niedrig liegen wird. Ähnlich wie im Chemie-Bereich gibt es auch in der Metallbranche Forderungen nach einer Nullrunde bzw. nach Leermonaten. Sowohl IG Chemie als auch ÖTV haben den Ausgleich der Inflationsrate als tarifpolitisches Ziel angegeben. "Dabei ist uns schmerzhaft bewußt, daß wir damit Erhöhungen der Beitrags- und Steuerlast nicht ausgleichen können", so die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies. (HB, 20.9.93)

Schon vor Beginn der Tarifrunde wird also ein Einkommensverlust für die Beschäftigten eingeplant. Ähnlich wie IG Chemie-Chef Rappe sieht auch Wulf-Mathies die Gewerkschaften nicht in der Lage, die überproportionalen Belastungen der Arbeitnehmer in der Tarifrunde aufzufangen. Sie findet jedoch "tröstende" Worte: "Wir werden jedoch nicht aufhören, auf diesen Skandal hinzuweisen." (HB, 20.9.93) Immerhin!

Die Aussichten für die Beschäftigten in der Metallbranche auf ein erfolgreiches Zurückschlagen der Lohnraubpläne werden dadurch nicht besser. Vieles deutet darauf hin, daß die IG Metall-Spitze keinen scharfen Konfrontationskurs gegen Gesamtmetall einschlagen will.

gg.

# 17. Bischofferode: Warten auf Godot?

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:30

Der Kampf der Bischofferoder Kumpels für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze mobilisierte - für deutsche Verhältnisse - überraschend viele UnterstützerInnen:

- An drei Aktionstagen beteiligten sich insgesamt ca. 20.000 Menschen, allerdings mit abnehmender Tendenz.

- In der BRD gibt es inzwischen rund 15 Solidaritäts-Komitees. 500.000 DM konnten zur Unterstützung des Widerstands gesammelt werden.

- An einem 460 km-Marsch nach Berlin nahmen auch viele Mitglieder anderer Gewerkschaften teil. Zur Abschlußkundgebung am 18.9.1993 kamen einige tausend Menschen.

- Die symbolische Besetzung des Berliner Reichstages am letzten September-Wochenende, die vorläufig letzte Aktion, verschafften den Kumpels nochmals Öffentlichkeit durch die Presse.

Ihre Forderung nach Offenlegung des Fusionsvertrages zwischen der BASF-Tochter Kali und Salz AG und der Mitteldeutschen Kali AG (vgl. ak 357 vom 25.8.93) konnten sie jedoch auch damit nicht durchsetzen.

Die Luft, der lange Atem, scheint den Bischofferodern ausgegangen zu sein. Sie sehen sich einem übermächtigen Kartell von Bundesregierung, Treuhand, BASF, IG Bergbau und Energie, IG Chemie und SPD gegenüber. Dieses Bündnis will auf jeden Fall das BASF-Fusionskonzept durchsetzen. Immer wieder droht besonders die Kali und Salz AG, daß zusätzlich 7.500 Arbeitsplätze im Kali-Bereich wegfallen würden, wenn das Konzept nicht schleunigst umgesetzt wird.

Es ist den Bischofferodern und ihren UnterstützerInnen nicht gelungen, innerhalb der beiden "zuständigen" Gewerkschaften IG Bergbau und Energie sowie IG Chemie eine Stimmung gegen die Fusion zu erzeugen, im Gegenteil. Es gibt in beiden Gewerkschaften keinen nennenswerten Widerstand gegen deren Politik. Auf dem Kongreß der IGBE am 17. September in Chemnitz wurde Bischofferode nicht diskutiert. Vorrangiges Thema war die künftige Kartellgewerkschaft, der Zusammenschluß mit IG Chemie und IG Leder. In seiner Rede erklärte der Gewerkschaftsvorsitzende Berger, daß die IGBE zur Kali-Fusion stehe. Sein Rücktritt, wie ihn die Bischofferoder Kumpel fordern, ist für ihn natürlich kein Thema. Statt dessen gab es auf dem Kongreß Anstecker mit dem Motto "Arbeitsplätze erhalten - Kalifusion jetzt".

Daran änderte auch der offene Brief nichts, den die Bischofferoder an den Kongreß gerichtet hatten. Ihre Forderung war auch darin die Offenlegung des Fusionsvertrages. Zugleich klagten sie die IGBE an, daß diese sich nicht eigenständig um Informationen über den Standort Bischofferode gekümmert hat, sondern von Anfang an die Meinung der Kali und Salz AG übernommen und veröffentlicht hat.

Innerhalb der IG Chemie ist die Situation nicht viel anders. Betriebsrat und Vertrauensleute der BASF wurden in mehreren Sitzungen auf BASF-Linie eingeschworen. Auch hier gab es keine eigenen Recherchen. Informationsgrundlage waren Presseveröffentlichungen der Kali und Salz AG - und das ausschließlich.

Nachdem sich Berger (SPD-MdB und IGBE-Vorsitzender) und Rappe (SPD-MdB und IG Chemie-Vorsitzender für die Kali-Fusion ausgesprochen hatten, stellte sich auch die SPD-Führung vorbehaltlos hinter das Fusionskonzept der BASF. Der SPD-Vorsitzende Scharping lud selektiv zu einem Gespräch über die Fusion ein. Erwünschte Teilnehmer waren die Betriebsräte der Kali und Salz AG sowie die Betriebsräte der Mitteldeutschen Kali AG, mit Ausnahme der Bischofferoder Betriebsräte. Dementsprechend befand der Kreis, daß der Fusionsvertrag seine Richtigkeit habe und auch kein Bedarf für dessen Offenlegung bestehe. Scharping erklärte, daß angesichts der Weltmarktkonkurrenz kein Weg an der Fusion vorbeiführe. Seine Haltung verwundert nicht, hat er doch schon oft bewiesen, daß er mit dem BASF-Vorstand in enger Verbindung steht. So hat er als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident die von seinem Vor-Vorgänger Kohl eingerichteten regelmäßigen Gesprächsrunden zwischen Landesregierung und BASF-Vorstand selbstverständlich weitergeführt.

Erschwerend für die Situation der Bischofferoder Bergarbeiter dürften auch die Auseinandersetzungen innerhalb der Betriebsrates der "Thomas-Müntzer-Grube" sein. Diese sind jedoch von außen schwer zu

beurteilen. Nun hoffen die Kali-Kumpels, daß die EG-Kommission den Fusionsvertrag nicht genehmigen wird. Sie stützen sich dabei etwa auf Äußerungen des langjährigen Chefs des Bundeskartellamtes, Kartté, der öffentlich der Behauptung widersprach, die Thomas-Müntzer-Grube sei unrentabel. Außerdem unterstützt er die Absicht des Unternehmers Peine, der die Grube übernehmen will.

Bisher wurde von der EG-Kommission erst ein Vertrag im Zusammenhang mit der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft überprüft: Der Zusammenschluß der Mineralölgesellschaften ELF und MINOL. Dieser wurde in der ersten Prüfungsrunde ohne Bedenken genehmigt. Die Kali-Fusion ist dagegen viel problematischer. Die EG-Kommission befindet sich derzeit in der Ermittlungsphase, was heißt, daß das BASF-Konzept die erste Hürde noch nicht genommen hat. Da das Verfahren am 16. Juli eröffnet wurde, ist damit zu rechnen, daß im Dezember die Entscheidung fällt. Ob der Vertrag mit Auflagen versehen wird, ob die Bischofferoder Grube aus dem Fusionsvertrag herausgenommen wird und was in diesem Fall passieren wird, ist offen. Genauso offen ist, ob bei einer Genehmigung durch die EG-Kommission den Kali-Kumpels eine weitere Steigerung ihres Kampfes gelingen wird.

jj.,so./Ludwigshafen

Deutschlandlied

Einigkeit und Recht und Freiheit

für das deutsche Kapital

Waffenschieber, Großkonzerne

zahlen der Partei die Wahl.

Und die Bürger läßt man streben

brüderlich mit Herz und Hand

nach dem deutschen Wohlstandsleben

das nur wenigen bekannt.

Bankkredit und Zinserträge

Rüstungs- und auch Drogengeld

lassen Deutschland mächtig werden

über alles in der Welt.

Krieg den Hütten, Krieg der Sterne

nach dem Vorbild USA.

Einigkeit sieht man nicht gerne

divide et impera!

Darum laßt uns auferstehen

und uns endlich einig sein!

Laßt uns kämpfen, laßt uns handeln

und uns von dem Joch befrei'n!

Recht und Freiheit sind für alle

alle Menschen auf der Welt.

Daher müssen alle kämpfen:

Einigkeit zusammenhält.

Ein Kaliwerker

# 18. Raubzug für die Reichen. Die soziale Wirklichkeit der Ein-Dreißigstel-Gesellschaft

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:18

40.000 Entlassungen hat Daimler-Benz für dieses Jahr angekündigt, 1.300 der Waschmittelkonzern Henkel. Während sie Arbeiter und Angestellte zu Tausenden auf die Straße werfen, kennen die Konzernchefs keine Hemmungen bei ihrer persönlichen Bereicherung: Um 8,7% stiegen die Bezüge der Daimler-Benz-Vorstände im letzten Jahr, um 26,5% die bei Henkel. Der Medienkonzern Bertelsmann zahlt seinen acht Chefs insgesamt 27 Millionen Mark, zehn Prozent mehr als im Jahr zuvor. Selbst der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, der diese Zahlen präsentierte, ist da ehrlich empört (zumal die Manager im Gegensatz zu den Mittelständlern ja nicht mal persönlich haftbar seien). (Welt, 20.9.93)

Durchschnittlich 330.000 Mark bezogen (nach Angaben der Unternehmensberatung Kienbaum) im letzten Jahr die Geschäftsführer deutscher Unternehmen. Während für Arbeiter und normale Angestellte noch nicht einmal ein Reallohnausgleich drin war, genehmigten sich die deutschen Führungskräfte Gehaltserhöhungen von im Durchschnitt 8%. (Auswertung der Zeitschrift "Capital", nach Hamburger Abendblatt 27.2.93) Je höher in der Hierarchie, desto schamloser: Vier bis fünf Millionen Mark bekam allein der Vorstandschef von Bertelsmann. (Berliner Zeitung, 6.8.93)

Wer nun allerdings genaueres nicht nur über einzelne Kapitalisten, sondern über die besitzende Klasse in der BRD insgesamt wissen will, findet dazu kaum statistisches Material.

Klassengegensätze in der BRD: staatlich vertuscht

Von staatlicher Seite werden Basisdaten für eine Analyse der Klassenstruktur in der Bundesrepublik von vornherein nicht erhoben oder häufig sogar mit allen statistischen Tricks verschleiert oder in größeren "Töpfen" versteckt, so daß die Informationen bruchstückhaft zusammengetragen werden müssen. Einige Beispiele:

- Die Einkommenssteuerstatistik erfaßt nur laufende Einkommen, nicht aber Vermögen. Zudem hängt sie von der "Steuerehrlichkeit" ab.

- Die "Einkommens- und Verbrauchsstichprobe" erhebt da realistischere Daten, allerdings sind hier Einkommen über 25.000 DM monatlich ausgeklammert.

- Eine Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers über die Einkommensschichtung in Ost- und Westdeutschland schließt bei der Rubrik "4000 DM oder mehr".

Über die Verteilung von Vermögenswerten gibt es noch weniger Information, insbesondere fehlen Daten über Auslandsvermögen von deutschen Staatsbürgern und Unternehmen fast völlig.

Ein wirklichkeitsgetreues Bild von Reichtum und Armut in der BRD-Gesellschaft läßt sich durch diese staatliche Vernebelung nur schwer gewinnen.

Einkommens- und Vermögensverteilung

700.000 bis 900.000 bundesdeutsche Haushalte sind als reich zu bezeichnen - aufgrund qualitativer und quantitativer Kriterien, mit 10.000 DM und mehr verfügbaren bzw. ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen pro Monat. Diese Zahlen ermittelte Ernst-Ulrich Huster (s. nebenstehenden Kasten) für 1988. "Reichtum ist damit aber auch kein Zustand, der nur eine kleine soziale Gruppe erfaßt, Reichtum ist vielmehr eine auch zahlenmäßig relevante Dimension der bundesdeutschen Gesellschaft." (48 - s. Anmerkung)

Die Gruppe der Superreichen (mit Einkünften über 500.000 DM p.A.) umfaßt für 1986 knapp 40.000 Steuerpflichtige (wobei aufgrund der gerade im Bereich der Spitzeneinkommen verbreitenten Steuerhinterziehung von einer höheren tatsächlichen Zahl auszugehen ist).

Wie ungerecht die Einkommensverteilung aussieht, verdeutlichen einige weitere Zahlen: "Die 0,9% zur Einkommenssteuer Veranlagten mit einem Einkommen von über 250.000 DM vereinigten 11,6% des gesamten beim Finanzamt deklarierten Einkommens auf sich, die 5,7% Einkommensbezieher mit einem Einkommen zwischen 100.000 und 250.000 DM 14,2%." (25)

Die Verteilung der Vermögen ist noch wesentlich weniger gleichmäßig als die der Einkommen: Die 10% der reichsten Haushalte besitzen (auf Grundlage der Daten der EVS 1983, die die allerreichsten Haushalte bewußt ausklammert) fast 50% des erfaßten Vermögens, die ärmere Hälfte der Haushalte dagegen nur knapp über 2,5%. (12) Weiter an der Spitze der Besitzpyramide sind ist das Verhältnis noch drastischer: Gerade mal 1 Prozent der Bevölkerung besitzen 23% des Gesamtvermögens in der BRD. (71)

Zwei-Drittel-Gesellschaft?

Angesichts dieser immensen Konzentration von Besitz bei einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung muß das (vor allem von sozialdemokratischer Seite) gern gebrauchte Bild der "Zweidrittelgesellschaft" in Frage gestellt werden. Zwar beschreibt es zutreffend, wie ein erheblicher Teil der Gesellschaft in (immer tiefere) Armut fällt. Zugleich (und vor allem) vertuscht dieser Begriff, daß es den restlichen zwei Dritteln keineswegs gleichermaßen gut geht. Über die eklatante Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen auch in diesen zwei Dritteln wird hinweggetäuscht. Die wirklich Reichen rücken damit aus dem Blickfeld, die wenigen großen Profiteure des kapitalistischen Systems werden in der Masse der "Arbeitsplatzbesitzer" versteckt. Der Begriff der Zweidrittelgesellschaft ist somit eben auch ein ideologischer Kampfbegriff, der gegenüber der Regierungs- (und SPD-) Politik der radikalen Umverteilung zugunsten der besitzenden Klasse entwaffnen und lähmen soll.

Die Reichen

werden immer reicher

Die Schere zwischen Normal- und Spitzeneinkommen öffnet sich immer weiter. Das läßt sich schon an einer (sehr groben) Gliederung der Bevölkerung nach sozialer Gruppenzugehörigkeit ablesen. Während das Einkommen von Arbeitslosen, Arbeitern, Rentnern und Pensionären unter dem Gesamtdurchschnitt lag, die Einkommen von Angestellten, Beamten und Landwirten (in dieser Reihenfolge) etwas darüber, war das durchschnittliche verfügbare Haushaltseinkommen der Selbständigen fast dreieinhalbmal so hoch! (Wobei diese Gruppeneinteilung, die von der realen Verfügungsgewalt über Produktionsmittel abstrahiert, schon dazu führt, daß viele "Selbständige", die nur die eigene Arbeitskraft ausbeuten, dort den statistischen Durchschnitt drücken, während Manager mit Millionenverdiensten die Vergleichswerte der Angestellten schönen.)

Interessant ist nun vor allem die zeitliche Dimension: "Während der Durchschnittswert der verfügbaren Haushaltseinkommen in der Gruppe der Selbständigen von 1980-1988 kontinuierlich und um 51,3% gestiegen ist, verzeichnen die anderen Haushaltgruppen bis 1988 lediglich einen mageren Zuwachs von ca. 20%, der in etwa die Geldentwertung ausgleicht. Die Selbständigenhaushalte konnten so in den 80er Jahren ihre führende Position unter den Einkommensbeziehern erheblich ausbauen." (34)

Parallel zum stetigen Absinken der Lohnquote (dem Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen) explodierten die Gewinne: Zwischen 1982 und 1991 wuchsen die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 123%. (DIW-Studie, nach Hamburger Abendblatt, 16.9.93)

Keineswegs gleichlaufend aber stiegen die produktiven Investitionen. "Die umverteilende Lohn- und Finanzpolitik in den 80er Jahren wurde damit gerechtfertigt, man müsse die Voraussetzungen für Investitionen verbessern. Tatsächlich hat es keine diesem Reichtumsgewinn entsprechende Investitionstätigkeit gegeben, der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt ist in den 80er Jahren bis zur Herstellung der deutschen Einheit sogar gegenüber früher zurückgegangen (1980: 22,6%, 1989: 21,3%)." (53)

Das Ergebnis der Umverteilungspolitik ist ein immenses Wachstum von Geldvermögen. Allein 1992 wurden 272 Milliarden Mark gespart - während gleichzeitig die Sozialhilfeausgaben im Westen der BRD auf 38 Milliarden Mark stiegen.

Steuern? Abgaben?

Lächerlich ...

Gibt es demgegenüber einen Ausgleich durch progressive Besteuerung von hohen Einkommen? Trotz dem vielfachen Gejammer über das "leistungshemmende" bundesdeutsche Steuersystem sprechen die Zahlen ein deutliche Sprache: Die Besteuerung der Einkommensmillionäre (das waren 1986 13.662 Personen) sinkt kontinuierlich: bei einem nominellen Spitzensteuersatz von 56% haben sie 1977 noch 49,6% bezahlt, 1986 waren es nur noch 46,6%. (99) Nach einer vom "Stern" (29/93) zitierten neueren Untersuchung kommen

inzwischen "hierzulande die Gutsituierten mit Jahreseinkommen von über 100.000 DM in Wahrheit mit durchschnittlich 32% Steuern davon".

Das geht zurück auf zahlreiche Vergünstigungen, z.B. im Zusammenhang mit Immobilienerwerb und -besitz, sowie auf das sogenannte Gestaltungsprivileg: auf die Freiheiten bei der "Gestaltung des Verlusteintrags, z.B. PC und Schreibmaschine für die studierende Tochter als Werbungskosten des Vaters oder Blumensträuße für die Gattin als Ausstattung der Praxisräume". (98f.)

Die bei großen Einkommen weitaus größeren und weithin genutzten Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung sind hier noch gar nicht eingerechnet. Der Staat verzichtet gerade bei den Reichen darauf, die freiwillig gemachten Angaben zu kontrollieren. Betriebsprüfungen finden nur selten statt, die entsprechenden Dienststellen sind hoffnungslos unterbesetzt. "100 bis 130 Milliarden Mark gehen dem Staat jährlich verloren, weil Betriebe und Selbständige kaum noch geprüft werden." (Stern 29/93)

Noch krasser wird das Bild bei einem "Transfersaldo", der eine Gesamtbilanz der innergesellschaftlichen Umverteilung (durch Steuern und Sozialabgaben) aufstellt: "Während die Arbeiterhaushalte im Schnitt mit einem Minus von 42,4%, die Angestelltenhaushalte mit 41,5% belastet werden, müssen Beamtenhaushalte nur noch 23,7% und Selbständigenhaushalte nur 23,3% von ihrem Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen abführen. Selbst in den Spitzenverdienergruppen mit Haushaltseinkommen von 25.000 DM und mehr lastet auf den Selbständigenhaushalten lediglich ein negativer Transfersaldo von 28,8%, während alle anderen sozialen Gruppen, sofern sie diese hohe Einkommensklasse überhaupt erreichen, ein Negativsaldo von mindestens 45% aufweisen." (37)

"Marsch in den Lohnsteuerstaat"

Die Entlastung für die Reichen durch eine Belastung der Einkommen von Armen und Normalverdienern spiegelt sich auch in der Steuerpolitik der Bundesregierung. Man kann "empirisch den steten Zuwachs bei den Steuern belegen, die von den unteren und mittleren Einkommensbeziehern direkt oder indirekt abgeführt werden". (14) Dagegen werden "die Reichen durch die Steuerentwicklungen und die sogenannten Reformen begünstigt". (93)

- Von 1960 bis 1990 verdreifachte sich der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen von 11,8% auf 35,1%, während sich der Anteil der veranlagten Einkommensteuer von 14,8% auf 7,2% halbierte. (93)

- Bei den Unternehmensgewinnen sank die Besteuerung der Roherträge von 12,3% 1985 auf 7,3% 1990. (103)

Das Steuerreformpaket 1986/88/90 hat zu einer weiteren massiven Begünstigung der Reichen geführt: "56% des an Arbeitnehmer (Lohnsteuerpflichtige von der Verkäuferin bis zum angestellten Manager) verteilten Steuernachlasses ging an das oberste Einkommensfünftel (ab 70.000 DM). Nur 0,3 Mrd. oder 1% erhielten dagegen das unterste Einkommensfünftel". (99) So erhielt ein lediger Fabrikant 18,4 mal mehr Steuernachlaß als ein verheirateter angelernter Arbeiter, ein verheirateter Fabrikant sogar das 25-fache. (100)

Nimmt man die aktuellen Sparbeschlüsse und Reallohnkürzungen hinzu, ergibt sich das Bild eines gigantischen Raubzuges, mit dem die Regierung den Besitzenden hemmungslose Bereicherung auf Kosten der Armen und der "Normalverdiener" garantiert. Wirtschaftskrise und "Kosten der deutschen Einheit" verschärfen heute diesen Kurs - aber sie sind mitnichten sein Ursprung. Wo heute allenthalben Sündenböcke für die (scheinbar oder tatsächlich) drohende Verarmung von erheblichen Teilen der Bevölkerung gesucht werden, sollte linke Politik die wirklichen Profiteure und Absahner des radikalisierten Kapitalismus denunzieren.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

Anmerkung

Der Artikel beruht weitgehend auf Material aus dem nebenstehend besprochenen Buch von Ernst-Ulrich Huster (Hg.): "Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz". Hierauf beziehen sich auch die in Klammern stehenden Seitenangaben.

"Ansitzen auf scheues Wild"

Wenig ist bekannt über die Reichen und Superreichen in der BRD. Die amtlichen Statistiken versuchen zu vertuschen, wie scharf die sozialen Gegensätze in der BRD tatsächlich sind. Um so verdienstvoller die Studie "Reichtum in der BRD. Der diskrete Charme der sozialen Distanz", die eine Bestandsaufnahme versucht.

Ernst-Ulrich Huster untersucht die Einkommensverteilung und speziell die hohen Einkommen. Er faßt die verfügbaren Zahlen zusammen, vergleicht und wertet sie. Huster, zugleich Herausgeber des Bandes, ist Professor für Politikwissenschaft an der Ev. Fachhochschule in Bochum und Mitherausgeber der 1990 (bei Edition Suhrkamp) erschienenen Studie "Armut im Wohlstand". Die Entwicklung der Vermögensverteilung ist Thema eines materialreichen Aufsatzes von Heinrich Schlomann. Dagegen sind die von ihm vorgeschlagenen ("kostenneutralen") Reformansätze (Förderung der Vermögensbildung für untere Einkommensbezieher, hohe Besteuerung von Erbschaften) so neu nun wirklich nicht, sollen aber einer Privatisierung der Altersvorsorge den Weg bereiten. Dieter Eißel untersucht das Steuersystem der BRD und zeigt auf, wie es die Reichen begünstigt und den Lohnsteuerzahlern immer größere Lasten aufbürdet.

In der Auseinandersetzung mit verteilungstheoretischen Rechtfertigungen von Reichtum und ökonomischer Ungleichheit kommt Walter Hanesch zu dem Schluß, "daß die gängige Argumentation, der redistributive Staat zerstöre durch zu weit gehende Verteilungskorrekturen den Leistungswillen und blockiere dadurch die vorhandenen ökonomischen Entwicklungspotentiale, ein weder theoretisch noch empirisch begründbares Zerrbild darstellt, auf das wohl vor allem wegen seiner instrumentellen Zweckmäßigkeit von interessierter Seite gerne und oft zurückgegriffen wird".

Weitere Aufsätze beschäftigen sich mit "Reichtum als gesellschaftliches Leitbild", Elitebildung, dem "Geschlecht des Reichtums" und der "Soziologie des Wohlstands".

Ein wichtiges Manko des Buches wird im Vorwort vom Herausgeber selbst als zukünftige Aufgabe benannt: "stärker als geleistet, die Verbindungen zwischen personellem Reichtum und wirtschaftlicher Machtkonzentration herauszuarbeiten". Da lediglich Privathaushalte und Privatvermögen analysiert werden, bleibt die Frage nach der Konzentration der Produktionsmittel außerhalb der Betrachtung.

Ernst-Ulrich Huster (Hg.): Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz, Frankfurt am Main/New York: Campus 1993. 217 S., 38,- DM

# 19. Woher holen die Rechtsextremen ihre Stimmen? (Hamburger Bürgerschaftswahl)

*7,6 Prozent für REP und DVU bei der Hamburger Bürgerschaftswahl*

Rubrik: Wahlen; DVU (Deutsche Volks-Union); Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:34

Nur 1430 Stimmen fehlten den REPs zum Einmarsch in die Hamburger Bürgerschaft. So gesehen hat das Engagement etlicher Linker, die am 19. September ganz gegen ihre Gewohnheit ins Wahllokal gepilgert waren, um die Wahlbeteiligung in die Höhe zu treiben, sich wirklich gelohnt. Nicht verhindern ließ sich jedoch, daß REPs (4,8 Prozent) und DVU (2,8 Prozent) mit Abstand das beste Ergebnis erreichten, das den Rechtsextremen seit Kriegsende in Hamburg beschert war. Bisherige Spitzenmarke waren die 3,9 Prozent der NPD von 1966 gewesen.

Bei der letzten Hamburger Wahl am 2. Juni 1991 hatten es die REPs allein nur auf knapp 10.000 Stimmen gebracht. Eine Versechsfachung der Stimmenzahl innerhalb von nur zweieinviertel Jahren, das muß sicher als besonders krasser Ausdruck der allgemeinen Rechtsentwicklung in diesem Land gelten. Das jetzige Hamburger Ergebnis liegt aber voll im norddeutschen Trend: in Bremen kamen REPs und DVU zusammen schon 1991 auf 7,7 Prozent, in Schleswig-Holstein 1992 auf 7,5 Prozent.

Die Hamburger Stimmzahlen werden den beiden Fascho-Parteien auch finanziell Freude machen: 300.000 DM aus der Staatskasse werden als "Wahlkampfkostenerstattung" an die REPs fließen, über 170.000 DM an die DVU. (SZ, 23.9.)

7,6 Prozent für REPs und DVU, das sind über 64.000 Wählerinnen und Wähler, die diesmal rechtsaußen votierten. Daß letztere, die männliche Spezies also , im rechtsextremen Publikum deutlich überwiegen, ist seit langem bekannt. Wahlanalysen heben den relativ großen Anteil von Arbeitern unter den Rechtsaußen-Wählern hervor. So heißt es in der "Zeit" vom 24. September: "In starkem Maße unterstützen Männer mit niedrigem sozialen Status rechtsextreme Parteien. Republikaner und DVU zusammen erreichen unter den Arbeitern und Arbeiterinnen einen doppelt so hohen Anteil wie in der Gesamtbevölkerung - unter den Männern sogar 17 Prozent. Dabei gewinnen die Republikaner unter den Facharbeitern die höheren Anteile, die DVU hingegen unter den un- oder angelernten Arbeitern. (...) Auch Arbeitslose findet man unter den Wählern der Rechtsaußenparteien mehr als doppelt so häufig wie in der Gesamtheit."

Ein Blick auf das Hamburger Wahlergebnis bestätigt diese Aussagen zumindest insoweit, daß es signifikante Differenzierungen zwischen sozial unterschiedlichen Wohngegenden gibt. Immerhin bewegen sich die Anteile der Rechtsextremen in einer Bandbreite zwischen 19,7 und 3,4 Prozent.

Unter den 98 Stadtteilen Hamburgs gibt es nur 15, in denen das Gesamtergebnis von REPs plus DVU unter 5 Prozent blieb. In 22 Bezirken kamen sie auf 10 Prozent und mehr. Betrachten wir zunächst die 15 Bezirke, in denen die Rechtsextremen relativ schlecht abschnitten:

Großflottbek (3,4 %)

Eppendorf (3,5 %)

Blankenese (3,6 %)

Nienstedten (3,6 %)

Othmarschen (3,7 %)

Rothenbaum (3,9 %)

Wellingsbüttel (4,0 %)

Hoheluft-Ost (4,0 %)

Rissen (4,1 %)

Harvestehude (4,2 %)

Altengamme (4,4 %)

Hoheluft-West (4,5 %)

Winterhude (4,6 %)

Poppenbüttel (4,8 %)

Sasel (4,9 %)

Wenn solche Ergebnisse als relativ schlechtes Abschneiden bezeichnet werden, muß vorweg darauf hingewiesen werden, daß selbst die niedrigsten Zahlen ungefähr dreimal so hoch liegen wie das Hamburger REP-Ergebnis von 1991: 1,2 Prozent. Soviel wie diesmal in den Villenvororten bekamen die REPs vor drei Jahren nur in traditionellen Arbeitervierteln wie Wilhelmsburg und Veddel.

Keinem Hamburger wird es schwer fallen, die genannten 15 Stadtteile auf Anhieb sozial einzuordnen. Abgesehen vom ländlich geprägten Vier- und Marschlande-Gebiet Altengamme handelt es sich überwiegend um "bessere" bis hin zu sehr guten Wohnvierteln. Politisch kann man sie unterteilen in Hochburgen der CDU einerseits, der GAL andererseits. Zur ersten Kategorie gehören die von Villen und Einzelhäusern geprägten Vororte; die Einheiten der zweiten Gruppe liegen in der Nähe des Stadtzentrums, sind sehr viel dichter bebaut.

Die CDU-Hochburgen haben durchweg überdurchschnittliche Wahlbeteiligung und relativ hohe Anteile der STATT Partei (9 bis 10 Prozent) sowie auch der FDP, hingegen gelegentlich unterdurchschnittliche Prozentzahlen für die GAL. Umgekehrt ist die Wahlbeteiligung in den GAL-Hochburgen höchstens durchschnittlich, eher leicht darunter, und die Resultate der STATT Partei fallen deutlich niedriger aus (5 bis 6 Prozent).

Von den aufgelisteten 15 Stadtteilen mit den niedrigsten Stimmzahlen der Rechtsextremen sind zehn als traditionelle CDU-Hochburgen zu betrachten: in sechs davon ist sie immer noch stärkste Partei, in vier weiteren lag sie bei der letzten Wahl 1991 vor der SPD, aber wurde von dieser jetzt überholt.

Die SPD hat nur in vier der 15 Bezirke etwa durchschnittliche Ergebnisse, in den übrigen elf unterdurchschnittliche. (In neun davon weniger als 33,3 Prozent)

Die GAL hat immerhin in neun der 15 Stadtteile überdurchschnittliche Ergebnisse, davon in sechs sogar gute bis sehr gute. (Jeweils 19,9 Prozent in Harvestehude und Winterhude; 24,8 und 26,8 % in Hoheluft; 27,7 % in Rotherbaum; 24,3 Prozent in Eppendorf)

Acht der 15 Stadtteile gehören zu den Schwerpunkten der STATT Partei. (9 Prozent und darüber)

Fast in allem genau das umgekehrte Bild ergibt sich, wenn wir nun die 22 stimmstärksten Stadtteile der Rechtsextremen betrachten, in denen sie 10 Prozent und mehr erreichten:

Steinwerder (19,7 %)

Wilhelmsburg (15,9 %)

Neuland (15,5 %)

Billbrook (14,4 %)

Veddel (13,3 %)

Hamm-Süd (12,3 %)

Hamm-Mitte (12,2 %)

Billstedt (12,1 %)

Rothenburgsort (12,0 %)

Jenfeld (11,6 %)

Horn (11,5 %)

Hausbruch (11,5 %)

Billwerder (11,4 %)

Moorburg (11,2 %)

Hammerbrook (10,9 %)

Spadenland (10,6 %)

St. Pauli (10,6 %)

Altona-Altstadt (10,6 %)

Moorfleet (10,5 %)

Lurup (10,4 %)

Harburg (10,0 %)

Tatenberg (10,0 %)

Die SPD hat in 14 dieser 22 Stadtteile überdurchschnittliche, in dreien durchschnittliche, in fünfen unterdurchschnittliche Resultate. Drei dieser fünf (Spadenland, Tatenberg, Moorfleet) sind ländlich geprägte CDU-Hochburgen; in den beiden anderen (St. Pauli und Altona-Altstadt) ist die GAL sehr stark.

Die CDU liegt in 17 dieser Stadtteile unter ihrem Durchschnitt, nur in dreien darüber.

Die GAL hat in 17 Stadtteilen unterdurchschnittliche Ergebnisse und liegt nur in vieren über ihrem Durchschnitt (Altona-Altstadt, Hammerbrook, Moorburg, St. Pauli). Lediglich in sechs der 22 übertrifft die GAL das Gesamtergebnis der Rechtsextremen.

Auch die STATT Partei hat in 17 Stadtteilen unterdurchschnittliche und nur in einem (Spadenland) ein überdurchschnittliches Ergebnis. Analog gilt das ebenfalls für die Stimmzahlen der FDP, mit Ausnahme der drei CDU-Hochburgen.

In 18 der 22 Stadtteile liegt die Wahlbeteiligung unter dem Hamburger Durchschnitt, nur in vieren knapp darüber (darunter erwartungsgemäß die drei CDU-Hochburgen).

Die Stadtteile mit den höchsten rechtsextremen Anteilen bilden, wie die Karte zeigt, eine zusammenhängende Fläche zu beiden Seiten der Elbe. Abgesehen von den drei immer noch ländlich-bäuerlich geprägten CDU-Hochburgen handelt es sich um "klassische Arbeiterviertel mit intensiver Bebauung". In den 60er Jahren fuhr die SPD hier noch Rekordergebnisse von 75-80 Prozent ein. Selbst nach den Verlusten dieser Wahl ist die SPD hier immer noch recht stark, aber im Schnitt mindestens 30 Prozent unter dem damaligen Niveau.

In einer analytischen Bewertung der Hamburger Stadtteile nach ihrem Sozialstatus liegen die "Spitzenbezirke" der Rechtsextremen sämtlich am Ende der Tabelle. Die Anteile an Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen liegen weit über dem Hamburger Durchschnitt. Großenteils handelt es sich nicht einfach nur um Arbeiterwohngegenden schlechthin, sondern um Gebiete, die in besonderer Weise der Dequalifizierung und dem Verfall preisgegeben sind. Gebiete, die von den staatlichen Stellen systematisch zu Sammellagern der "neuen Armut" umstrukturiert werden. "Die Deutschen in Wilhelmsburg leben doppelt so häufig von Sozialhilfe wie im Rest Hamburgs. (...) Acht von zehn Wilhelmsburgern leben in Sozialwohnungen. Jeder zweite hat sich seine neue Heimat nicht aussuchen können - die Wohnung wurde vom Bezirksamt zugewiesen." ("Spiegel", 39/1993)

Die meisten dieser Viertel gelten bei dem im Hamburg recht breiten links-alternativen Spektrum nicht als favorisierte Wohngegenden. Gleichzeitige überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse für Rechtsextreme und GAL gibt es nur in jenen Ausnahmefällen, wo sich in solchen Vierteln schon seit Jahren eine links-alternative "Szene" niedergelassen hat. (St. Pauli, Altona-Altstadt)

Immerhin, insgesamt hat die GAL in den 22 Stadtteilen mit hohen Rechtsaußen-Ergebnissen ihre Stimmanteile gegenüber 1991 mehr als verdoppeln können, also deutlich stärker zugelegt als im Hamburger

Gesamtergebnis. Das sollte man aber andererseits wohl auch nicht überbewerten, da es allgemein so ist, daß der prozentuale Zuwachs dort am höchsten ist, wo vorher die Ergebnis besonders niedrig waren. Umgekehrt hat die GAL in St. Pauli, ihrem stärksten Bezirk, nur noch um die Hälfte zulegen können, von 24,2 auf 34,5 Prozent.

Ein Vergleich mit den 22 Stadtteilen, in denen die REPs 1991 ihre besten Ergebnisse hatten, zeigt eine hohe Kontinuität der sozialen Ausdifferenzierung. An der Spitze lagen schon damals Veddel (3,7 %), Tatenberg (2,7 %), Wilhelmsburg (2,7 %), Horn (2,7 %), Billstedt, Jenfeld, Rothenburgsort und Steinwerder (jeweils 2,4 %). Von den 22 Bezirken, in denen die Rechtsextremen diesmal 10 Prozent und mehr erreichten, gehörten 16 schon 1991 zur Spitzengruppe. 1991 relativ REP-starke Bezirke wie Steilshoop und Dulsberg (beides ebenfalls "typische Arbeiterviertel") haben bei dieser Wahl in der Rangfolge etwas an Bedeutung verloren; doch weisen sie mit 8,9 Prozent (davon REPs allein 5,4) in Steilshoop und 8,5 Prozent in Dulsberg (davon REPs allein 5,1) immer noch recht hohe rechtsextreme Ergebnisse auf. Dort, wo diesmal die Rechtsextremen relativ schlecht abschnitten, waren auch die REP-Ergebnisse 1991 weit unterdurchschnittlich. Das Bild hoher Kontinuität wird dadurch abgerundet, daß die meisten der Bezirke mit hohem REP-Anteil schon 1991 eine deutlich unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung aufwiesen. (16 von 22)

Entsprechend ihren Stadtteilergebnissen haben die Rechtsextremen auch bei den gleichzeitigen Wahlen zu den sieben Bezirksparlamenten abgeschnitten. Dort, wo sich die Stadtteile mit den oben beschriebenen Bedingungen häufen, das sind Harburg, Bergedorf und Hamburg-Mitte, gelang der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde und damit der Gewinn von Mandaten. In Mitte und Harburg sind es die REPs mit 6,4 und 7,3 Prozent; in Bergedorf, wo die REPs aus formalen Gründen an der Bezirkswahl nicht teilnehmen konnten, konzentrierten sich die rechtsextremen Stimmen auf die DVU und verhalfen ihr zu 5,6 Prozent. Zusammengerechnet liegen die Rechtsextremen auch in den vier übrigen Bezirken überall über 5 Prozent, mit 5,9 Prozent in Hamburg-Nord als "schlechtestem" Resultat.

Merkwürdigerweise zeigt ein Blick auf die Hamburger Wahl 1966, als die NPD auf dem Höhepunkt ihrer damaligen Erfolgswelle war, ein anderes Ergebnis: Gerade in Bergedorf, Hamburg-Mitte und Harburg hatte die NPD ihre vergleichsweise "schlechtesten" Bezirksergebnisse (3,3 - 3,8 Prozent), während damals Altona (4,2) und Eimsbüttel (4,1) die Rangliste anführten.

Um auf die jetzige Wahl zurückzukommen: Daß die zum Teil erheblichen Unterschiede zwischen den Ergebnissen auf Stadtteilebene soziale Differenzierungen widerspiegeln, ist offensichtlich. Eine linksradikale Argumentation, die sich einfach nur standhaft weigert, die Rechtsentwicklung auch in sozialen Kategorien zu diskutieren, wird an diesem Punkt nicht weiterkommen. Zweckmäßig wäre eine weitere Ausdifferenzierung der Ergebnisse nach Wahllokalen, da die Stadtteile in sich oft auch nicht einheitlich sind, beispielsweise aus "verslumten" Altbaustraßen einerseits und Neubau-"Silos" andererseits bestehen.

Umgekehrt ist anhand der Hamburger Wahlergebnisse aber auch vor einer Überbetonung der sozialen Faktoren zu warnen. Immerhin liegt das diesmalige allerschwächste Ergebnis, das die Rechtsextremen in einem Stadtteil erreichten, 3,4 Prozent im Nobelvorort Großflottbek, fast dreimal so hoch wie das Hamburger Gesamtergebnis der REPs 1991, 1,2 Prozent. Oder anders gesagt: dieses heutige Minimum ist ungefähr das Doppelte von dem, was die REPs 1991 im Durchschnitt der "typischen Arbeiterbezirke" einfuhren. Zweifellos ist die Tendenz, vorhandenen rechtsextremen Grundeinstellungen mit dem Stimmzettel öffentlichen Ausdruck zu geben, kein "schichtenspezifisches Phänomen", sondern betrifft praktisch alle Wohngegenden und alle Teile der Gesellschaft - aber die einen offensichtlich eher und sehr viel stärker als andere.

Ob das in erster Linie an deren tatsächlich schlechten und sich weiter verschlechternden Lebensbedingungen liegt, ob es sich bei ihnen also hauptsächlich um sozialen Protest handelt, der "nur" leider in die ganz falsche Richtung ausschlägt, ist beim derzeitigen Stand der Dinge zweifelhaft. Ein zumindest ebenso wichtiger Faktor ist, daß es sich um die am wenigsten "gebildeten", am wenigsten an allgemeinen politischen Vorgängen interessierten Bevölkerungsschichten handelt. Menschen also, die geistig überdurchschnittlich gefährdet sind, kritiklos mit den primitivsten und aggressivsten "Theorien", Lebenserklärungen und Politikangeboten zu sympathisieren, die gerade auf dem Markt sind. Zu denken muß es jedenfalls geben, daß laut einer Analyse der Forschungsgruppe Wahlen die Wähler rechtsextremer Parteien als ihre Hauptsorgen überwiegend (nahezu 60 Prozent) "Ausländer und Asylanten" nennen. Probleme des Wohnungsmarkts und der hohen Mieten kommen mit deutlichem Abstand (46 Prozent) auf Platz zwei, und brennende Probleme wie

Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatz-Unsicherheit oder zu niedriges Einkommen kommen irgendwo noch weiter hinten. ("Spiegel", 39/1993)

Kt.

# 20. Politische Eckpunkte der SPD für die Verhandlungen mit der GAL (Dokumentation)

Rubrik: Wahlen; SPD; Grüne Parlamentsarbeit · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:39

Nach langen Debatten hatte sich der SPD-Vorstand mit einer knappen Mehrheit entschieden, zunächst Koalitionsverhandlungen mit der GAL aufzunehmen. Dies fand ausdrücklich gegen das Votum des bisherigen Bürgermeisters Henning Voscherau statt, der mehrmals im Wahlkampf bekräftigt hatte, eine solche Koalition käme mit ihm nicht in Frage. Dennoch wurde er zum Verhandlungsführer bestimmt - zutreffender kann man das Sprichwort vom Bock und Gärtner nicht anwenden. Voscherau legte in guter alter GAL-Manier zunächst Essentials fest, die jetzt ausformuliert vorliegen. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge daraus, wobei wir uns auf die Passagen beschränken, die die politische Richtung angeben. Verzichtet haben wir auf Konkretionen, die lediglich im Kontext Hamburger Landes- und Kommunalpolitik verständlich sind.

Deutlich und in gewollter Konfrontation zur GAL wird hierin die Wirtschafts- und Wirtschaftsförderungspolitik in den Vordergrund gestellt. Alle Aufgaben und politischen Tätigkeitsfelder werden hierauf zugeschnitten. Gleichzeitig wird der finanzpolitische Rahmen so eng gesetzt, daß für Reformvorhaben keinerlei Mittel zur Verfügung stehen dürften. Es ist die Aufforderung an die GAL, loyal die Krise mitzuverwalten.

1. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben am 19. September entschieden: die Sozialdemokratische Partei soll regieren, aber nicht allein...

2. In den 90er Jahren haben wir es mit grundlegend anderen Aufgaben zu tun als vor der Einheit und vor dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Der Industriestaat Deutschland steht gegenwärtig vor der schwersten Belastungsprobe seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Jede politische Entscheidung muß deshalb daran gemessen werden, ob sie die Lösung der vorrangigen Aufgaben erleichtert oder erschwert, ermöglicht oder verhindert.

Wieder zunehmende Arbeitslosigkeit, die Verarmung einer wachsenden Bevölkerungsschicht, Verrohungstendenzen in der Gesellschaft und Gewaltkriminalität im Alltag, die Angst vieler vor unkontrollierter Zuwanderung sowie die besorgniserregende Zuspitzung der Finanzlage der öffentlichen Haushalte bündelt sich zu einem hohen Anspruch an eine verantwortungsvolle Politik in den 90er Jahren.

3. Die Festigung der demokratischen Fundamente unserer Gesellschaft geht allem Tageshader vor. Politikverdrossenheit und richtungsloser Protest dürfen nicht weiter um sich greifen. Die auch in Hamburg sichtbar gewordene Anfälligkeit für rechtsextremistische Parteien und ähnlich begründeten Protest durch Wahlverweigerung bedeutet eine Abmahnung, die mit allen tauglichen Mitteln bekämpft werden muß. In einer solchen Situation ist es noch wichtiger, sich auf das wirklich Wesentliche zu konzentrieren, anderes zurückzustellen und den Bürgern ein klares Bild der Lage zu geben. Im Mittelpunkt der Hamburger Politik für die kommenden Jahre muß deshalb stehen:

- Die Erhaltung und Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze in wettbewerbsfähigen Unternehmen mit Hilfe einer wirtschafts- und arbeitsplatzfreundlichen und -fördernden Grundhaltung der Koaltion, einer nüchternen regionalen Strukturpolitik für Hamburg und Norddeutschland sowie der Fortsetzung der - auch ökologischen - Modernisierung unserer Wirtschaft;

- eine umweltfreundliche Verkehrspolitik mit Augenmaß, die den öffentlichen Personennahverkehr solide finanziert, fördert und ausbaut, den Wirtschaftsverkehr gewährleistet und im Zielkonflikt auf politischen Steuerungsfehler, die den Bogen überspannen, verzichtet;

- eine konsequente Politik zur Überwindung des Wohnungsmangels, insbesondere die Verwirklichung der Wohnungsneubau-Programme anhand konkreter, nachprüfbarer Einigung über die großen, unverzichtbaren Projekte, Pläne, Flächen;

- die Förderung einer sozialen Stadtentwicklung durch mehr Gerechtigkeit bei der Lastenverteilung und durch die Bekämpfung von sozialen Armutsbrennpunkten;

- Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, Beendigung illegalen Aufenthalts sowie Bekämpfung illegaler Beschäftigung, um den demokratischen Sozialstaat nicht zu gefährden;

- die Verstärkung der Sicherheit der Bevölkerung im alltäglichen Leben in den Stadtteilen unter Einschluß vorurteilsfreier Überprüfung praxisnaher gesetzlicher Handlungsgrundlagen;

- die realistische Gewährleistung der Grundfunktionen unserer Stadt, insbesondere bei der Energieversorgung und der Abfallentsorgung;

- die Sicherung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit unserer Stadt, orientiert an den Empfehlungen des Finanzplanungsrates von Bund und Ländern ohne hamburgischen Sonderweg.

4. In einer sich noch zuspitzenden Situation schwierigster Herausforderung darf es keinen spielerischen Umgang mit den Grundfunktionen einer Millionen-Stadt geben. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, daß die Stadt ihren Pflichten ihnen gegenüber makellos nachkommt. So wie vor zwei Jahrzehnten zu Recht davor gewarnt worden ist, "die Belastbarkeit der Wirtschaft zu testen", muß heute ebenso davor gewarnt werden, die Belastbarkeit der Freien und Hansestadt Hamburg zu testen.

Dies schließt die Notwendigkeit ein, Entscheidungen in der Sache zu treffen und sie nicht durch Prüfungsvereinbarungen, Gutachten oder Verfahrensabsprachen zu verzögern, die in der Realität nicht der Sache, sondern der Konfliktregelung dienen (keine Verfahrens-Formelkompromisse zu Lasten der Stadt).

5. Vor diesem Hintergrund sehe ich in den anstehenden Koalitionsverhandlungen mit der GAL im Umgang mit den folgenden inhaltlichen Eckpunkten den Maßstab für meine Bewertung des Verhandlungsergebnisses und damit für meine Bewertung der Frage, ob eine für die Stadt weiterführende Regierungsbildung mit der GAL möglich erscheint.

1. Wirtschaft, Hafen

und Verkehrsinfrastruktur

Hamburg ist ein Handels- und Dienstleistungszentrum ersten Ranges. Seit 1989 liegt das Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts immer über dem Bundesdurchschnitt. Auch die gegenwärtige Rezession hat Hamburg bisher weniger getroffen als alle anderen westlichen Bundesländer. Diese Erfolge sind wesentlich gestützt worden durch die Wirtschafts-, Hafen- und Verkehrsinfrastrukturpolitik des Senats. Sie fortzusetzen ist unverzichtbar, wenn wettbewerbsfähige Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden sollen. Entscheidende Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind:

- Die Standortfaktoren Hamburgs sind weiter auszubauen und zu stärken. Besonders Wachstumsindustrien wie Luft- und Raumfahrt, Bio- und Umwelttechnologie, Medizintechnik sind zu fördern.

(Im weiteren werden als unverzichtbar aufgezählt: Hafenerweiterung und 4. Elbtunnelröhre, Förderung von energieintensiven Industrieansiedlungen, Flughafenerweiterung)

(Unter 2. Wohnungsbau wird im Wesentlichen die bisherige Wohnungsbaupolitik des Senats referiert und bestätigt)

3. Ver- und Entsorgung

"Das Risiko der Kernenergie ist zu hoch", am Ausstieg wird im Rahmen eines Energiekonsenses oder auf bundespolitischer Grundlage festgehalten.

Im Rahmen hamburgischer Möglichkeiten wird der verstärkte Einsatz regenerativer Energie (Norwegen-Vertrag) betrieben.

Die Umwandlung der HEW-AG (der Betreiberin von AKWs und mehrheitlich im Besitz der Stadt Hamburg; Anm ak) in Stadtwerke bei Abfindung der freien Aktionäre wäre wirtschaftlich und finanziell unvertretbar.

Die Abfallentsorgung für Hamburg muß in der Wirklichkeit sichergestellt sein.

Abfallvermeidung und -verwertung ist vorrangiges Ziel. Im Hinblick auf die Abhängigkeit Hamburgs bei Deponieflächen muß umweltverträgliche Müllverbrennung mit dem Stand der Technik sein. (...)

4. Kindertagesheime

(Es werden Zielvorgaben entwickelt, die in der Höhe, nicht aber vom Prinzip einen Konflikt mit der GAL bilden)

5. Verwaltungsreform

und Verwaltungsmodernisierung

Angesichts der dramatischen Situation der öffentlichen Kassen und mit Blick auf den zunehmenden Wettbewerb der Standorte ist eine umfassende Modernisierung und Effizienzsteigerung des öffentlichen Sektors unabdingbar.

(Es folgen verschiedene Angaben zur Verwaltungsreform, die alle konträr zu den Forderungen der GAL stehen, da diese eine Demokratisierung und nicht die wettbewerbsmäßige Effektivierung fordert.)

6. Innere Sicherheit und Hafenstraße

Gewährleistung und Verbesserung der Instrumentarien und der gesetzlichen Befugnisse, Ausrüstung der Sicherheitsbehörden zur wirksamen Bekämpfung der Alltagskriminalität und Gewalt sowie des Extremismus.

Die Sicherheitslage an der Hafenstraße hat sich dank der behutsamen, rechtsstaatlichen und zugleich konsequenten Haltung des SPD-Senats seit 1991 etwas entspannt. Eine Idylle besteht dort jedoch nicht, wie die Zwischenfälle auch aus jüngster Zeit belegen. Die Hafenstraße hat lange genug Zeit gehabt, ihre Bereitschaft und Fähigkeit zum friedlichen Leben und Wohnen zu beweisen.

Deshalb stehe ich zu dem eingeschlagenem Weg der rechtsstaatlichen Beendigung des Hafenstraßenprojekts und des Baues von Sozialwohnungen für rund 200 Familien. Eine neue Abstimmung der jetzt gewählten Bürgerschaft darüber, ohne jeden Fraktionszwang, muß man nach diesem Wahlergebnis zu akzeptieren bereit sein. Ein Umfallen kann dem Bürgermeister nicht zugemutet werden.

7. Finanzen

Angesichts der schwersten Rezession in der Bundesrepublik seit der Währungsreform 1948, der zunehmenden Arbeitslosigkeit, der Verlagerung von sozialen Leistungen von der Ebene des Bundes auf die Gemeinden als Sozialhilfeträger und des hamburgischen Anteils an der Finanzierung der Einheit wird sich nun auch die hamburgische Finanzlage noch einmal sehr deutlich verschlechtern, wie dies andere westliche Bundesländer und vor allem die großen Städte seit ein, zwei oder drei Jahren bereits bitter zu spüren bekommen.

Diese Verschlechterung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen zwingt Hamburg zu einer Finanzpolitik strenger Ausgabendisziplin. Mut zum Umdenken, Selbstbeschränkung und kritische Fragen zu den öffentlichen Dienstleistungen, strenge Kostenkontrolle und tabufreie Standarddiskussion sind deshalb unumgänglich. Ausgabenwirksame zusätzliche Programme kann es nicht geben. Sparprogramme, nicht zuletzt zur Eindämmung der Personalkosten, müssen von beiden Partnern loyal getragen werden. An der Veräußerung städtischen Vermögens und der Heranziehung der Erlöse zur Konsolidierung des Haushalts führt kein Weg vorbei. Die tabufreie Überprüfung der instrumentellen Bedeutung einzelner Vermögensteile für die Erfüllung der öffentlichen Ausgaben der Stadt ist erforderlich. Der Ausgleich wachsender Defizite im Betriebshaushalt durch Kreditaufnahme führt zu finanzpolitischer Handlungsunfähigkeit. Ein hamburgischer Sonderweg zur Finanzierung des Betriebshaushaltes außerhalb der strengen Sparanstrengungen der anderen westlichen Bundesländer ist ausgeschlossen.

# 21. Woher holte die GAL ihre Stimmen? (Hamburger Bürgerschaftswahl)

Rubrik: Wahlen; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:48

Mit 13,5% der Stimmen erreichte die GAL (Hamburger Landesverband von Bündnis90/DIE GRÜNEN) ein sensationell gutes Ergebnis, wobei sie die Stimmenzahl gegenüber der Bürgerschaftswahl 1991 (59.262) mit 114.308 fast verdoppelte. Dieser Wahlerfolg wird gemeinhin der Wendung der GAL vom ehemals linken Flügel der Bundesgrünen zur Realohochburg zugeschrieben. Diese Interpretation resultiert aus unterschiedlichen Interesse. In der bürgerlichen Presse wird so die Wandlung der GAL vom Schmuddelkind zum ernsthaften Politik- und Koalitionspartner gewürdigt; der Realo-Flügel selbst möchte einen solchen Erfolg natürlich unbedingt ausschließlich an der eigenen Politik festgemacht wissen; schließlich vertritt auch die Linke außerhalb der GAL diese Ansicht, um damit das Bild aufrecht erhalten zu können, nur der Opportunismus könne einen solchen Erfolg bei parlamentarischen Wahlen bringen.

Eine solche Interpretation ist von den Zahlen her nicht unbedingt zu halten. Vergleicht man die Ergebnisse der GAL bei den letzten sechs Wahlen in Bezug auf die erreichte Stimmenzahl in Prozent der gültigen Stimmen sowie der Wahlberechtigten, so erhalten wir folgendes Bild:

In Prozent In Prozent

der gültigen der Wahl-

Stimmen berechtigten

BT 1/87 11,0 9,1

BS 5/87 7,0 5,6

E 6/89 11,2 6,3

BT 12/90 5,8 4,5

BS 6/91 7,2 4,8

BS 9/93 13,5 9,4

(BT=Bundestagswahl,

BS=Bürgerschaftswahl, E=Europawahl)

Bei der Bundestagswahl 1987 erreichte die GAL mit 112.000 Stimme fast exakt die gleiche Stimmenanzahl wie bei der Bürgerschaftswahl 1993. Der Unterschied: 1987 trat die GAL mit Regula Schmidt-Bott und Thomas Ebermann als SpitzenkandidatInnen an, die später beide als ÖkosozialistInnen die GRÜNEN verließen. Die Bürgerschaftswahl 1987 brachte demgegenüber einen kraßen Einbruch, ohne daß in den Analysen jemand dies ursächlich dem Auftreten der Frauenliste zugeschrieben hätte. Der Vergleich dieser Zahlen legt nur nahe, daß es mehr die politische Gesamtsituation den GRÜNEN die Stimmen bringt, als eine dezidiert linke oder realpolitische Ausrichtung.

Das zweite Vorurteil gegenüber der Wählerschaft der GAL besteht darin, daß sich diese allein aus den neuen und materiell gutgestellten Mittelschichten rekrutiert. Hierfür spricht, daß die besten Ergebnisse in der unmittelbaren Innenstadt, also dem am stärksten großstädtisch geprägten Milieu erzielt werden. Aber bei diesen Wahlen gab es Trends, die dieses Bild auch korrigieren.

In einer Aufstellung des Statistischen Landesamtes teilt dieses die Stadt in vier Regionen auf:

Typ 1: geringe Bevölkerungsdichte und hoher Sozialstatus (D-, S+), beispielsweise Elbvororte

Typ 2: hohe Bevölkerungsdichte und hoher Sozialstatus (D+, S+), beispielsweise Eppendorf

Typ 3: geringe Bevölkerungsdichte und niederiger Sozialstatus (D-, S-), beispielsweise Süderelberaum, Billstedt

Typ 4: hohe Bevölkerungsdichte und niedriger Sozialstatus (D+, S-), beispielsweise St. Pauli, Horn

In diesen Bereichen ergeben sich für die GAL folgende Ergebnisse, jeweils im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 1991:

Typ 1 (D-, S+): 13,96/7,33

Typ 2 (D+, S+): 20,58/12,12

Typ 3 (D-, S-): 7,98/3,92

Typ 4 (D+, S-): 14,36/8,45

Herausragend sind bei allen Wahlen die Ergebnisse in den dichtbesiedelte Innenstadtbereichen mit hohem Sozialstatus. Aber schon an zweiter Stelle rangieren die dichtbesiedelten Bereiche mit geringem sozialem Status und nicht etwa die Elbvororte. Sieht man auf die Veränderung zwischen diesen beiden Wahlen, dann kann man sogar erkennen, daß die größten Sprünge in den Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte und geringem sozialen Status gemacht wurden. D.h. die GAL hat auch dort eine Akzeptanz gefunden, wo Ideen von Emanzipation immer noch als Freizeitbeschäftigung der Bürgerkinder angesehen werden.

Ein langdristiger Vergleich der Wahlergebnisse führt zu dem Schluß, daß die GAL in dieser Stadt zu einer wirklich etablierten Partei wird, in dem Sinn, daß sie keine Außenseiterrolle mehr spielt. In der Altersstruktur von 18 bis 45 Jahren hat die GAL jetzt einen durchschnittlichen Anteil von 24% der Stimmen erreicht. Das höchste Ergebnis liegt bei den 25-35jährigen mit 29% (SPD: 39%, CDU: 11,5%), bei den 35-45jährigen 24%, bei den 18-25jährigen 14%. Erkennbar ist dabei, daß eine gewisse Wählerschaft als Bugwelle vor sich her geschoben wird, so daß von Wahl zu Wahl die Ergebnisse in den höheren Alterstufen besser werden. Sichtbar wird diese Welle am Rückgang der Ergebnisse bei den 25-30jährigen um 7,4% zu verzeichnen, während gleichzeitig der Anteil bei den über 30jährigen um diesen Prozentsatz stieg. Deutlich geringer, 13%, als in den Anfangsjahren sind die Ergebnisse bei den JungwählerInnen, die Anfang der 80er Jahre den Großteil der GAL-WählerInnen stellten.

So gesehen ist die GAL als gesellschaftliche Kraft nicht mehr aus dem Stadtbild wegzudenken. Unverkennbar ist, daß bei diesen Wahlen aus allen gesellschaftlichen Schichten ein Zuwachs bei der GAL zu verzeichnen ist, der - auch vorsichtig interpretiert - nur erklärbar ist mit dem Willen, Veränderungen im Sinne einer sozial wie ökologisch verträglicheren Stadtpolitik herbeizuführen. In diesem Sinne hat die GAL tatsächlich einen Auftrag für die Koalitionsverhandlungen mit der SPD bekommen.

he., Hamburg

# 22. Stimmen aus der linken Ecke (Hamburger Bürgerschaftswahl)

Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:47

Zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen fand ein neues Experiment linker Wahlpolitik statt: die Linke Alternative/Wehrt Euch!. Formal als Personenbündnis konstruiert, trat es jedoch öffentlich als Organisationsbündnis auf. Beteiligt waren: Die AL(die ökosozialistische Abspaltung von der GAL), der BWK, die DKP, die MLPD, die PDS/Linke Liste sowie der Lesbenring e.V. Von den Beteiligten wurde dieses Bündnis als entscheidender Schritt auf dem Weg zur breiten Aktionseinheit und Bündelung linker Kräfte angesehen. Einschränkend muß dazu gesagt werden, daß es innerhalb der PDS eine heftige Kontroverse um die Kandidatur gab, da der Bundesvorstand erstens generell von einer Beteiligung abriet und zweitens in diesem Bündnis keinen Fortschritt, sondern eher eine sektiererische Einengung sah.

Die Liste erhielt insgesamt 4312 Stimmen, das entspricht 0,5%. Sie halbierte damit die Stimmenzahl der bei den Bürgerschaftswahlen von 1991 getrennt angetretenen Listen von AL und PDS/ Linke Liste. Ein so geringes Ergebnis hatten die beteiligten nicht erwartet, zumal die Agitation kräftig auf der Linie gefahren wurde, daß es in der Stadt eine massive Unzufriedenheit mit der Politik der Grünen gebe. Unter diesem Vorzeichen ist es interessant, sich die Reaktionen anzusehen.

Der Arbeitsausschuß der LA erklärte forsch: "Wir begrüßen, daß die von uns und anderen außerparlamentarischen Gruppen forcierte offensive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus im Hamburger Wahlkampf erreicht wurde, daß faschistische Parteien wie DVU und Reps nicht in der Hamburger Bürgerschaft vertreten sein werden. Daß dies erreicht wurde, ist nicht zuletzt ein Verdienst des Personenbündnisses Linke Alternative...". Man mag sich dieses Verdienst gerne an die Brust heften, aber die Statistik zeigt, daß die STATT-Partei, die nun ganz und gar nicht gegen Rechts angetreten ist, konkret weit mehr Einfluß darauf gehabt hat, daß keine der rechtsextremen Parteien in die Bürgerschaft gelangte. Nach den Verdiensten dann die Bewertung des eigenen Ergebnisses: "Als um so erfreulicher bewertet es der Arbeitsausschuß der Linken Alternative - Wehrt Euch, daß unsere deutlich gegen den Zeitgeist gerichteten politischen Inhalte (Antinationalismus, Antikapitalismus, Antimilitarismus) immerhin von 0,5% der Bevölkerung gewählt wurden." Fehlt nur der Hinweis, daß ein höheres Ergebnis nicht nur peinlich, sondern auch ärgerlich gewesen wäre, da das alle Analysen über den Geisteszustand der Nation durcheinander gebracht hätte. Kein Wort zu der einfachen Tatsache, innerhalb von zwei Jahren 50% der Zustimmung verloren zu haben - das ist Stil der DKP- und K-Gruppen-Kandidaturen der 70er und 80er Jahre.

Die Stellungnahmen der an dem Bündnis beteilighten Organisationen ist denn doch schon differenzierter. Die Spitzenkandidatin der Liste, Christiane Schneider, Mitglied im BWK und der PDS/Linken Liste, schreibt dazu in einer ersten Stellungnahme: "Das Ergebnis der Linken Alternative ist enttäuschend, weil es das von vielen genannte Ziel von mindestens 1% - das hätte dem addierten Ergebnis der Linken entsprochen - verfehlt hat." In einer zweiten Erklärung führt sie aus: "Der Verlust von ca. 4000 Stimmen gegenüber den drei linken Kandidaturen 1991, die Halbierung von 1 Prozent auf 0,5 Prozent ist ein Signal, das nicht weginterpretiert werden kann. (...) Gewöhnlich fängt man sich seine Niederlagen, vor allem eine so herbe, nicht wegen der Schwäche ein, sondern wegen der Schwächen, die man sich in seinen Stärken leistet." Dazu sagt sie, die Stärke der Linken liege im Antifaschismus, jedoch sei sie nicht in der Lage, dies in Politik gegen das Erstarken der Faschisten umzusetzen und die von den Faschisten besetzten Themen anders und progressiv zu besetzen.

Die DKP wiederum ist hochzufrieden. "Als einzige Gruppierung der Linken (abgesehen von der VSP, die lediglich aus statuarischen Gründen kandidierte) trat die ‚Linke Alternative - Wehrt Euch` zur Wahl an. (...) durch den Druck der Verhältnisse ... entwickelte die LA in einem sehr intensiven Diskussionsprozeß eine ‚Politische Erklärung`, die Grundlage der gemeinsamen Kandidatur war. Darin wurden klare antikapitalistische und antifaschistische Positionen formuliert. Allen, die sich nicht in die herrschenden Verhältnisse einrichten wollten, wurde eine Alternative geboten. Die Beteiligten sahen schon allein in dem Zustandekommen dieses Bündnisses, in der Arbeitsweise und dem erreichten Konsens, der hauptsächlich auf eine weitere Zusammenarbeit über den Wahltermin hinaus zielt, einen wesentlichen Fortschritt für die linke Politik in Hamburg.

4312 Stimmen (0,5 Prozent) stehen für ein Bekenntnis gegen Rassissmus, Faschismus, menschenfeindliche Stadtpolitik und für klassenkämpferisches Eingreifen in die herrschenden Verhältnisse.

Das Ergebnis ist bescheiden und dennoch nicht gering einzuschätzen." Bescheidenheit ist zwar eine Zier, aber wir warten immer noch darauf, daß dies auch in ein Bekenntnis solcher Art Zufriedenheit umschlägt, nach welchem man in diesem Land eben nicht mehr Menschen ereichen könne.

Fast drollig die Stellungnahme der MLPD. Sie konnte sich als der eigentliche Wahlgewinner fühlen, da 0,5% für sie mehr als das Zehnfache dessen ist, was sie allein erreichen kann. Dementsprechend euphorisch die Auswertung: "Das eigentlich Neue an diesem Wahlkampf war jedoch die LINKE ALTERNATIVE Wehrt Euch. Das breite Bündnis linker Parteien, Organisationen und Einzelpersonen zielte mit seinem Programm auf den echten Widerstand gegen die volksfeindliche Politik der Bonner wie Hamburger Regierung. Dieser Weg stieß auf viel breiteres Interesse und Zustimmung, als es das Wahlergebnis von 0,5 Prozent widerspiegelt. (...) Für die MLPD war diese Art der Wahlbeteiligung eine ganz neue Erfahrung und große Herausforderung. In Altona wurden wir mit unserem Auftreten in der Öffentlichkeit mit den Fragen der dort lebenden Menschen geradezu bombardiert und gefordert, die Suche nach einer wirklichen Perspektive überzeugend zu beantworten." Unabhängig davon, ob die MLPD bei dieser Suche wirklich behilflich sein kann, darf man sich mit ihr freuen, daß wenigstens einem Partner dieses breiten linken Bündnisses ein Erfolg beschieden wurde. Nur, ob die anderen beteiligten Organisationen die folgenden Ausführungen auch noch nachzuvollziehen vermögen, wagen wir zu bezweifeln: "Mit Unterstützung einer Reihe von Wahlhelfern haben wir in Altona das Stimmenergebnis der LINKEN ALTERNATIVE in einem Gebiet auf 10 Prozent heben können." Vielleicht hätte man doch die MLPD den Wahlkampf alleine machen lassen sollen?

Schwer tut sich die PDS/Linke Liste mit dem Ergebnis. In einer heftigen Kontroverse zwischen dem Bundesvorstand und dem Hamburger Landesverband hatte sich letzterer gegen das eindeutige Votum des BV, sich an diesen Wahlen nicht zu beteiligen, hinweggesetzt. Die Kritik aus Berlin, dies sei ein sektiererisches Bündnis, wurde damit gekontert, der BV betreibe eine Politik der Ausgrenzung gegen links. Angesichts des Ergebnisses konnte der BV sich lapidar auf die Feststellung zurückziehen, daß "das alternative Bündnis ‚Wehrt Euch` als zu enges und sektiererisches Bündnis erwartungsgemäß keine Zustimmung bei den Wählerinnen und Wählern gefunden" habe. Eine gemeinsame Erklärung des Hamburger Landesverbandes gibt es nicht. Andreas Grünwald, einer der Promoter dieses Bündnisses, erklärte jedoch im nachhinein: "Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg hat eine Konzentration auf das politische Klientel stattgefunden, das real erreichbar gewesen ist." Übersetzt: Man hat das erreicht, was man erreichen konnte und wollte. Und damit wiederum sei "eine gute Arbeitsgrundlage gegeben, den jetzt diskutierten rot-grünen Prozeß in seiner Desillusionierungsphase, die spätestens ab November '93 für Hamburg einsetzen wird, mit zum Gegenstand emanzipatorischer politischer Aktion zu machen". Womit eigentlich nur verlängert wird, worauf schon bei der Wahl gehofft wurde, daß es ein großes Potential von an der GAL enttäuschten Menschen gibt und geben wird.

Horst Bethge, Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der PDS/Linken Liste Hamburg, Befürworter einer Unterstützung von "rot-grün" im Wahlkampf, schlägt die eleganteste Kurve. Er äußert sich gar nicht zum Abschneiden der Linken Alternative, sondern konstatiert lediglich: "Bei dieser Wahl haben sich Hamburgs Linke auf GAL und die Wählervereinigung Linke Alternative - Wehrt Euch aufgesplittet". Man kann dies so sehen, wenn man eine große linke Gemeinschaft konstatiert, aber das Splitting ging immerhin im Verhältnis 114:4 aus. Ob da allen Ernstes noch von Splitting gesprochen werden kann?

Keine Stellungnahme war bisher von der Alternativen Liste(AL) zu bekommen. Sie ist die eigentliche Verliererin dieses Versuchs einer linken Kandidatur. Denn während DKP und MLPD mit diesem Bündnis bessere Ergebnisse erzielt haben als sie jemals allein erzielen würden, hat die AL real verloren. Und während der Landesverband der PDS sich nun für die kommenden Wahlen in den Schoß der Bundespartei zurückziehen kann, bleibt der AL als linke Alternative gegen die Grünen/GAL auf parlamentarischer Ebene kein Spielraum mehr.

he., Hamburg

# 23. Forderungen zur Änderung der Hamburger Asyl- und Flüchtlingspolitik

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:07

Dokumentation

Forderungen zur Änderung der

Hamburger Asyl- und Flüchtlingspolitik

Nun haben sie doch begonnen, die Verhandlungen um einen "rot-grünen" Senat in Hamburg. Wo der gewohnt illusionslose deutsche Linksradikale mit gewissem Recht gelangweilt abwinken darf, steht für andere einiges auf dem Spiel: z.B. für die in Hamburg lebenden Flüchtlinge und AsylbewerberInnen. Besteht die Chance, ihre Situation wenigstens minimal zu verbessern? Der Hamburger Arbeitskreis Asyl hat einen detaillierten Forderungskatalog erarbeitet, der den VerhandlungsführerInnen der GAL eine Reihe guter Argumente an die Hand gibt. Wir dokumentieren in Auszügen.

"Im Klima zunehmender rassistischer Übergriffe auf ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger ist es (...) Aufgabe (...) dem alltäglichen Rassismus entgegenzuwirken (...) Die heutige Zeit erlaubt es nicht mehr, unsere Augen zu verschließen."

Wir nehmen den Ausländerbeauftragten der Freien und Hansestadt Hamburg beim Wort.

Der offizielle und öffentliche Umgang mit Flüchtlingen beeinflußt das Denken innerhalb der Bevölkerung und trägt mit dazu bei, ob in diesem Land Flüchtlinge als MitbürgerInnen von der Bevölkerung aufgenommen oder als Menschen zweiter Klasse angesehen werden. Die heutige offizielle staatliche Politik schürt eher den alltäglichen Rassismus, als daß sie ihn bekämpft - auch durch Worte, vor allem aber durch ihr Handeln. Wer Flüchtlinge in Massenlager pfercht oder sie unter Autobahnbrücken in Containern hält, sie mit Papierzetteln zum Einkaufen schickt und sie zur Abschiebung in Knäste steckt, wer Flüchtlinge in Laufgittern vor Behörden anstehen läßt und Notleidende illegalisiert und kriminalisiert, weil ihnen der entsprechende Stempel fehlt, der muß sich nicht wundern, wenn der deutsche Durchschnittsbürger den Eindruck gewinnt, bei Flüchtlingen handele es sich nicht um Menschen, die das Recht haben, als Gleiche behandelt zu werden, weil sie gleich sind. Wer dieses Denken durch sein Handeln mit befördert, der muß auch die Verantwortung für nachfolgende Taten tragen. (...)

Trotz des Versuchs, das Asylrecht de facto abzuschaffen, wird es weiterhin AsylbewerberInnen geben, wenngleich die meisten Verfolgten kaum noch eine Chance haben, hier Schutz vor Verfolgung zu finden. Vor allem aber wird unabhängig von der jeweiligen Asylrechtsgestaltung sich nichts daran ändern, daß Migration weiterhin stattfinden wird - in welcher Form und unter welchen Umständen auch immer. (...)

Wir stellen deswegen an die Hamburger Landespolitik folgende Anforderungen:

Zentrale Erstaufnahme

"Ausländer, die den Asylantrag bei einer Außenstelle des Bundesamtes (BAFL, d. Verf.) zu stellen haben (§ 141 Absatz 1 AsylVfG), sind verpflichtet, bis zu sechs Wochen, längstens jedoch bis zu drei Monaten, in der für ihre Aufnahme zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu wohnen" (§ 47 Absatz 1 AsylVfG). Für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge unter 16 Jahren gilt diese Verpflichtung nicht. (...)

Die Aufnahmeeinrichtungen in den Bundesländern haben eine zentrale und entscheidende Funktion, die gesetzlichen Regelungen des AsylVfG zügig umzusetzen. Sie ermöglichen einen unmittelbaren Zugriff aller behördlichen Zuständigkeiten auf Flüchtlinge während und bei Beendigung der Asylverfahren. (...)

Unverzichtbar für die zukünftige Flüchtlingspolitik der Freien und Hansestadt Hamburg ist:

- die sofortige Schließung der Zentralen Erstaufnahme im Hafengebiet Neumühlen.

- Statt dessen müssen Flüchtlinge in den städtischen Wohngebieten leben dürfen. Wer sagt, dies führe zu Konflikten, verhindert den Dialog zwischen Flüchtlingen und Wohnbevölkerung und will die Ghettoisierung;

- die Dezentralisierung aller mit der Durchführung der Asylverfahren befaßten behördlichen Dienststellen, insbesondere der ausländerbehördlichen und polizeilichen Zuständigkeiten;

- die Schaffung eines über bestehende Strukturen hinausgehenden zusätzlichen Beratungsangebotes. Das vom Hamburger Arbeitskreis ASYL e.V. und dem Flüchtlingsrat Hamburg vorgelegte Konzept einer Beratungs-, Informations- und Dokumentationsstelle ist die Grundlage dieser zusätzlichen Beratung von Flüchtlingen, finanziert aus Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg in Trägerschaft eines Trägervereins.

- Der Verein erhält zusätzlich die Aufgabe, auf dem Gelände des Flughafens Hamburg Flüchtlinge zu beraten, die bei den Grenzbehörden am Flughafen einen Asylantrag zu stellen beabsichtigen.

Abschaffung der Sammellager

Seit Jahren werden Flüchtlinge in sogenannten Sammelunterkünften für Asylbewerber oder auch in Hotels untergebracht. Z.T. wegen gesetzlicher Vorgaben (Asylverfahrensgesetz), aber auch der Weigerung anzuerkennen, daß Flüchtlinge zur Wohnbevölkerung gehören, ist es diesen in der Regel nicht möglich, aus den Sammellagern auszuziehen. (...)

Nach wie vor festgehalten wird dabei an einer Lagerkonzeption, die Asylsuchende von einheimischer Bevölkerung separiert. (...)

Sinnvolle Flüchtlingspolitik kann dagegen u.E. nur auf eine Integration von Asylsuchenden und anderen Flüchtlingen abzielen. Dies muß die Wohnungspolitik in dieser Stadt mit einschließen, d.h. Flüchtlingen muß grundsätzlich der Zugang zum sozialen Wohnungsbau ermöglicht werden. Bei zukünftigen Wohnungsbauplanungen ist diese Gruppe von Menschen ebenso mit einzubeziehen, wie andere benachteiligte Gruppen auch. Die Unterbringung in den noch bestehenden Lagern ist zwischenzeitlich so zu gestalten, daß sie den Bedürfnissen von Flüchtlingen zumindest annähernd gerecht wird. Das bedeutet u.E. die Schaffung von Wohneinheiten mit Kochgelegenheit und sanitären Anlagen, die Wahrung der Privat- und Intimsphäre und die Aufhebung der völlig rechtlosen Stellung von Flüchtlingen der Verwaltung gegenüber. Menschen mit besonderen Problemlagen, z.B. Folteropfern muß ein sofortiger Zugang zu Wohnraum eröffnet werden. Hotelplätze sowie Containerdörfer gehören abgeschafft.

Minderjährige Flüchtlinge

(...) Ein umfassendes Konzept zur Verbesserung der Situation minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge sollte folgende Leitgedanken würdigen:

- Herausnahme von Kindern und Jugendlichen aus dem Asylrecht bei gleichzeitiger Erteilung eines langfristigen Aufenthalts.

Keine Verteilung und Abschiebung.

Die zunehmende Illegalisierung auch von Kindern und Jugendlichen muß wirksam verhindert werden.

- Das in § 1, Abs. 1 KJHG formulierte Recht auf Förderung der Entwicklung und Erziehung eines jeden jungen Menschen muß auch uneingeschränkt für ausländische Jugendliche bis 18 Jahre gelten. (...)

(Es folgen eine Reihe weiterer Forderungen für minderjährige Flüchtlinge sowie die Forderung nach beruflicher Qualifikation und Weiterbildung auch für erwachsene Flüchtlinge. Anm. d. Red.)

Abschiebung

Bei der Abschiebung von nichtanerkannten AsylbewerberInnen legt Hamburg ein Engagement und einen Eifer an den Tag, den es leider in anderen Bereichen des Umgangs mit Flüchtlingen (z.B. Unterkunft, Beratung, etc.) vermissen läßt. In der Abschiebepraxis Hamburgs läßt sich das liberale Flair der Hansestadt nicht wiederfinden. Hamburg hat bundesweit mit die höchste Rate an Abschiebungen. Die Zustände in der Ausländerbehörde im sogenannten Bereich "aufenthaltsbeendende Maßnahmen" sind unhaltbar und für die betroffenen Flüchtlinge unzumutbar. Als gelte die Maxime, eine möglichst hohe Abschieberate erreichen zu müssen, wird der jeweilige Ermessensspielraum im Einzelfall, den die dortigen Beamten haben, generell gegen die Flüchtlinge entschieden. Häufig völlig willkürlich und ohne Transparenz wird die Abschiebung

angeordnet und der Flüchtling überfallartig verhaftet. Wer glaubte, nur einen Gang zur Ausländerbehörde zu machen, um seine Aufenthaltsgenehmigung verlängern zu lassen, sieht sich Stunden später in Abschiebehaft.

Die Behandlung der Flüchtlinge ist überwiegend menschenunwürdig. Beamte verhalten sich respektlos gegenüber den Betroffenen und nutzen deren Notlagen aus. Pöbeleien, rassistische Sprüche bis hin zu tätlichen Angriffen sind an der Tagesordnung und besonders während der Haft sind Flüchtlinge den "Staatsdienern" schutzlos ausgeliefert. Nach welchen Kriterien die Behörde Personalbesetzungen für den Abschiebebereich vornimmt, ist nicht bekannt. Entsprechende Vorqualifizierung scheinen körperliche Durchsetzungsfähigkeit und ein sich allseits Luft verschaffendes "deutsches Volksempfinden" zu sein. (...)

Um den AsylbewerberInnen eine gewisse Rechtssicherheit auch ohne anwaltlichen Schutz zu garantieren und eine behördliche Umgangsweise, die der Menschenwürde entspricht, bedarf es folgender unverzichtbarer Voraussetzungen:

- sofortiger und genereller Verzicht von Abschiebehaft, was impliziert, daß auf den Neubau eines Abschiebegefängnisses verzichtet wird;

- sofortige Auflösung der Abteilung "aufenthaltsbeendende Maßnahmen" und der Arbeitsgruppe E 433 (Asylmißbrauch) der Ausländerabteilung des Einwohnerzentralamtes;

- sofortige Einstellung jeder Art von Behinderung bei Asylbeantragungen auf dem Flughafen und Verzicht auf Internierungseinrichtungen auf dem Flughafengelände. Unverzügliche Einrichtung eines unabhängigen Sozialdienstes auf dem Flughafengelände für die Erstbetreuung der Flüchtlinge.

- Die verbindliche Einführung einer Einzelfallprüfung nach Beendigung der Aufenthaltsgenehmigung (die bisher zwar vorgesehen ist, aber in der Praxis nicht durchgeführt wird). In jedem Fall soll geprüft werden, ob Gründe für weitere Abschiebehindernisse vorliegen auf

- international rechtlicher Ebene laut Genfer Flüchtlingskonvention (zu erwartende Verfolgung nach Abschiebung ins Herkunftland);

- auf tatsächlicher Ebene durch humanitäre persönliche Gründe (Familiensituation, Ausbildung, Gesundheitszustand, Schwangerschaft, Aufnahmebereitschaft des Herkunftslandes, etc.).

Zweck der Einzelfallprüfung soll sein, daß anstelle der bisherigen Behördenintention möglichst hohe Abschieberaten zu erzielen, der politische Spielraum der Hamburger Landesregierung im Sinne der Betroffenen genutzt wird.

- Genereller Abschiebestopp in Krisen- und/oder Kriegsgebiete:

Entgegen der bisherigen Bemühungen des Senats, mit Hilfe der abwegigsten und skurrilsten Argumentationen, Länder mit Krisen- und Kriegsgebieten als abschiebefähig zu erklären (z.B. Kurden in die Türkei) und die Abschiebung trotz Gefährdung der Flüchtlinge durchzuführen, bedarf es einer frühzeitigen und großzügigen Verhängung von Abschiebestopps je nach Situation in den jeweiligen Ländern, soll eine Gefährdung für bestimmte Flüchtlingsgruppen ausgeschlossen werden. Als unverzichtbar gilt derzeit ein Abschiebestopp für

- Kurden in die Türkei,

- Afghanen,

- Angehörige des ehemaligen Staatsgebiets Jugoslawien.

Des weiteren steht zur Zeit ein Abschiebestopp an für:

- Sri Lanka,

- Amadias nach Pakistan,

- Liberia,

- Togo

(...)

(Es folgen Abschnitte zur besonderen Versorgung bestimmter Flüchtlingsgruppen, u.a. Folteropfer und Opfer sexueller Gewalt, zum Asylbewerberleistungsgesetz, zu Kriegsflüchtlingen und zur Illegalisierung von Einwanderern. Anm. d. Red.)

Bundespolitische Initiativen

Der Freien und Hansestadt Hamburg stehen verschiedene Möglichkeiten der Einflußnahme auf bundespolitische Entscheidungen zur Verfügung. Zu ihnen gehören die Meinungsbildungsprozesse und Abstimmungsverfahren des Bundesrats sowie der Bundesinnen- und Sozialministerkonferenzen.

Die geltenden gesetzlichen Regelungen und die entsprechenden Verwaltungsbestimmungen im Asyl-, Ausländer- und Sozialrecht erfordern auf allen Ebenen erhebliche Korrekturen. Für dringend erforderlich halten wir politische und gesetzliche Initiativen der Freien und Hansestadt Hamburg hinsichtlich:

- einer Wiederherstellung des Artikel 16 GG in seiner ursprünglichen Fassung (Art. 16, Abs. II GG "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht");

- einer umfassenden Revision des AsylVfG:

- insbesondere der Abschaffung aller Einzelentscheidungsverfahren und

- der Abschaffung der zentralen Entscheidungsinstanzen nach Ländern sowie der zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen,

- einer großzügigen und abschließenden Bleiberechtsregelung, zumindest für solche Flüchtlinge, die vor dem 1. Juli 1993 ein Asylverfahren betrieben haben,

- eines nicht befristeten Abschiebeschutzes für Flüchtlinge in eigener Kompetenz der Länder,

- der Streichung aller Visapflichten für Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten sowie eine umfassende Bleiberechtsregelung für diesen Personenkreis,

- der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes,

- einer Revision der Bestimmungen im Arbeitsförderungsgesetz und im Garantiefond,

- des Einbürgerungsrechts für in der Bundesrepublik Deutschland Geborene,

- der Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit.

Hamburger Arbeitskreis ASYL e.V.

Flüchtlingsrat Hamburg

Bürgerinitiative "Dem Haß keine Chance" im Bürgerhaus Wilhelmsburg

Gemeinwesenarbeit St. Pauli Süd e.V.

Haus für Alle e.V.

Solidarische Kirche in Nordelbien

Sönke Ullrich - Ausländerbeauftragter des Kirchenkreises Stormarn

WIR - Internationales Zentrum in Altona e.V.

Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen im Republikanischen Anwaltsverein Hamburg: Cornelia Ganten-Lange, Ursula Hein, Erna Hepp, Hartmut Jacobi, Maria Elisabeth Mentges, Marion Pein, Michael Spielhoff, Björn Stehn, Annette Voges

VIA - Verband der Initiativen in der Ausländerarbeit, Hamburg

Kontakt über: Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V., Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. 040/3908862, Fax 040/3909866

# 24. Die Scham ist vorbei. Der Neonationalsozialismus zu Gast bei der Friedrich-Ebert-Stiftung

Rubrik: SPD; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:05

Beim Angriff gegen die sozialdemokratische Friedenspolitik schießt die extremistische "Neue Rechte" inzwischen aus allen Rohren. Auch innerhalb der SPD sind Kräfte am Werk, die das Lebenswerk Willy Brandts, die Aussöhnung mit Osteuropa nach den Verbrechen unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg, umdeuten wollen in eine Politik gegen die Menschen in Osteuropa, zu deren Schaden eine angebliche Brandt-Bahr-Breschnew-Clique marode kommunistische Regimes stabilisiert hätte. Weil sie sich an den Ehrenpräsidenten der Partei noch nicht herantrauen, sollen zuerst seine Enkel demontiert werden, die in den 80er Jahren die Friedenspolitik fortsetzten. Vom "Milliardenkredit" an die DDR, den Franz Josef Strauß besorgte, von den KoKo-Kontakten des Alexander Schalk-Golodkowski mit den Größen des Helmut-Kohl-Staates spricht dabei niemand, denn die SPD und ihr außenpolitisches Faustpfand, die Friedenspolitik der 70er und 80er Jahre, sollen vor der nächsten Bundestagswahl demontiert werden. Der Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, mit Kommunisten gemeinsame Sache gegen die Interessen der Menschen gemacht zu haben, hat noch immer sein Ziel erreicht.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) veranstaltete am 14. und 15. September 1993 einen Kongreß zu dieser neuen Debatte. Nach dem Programm zu urteilen, sind bei den Referenten, und Diskutanten die Gegner der SPD-Friedenspolitik in der Überzahl. Einer ihrer prominenten Vertreter ist der Nationalrevolutionär Herbert Ammon, der von der FES eingeladen wurde. Ammon ist ein Anhänger des rechtsextremistischen Ideologen Ernst Niekisch, den der Verfassungsschutzbericht 1992 des Bundesinnenministers als Vordenker des Neonationalsozialismus nennt. Die bundesdeutsche Niekisch-Szene ist führend in der Kritik der SPD-Friedenspolitik, in der sie einen angeblichem "Verrat am deutschen Volke" sieht.

Mit Niekisch gegen die Republik

Ammon bekannte sich in den 80er Jahren mehrfach zu Niekisch, gab einen Niekisch-Text heraus und verfaßte eine Schrift zu dessen "Ehrenrettung", wie er es nannte. Er versuchte auch, Niekisch als "Linken" hinzustellen und auf diese Weise Verwirrung bis in die SPD hinein zu stiften. In Ammons Politzirkeln finden sich zahlreiche weitere Niekisch-Anhänger.

Ernst Niekisch war ein Konkurrent Hitlers, der vor allem in den 20er Jahren politisch wirkte. Als erbitterter Feind der Weimarer Republik wollte er die Demokratie zugunsten eines militaristischen, rassistischen und autoritären Staates abschaffen und alles Jüdische und "Welsche" aus Deutschland tilgen: "in einer Bartholomäusnacht und Sizilianischen Vesper" in einem - wie er seinen Vorgeschmack auf Auschwitz nannte. 1929/30 beschwor er in seinen Schriften die "Aufwallungen jener germanischen Zornmütigkeit, die lieber tot als Sklave der Welschen sein möchte" und forderte: "Mit grausamer Härte muß es (das deutsche Volk) in sich selbstausrotten, was in ihm dem Westen verbündet ist, dem Westen Zuträgerdienste anbietet, dem Westen Vorschub leistet." "Das Bürgerlich-Liberale ist unter den heutigen Weitverhältnissen für Deutschland ‚Feind im Land`." "Nie kann der Jude, auch wenn er besten Willens und edelster Absichten voll ist, Führer eines anders gearteten Volkes sein." "Deutschlands Heil liegt nicht bei Girls; für Deutschland ist der Feminismus mit all seinen pazifistischen, humanitären, ethisierenden und ökonomisierenden Masken der politische Krebs. Deutschland hat es zu schwer, als daß es sein Schicksal Weibern anvertrauen dürfte", so Niekisch 1929. Niekisch kritisierte Hitler und die NSDAP von rechts her als "zu legalistisch" und strebte einen Putsch gegen die Weimarer Republik an. Als Konkurrent Hitlers wurde er 1937 von den Nazis verhaftet und angeklagt. Willy Brandt lehnte es als Regierender Bürgermeister von Berlin ab, sich für Niekisch und dessen Antrag auf Zahlung von Entschädigung für die Nazi-Haft einzusetzen. Niekischs "Widerstand"-Begriff aus den 20er Jahren bezog sich nicht auf den Widerstand gegen den Faschismus, sondern auf den Widerstand gegen den Friedensvertrag von Versailles und gegen die Weimarer Demokratie. Was hat ein Anhänger Niekischs heute bei der FES zu suchen?

Die Nationalrevolutionäre der 80er Jahre

Herbert Ammon war in den 80er Jahren ein führender Kopf der inzwischen aufgelösten politischen Splittergruppe "Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion" (LDD), die bereits damals - aber noch vergeblich -

versuchte, in der SPD Einfluß gegen die Friedenspolitik zu nehmen. Der SPD-Pressdienst blick nach rechts brachte mehrfach Artikel über die LDD und ihre Anhänger, die aufdeckten, daß es sich um eine neofaschistische Tarngruppe handelte. Die Jusos des Unterbezirks Bonn der SPD faßten einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die LDD, weil hier antidemokratisches und völkisch-rassistisches Gedankengut vertreten werde.

Die LDD gehörte zu einem Netz nationalrevolutionärer Organisationen, das seit den 70er Jahren aus dem antikapitalistischen Flügel der NPD und aus verwirrten ehemaligen Maoisten entstand. Sie sahen sich alle in der Tradition der republikfeindlichen "Nationalrevolutionäre" und "Nationalbolschewisten" der 20er Jahre. Ihr Gründer war der ehemalige K-Grüppler Rolf Stolz, der unter dem Wahn litt, von Washington und Moskau gleichzeitig "kolonialisiert" zu werden. Heute schreibt Stolz für die Publikationen des früheren NPD-Bundestagskandidaten Bernhard C. Wintzek, der 1970 die "Aktion Widerstand" gegen die SPD-Friedenspolitik initiierte (Parole damals: "Willy Brandt an die Wand!"). Ammon ist einer der engsten politischen und persönlichen Freunde von Stolz, seine Niekisch-Verteidigungsschrift wurde von Stolz veröffentlicht.

SA-Traditionen

Gemeinsam mit Ammon traten bei der LDD vor allem Rechtsextremisten auf: z.B. "SA-Schenke", Wolf Schenke, vor 1945 Funktionär in der Reichsleitung der Hitler-Jugend und Korrespondent des NSDAP-Zentralorgans Völkischer Beobachter, nach 1950 ein Organisator der Zusammenarbeit zwischen den Anhängern Niekischs und der Konkurrenz um die Gebrüder Strasser, die der Verfassungsschutzbericht ebenfalls als Ahnen des heutigen Neonationalsozialismus nennt. Z.B. Wolfgang Venohr, der sich als "Schüler" Niekischs versteht und seinerzeit öffentlich gegen die angebliche Beästigung der Deutschen durch den Film "Holocaust" protestierte. Z.B. Peer Bahn und Hubertus Mynarek, beide Anhänger der völkisch-rassistischen Sektenszene der 20er Jahre und der Ideologen aus dem Kirchenkampf der Nazis. Bahn trat aus der NPD in die maoistische KPD über und ging danach wieder zum Rechtsextremismus; er war auch z.B. gemeinsam mit prominenten europäischen Rechtsextremisten bei Seminaren als Redner aufgetreten, so 1986 mit dem Briten Michael Walker und dem Flamen Robert Streuckers; Walker war von der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament 1986 in einer Broschüre Against Racism and Fascism in Europe als ein führender Kopf des Neofaschismus genannt worden. Zusammenarbeit der LDD bestand auch bis zu Vertretern des "Collegium Humanum" (CH) des früheren SA-Funktionärs Werner Georg Haverbeck und dessen Frau Ute Haverbeck-Wetzel; im CH tagte laut Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 1984 das "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH), das von Michael Kühnen gegründet worden war. Der "W-Gruß" der "Aktion Widerstand" der frühen 70er Jahre, der ausgestreckte rechte Arm mit den zum "W" geformten ausgestreckten drei Fingern, heißt heute allgemein "Kühnen-Gruß". Es ist kein Zufall, daß der Verfassungsschutzbericht heute die nationalrevolutionäre Szene in der Tradition der SA sieht.

Horst-Wessel-Lied

Der SPD-Pressedienst brachte im November 1987 in seiner Ausgabe blick nach rechts die Nachricht, daß die LDD gemeinsam mit einer Gruppe "Politische Offensive" das Postfach teile. Auf einer PO-Tagung sei das verbotene Horst-Wessel-Lied der SA gesungen worden und Propagandamaterial der inzwischen verbotenen "Nationalistischen Frone" verteilt worden. Im PO-Büro hätten Plakate der nazistischen österreichischen Zeitschrift "Sieg" gehangen, deren Chef Walter Ochensberger von der Bundesrepublik Deutschland an Österreich ausgeliefert und dort laut Verfassungsschutzbericht wegen Verbreitung von Nazi-Propaganda und der "Auschwitz-Lüge" im Knast sitzt. Gemeinsame Gründungsmitglieder von LDD und PO und Inhaber des Postfachs waren die Nationalrevolutionäre Axel Emmrich und Jürgen Kraus; Kraus stammte aus dem NPD-Feld. Beide waren auch Mitbegründer der Zeitschrift wir selbst, die ihr Erscheinen der Unterstützung des libyschen Staatschefs Muhammad al Gaddafi verdankte, der bis heute zahlreiche rechtsextremistische Gruppen in Europa finanziert. Das Blatt gilt als Hausblatt des nationalrevolutionären Chefidiologen Henning Eichberg, der inzwischen auch in der Ebert-Stiftungs-eigenen Zeitschrift Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte publizieren durfte; hier veröffentlichte auch Ammon immer wieder sein nationales Gedusel. In wir selbst wurde nicht nur Franz Schönhuber belobigt, hier schrieben auch Schönhuber-Unterstützer - und es schrieb hier mehrfach Herbert Ammon. Die Vernetzung des Rechtsextremismus zeigte auch z. B. der Autorenaustausch

zwischen wir selbst und dem Blatt Nation + Europa (N+E), das der Verfassungsschutzbericht durchgehend als rechtsextremistisch aufführt; der N+E-Autor Karl Höffkes war Mitherausgeber von wir selbst.

Die rechtsextremen Wirrköpfe der PO forderten "alle Mitglieder der SPD und auch der Grünen" auf, sich der PO als angeblich "fortschrittlicher deutscher Emanzipationsbewegung" anzuschließen. Hinderlich war da wohl nicht nur die absurde Forderung nach einem "gesetzlichen Verbot westlicher Musik zum Schutz nationaler Eigenarten"; Ammon hatte 1982 in einem Beitrag zu einem Buch von Wolfgang Venohr bereits die Verbreitung westlicher Pop-Musik kritisiert und eine angebliche Hinwendung der deutschen Jugend zum deutschen Volkslied beschworen. In dieser Szene kennt man sich eben seit Jahren.

Es versteht sich von selbst, daß sich Herbert Ammon niemals von dieser politischen Szene distanzierte. Heute gibt ihm die FES die Ehre des Auftritts gegen Egon Bahr.

Vorläufer der "Hofgeismarer" Fascho-Jusos

Diese vernetzte Szene des Rechtsextremismus um die LDD versuchte in den 80er Jahren, innerhalb der Grünen und der SPD auszutesten, was an rechtsextremer Politik möglich sei. Die Grünen haben in langen Diskussionen die Nationalrevolutionäre hinausgedrängt, in der SPD dagegen formieren sie sich heute neu im "Hofgeismarer-Kreis" der sächsischen Fascho-Jusos. Sie wollen anknüpfen an die 20er Jahre-Tradition, als Ernst Niekisch den damaligen "Hofgeismarer-Kreis" und die "Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens" anführte, eine rechtsextreme Abspaltung der SPD. Offenbar steckt System in der Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung hin zu den Nationalrevolutionären, denn die FES finanziert heute auch die Seminare der Leipziger Fascho-Jusos. Während es in den 80er Jahren gelang, drei Jungsozialisten, die in der LDD mitarbeiteten, politisch zu isolieren, scheint sich das Blatt innerhalb der SPD in den 90er Jahren zu wenden. Das zeigt der Auftritt Ammons, das zeigt aber auch die zeitweilige Beschäftigung des LDD-Mitglied Christian Wipperfürth als Mitarbeiter des SPD-Europaabgeordneten Edelbert Richter aus Weimar. Richter sitzt jetzt mit Ammon bei der FES auf dem Podium. Mal hören, was er zu sagen hat. Eine Kritik an der SPD-Friedenspolitik, die in (neo-) faschistischer Tradition steht, wird jedenfalls auch heute kaum Resonanz bei der Parteibasis finden. Der Bonner SPD-Unterbezirk hat bereits in einem Beschluß gegen die Leipziger Fascho-Jusos Front gemacht, wie damals die Bonner Jusos gegen die LDD von Ammon und Stolz.

Bonner Institut für Faschismus-Forschung und Antifaschistische Aktion,

September 1993

# 25. Stoppt die Nazi-Zeitungen (Dokumentation)

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:04

Da die die diversen Verwarnungen und Aktionen bei einigen Vertrieben und HändlerInnen offensichtlich nichts bewirkt haben, haben sich mehrere Gruppen zusammengetan und rund 50 Zeitungsläden in den Bezirken Marzahn, Hellersdorf, Neukölln, Mitte, Lichtenberg, Reinickendorf, Charlottenburg, Wilmersdorf, Kreuzberg, Schmargendorf und Schöneberg besucht. Dabei wurden drei Kioske abgefackelt und mehrere mit übelriechenden Substanzen bedacht. Außerdem wurden viele Schlösser verklebt und Begründungen gesprüht und geklebt.

Seit fast einem Jahr läuft eine Kampagne, die sich gegen den öffentlichen Verkauf faschistischer Zeitungen an Kiosken wendet. Faschistische Zeitungen, damit meinen wir die Blätter, die auf eine neue diktatorische bzw. faschistische Gesellschaftsordnung hinarbeiten. Sie verleugnen oder relativieren die Shoa (Völkermord an den europäischen Juden, Anm. AK), fordern die ehemaligen "Ostgebiete" zurück, verbreiten rassistische Hetze und sehen für Frauen in "Friedenszeiten" nur die Rolle an Heim und Herd vor. Mehr oder weniger direkt wird von diesen Blättern allen jüdischen Menschen und allen, die nicht weiß, deutsch und gesund sind und allen Linken, eine Lebensberechtigung abgesprochen. Dabei gehen diese Zeitungen unterschiedlich vor, sie sprechen unterschiedliche Schichten an und sind auch unterschiedlich offen faschistisch.

Konkret richten wir uns gegen folgende Zeitungen:

- Deutsche Nationalzeitung und Deutsche Wochenzeitung des Bonzen, mehrfachen Hausbesitzers, Verlegers und DVU-Vorsitzenden Frey;

- Deutschen Standpunkt des ehemaligen FAP-Vorsitzenden Pape;

- Deutsche Stimme, Monatszeitung der NPD;

- Criticon, ein Organ der sogenannten "Neuen Rechten";

- Junge Freiheit, ebenfalls aus dem neurechten Spektrum.

Besonders gefährlich ist die Junge Freiheit (JF) und das nicht nur, weil sie ab 1994 wöchentlich erscheinen will. Die Junge Freiheit wurde 1986 als internes Theorieorgan gegründet. Mittlerweile hat sie eine Auflage von über 30.000. Ihr Herausgeberverein "Förderverein zur Wiedervereinigung Deutschlands, Unitas Germania" ist von den Behörden als gemeinnützig anerkannt. Denen scheint es nichts auszumachen, das Revisionisten wie Ernst Nolte und David Irving Deutschlands Kriegsschuld leugnen, die Ermordung von Millionen Menschen in den Gaskammern der Nazis bestreiten und die Opfer verhöhnen. Auch Werbung für faschistische Zeitungen und Organisationen scheint in Deutschland 1993 als gemeinnützig zu gelten.

Ein wichtiges Ziel der JF ist das Abbauen von Berührungsängsten zwischen Konservativen und Rechtsextremen, CDU-Funktionären, rechten Universitätsprofessoren, Reps, Nationalen und Nationalrevolutionären. So schreiben in der Jungen Freiheit z.B. der ehemalige Wiking-Jungendkämpfer Stefan Ulbrich, das (ehem.) NSDAP/AO-Mitglied und jetzige Deutsche Liga-Funktionär Harald Neubauer, der Witikone und Danubia-Burschenschaftler Hans-Ulrich Kopp, sowie der ehemalige REP-Funktionär Carsten Pagel. In ihrem LeserInnen- und UnterstützerInnenkreis finden sich bekannte Namen, wie z.B. Heinrich Lummer. Die Junge Freiheit intellektualisiert faschistische Positionen und verpackt sie konservativ. Auf diese Weise wollen die MacherInnen der Zeitung nicht nur politische Macht, sondern zuerst eine kulturelle Verherrschaft, erreichen.

Was das konkret heißt zeigen folgende Punkte:

Die AutorInnen der Jungen Freiheit brüllen nicht "Ausländer raus!", sondern reden von "Ethnopuralismus". Das bedeutet, daß einzelne Menschen und ganze Völker nicht nur verschieden, sondern auch nicht gleichwertig sind. Den so definierten minderwertigen Menschen soll der Zugang nach West-Europa versperrt sein.

Der einzige Schutz, den sie Flüchtlingen gewähren wollen, ist der vor der "Vermischung mit der deutschen Rasse". Ihr Ziel ist ein "ethnisch reines" Volk in einem autoritären Deutschen Reich in den Grenzen von 1937.

Das heißt, nicht nur "Ausländer raus", sondern auch: Schluß mit "Grundrechten und Liberalismus". Und endlich Schluß mit der Pressefreiheit (ist ja auch praktischer, dann kann die schon kein Mob mehr angreifen). Frauen sollen Männer untertan sein, gesunde, weiße, deutsche Kinder bekommen und dürfen ihre angeblich angeborenen Fähigkeiten im Hegen und Bewahren sicher bald wieder in Feldlazaretten ausleben.

Wir wissen aber auch, was Grundrechte und Liberalismus unter patriarchalen, rassistischen und kapitalistischen Bedingungen bedeuten, und deshalb heißt Antifaschismus für uns mehr, als nur gegen Nazis und ihre Presse zu kämpfen. Konkrete Antifaarbeit ist für uns ein Teil des Kampfes gegen Bonzen, PolitikerInenn, Macker und RassistInnen, gegen den imperialitischen Normalzustand.

Ein Teil dieses Normalzustands sind die Massen von Softpornoscheiße, die in fast allen Kiosken liegen und aushängen. Diese Vermarktung von Frauen- und Kinderkörpern, diese sexistische und heTERRORsexistische Propaganda kotzt uns an.

Weil in den rechtsextremen und faschistischen Blättern viel zusammenkommt, haben wir jetzt diese gemeinsame Aktion gegen den öffentlichen Verkauf gemacht. Durch den Verkauf in den Läden sind die Zeitungen, zusätzlich zu ihrem großen internen Stellenwert, auch noch maßgeblich an der Ausbreitung und Bestärkung faschistischen, frauenfeindlichen und rassistischen Gedankengutes in der Bevölkerung beteiligt.

Wir bekämpfen die faschistischen Zeitungen aber nicht, um diese Schein-Demokratie zu verteidigen, sondern weil sie ein Hindernis sind auf dem Weg zur Befreiung, weil sie mit rassistischer Hetze Mordbrenner unterstützen und legitimieren und weil sie ein Motor sind, der diese Gesellschaft immer weiter nach rechts treibt.

Kampf dem System!

Keinen Fußbreit dem Faschismus!

Verhindert das wöchentliche Erscheinen der Jungen Freiheit!

Antifaschistische Lesbenfrauengruppe und andere antifaschistische Gruppen

# 26. Chronologie rassistischer Anschläge (12.9.8.10.93)

*und der bundesdeutschen rassistischen und antisemitischen Normalität*

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:19

In Wahmbeck bei Göttingen brach ein Feuer in einem Jugendfreizeitheim aus. Laut Polizei sei noch unklar, ob das Feuer gelegt worden oder aus anderen Gründen ausgebrochen sei. Der Sprengeljugendwart geht "ganz fest" von einer Brandstiftung aus. Dies hätten sowohl beim Löschen beteiligte Feuerwehrleute als auch Polizisten bestätigt. Konkrete Hinweise auf Zusammenhänge mit einer zeitgleichen Grillfete von Rechtsradikalen habe er allerdings nicht. In dem Jugendfreizeitheim hatte gerade eine dreitägige Veranstaltung zu ausländer- und flüchtlingspolitischen Fragen stattgefunden. Unter den 200 TeilnehmerInnen befanden sich auch libanesische, türkische und bosnische Jugendliche. (Göttinger Tageblatt, GT, 17.9.93)

13.9.

In Bonn-Beuel soll ein Polizeibeamter einen 36jährigen Iraner auf der Wache gestoßen, gewürgt und geschlagen haben. Der Mann hatte die Polizei gerufen, weil er Hilfe in einem Mietstreit benötigte habe. Die Polizei bestreitet die Vorwürfe. (General-Anzeiger, GA, 15.9.93)

14.9.

In Hannover-Kirchrode sind in einer Wohnanlage für Asylsuchende 14 von 56 Wohncontainern ausgebrannt. Zehn weitere Container wurden beschädigt. Ein Wachmann erlitt eine Rauchvergiftung. Die Polizei hat keine Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund der Straftat. Von den zehn anwesenden Asylsuchenden wurde niemand verletzt. Der Sachschaden beläuft sich auf 500.000 Mark. (FAZ und taz, 16.9.93)

In Bonn erklärte der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, daß die Änderung der Asylgesetze nicht zur Eindämmung der Gewalt gegen Ausländer beigetragen habe. Die Gewalt habe sogar noch zugenommen. Die Grundrechtsänderung "war für die Gewalttäter ein Signal". Im Jahr 1992 gab es 80 Schändungen von jüdischen Friedhöfen. Das seien soviel wie in den Jahren 1926 bis 1931 zusammen. Bubis gab den Brief eines Pfarrers wieder, in dem dieser sich über einen Juden in Mecklenburg-Vorpommern erregte, der 20 Prozent eines von einer Audi-Vertretung gemieteten Grundstücks besitzt. Anstatt das Grundstück zu verkaufen, so der christliche Pfarrer, fordere dieser Jude immer höhere Miete. "Ich lache über solche Briefe", sagte Bubis, "eigentlich aber ist es bedenklich." (SZ, 15.9.93)

In Berlin wurden drei Jugendliche wegen des Verdachts räuberischer Taten in U-Haft genommen. Sie hatten seit April in Wedding und Tiergarten neun Homosexuelle in öffentlichen Toiletten niedergeschlagen und ausgeraubt. (Berliner Zeitung, BZ, 15.9.93)

In Dolgenbrodt erhält die Gemeindeverwaltung Solidaritäts-Schreiben aus der rechtsradikalen Szene. Der Ort war im August in die Schlagzeilen geraten, weil Einwohner einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim initiiert haben sollen. (BZ, 15.9.93)

15.9.

In Sachsenhausen wurde die KZ-Gedenkstätte erneut geschändet. Zwei Gästebücher wurden mit Hakenkreuzen und neofaschistischen Parolen beschmiert. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. (GA, 17.9.93)

In Ehningen wurde die Wohnung des neofaschistischen "Liedermachers" Frank Rennicke durchsucht. Die Polizei beschlagnahmte Musikkassetten und Liederhefte mit fremdenfeindlichem Inhalt. Die "Kampflieder" seien Volksverhetzung, teilte das Landeskriminalamt in Stuttgart mit. Rennicke, Träger des "Schlesischen Kulturpreises der Jugend", ist seit Jahren beliebter Barde bei der NPD, den Burschenschaften und dem Bund der Vertriebenen. (taz, 16.9.93)

In Dresden wurde der Prozeß gegen die neofaschistischen Mörder des Mosambikaners Jorge Gomodai eröffnet. Zwei angetrunkene Neofaschisten entboten der Versammlung im Dresdener Landgericht den Hitler-Gruß, woraufhin die Verhandlung unterbrochen wurde. (taz, 16.9.93)

In Göttingen kam es zwischen rechten und antifaschistischen Schülern zu einer Schlägerei auf dem Busbahnhof. Nach Polizeiangaben kommt es hier häufiger zu auch politisch motivierten körperlichen Auseinandersetzungen unter Schülern. (GT, 17.9.93)

16.9.

In Berlin entwickeln sich nach Ansicht des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) die "Wohnsilos" der Vietnamesen zunehmend zu "Kriminalitätsbrutstätten". In den "ghettoartigen Wohnblöcken" hielten sich dreimal mehr Bewohner als gemeldet auf, von denen "nur noch wenige ehemalige Fremdarbeiter der DDR" seien. In rassistischer Weise forderte der stellvertretende Berliner BDK-Landeschef Holger Bernsee einen Heimstatus für die Anlage mit Aufteilung in überschaubare Einheiten, Heimordnung und Einlaßkontrolle. (BZ, 17.9.93)

17.9.

In Dieburg erschlugen Neofaschisten - wie erst jetzt bekannt wurde - am 20. August auf einer Feier einen 43jährigen Mann. Polizeibeamte stellten Messer, Schreckschußpistolen und Schlagwaffen sicher. Die Polizeibeamten stießen auf eine Mauer des Schweigens. Keiner will gesehen haben, wer den Mann zusammengeschlagen hat. Am 2. September erlag er seinen Verletzungen. (Zeitung für Darmstadt, 17.9.93)

In Gräbendorf bei Königs Wusterhausen ist die russische Gedenkstätte erneut von Neofaschisten geschändet worden. Sie hatten mit schwarzer Farbe "Jude verrecke" und Hakenkreuze auf alle vier Seiten des Gedenksteins gesprüht und drei Sockel der Umfriedung umgestoßen. (Berliner Morgenpost, BM, 21.9.93)

18.9.

In Coppenbrügge bei Hameln führte die NPD mit rund 300 Delegierten ihren Bundesparteitag durch. 500 AntifaschistInnen demonstrierten dagegen. (SZ, 20.9.93)

19.9.

In Oberhausen bei Landau ist ein Brandanschlag auf den Wohnwagen und das Auto einer Sinti-Familie verübt worden. Es entstand ein Sachschaden von 44.000 Mark. Während der Vorsitzende des rheinland-pfälzischen Landesverbandes deutscher Sinti, Jacques Delfeld, von einem Anschlag mit rassistischem Hintergrund ausgeht, weist ein Polizeivermerk jeden "fremdenfeindlichen Hintergrund" des Anschlages zurück. Allerdings räumt die Polizei ein, daß "Ursache und Motive" für den Brandanschlag noch unklar sind. (FR, 24.9.93)

In Hamburg-Wilhelmsburg haben unbekannte Täter am Wahlabend zwei Brandsätze gegen ein AusländerInnenheim geworfen. Nach Polizeiangaben entstanden keine Schäden, die Flammen seien sofort gelöscht worden. Von den Tätern fehlt jede Spur. (taz, 21.9.93)

20.9.

In Bonn hat sich Bundesinnenminister Kanther gegen die Forderung gewandt, in der offiziellen Kriminalstatistik künftig keine Angaben mehr über den Anteil der von Ausländern begangenen Straftaten zu machen. Er sehe im "Verschweigen von Tatsachen" keinen Beitrag zum Abbau von Ausländerfeindlichkeit. Kanther sprach von einem "erschreckenden Beitrag der Ausländerkriminalität". (FR, 21.9.93)

In Berlin äußerte der Oberstaatsanwalt Carlo Weber, daß man schärfer gegen Rechtsextremisten durchgreifen wolle. Weber, der eine Arbeitsgruppe leitet, die für Straftaten mit rechtsextremistischen Hintergrund oder mit ausländerfeindlicher Tendenz zuständig ist, kritisierte die bisherige Praxis der Gerichte. Diese hätten in der Vergangenheit zu viele Verfahren gegen eine Buße eingestellt. Allein von Januar bis Ende Mai 1993 habe die Arbeitsgruppe 607 Ermittlungsverfahren eingeleitet. 395 Fälle hätten dabei das Verbreiten von Propaganda oder das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen betroffen. Dazu zählten Hakenkreuz-Schmierereien, aber auch Sieg-Heil-Rufe. 98 Verfahren seien wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet worden. (BZ, 22.9.93)

21.9.

In Berlin-Lichtenberg äußerte der dortige Vorsitzende der Jungen Union, Thomas Ziolko, daß ausländische Staatsbürger gern "von den Vorteilen deutscher Sozialstaatlichkeit und vom deutschen Wohlstand profitieren",

sich aber "angewidert abwenden, wenn Kultur und Tradition des Landes zur Sprache" kommen würden. Anläßlich einer in der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung gefällten Entscheidung, im Rathaus Unterschriftenlisten für die doppelte Staatsbürgerschaft auszulegen, hatte Ziolko, der auch Bezirksverordneter und Vorsitzender im Ausschuß für Bildung und Sport ist, geäußert, "daß die Deutschen eine solche Entscheidung dieses Landes nicht akzeptieren". Deshalb müsse eine "Anerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft an ein Bekenntnis zu unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gekoppelt sein". - Bündnis 90/Grüne und PDS forderten wegen "seinem rechtsextremen Hintergrund" die Absetzung von Ziolko vom Ausschußvorsitz. (Junge Welt, 22.9.93)

Im Bundesland Brandenburg werden wesentlich häufiger als bislang bekannt Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager Ziel rechtsradikaler Anschläge. Nach Informationen der "taz" werden sowohl das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen wie auch Ravensbrück regelmäßig von Neofaschisten heimgesucht. Dabei wurden in der Vergangenheit Mitarbeiter der Gedenkstätten bedroht, ehemalige Zellen bepinkelt, Gästebücher beschmiert und auch schon mal Feuer gelegt. Die Mitarbeiter der Gedenkstätten sind bei "Besuchen" von rechten Skinheads oder Neofaschisten häufig auf sich allein gestellt. Deshalb bleiben sie schon mal sitzen, wenn ganze Gruppen gröhlend durchs Gelände ziehen. Viele Anschläge würden nicht bekanntgegeben, weil die Gedenkstättenleiter befürchten, durch eine Veröffentlichung Folgeanschläge zu provozieren. Der Direktor der brandenburgischen Gedenkstätten, Dittberner, gab gegenüber der taz zu, daß erhebliche Sicherheitsmängel existieren. (taz, 22.9.93)

In der Nähe von Reichenau im Bayerischen Wald hat ein Jäger bei einer Wildschweinjagd einen Asylbewerber mit einem Durchschuß am rechten Arm verletzt. Er habe den Mann mit einem Wild verwechselt, erklärte der Jäger. Gegenüber der Polizei gaben der Verletzte und sein Begleiter an, sie seien in dem Wald unmittelbar an der tschechischen Grenze spazierengegangen. (SZ, 23.9.93)

In Oranienburg in Brandenburg sind erneut neofaschistische Flugblätter an einer Schule entdeckt worden. Unbekannte hatten mehrere Flugblätter sowie 24 Zeitschriften im Flur abgelegt. In den Texten sei es unter anderem um die "Auschwitz-Lüge" gegangen. (SZ, 23.9.93)

22.9.

In Oranienburg ist einen Tag lang ein Kleinbus mit einem Hakenkreuz auf dem Blech durch die Stadt gefahren. Der politische Staatsschutz ermittelt. (BZ, 24.9.93)

In Freiburg hat die Polizei Kopiervorlagen für die bundesweit vertriebene rechtsextreme Skinhead-Zeitschrift "Schlachtruf" sichergestellt. Gegen die 23jährige mutmaßliche Urheberin und Verbreiterin des sogenannten Skinhead-Fanzines sind mehrere Ermittlungsverfahren bei verschiedenen Staatsanwaltschaften anhängig. (SZ, 23.9.93)

In Berlin kommt es nach Angaben des ZDF-Magazins "Kennzeichen D" weiterhin zu Übergriffen der Polizei gegen Ausländer. Das Magazin berichtete von fünf Fällen von Körperverletzungen. Diese Fälle sind von Amnesty International dokumentiert worden. Nach den Berichten von "Kennzeichen D" seien in den vergangenen sechs Monaten verstärkt Fälle aus Berlin bekannt geworden. So wurde am 10. Juli ein Tunesier, der auf dem Bahnhof Zoo zufällig eine Polizistin anrempelte, in rassistischer Weise beschimpft und dann grundlos in einen Polizeiwagen gestoßen. Die Beamten legten ihrem Opfer Handschellen an, schlugen ihn und fuhren ab. Während der Fahrt wurde der Mann bewußtlos geschlagen. Wunden am Körper des Tunesiers lassen vermuten, daß er mehrmals mit dem Kopf auf einen Tisch geschlagen wurde. Vorwürfe im Zusammenhang mit Mißhandlungen von Ausländern sind innerhalb der Berliner Polizei nichts Neues. Erst im März waren Fälle vor allem aus dem Revier in der Bismarckstraße bekannt geworden, bei denen Ausländer zum Teil schwer verletzt wurden. (BZ und BM, 23.9.93)

23.9.

In Waidhaus hat ein Beamter der Grenzpolizei am bayerisch-tschechischen Grenzübergang auf einen 24jährigen Rumänen geschossen und ihn dabei verletzt. Der Mann, der in der Bundesrepublik als Asylbewerber gemeldet ist, wurde mehrmals vergeblich aufgefordert, seine Aufenthaltsgenehmigung abzugeben und den Asylantrag zurückzunehmen. Als er ins Dienstzimmer des Abfertigungsgebäudes stürmte

und mit der Hand in die innere Brusttasche seiner Jacke griff, schoß ein Kommissar auf den Rumänen. (taz, 25.9.93)

25.9.

In Rathenow haben bei einer Schlägerei Skinheads sieben Menschen verletzt. 15 bis 20 zum Teil vermummte neofaschistisch orientierte Jugendliche griffen Personal und Gäste mit Baseballschlägern an. Die Tageseinnahmen von 2.500 Mark wurden entwendet und das Mobiliar demoliert. Die Fahndung blieb erfolglos. (taz, 27.9.93)

In Groß-Zimmern im Kreis Darmstadt-Dieburg ist nach einer Messerstecherei ein 18 Jahre alter Pole seinen Verletzungen erlegen. Zwei weitere Männer, der 42jährige Vater des Getöteten sowie ein 24 Jahre alter Bekannter wurden ebenfalls durch Stiche verwundet. Die Polizei nahm zwei Verdächtige fest und stellte eine mögliche Tatwaffe sicher. Nach bisherigen Erkenntnissen waren die Einheimischen in einer Gaststätte mit den drei Polen in Streit geraten. Der Anlaß der Schlägerei ist der Polizei noch unbekannt. (FR, 27.9.1993)

In Berggießhübel im Kreis Pirna rottete sich die NPD zu einem Treffen zusammen. An dem Treffen nahmen 100 Neofaschisten teil. (Junge Welt, 27.9.93)

26.9.

In Ludwigshafen sind bei einem Brand im 13. Stock in einem Hochhaus sechs Menschen verletzt worden, drei davon schwer. Die Brandursache war zunächst ungeklärt. Die Polizei schließt auch die Möglichkeit einer fremdenfeindlichen Straftat mit ein. In dem Stockwerk wohnten deutsche und ausländische MieterInnen. Die Verletzten, darunter ein schwer verletztes fünfjähriges polnisches Mädchen und seine Eltern, gehörten verschiedenen Nationalitäten an. (FR, 27.9.93)

In Köln wurde ein Brandanschlag auf das Büro der Gefangeneninitiative Köln e.V. verübt. Bei dem Brandanschlag wurde der größte Teil der Unterlagen des Vereins und der "Anti-Knast-Werkstatt" vernichtet. Nach Angaben der Initiative richtete sich der Anschlag wahrscheinlich gegen die Zeitung "von unge", die in den letzten Monaten Namen und Adressen von Kölner Neofaschisten veröffentlicht hatte. (taz, 29.9.93)

27.9.

In Frankfurt/Main äußerte auf einer Tagung des Deutschen Richterbundes der hessische Generalstaatsanwalt Hans-Christoph Schaefer, daß die von rechtsextremen Gewalttätern ausgehenden Gefahren "von der Justiz anfänglich unterschätzt worden" seien. Schaefer räumte ein, daß "gelegentlich die falschen Signale gesetzt worden sind". Der "Intention der Täter ist nicht immer durch die Anwendung der entsprechenden Strafbestimmungen Rechnung getragen worden". (Welt, 29.9.93)

In Dresden haben Neofaschisten den Friedhof der jüdischen Gemeinde geschändet. Mehrere Grabsteine wurden umgestoßen und Gedenktafeln mit Hakenkreuzen besprüht. (Neues Deutschland, 29.9.93)

28.9.

In Frankfurt/Oder droht eine Schulleiterin damit, ihre Schule zu schließen. Grund für den drastischen Schritt sind Auseinandersetzungen zwischen Neofaschisten und antifaschistischen Jugendlichen. (BZ, 1.10.93)

In Bonn erklärte das Bundesjustizministerium in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL, daß man auf Disziplinarmaßnahmen gegen einen Ministerialrat, der als Referent bei einer Tagung der rechtsextremen "Gesellschaft für freie Publizistik" aufgetreten war, verzichten werde. Der Beamte sei auf dem Jahreskongreß der Vereinigung als Privatmann aufgetreten und habe in seinem Vortrag die "Grenzen des grundgesetzlich geschützten Freiraums" nicht überschritten. Deshalb müßten keine Konsequenzen gezogen werden. (FR, 30.9.93)

In Berlin wurde ein Brandanschlag auf ein für 400 AsylbewerberInnen vorgesehenes ehemaliges Lager- und Verwaltungsgebäude verübt. Das Feuer brach im Keller des Gebäudes aus. Dadurch dürfte die Aufnahme der Flüchtlinge verzögert werden. Die Polizei schließt einen politischen Hintergrund aus. (BZ und BM, 30.9.93)

29.9.

In Göttingen ist ein 25jähriger Bürgerkriegsflüchtling aus dem ehemaligen Jugoslawien von zwei Neofaschisten mit Flaschen beworfen worden. Die Fahndung der Polizei verlief ergebnislos. (GT, 1.10.93)

In Cham in der Oberpfalz verübten vier Jugendliche einen Brandanschlag auf ein Wohnheim für AsylbewerberInnen. Die Polizei konnte die vier Täter im Alter zwischen 17 und 19 Jahren festnehmen. Sie legten teilweise ein Geständnis ab. Die Neofaschisten hatten eine mit Benzin gefüllte Bierflasche in das Küchenfenster des Heims geworfen, in dem 22 AsylbewerberInnen wohnen. Das Feuer konnte schnell gelöscht werden. Bei dem Anschlag wurde niemand verletzt. (BZ, 30.9.93)

30.9.

In Eppertshausen im Kreis Darmstadt-Dieburg wurden zwei Flüchtlinge aus Äthiopien von fünf jugendlichen Neofaschisten brutal zusammengeschlagen. Auf einem Spaziergang seien den 23 und 27 Jahre alten Äthiopiern die fünf Neofaschisten begegnet. Diese hätten sofort auf sie eingeschlagen. Während der Ältere leicht verletzt in einem Wohnhaus Zuflucht fand, verfolgten die Angreifer den 23jährigen mit einem Auto bis zum Heim. Dort schlugen sie erneut auf ihr Opfer ein und ließen es mit Kopfverletzungen zurück. Ja, und selbst die Polizei schloß einen rechtsextremen Hintergrund der Tat nicht aus. (FR, 2.10.93)

In Bremen hat die Polizei offenbar zufällig ein Waffenlager von Neofaschisten entdeckt: Während einer Wohnungsdurchsuchung bei einem 28jährigen Studenten, gegen den wegen Hehlerei mit Autoradios ermittelt wurde, entdeckten Beamte Sprengstoff und rechtsextremistisches Propagandamaterial. Die Polizei beschlagnahmte eine handvoll formbare Sprengmasse, zwei scharfe Handgranaten, drei Übungshandgranaten, diverse Munition, Sprengzünder sowie Kampfaufrufe der NSDAP-Auslandsorganisation. Darüber hinaus fanden die Polizisten Schriften mit Hakenkreuzen sowie Flugblätter und Zeitschriften mit gewaltverherrlichenden und rechtsextremen Inhalten. Sichergestellt wurde unter anderem auch das Presseorgan "Querschläger" der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei". (SZ, 2.10.93)

In Neuss steht der 23jährige Solinger Klaus E. vor einem Schöffengericht wegen fahrlässiger Tötung. Während der Verteidiger des Angeklagten von einer "reinen Verkehrssache" ohne jeden ausländerfeindlichen Hintergrund redet, sprechen die Angehörigen des Opfers von Totschlag. In der Nacht zum 27.12.92 verfolgte E. zusammen mit Freunden auf der Autobahn 57 mit dem VW seiner Freundin einen Fiat, in dem drei Türken saßen. In der Anklageschrift geht die Staatsanwaltschaft davon aus, daß E. mit seinem VW vorsätzlich den Fiat der drei jungen Türken bedrängte, ihnen auf einem Parkplatz auflauerte, erneut beängstigend nahe an ihn heranfuhr, gezielt die Lichthupe betätigte, dann auf die Überholspur wechselte, dort parallel dicht am Fiat fuhr, um schließlich das derart eingekeilte Fahrzeug zu rammen und dadurch den Unfall herbeizuführen. Der Fiat prallte gegen die Leitplanke, und als der Fahrer aus dem Wagen ausstieg, wurde er von einem in hoher Geschwindigkeit an die Unfallstelle heranfahrenden Wagen erfaßt und getötet. Bei einem der Mitfahrer von Klaus E. handelt es sich um einen bekannten Solinger Neofaschisten, der als Saalschützer für die "Deutsche Liga" aufgetreten ist, gemeinsam mit der Kampftruppe aus dem von Rechtsradikalen frequentierten Solinger Sportclub "Tak-Pao". Und auch Klaus E. ist kein unbeschriebenes Blatt: Er gehört zur Hooligan-Szene um den Fußballklub Fortuna Düsseldorf. Klaus E. ist, das bestätigte seine Ex-Freundin, nicht gut auf Ausländer zu sprechen, war wohl allgemein ein aggressiver Typ, ohne Job, Fan der rechtsradikalen Rockgruppe "Böhse Onkelz". (FR und taz, 2.10.93)

1.10.

In Böblingen hat die Polizei bei einem Chemiker ein "Gaskammer-Gutachten" beschlagnahmt, in dem die systematische Vernichtung von Juden im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz geleugnet wird. (Welt, 2.10.93)

In Treuenbrietzen im Kreis Jüterbog haben bisher unbekannte Täter Hakenkreuzschmierereien auf dem Bahnhofsvorplatz angebracht. Ein Bauwagen wurde mit zwei metergroßen SS-Runen sowie einem Hakenkreuz besudelt. (BZ, 2.10.93)

2.10.

In Rostock sind zwei Inder vor einer Diskothek niedergestochen und schwer verletzt worden. Laut Angaben der Polizei waren drei Inder und sechs Deutsche aus bisher ungeklärten Gründen in Streit geraten. Bei der anschließenden Auseinandersetzung wurden die beiden Inder so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus

eingeliefert werden mußten. Sie seien noch nicht ansprechbar. Vier Tatverdächtige wurden festgenommen. Über die Motive der Angreifer konnte die Polizei noch nichts sagen, da die Vernehmungen noch andauerten. Ersten Zeugenaussagen zufolge könne es sich um einen ausländerfeindlichen Akt handeln. (FR und taz, 4.10.93)

In Suhl haben vier Skinheads auf einer Tankstelle zwei Angolaner überfallen. Nach dem Angriff kam es zu einer Schlägerei, bei der drei Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Rund 20 Jugendliche aus einem nahe gelegenen Zentrum der "linken Szene" seien den Afrikanern zu Hilfe geeilt. Sechs Personen seien vorläufig festgenommen worden. Gegen sie werde wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung ermittelt. Die Verletzten, unter ihnen ein Angolaner, wurden mit Knochenbrüchen, Blutergüssen und Hautabschürfungen in das Krankenhaus gebracht. (FR, 4.10.93)

In Ravensbrück haben drei Neofaschisten in der KZ-Gedenkstätte eine Beschäftigte angepöbelt und ein Krematorium beschmiert. Wie die Verwaltung der Gedenkstätte mitteilte, leugneten die drei Jugendlichen im Gespräch mit der Angestellten, daß die Nazis Juden vergast hatten, und beschimpften die Frau als "kleine linke Bolschewistin". Sie floh in einen Nachbarraum, worauf die drei Neofaschisten ins Gästebuch "verlogenes Bolschewistenpack" und an einen Krematoriumsofen "Fahrt zur Hölle" schmierten. Vor Eintreffen der Polizei konnten die Täter flüchten. (FR, 4.10.93)

In Stuttgart nahm die Polizei in der Nähe einer als Neofaschisten-Treff bekannten Gaststätte neun junge Rechtsradikale fest, die Schlagwaffen bei sich trugen. In der Kneipe war ursprünglich ein Konzert einer neofaschistischen Band geplant gewesen. Gegen das Neofaschisten-Konzert demonstrierten 250 AntifaschistInnen. (taz, 4.10.93)

In Passau nahm die Polizei im Vorfeld und während eines von 2.000 Neofaschisten besuchten Kongresses der Deutschen Volksunion 54 Personen vorläufig fest, darunter auch etwa 20 GegendemonstrantInnen. Zahlreiche Waffen, darunter Gaspistolen, Springmesser und Schürhaken, wurden sichergestellt. Außerdem beschlagnahmte die Polizei Reichskriegsflaggen, volksverhetzendes Schriftgut und Kassetten mit verbotener neofaschistischer Musik. 1.500 AntifaschistInnen demonstrierten gegen diese neofaschistische Zusammenrottung. (FR und taz, 4.10.93)

In Fulda verhinderten 1.500 AntifaschistInnen durch eine Besetzung des Domplatzes eine von Gerichten erlaubte Zusammenrottung der NPD. Die Polizei stoppte Alt- und Jungfaschisten - aber auch GegendemonstrantInnen - bereits vor den Stadttoren und beschlagnahmte Propagandamaterial und "waffenähnliche Gegenstände". Elf Neofaschisten - aber auch sechs AntifaschistInnen - wurden festgenommen. Es wurden SS-Runen, Eisenstangen und Elektroschockgeräte beschlagnahmt. Auch bei dem NPD-Vorsitzenden Deckert seien Reichskriegsflaggen beschlagnahmt worden. (taz, SZ und FR, 4.10.93)

Für den Kandidaten der CDU/CSU für das Amt des Bundespräsidenten, Steffen Heitmann, sprachen sich der NPD-Vorsitzende Günter Deckert und der REP-Vorsitzende Schönhuber aus. Für Deckert sei Heitmann zwar weit entfernt davon, tatsächliche nationale Positionen zu vertreten, doch seien von ihm "unbequeme Wahrheiten" zu erwarten. Heitmann stieß mit seinen Warnungen vor "Überfremdung" und seinem Plädoyer für eine "historische Einordnung" der NS-Zeit auch auf Sympathien bei Schönhuber. Schönhuber: "Mit den meisten Aussagen von Herrn Heitmann stimme ich überein." (taz, SZ und Spiegel, 4.10.93)

In Fürstenwalde wurden 28 Neofaschisten wegen der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen vorübergehend festgenommen. Die Neofaschisten hatten zunächst im Kulturhaus Parolen wie "Ausländer raus" geschrien. Nachdem Bürger die Polizei geholt hatten, beschossen die Neonazis einen Einsatzwagen mit einer Leuchtrakete. Auf der Polizeiwache gröhlten sie faschistische Lieder und Parolen. Die Polizei erstattete 15 Anzeigen. Nach der Festnahme versammelten sich dreißig Sympathisanten der Neofaschisten vor der Hauptwache, die allerdings freiwillig wieder abzogen. (FAZ und SZ, 5.10.93)

In Potsdam wurde ein Tunesier von Unbekannten angeschossen, nachdem diese ihn zunächst angepöbelt hatten. (FR, 5.10.93)

3.10.

In Elsterwerda im Kreis Bad Liebenwerda haben Unbekannte den sowjetischen Ehrenfriedhof geschändet. Sechs Grabsteine wurden umgestoßen. Außerdem brachen sie "Sowjetsterne" ab. (taz, 5.10.93)

In Bernau wurde von Unbekannten das sowjetische Ehrenmal geschändet. Steine und Schalen wurden beschmiert. (BZ, 5.10.93)

In Berlin-Marzahn wurde erneut das Wahlkreisbüro des PDS-Bundestagsabgeordneten, Gregor Gysi, mit antisemitischen und neofaschistischen Parolen beschmiert. Es wurde Anzeige erstattet. Es habe sich um den vierten derartigen Vorfall gehandelt. (BZ, 7.10.93)

4.10.

In Niedersachsen sind laut Angaben des Innenministeriums in den ersten neun Monaten diesen Jahres 319 Straftaten gegen AusländerInnen registriert worden. In 106 Fällen habe es sich dabei um Straftaten gegen Unterkünfte von Asylsuchenden gehandelt. Die Polizei ermittelte 100 Tatverdächtige, von denen 13 der sogenannten Skinhead-Szene zugeordnet werden. (SZ, 5.10.93)

5.10.

In Berlin haben laut Justizverwaltung rechtsextreme Gruppierungen seit Ende 1992 ihre Bemühungen um Einflußnahme auf die Insassen von Haftanstalten "auffällig verstärkt". Zunehmend wird rechtsextremistisches Propagandamaterial an Jugendstrafgefangene gesandt. Als Empfänger seien ausschließlich Gefangene aus den neuen Bundesländern bezeichnet, die der Skinhead-Szene zuzuordnen sind. Derartiges Material wird angeblich den Häftlingen nicht ausgehändigt. (BZ, 6.10.93)

In Bad Wildungen im Kreis Waldeck-Frankenberg ist bei einem Brand in einem Mehrfamilienhaus eine vierköpfige Familie ums Leben gekommen. Nach Angaben eines Polizeisprechers sind der 31jährige Familienvater aus Sri Lanka, die 27jährige deutsche Frau und die beiden ein und drei Jahre alten Kinder, die im zweiten Obergeschoß wohnten, am Rauch erstickt. Sechs weitere Bewohner mußten mit Rauchverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Eine Person erlitt Verbrennungen ersten und zweiten Grades. Der Sachschaden wird auf 250.000 Mark geschätzt. Nach bisherigen Ermittlungen wurde von Unbekannten das Feuer gegen drei Uhr an zwei verschiedenen Stellen gelegt. Die Hintergründe des Brandanschlags sind für die Polizei noch "völlig unklar". Es gebe "keine Anzeichen, die auf eine fremdenfeindliche Straftat schließen ließen". Es seien keine Nazischmierereien am Tatort entdeckt worden. Der Polizei seien außerdem "keine Gruppen aufgefallen, die eindeutig dem rechten Spektrum zuzuordnen sind". Ein Beamter erklärte gegenüber der Presse: "Übergriffe von Rechtsradikalen" habe es "bei uns" noch nie gegeben. (FR und BM, 6.10.93)

6.10.

In Hechingen sind vor einer Unterkunft für Asylsuchende drei Schüsse abgefeuert worden. Außerdem sei eine Brandflasche gezündet worden. Einschußspuren oder Munitionshülsen sind von der Polizei nicht entdeckt worden. Der Polizei zufolge konnten aber Reste einer kleinen Glasflasche und geringe Brandspuren festgestellt werden. (taz, 7.10.93)

7.10.

Das Fernsehmagazin "Panorama" enthüllte, daß der renommierte Staatsrechtler und Grundgesetzkommentator, Theodor Maunz, den Vorsitzenden der rechtsextremen Deutschen Volksunion von 1988 bis 1993 regelmäßig juristisch beraten hatte. Die Sendung stützt sich auf handschriftliche Briefauszüge, die die von Frey herausgegebene "National-Zeitung" im Faksimile veröffentlichte. Während der Nazi-Zeit hatte Maunz sich an der Untermauerung der Rechtsideologie des NS-Staates beteiligt. Maunz ist vor knapp einem Monat verstorben. (GT, 8.10.93)

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat sich hinter den rechtsradikalen Professor Hans-Helmuth Knütter gestellt. Sein Engagement für die "Neue Rechte" sieht die Landesregierung "noch in den Grenzen des Freiraums, den die Wissenschaftsfreiheit jedem Träger dieses Grundrechts einräumt". Folgenlos für Knütter soll auch das Wirken des "Ost-West-Arbeitskreises" sein, der u.a. einen Nazi-Liederabend und Vorträge mit Rechtsextremisten in der Bonner Universität bis 1991 organisierte. (taz, 8.10.93)

In Schwedt ging die Polizei, wie die Berliner Zeitung enthüllte, nicht gegen den Terror der Neofaschisten aus der "Nationalistischen Jugend Schwedt" vor. Anzeigen von Opfern des neofaschistischen Terrors werden nicht verfolgt, statt dessen werden die Opfer unter Druck gesetzt, damit sie die Anzeigen wieder zurückziehen.

Ermittlungsverfahren werden über Monate verschleppt, die Staatsanwaltschaft wird angeblich gar nicht von der Polizei informiert. Dafür führen aber die Verantwortlichen der Polizei und der Stadtverwaltung den Dialog mit den Neofaschisten. Einmal im Monat trifft sich der Chef der Schwedter Schutzpolizei mit Vertretern der neofaschistischen Szene. Wegen "Absprachen und so". "Präventiv sozusagen." (BZ, 8.10.93)

8.10.

In Magdeburg haben Skinheads einen Asylbewerber aus Kambodscha angegriffen. Die Skinheads verletzten den Mann mit Schlägen ins Gesicht. Kurz darauf wurden die beiden Täter von der Polizei aufgegriffen, als sie zusammen mit sieben weiteren Skinheads drei algerische Asylbewerber verfolgten, die sie zuvor in einer Straßenbahn belästigt hatten. Die Polizei stellte die Personalien der Täter sicher und leitete Ermittlungen ein. (FR, 9.10.93)

Bürokollektiv Ulla Jelpke,

PDS/Linke Liste

# 27. Operation "Restore Hope": Unruhe stiften, scheitern, wieder Unruhe stiften ..

Autor: Johny Lenaerts · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Somalia; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:38

Von Johny Lenaerts

Eine humanitäre Operation zum Nutzen der hungernden somalischen Bevölkerung wurde genannt, was als großangelegte US-Intervention im Scheinwerferlicht der TV-Teams am 9. Dezember 1992 in Gang gesetzt wurde. Knapp ein Jahr später ist es deutlich, daß sich unter der Vermummung als "humanitäre Einmischung" verschiedene Motive, die durchaus nicht alle rein "karitativer" Art sind, verbergen.

Die Nahrungswaffe

Im Leitartikel von Le Monde Diplomatique vom Januar 1993 stellt Alain Joxe, Direktor der "Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales" in Paris, die US-amerikanische Auffassung der Lebensmittelhilfe für Somalia an den Pranger. Seiner Meinung nach war es die Absicht der USA, die Marktwirtschaft wieder in Gang zu bringen, indem die kostenlose Verteilung von Lebensmitteln mit dem Verkauf an örtliche Händler kombiniert wird. Durch den Verkauf von Nahrungsmitteln sollte die Geldwirtschaft, die durch den Bürgerkrieg fast zum Stillstand gekommen war, wieder eingeführt werden. Zweck der kostenlosen Verteilung von Nahrungsmitteln sei es gewesen, den Marktpreis zu drücken. Dieser Taktik sei es bereits gelungen, den Preis für Reis spektakulär zu senken.

Aber diese Taktik verlangte auch die Wiederherstellung der Sicherheit, denn es mußte eine Dezentralisierung der Hilfeleistungen erreicht werden, um auch die abgelegenen Gebiete erreichen zu können. Und man mußte die Produktion wieder in Gang bringen, indem Saatgut und Werkstoffe in den verlassenen und geplünderten Gebieten verteilt werden. Es sei dieser Zusammenhang, meint Alain Joxe, in dem die "Operation Restore" beschlossen wurde.

Diese Operation entspricht einer bestimmten politischen und ökonomischen Definition der Nahrungshilfe als einem System, das ein Wiederaufleben der Marktwirtschaft - ohne jede Regulierung - zum Ziel hat.

Seit der Zeit der Tempel-Silos im Neolithicum, so Alain Joxe weiter, habe der Staat in allen Ländern der Welt die Pflicht gehabt, einen Vorrat für magere Jahre anzulegen oder den Brot- oder Reispreis zu subventionieren. In Somalia haben die USA, die sich als Oberhaupt der Welt begreifen, diese staatliche Pflicht an sich gezogen. Sie könnten diese Funktion jedoch nicht ohne den Einsatz militärischer Mittel erfüllen. Um die Wiederbelebung der Marktwirtschaft zu ermöglichen, sei es nötig, Soldaten in das Land zu entsenden. Mit Hilfe der "Nahrungswaffe", so schließt Alain Joxe, seien die USA im Begriff, eine Staatsform eines sehr archaischen Typs aufzubauen.

Die USA werden sich weigern, die permanente Herrschaft über diese Chaos-Zone zu übernehmen. Der Einsatz untergeordneter Truppen (der UNO oder regionaler Mächte) ist unentbehrlich, um im Laufe der Zeit die Rückkehr zu einem System der Marktwirtschaft zu garantieren.

Die Schuldenfalle

In einem anderen bemerkenswerten Artikel in Le Monde Diplomatique vom Juli 1993 zeigt Michel Chossudowsky, Ökonomie-Professor an der Universität von Ottawa, daß die Operation "Restore Hope" die direkte Folge eines Reformprogramms ist, das Somalia vom Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank auferlegt wurde und das das Land letztendlich ins Chaos stürzen werde.

Um die Entwicklung in Somalia zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß es sich dort um eine nomadische (Viehzüchter-)Gesellschaft handelt. - Von alters her stützte sich die somalische Ökonomie auf den Tausch von Produkten zwischen Nomaden und kleinen Bauern. Die Nomaden bildeten fünfzig Prozent der Bevölkerung. Ungeachtet der Dürren konnte das Land während der sechziger und siebziger Jahre seinen Nahrungsmittelbedarf fast vollständig selbst decken. Anfang der achtziger Jahre beschlossen IWF und Weltbank ein Reformprogramm für das Land, das den empfindlichen Ausgleich zwischen dem nomadischen und dem sedentären (seßhaften) Sektor störte.

Das Sparprogramm von IWF und Weltbank zielte u.a. darauf, Gelder freizumachen für die Rückzahlung von Krediten, die die Regierung in Mogadischu beim Pariser Club aufgenommen hatte und vor allem - beim IWF selbst. Der IWF als einziger wichtiger Gläubiger Somalias arbeitete also mit an der Finanzierung eines Restrukturierungsprogramms, zu dessen wichtigsten Zielsetzungen die Kredit- Rückzahlung an den IWF gehörte!

Das Restrukturierungsprogramm verursache eine zunehmende Abhängigkeit der somalischen Ökonomie von externer Nahrungshilfe. Die vom IWF verlangte Abwertung des somalischen Shilling führte zur Preissteigerung aller eingeführten Waren: Brennstoffe, Dünger usw. Vom Beginn der achtziger Jahre an stiegen auch die Preise für Tiermedizin. Die Weltbank ermutigte die Verantwortlichen, die Nomaden für die veterinärärztlichen Dienstleistungen bezahlen zu lassen (es geht vor allem um Impfungen ihres Viehs). Die kaum verhohlene Absicht dieser Politik war die Ausschaltung der nomadischen Viehzüchter, die in dem traditionellen Tauschsystem ihren Platz hatten. Die ökonomischen Reformen, die unter Führung internationaler Institutionen stattfanden, trugen zum Rückgang der Landwirtschaft und zur Desintegration der Gesundheits- und Unterrichtsprogramme bei.

"So geriet die Ökonomie insgesamt in einen verhängnisvollen Kreis: Die Schädigung der Herden verursachte Hungersnot bei den nomadischen Hirten, was sich wiederum auf die Landwirte auswirkte, die ihr Getreide den Hirten verkauften oder gegen Vieh tauschten. Die gesamte nationale Ökonomie wurde zerrüttet. Durch den sinkenden Export von Vieh - und auch, weil die Somalier, die in den Golfstaaten arbeiteten, weniger Geld nach Hause schickten - bekam das Land weniger Devisen, was ernsthafte Folgen für die Zahlungsbalance und die öffentlichen Finanzen hatte. Die kleinen Bauern gerieten in den Ruin, weil sie nicht gegen die Dumpingpreise des subventionierten amerikanischen Getreides aufkommen konnten und wegen der steigenden Preise für importierte Produkte. Die Verarmung der städtischen Bevölkerung führte darüber hinaus zu einer Senkung des Nahrungsmittelverbrauchs. Die staatliche Unterstützung für die bewässerten Zonen wurde notgedrungen eingefroren, wodurch die Produktion der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe abnahm, was oft mit der Einstellung des Betriebs als Folge der Privatisierung unter Aufsicht der Weltbank endete."

Alle diese Maßnahmen, die den somalischen Staat zerstörten, waren die Vorboten einer Katastrophe. Die internationale Gemeinschaft der Geldgeber tat jedoch nichts, um die ökonomische und soziale Infrastruktur erneut zu beleben oder den Lebensstandard zu erhöhen. 1989 betrugen die Zinsen auf Kredite 194,6 Prozent der Einkünfte aus dem Export. In diesem Jahr wurde der Kredit des IWF wegen Zahlungsrückständen gestrichen, und die Weltbank stellte während mehrerer Monate die Auszahlung eines anderen wichtigen Kredits ein.

Neue Verhandlungen über die Schulden - und jede andere neue Zwischenregelung - wurden an die Zahlung der Rückstände gebunden. "Auf diese Weise", schließt Chossudovsky, "wurde das Land in einer Zwangsjacke struktureller Reformen gesteckt, weil es verpflichtet war, Zinsen zu bezahlen. Die Folgen sind bekannt: der Zusammenbruch des Staats, der Bürgerkrieg, die Hungersnot und schließlich ‚Restore Hope`."

Sollte es die Absicht der Operation "Restore Hope" sein, in Somalia einem Regime in den Sattel zu helfen, das widerspruchslos die Diktate von IWF und Weltbank ausführt, ein Regime, das das Land dergestalt "neustrukturiert", daß die nomadische Viehzüchtergesellschaft ausgeschaltet wird?

Ein Duft von Öl

Über der Intervention scheint auch der Duft von Öl zu hängen. Während des Ogaden-Kriegs (1977-78), in dem das Regime von Siad Barre bei seiner Offensive gegen das marxistische Äthiopien mit der Unterstützung der USA rechnen konnte, hatten Luftaufnahmen das Vorhandensein von Ölvorkommen im Zentrum der Wüste gezeigt. Diese "guten Nachrichten" wurden in der Folge bestätigt, auch wenn bis heute kein Öl gefunden worden ist.

Nach einem Bericht der International Herald Tribune vom 19.1.93 sind schon zu Zeiten des Präsidenten Barre zwei Drittel des somalischen Gebiets den US-amerikanischen Ölgiganten Conoco, Amoco, Chevron und Philips Petroleum zugewiesen worden. Diese Unternehmen hoffen, daß die US-Truppen auch ihre Investitionen von Millionen Dollar verteidigen werden. Einer der Konzerne hat mehr getan, als nur abwartend zuzusehen: Conoco hat während des zwei Jahre dauernden Bürgerkriegs sein Büro in Mogadischu weiter betrieben und war direkt in die Vorbereitung der US-Intervention einbezogen.

Man kann sich zu Recht die Frage stellen, ob die USA mit der Operation "Restore Hope" nicht auch von dem Wunsch getrieben waren, ihre Investitionen in der Region zu verteidigen und ihren Zugang zu den Ölquellen zu sichern.

Geostrategische Interessen

Mit dem Auseinanderfallen des bipolaren Weltbilds als Folge des Desintegrationsprozesses der ehemaligen Sowjetunion können die USA ihr Auftreten nicht mehr mit einer sowjetrussischen Anwesenheit begründen. Alain Joxe führt in dem oben zitierten Artikel in Le Monde Diplomatique aus, daß die USA seit dem Ende des Kalten Krieges drei Zonen unterscheiden - Europa, Japan und der Golf -, die sich innerhalb des ersten Kreises US-amerikanischer Interessen befinden. Daneben besteht ein zweiter Kreis mit weniger entwickelten Regionen, in dem bestimmte nützliche Länder als "Interessensgebiete" kooptiert, aber von regionalen Bündnispartnern geführt werden können. In einem dritten Kreis, in dem das Chaos herrscht und der die USA nicht interessiert, liegen Peru, Afghanistan, Afrika. Somalia wird nicht zur Zone Afrika gerechnet, sondern zu einer Zone, die "Südwestasien" genannt und als Teil der Golfregion aufgefaßt wird.

Die Intervention in Somalia muß vor dem Hintergrund der Entwicklungen innerhalb der Region gesehen werden. Die Verhältnisse im Gebiet des Roten Meers haben sich in den letzten Jahren gründlich geändert. (1)

Das Regime von Mengistu in Äthiopien ist gefallen, der Bürgerkrieg im Süd-Sudan hat sich verstärkt. Äthiopien orientiert sich auf den Westen. Durch Eritreas Selbständigkeit ist Äthiopien vom Meer abgeschlossen, was einen potentiellen Konfliktstoff ergibt. Eritrea ist eine neue Macht am Roten Meer und hat schon deutlich gemacht, daß es eine aktive Rolle in der Region spielen will. Ebenso wie Äthiopien hat Eritrea aufgrund der Unterstützung im Befreiungskampf gute Beziehungen zum Sudan. Es gibt zunehmende Schwierigkeiten zwischen Ägypten und Sudan; Ägypten fürchtet die sudanesische Unterstützung der Aktivitäten radikaler Muslime in Ostafrika. In dieser instabilen Region ist es für Washington von Interesse, die wichtigsten Brandherde so schnell wie möglich zu ersticken und durch ihre militärische Präsenz Länder wie den Sudan, die den USA mißliebige Bestrebungen verfolgen, zu warnen.

Schon vor der US-Invasion in Somalia erklärte Els de Temmerman, Korrespondentin des belgischen Radio- und Fernsehfunks, in einem Interview mit De Wereld Morgen vom Dezember 1992: "Ich meine doch, daß der Süd-Sudan an Bedeutung zunehmen wird. Ich glaube auch, daß z.B. die amerikanische Luftbrücke nach Somalia nicht so humanitär ist, wie es aussieht. Die USA beginnen zu begreifen, daß ein großer Teile des Gebiets um das Rote Meer in den Hände von Muslimen zu geraten droht. So fürchtet man in Washington, daß Eritrea, wo Muslime in der Mehrheit sind, zukünftig eng mit Khartum zusammenarbeiten wird - aus Dankbarkeit für die frühere Unterstützung. Darum meine ich, daß die USA durch diese humanitären Aktionen Somalia zurückgewinnen wollen. Dies ist die Auffassung von Somaliern, die fragen, warum die USA ein Land anderthalb Jahre links liegen ließen, nun aber mit einer großen Show eine Luftbrücke eingerichtet haben. Darum habe ich die Hoffnung, daß die USA ihrem Engagement in Somalia entsprechend auch die Bedeutung des Süd-Sudan einsehen werden."

Mit dem Ende des Kalten Krieges ist für die USA das Feindbild Kommunismus entfallen. Der Islam ist das neue Feindbild des Westens geworden. (2) Die USA machen sich ernste Sorgen über das Anwachsen des muslimischen "Fundamentalismus" in der für sie ökonomisch so wichtigen Golfregion, der eine Bedrohung der pro-westlichen Regime wie Ägypten und Saudi-Arabien ist. Nicht zufällig haben beide Länder Truppen nach Somalia gesandt. Derzeit ist in Somalia eine muslimische "fundamentalistische" Bewegung aktiv. Wegen der unpopulären Operation "Restore Hope" droht ein großer Teil der Bevölkerung sein Heil bei den "Fundamentalisten" zu suchen. Die US-Amerikaner erreichen mit ihrer Operation das gerade Gegenteil ihrer Absicht. Die US-Intervention, heißt es nun, sei "kontraproduktiv" geworden.

Quellen

(1) Hans Alles: Welzijnsimperialisme: nieuwe orde in Somalie. Amsterdam (Ravijn) 1993

(2) Vgl. Samuel P. Huntington: Een botsing von beschavingen? In: De Morgen, 30.8.93

Redaktionell gekürzt. Aus dem Niederländischen von Klaus Mellenthin

# 28. Japan - Korea - Vietnam: Lernen im Zeichen des Drachen oder Pax Nipponica? (Teil 2) Von Rainer Werning

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Korea (Süd); Japan; Vietnam · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:01

2. Teil - Von Rainer Werning

Im ersten Teil seines Artikels (nachzulesen in ak 358, S. 27) befaßte sich Rainer Werning mit Japan, das nach Wiederherstellung seiner ökonomischen Machtstellung in Ost- und Südostasien nunmehr dabei ist, eine regionale politische "Ordnungsmacht" ersten Ranges zu werden.

"Modell (Süd)Korea"?

Nach 35jähriger brutaler japanischer Kolonialherrschaft, unter der selbst das Sprechen der Landessprache verboten war, nach zweimaliger Verwüstung und Zerstörung des Landes infolge des 2. Weltkrieges und des dreijährigen - internationalisierten - Bürgerkrieges (1950-53) ist Korea - sprich: dessen südlicher Teil, die Republik Korea - unter Entwicklungspolitikern und -theoretikern unterschiedlicher Couleur der Wunderknabe einer erfolgreichen sog. nachholenden Entwicklung. Diese Bewunderung geht so weit, daß vielfach vom "Modell Südkorea" gesprochen wird. Tatsächlich hat das Land in den vergangenen dreißig Jahren eine rasante Veränderung erlebt, in dessen Verlauf es von einem einst extrem rückständigen Agrarland zur Nummer 7 der Welthandelsnationen mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von annähernd 6.500 US-Dollar - höher als in Griechenland - aufstieg. Augenfälliges Zeugnis dieses Wandels ist die Entwicklung Seouls von einem unscheinbaren Städtchen zu einer, mittlerweile 10 Millionen EinwohnerInnen zählenden, glitzernden Metropole. Das Land-Stadt-Verhältnis hat sich total umgekehrt; heute lebt über ein Viertel der Bevölkerung in den Städten.

All dies verdankte sich im Kern dem Zusammenwirken spezifischer in- wie externer, Faktoren:

a) der Exekutierung einer rigiden zentralistischen Wirtschaftsplanung durch die Verschmelzung einer kompetenten Staatsbürokratie mit einem während des Korea-Krieges (1950-53) kampferprobten Militär;

b) der herausragenden Bedeutung des Landes im geo- und militärstrategischen Kalkül der USA ("Frontstaat" gegen den Kommunismus auf dem asiatischen Festland), was die Gewährung - anfänglich kostenloser - umfangreicher wirtschaftlicher wie militärischer Hilfe zur Folge hatte;

c) dem Rückgriff auf die Instrumentalisierung von konfuzianisch geprägten, streng hierarchisch strukturierten sozialen Beziehungen im Sinne (wirtschafts)politischer Effizienz und

d) der bis heute andauernde, aus der vermeintlichen "Gefahr einer Aggression seitens Nordkoreas" hergeleitete Ausnahmezustand mit dem Nationalen Sicherheitsgesetz (20) und der langjährigen "Über"ausbeutung/Unterdrückung der Ware Arbeitskraft als seinen Hauptkomponenten.

Die globalstrategischen Überlegungen der USA nach dem 2. Weltkrieg, ein weiteres "Abdriften" der Länder Ost- und Südostasiens in den Machtbereich des Kommunismus zu verhindern, und Japan als Leitbildfunktion sorgten für die Integration der regionalen Ökonomien in das kapitalistische Weltsystem. Diese besonderen historischen Konstitutionsmerkmale des "Modells Südkorea" machen die mitunter in der entwicklungspolitischen und -theoretischen Diskussion als realistisch angenommene Übertragbarkei auf andere Länder der Dritten Welt als Generalschlüssel zu deren jeweiliger Krisenlösung per se fragwürdig. Als Kontrast zu der "zeitgeistigen" neoliberalen Freihandels- und Marktwirtschaftsideologie à la IWF und Weltbank - sprich: Entstaatlichung, Deregulierung und Privatisierung - lieferte das "Land der Morgenstille" den nachgerade klassischen Gegenbeweis für den "Erfolg" einer staatlich kommandierten und partiell von Außenmärkten abgeschotteten Entwicklung.

In den vergangenen drei Jahrzehnten zeichnete sich die südkoreanische Ökonomie durch enorme Exporterfolge und hohes Wachstum aus: Die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts betrugen 9,2 Prozent in den 60er, 7,7 Prozent in den 70er und 9,6 Prozent in den 80er

Jahren. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes war die Handelsbilanz im Jahre 1985 positiv ausgefallen, so daß es Seoul seitdem glückte, seine - absolut betrachtet - hohe Auslandsverschuldung von 46,762 Mrd. USDollar (1985) bis zum Frühjahr 1989 signifikant auf 28,5 Mrd. Dollar zu senken (21) - dies innerhalb eines Zeitraums, in dem sich z.B. die Schuldenspirale in den lateinamerikanischen Ländern in einer für sie hoffnungslosen Weise nach oben drehte.

Entscheidend für diese Erfolgsstory war eine in den 50er Jahren durchgeführte Agrarreform, die im Zuge des Industrialisierungsprozesses die Herausbildung einer national orientierten Bourgeoisie auf Kosten einer politisch wie ökonomisch schrittweise entmachteten Agraroligarchie begünstigte. Gleichzeitig sorgte der Staat als "eine Art Koordinationsinstanz" für die Verknüpfung von selektiver Importsubstitution und selektiver Exportorientierung (22), indem dem Ausbau der Konsumgüterindustrie in den 60er Jahren der Aufbau von Produktionsmittel- und schließlich Kapitalgüterindustrien - jeweils mit massiver staatlicher Unterstützung - folgte. Die Schaffung eines fast vollständig vis-à-vis der Auslandskonkurrenz abgeschirmten, lediglich den gezielten Import von Komplementärgütern (deren lokale Produktion noch nicht möglich war) zulassenden Binnenmarktes korrespondierte mit einer umfassenden staatlichen Exportförderung. Garantiert wurde diese durch hinreichend realistische Wechselkurse, Stärkung der materiellen wie immateriellen Infrastruktur und durch eine im großen Stil, doch zugleich kontrolliert und selektiv betriebene Einfuhr von Kapitalgütern und Zulassung von Direktinvestitionen. (23) Der in makroökonomischen Kennziffern ausgedrückte Erfolg dieser Politik blieb ungetrübt, solange er sich im Kielwasser US-amerikanischen Schutzes bewegte und intern die Befriedung von Prostest- und Widerstandspotentialen ohne nennenswerte Erschütterungen der politischen Stabilität und des sozialen Friedens verlief.

Als zu Beginn der 90er Jahre das südkoreanische Exportvolumen infolge der Nachwirkungen der sog. "three lows" (24) die 60 Milliarden-Dollar-Marke überschritt und sich kräftige Handels- wie Zahlungsbilanzüberschüsse einstellten - allein im USA-Geschäft realisierte sich ein Handelsbilanzüberschuß von über 10 Mrd. Dollar -, drängte Washington die seit Februar 1988 amtierende Regierung Roh Tae Woos wiederholt, nunmehr Importbeschränkungen abzubauen, Zollschranken zu senken und den Won aufzuwerten - allesamt Maßnahmen, die seit 1986 auch der IWF als notwendig erachtete. Im einzelnen fallen darunter:

- Lockerung der staatlichen Kontrollen über die Niederlassung internationaler Banken, das heißt mehr Autonomie für die Geldinstitute;

- Förderung der Internationalisierung des koreanischen Kapitalmarktes, das heißt einen größeren Spielraum für ausländische Investoren (z.B. auf dem Aktienmarkt);

- Liberalisierung der Einfuhrbestimmungen, z.B. durch die Öffnung des Binnenmarktes für ausländische Erzeugnisse (25);

- sukzessive Zollsenkungen von 22 (1984) auf angestrebte fünf Prozent;

- Mechanismen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz, d.h. Reduzierung deren hoher Überschüsse (26) sowie

- allgemeine Erleichterungen für ausländische Direktinvestitionen. (27)

Diesen "Empfehlungen" wird sich Seoul auf Dauer schwerlich widersetzen können - mit unabsehbaren sozialen und politischen Konsequenzen. Die Behauptung, der südkoreanische "Drache" zöge durch seine wirtschaftliche Dynamik automatisch die erwünschte Verteilungsgerechtigkeit nach sich, gilt es noch zu untermauern: Eine im Juni 1990 veröffentlichte Statistik zeigt, daß noch 7,7 Prozent der südkoreanischen Bevölkerung unterhalb der absoluten Armutsgrenze leben, die bei einem Monatseinkommen von 48.000 Won (etwas über 100 DM) liegt. (28)

Das Hauptproblem der 1980 proklamierten "koreanischen Wohlfahrtsgesellschaft" sind die durch hohe Militärausgaben verursachten Finanzlasten: Seoul gibt jährlich für das Militär rund sechs Prozent seines Bruttosozialprodukts aus, während diese Ausgaben in Japan nur gut ein Prozent betragen. Selbst Brasilien verwandte 1986 nur 3,1 Prozent seines Staatsbudgets für Militärzwecke, in Südkorea indes machten diese im gleichen Jahr 29,2 Prozent aus. Unter solchen finanzpolitischen Bedingungen bleibt abzuwarten, ob sich eine Sozialstaatlichkeit als notwendige Voraussetzung für die Gewinnung von Massenloyalität einstellen kann.

Neben dieser finanzpolitischen Belastung ist häufig der Mangel an technologischen Innovationen diskutiert worden, der den Aufstieg Südkoreas zur (neo)fordistischen, mit einem engmaschigen Sozialnetz ausgestatteten Industriegesellschaft verhindern könnte. "Weil die südkoreanische Industrie zur Zeit rund 70 Prozent des technologischen Niveaus der westlichen Industrienationen erreicht", konstatiert der koreanische Soziologe D.-Y. Song, "und die Exportwirtschaft zunehmend dem Konkurrenzdruck aus anderen ‚Schwellenländer` unterworfen ist, kündigte die Regierung in Seoul an, den gegenwärtigen Ausgabenanteil für Forschung und Entwicklung am BSP von derzeit 2,1 auf 3-4 Prozent bis 1996 zu erhöhen. (29) Die Zielsetzung, den Kern neuer Technologie wie z.B. Design zu entwickeln, setzt gleichermaßen ein neues Bezugssystem verbesserter Grundlagenforschung, Bildung und Beschäftigungspolitik voraus. Soweit das Sozialsystem nur als ein abhängige Variable der Technologie verstanden wird, wie die Losung ‚Errichtung der Nation durch Technologie` (Gishulripkuk) expliziert, steht die erhoffte Problemlösung aus" (30).

Im laufenden Fünfjahresplan (1992-96) strebt die Regierung außer der Aufstockung des Etats für Forschung und Entwicklung u.a. als Reaktion auf stagnierende ausländische Kapitalinvestitionen eine deutliche Steigerung der Spar- und Investitionsquote an. Ferner beabsichtigt die Seouler Wirtschaftsplanungsbehörde, die Kreditkontrollen und Steuervergünstigungen für die Wirtschafts- und Finanzkonglomerate (Chaebol) zu streichen. Trotz aller Unwägbarkeiten, die aus rückläufigen ausländischen Investitionen, dem Lohnanstieg und wachsenden Verlangen nach demokratischen Reformen, dem international verstärkten Druck in Richtung weiterer Liberalisierung vor allem der Finanzmärkte, der sinkenden Nachfrage auf den wichtigsten Absatzmärkten für südkoreanische Produkte sowie aus exorbitant steigenden Bodenpreisen im Lande selbst resultieren, verfügt Seoul noch immer über Instrumente zur Gegensteuerung.

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit sämtlichen einst engsten Verbündeten Pjöngjangs sind zudem die Perspektiven für ein "Einklinken" Südkoreas in eine stärker Konturen gewinnende Süd-Politik günstig. Im Rahmen ihrer Jahrestagung haben die Wirtschaftsminister der Vereinigung südostasiatischer Nationen Anfang Oktober 1991 in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur u.a. die alsbaldige Errichtung eine Informations- und Konsultationsforums der ostasiatischen Länder (EAEC) avisiert, für das neben China und Japan auch Südkorea, Taiwan, Hongkong und die Indochinastaaten Vietnam, Laos und Kambodscha sowie Myanmar (Burma) als Mitglieder gewonnen werden sollen. Ließe sich dieses Projekt konkretisieren, fiele der ASEAN die Rolle des Katalysators eines um Ostasien vergrößerten Wirtschaftsraumes zu, der über die Hälfte der Weltbevölkerung umfaßt.

Derweil insistieren die USA, Kanada, Australien und Neuseeland auf die innere Festigung des vor vier Jahren geschaffenen Forums zur asiatisch-pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC), dem seinerseits als Mitglieder Japan, Südkorea und die sechs ASEAN-Länder angehören. China, Hongkong und Taiwan sind dazugestoßen, während die lateinamerikanischen Pazifikanrainer Mexiko, Chile und Peru ihr Interesse an Aufnahme signalisierten. Die ASEAN drängt allerdings auf das EAEC-Projekt als Gegengewicht, um den Asiaten insgesamt eine gewichtigere Stimme zu verleihen. Bedenkt man, daß Südkorea allein der Sowjetunion um die Jahreswende 1990/91 einen drei Milliarden US-Dollar umfassenden Mischkredit einräumte und z.B. verstärkt auf den Philippinen qua Direktinvestitionen und Ausbau der Handelskontakte Flagge zeigt, so stehen für Seoul die Chancen nicht schlecht, selbst bei einem Scheitern der Uruguay-Runde und der dadurch möglicherweise verstärkten protektionistischen Tendenzen seine interne Wirtschaftsdynamik beizubehalten, sich neue Märkte für seine ungebrochen boomende Exportindustrie zu erschließen und mittelfristig Lohnauseinandersetzungen / Verteilungskonflikte zu dämpfen.

Entwicklung des Kapitalismus contra Humanismus

Gegen Seouls Politik und die mit ihr beschleunigt transportierten Botschaften aus Japan und den USA (veränderte Lerninhalte/Erziehungsmethoden in Bildungseinrichtungen, Filme, Magazine etc.) hat es seit der Machtübernahme durch das Militär zu Beginn der 60er Jahre massive landesweite Proteste gegeben. Als sich später der Textilarbeiter Chun Tae-Il mit den Worten "Wir sind doch keine Maschinen, wir sind Menschen" selbst verbrannte, war dies das Fanal zum Aufbau einer unabhängigen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Durch die Medien ist uns im Zuge der Olympischen Sommerspiele in Seoul (1988) das Bild steinewerfender Studenten und knüppelnder, martialisch ausgerüsteter Polizisten vertraut geworden. Als Träger dieses Widerstandes versteht sich seit zwei Jahrzehnten das Minjung - zusammengesetzt aus Min (Volk) und Jung (Masse) -, das seitdem eine eigene Kultur des Widerstandes geprägt hat. So gibt es beispielsweise Minjung-Schriftsteller wie den bekannten Poeten Kim Chi-Ha und eine Minjung-Theologie, die

sich als genuin koreanische Antwort auf die maßgeblich in Lateinamerika ausgeformte Theologie der Befreiung versteht. Über die Definition von Minjung wird in Korea bis heute debattiert. Annäherungsweise mag das Wort mit "die da unten" übersetzt werden, womit die politisch Ausgegrenzten, wirtschaftlich Benachteiligten, kulturell Entfremdeten und sozial Deklassierten gemeint sind. Da der Terminus Minjung offensichtlich klassen- und schichtübergreifend ist, bleibt er mit marxistischen Kategorien nicht faßbar, wonach sich das (Industrie-)Proletariat der bourgeoisen Herrschaft entledigt und die Gesellschaft sozialistisch umgestaltet. (Das extrem antikommunistische Klima Südkoreas ließ es nicht einmal zu, daß im Diskurs der Intellektuellen auf sozialistisches Schrifttum zurückgegriffen werden konnte; bis Mitte der 80er Jahre war beispielsweise die Lektüre von "Das Kapital" unter Androhung einer Haftstrafe verboten. Ganz zu schweigen von Büchern/Broschüren aus Nordkorea, deren Besitz oder Studium das Odium von Landesverrat/Spionage anhaftete.)

Jenseits hitziger Debatten, die um die Fragestellung kreisen, ob Südkorea bereits als eigenständiger oder von den USA und Japan abhängiger Monopolkapitalismus zu betrachten sei, oder ob nicht vielmehr die Transformation der Gesellschaft durch eine antiimperialistische, nationaldemokratische Revolution erfolgen müsse (eine von Nordkorea beeinflußte Interpretation), eint die breitgefächerte außerparlamentarische Minjung-Bewegung die Verwerfung des "westlichen Modernismus" und das Rückbesinnen auf traditionale Wertvorstellungen. Westlicher Modernismus meint in diesem Zusammenhang die von außen erzwungene Gleichzeitigkeit von militärisch gestützten Machtapparaten/Machtcliquen und Inszenierungen eines amerikanisierten Kulturbetriebes. Dies zu überwinden und das Minjung in einer Gesellschaft aufzuheben, welche die Entfaltung des Vielfältigen jenseits sich ausschließender Konstrukte wie Rechts versus Links, Kapitalismus kontra Sozialismus ermöglicht, bleibt ein beherrschendes Thema unter den sozialen Bewegungen.

So heftig in ihnen die Kritik an den herrschenden Verhältnissen ausfällt, so schwierig gestaltet sich bis dato ihr Versuch, eine konkrete Alternative zu entwerfen und dieser mit vereinten Kräften politische Schubkraft zu verleihen. Auffällig - und keineswegs zufällig - an der praktizierten Kritik ist die gewählte, stets beliebter werdende und größere Resonanz findende Form - der Maskentanz. Masken boten dem gemeinen Volk in der traditionellen Gesellschaft Koreas die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen und seine ikonographischen Attacken gegen die institutionalisierte, ritualisierte höfische Kultur mit denen gegen das politische System und die es repräsentierenden Personen zu verknüpfen. Was die Alternative betrifft, so mag sich - nicht zuletzt mit Blick auf die gewachsenen Mittelschichten - eine interessante Verschmelzung von Minjung und Shimin (Bürger) und das Verknüpfen großer Entwürfe (Sozialismus, Wiedervereinigungsproblematik) mit den alltäglichen Erfordernissen aktiver Bürgerrechtsbewegungen anbahnen. Meinte Shimin lediglich den Städter, so wird es heute in Verbindung mit Shimin uishik (Bürgerbewußtsein) und Shimin undong (Bürgerbewegung) u.a. von Umweltschutzgruppen, Frauenorganisationen und Komitees für soziale Gerechtigkeit als Chance begriffen, eine zivile und humane Gesellschaft zu entwickeln. Auf diese Weise könnte ein von unten organisierter Prozeß einsetzen, der den lähmenden Regionalismus überwindet, die Personalisierung (anstelle programmatisch begründeter) Politik beendet und die Verkrustungen des Militärischen aufbricht.

Vietnam - "the last frontier"

Look east! - diesen in den 80er Jahren in Singapur und Malaysia offiziell geprägten Slogan, dem Vorbild Japans nachzueifern, haben sich in Südostasien zuletzt die Philippinen und Vietnam zu eigen gemacht. Während der seit Sommer 1992 amtierende neue Präsident Fidel V. Ramos nach dem Abzug der letzten GIs aus der Subic Naval Base damit vorrangig Japan meint, geht Hanoi darüber hinaus und erhofft sich im Zuge seiner auf dem 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (Dezember 1986) verkündeten Erneuerungs- und Reformpolitik (Doi Moi) ein gleichermaßen starkes politisches wie wirtschaftliches Engagement Europas und der USA in Vietnam.

Um die Jahreswende 1992/93 veröffentlichte die in Hamburg erscheinende Wochenzeitung "Die Zeit" einen Bericht über Vietnam, der in Anlehnung an einen vor gut 20 Jahren sattsam skandierten Schlachtruf die Überschrift "Ho-Ho-Ho Chi Honda" trug. Hatte der Revolutionär Ho Chi Minh unter dem Banner der volksdemokratischen Revolution die Parole ausgegeben "Nichts ist kostbarer als Unabhängigkeit, nichts ist wertvoller als Freiheit", so sehen sich seine Epigonen heute mit dem Dilemma konfrontiert, ihre im siegreichen Kampf gegen die mächtigste Militärmacht der "freien Welt" gewonnene Unabhängigkeit notgedrungen zu überdenken. Nach Jahren der von Washington (entgegen ursprünglich zugesagter Wiederaufbauhilfe)

praktizierten und im Westen weitgehend unterstützten Wirtschaftsblockade, nach militärischen Auseinandersetzungen mit China (Februar 1979), dem Einmarsch ins Nachbarland Kambodscha (Dezember 1978) und dem Zusammenbruch des einstigen engsten Verbündeten und mit jährlich umgerechnet etwa zwei Milliarden US-Dollar spendabelsten Kreditgeber, der Sowjetunion, befindet sich Vietnam in einer überaus prekären Lage. Die ohnehin immensen Nachkriegsprobleme (Demobilisierung der Thieu-Armee, Flüchtlinge, Drogensucht, Kriegsversehrte und -waisen, Prostitution und Verwüstung weiter Landstriche) wurden verstärkt durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, die sich einstellten, als Hanoi über ein rasches Kollektivierungsprogramm in der Landwirtschaft hinaus den Süden im Zeitraffermanier nach seinem Ebenbilde umformen wollte. Hunger, Desorientierung, Bauernproteste, Menschenrechtsverletzungen, Apathie, auswuchernder Bürokratismus und grassierende Korruption waren die Folge und führten dazu, daß südliche Einflüsse den Norden "kontaminierten", anstatt in umgekehrter Richtung zu wirken.

Hintergrund der 1986 eingeleiteten Reformpolitik ist einerseits das Scheitern des vom ehemaligen KPV-Generalsekretär Le Duan so bezeichneten "Systems der kollektiven Herrschaft" und zum anderen die Bereitschaft jüngerer Parteikader, die Parteipolitik den außenpolitischen Neukonstellationen anzupassen, um wenigstens den Führungsanspruch im Lande zu wahren.

Die Einstellung der Kollektivierungspolitik hat zu einer sozialen Differenzierung geführt und das Entstehen von freien Bauernwirtschaften, die aus den Produktionsgenossenschaften ausgeschert sind, Privatunternehmern, freiberuflichen Handwerkern, Kleinhändlern und unabhängigen Intellektuellen begünstigt. Die Bestimmungen für Reisen innerhalb des Landes sind ebenso gelockert worden wie die vormals rigiden Medienkontrollen. Andererseits ist im Zuge der Reformpolitik das soziale Netz grobmaschiger geworden; Subventionen im Bildungs- und Gesundheitsbereich wurden gedrosselt. Vietnam galt selbst in Kriegszeiten als Vorbild für die Dritte Welt, was die effektive Gesundheitsversorgung seiner Bevölkerung und die niedrige Analphabetenrate betraf. Inoffizielle Schätzungen gehen davon aus, daß heute weit über die Hälfte der Landbevölkerung weder lesen noch schreiben kann.

Die von der Nationalversammlung im April 1992 verabschiedete neue Verfassung relativierte zwar die Rolle der Partei und den Charakter des Staates - die KPV ist nunmehr in Staat und Gesellschaft "die führende Kraft", aber eben nicht die einzige; statt "Staat der proletarischen Diktatur" heißt es jetzt "Staat des Volkes, vom Volk (geführt) und für das Volk" -, bricht aber im wirtschaftlichen Bereich radikal mit der Vergangenheit. Sämtliche einst für unverrückbar gehaltenen Prinzipien einer sozialistischen Planwirtschaft sind verschwunden. Statt dessen wird eine freie Marktwirtschaft mit Beteiligung vieler Sektoren propagiert, und § 21 und § 22 garantieren die unbegrenzte Entfaltung von Privatunternehmen sowie den Schutz vor Auslandsinvestitionen. Geblieben ist einzig der rhetorische Hinweis, diese wirtschaftliche Kehrtwende vollziehe sich (jedenfalls soll sie das) im Rahmen der "sozialistischen Orientierung".

Diese Zäsur hat im Ausland reges Interesse geweckt, sich in dem nach Indonesien bevölkerungsreichsten Land Südostasiens zu engagieren. Vietnam mit seinen 67 Millionen EinwohnerInnen ist reich an Ressourcen wie Öl, Kohle, Eisenerzen, Bauxit, Zinn und Gold, verfügt über eine 1.700 km lange Küste, billige und willige Arbeitskräfte und verspricht künftig ein aufnahmefähiger Markt zu werden. Es waren Anrainer wie Taiwan und Hongkong, die bislang das Gros ausländischer Direktinvestitionen in Vietnam tätigten. Doch es blieb Japan vorbehalten, sich als Großmacht nicht nur schrittweise der US-amerikanischen Blockadepolitik zu entziehen, sondern mit einer gezielten diplomatisch-politischen und wirtschaftlichen Offensive Vietnam (regional)politisch "hoffähig" und sich insgesamt für den Wirtschaftsaufbau und die Konsolidierung der Staaten Indochinas (Vietnam, Kambodscha, Laos) stark zu machen.

Japan wird wichtigster Handelspartner

Schon im September 1973 hatte Tokio mit der damaligen Demokratischen Republik Vietnam diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene aufgenommen. Als Japans Außenminister Taro Nakayama Mitte Juni 1991 Vietnam bereiste - der erste Besuch dieser Art seit 1973 - war Japan mit rund 1 Mrd. US-Dollar bereits der wichtigste Handelspartner des südostasiatischen Landes. Ende des darauffolgenden Jahres (November 1992) beschloß das japanische Kabinett die Wiederaufnahme voller Wirtschaftshilfe an Vietnam - umgerechnet ca. 400 Mio. US-Dollar, mit nur 1%iger Verzinsung und 30jähriger Laufzeit, wobei eine Freiperiode von 10 Jahren gilt. Der eigentliche Zweck dieses Darlehens bestand in der Signalwirkung, die Wirtschaftsblockade offen zu durchbrechen und im Falle Vietnams wirtschaftlich und am Beispiel Kambodscha sicherheitspolitisch an Profil

zu gewinnen. Kein Wunder, daß da die Staaten der EG nicht abseits stehen mochten; im Februar besuchte Frankreichs Staatspräsident Mitterand und im April Bundesaußenminister Kinkel Hanoi. Es ist lediglich eine Frage der Zeit, wann die neue Regierung in Washington den Anachronismus beendet und die Beziehungen zu Vietnam normalisiert.

Gleichzeitig mit Tokios Vietnamhilfe ist ein Plan entwickelt worden, der in diplomatischen Kreisen als "Miyazawa-Doktrin" tituliert wird. Dieser Plan beschreibt die "Rolle Japans im 21. Jahrhundert in der asiatisch-pazifischen Region". Die Kernpunkte dieser Studie lauten:

"1. Die militärische Präsenz der USA in der Region ist weiterhin sicherheitspolitisch erforderlich; dieses Engagement ist weitestgehend von den betroffenen Staaten zu unterstützen. Gleichzeitig trägt aber auch Japan Verantwortung für die Verwirklichung von Friedenssicherungsoperationen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die Lösung des Flüchtlingsproblems und Hilfsmaßnahmen bei Naturkatastrophen.

2. Die Region ist weiterhin wirtschaftlich stark von den Märkten Europas und Amerikas abhängig. Tendenzen zu wirtschaftlichem Regionalismus sind daher ebenso abzulehnen wie Überlegungen hinsichtlich einer selektiven Erweiterung der Nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) um bestimmte asiatische Staaten. Die regionale Zusammenarbeit in Asien muß vielmehr von Offenheit und Freizügigkeit gekennzeichnet sein, in Einklang mit dem Gatt-Reglement stehen und darf nicht zulasten Dritter gehen.

3. In mittel- und langfristiger Perspektive sind in der Region neue Strukturen und Institutionen für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu entwickeln, wobei die Integration der USA, insbesondere ihre militärische Präsenz, unerläßlich bleibt. Vorerst sind hierzu die bestehenden bilateralen und multilateralen Gremien zu nutzen, insbesondere die erweitere Konferenz der Außenminister der Asean-Staaten." (zit. nach: NZZ vom 7.1.93)

Dreierlei ist an diesem Papier bemerkenswert:

a) es geht über die Fukuda-Doktrin (benannt nach dem früheren Ministerpräsidenten Takeo Fukuda) vom Sommer 1977, als den damals fünf Mitgliedstaaten der ASEAN 1 Mrd. US-Dollar für den Aufbau schwerindustrieller Projekte zugesagt worden war, weit hinaus, weil wirtschaftliche Überlegungen nur einen Teilaspekt berühren;

b) es beinhaltet eine (sicherheits)politische Komponente (japanische Truppenpräsenz in Kambodscha im Rahmen der UN-Friedensmission), die langfristig ein unter der Ägide Japans stehendes Bündnis, vergleichbar der auf europäischer Ebene wirksamen KSZE, entstehen lassen könnte - mit oder ohne Beteiligung der USA.

Anläßlich seines Besuches in den vier ASEAN-Staaten Indonesien, Malaysia, Brunei und Thailand im Januar dieses Jahres erklärte der kürzlich zurückgetretene Premierminister Kiichi Miyazawa in Bangkok, daß Tokio die Hoffnung hege, künftig die ASEAN mit den drei indochinesischen Staaten in einem gemeinsamen Block vereint zu sehen. "Japan", so Miyazawa, "hält es für bedeutsam, daß diese Länder ihren organischen Zusammenhalt stärken und die Entwicklung der Region als ganze voranbringen". (31) Um dies zu gewährleisten, schlug Miyazawa die Schaffung eines "Forums für die umfassende Entwicklung Indochinas" vor, dessen erstes Treffen noch in diesem Jahr in Tokio erfolgen und auf dem im Verbund mit der ASEAN eine langfristige Entwicklungsstrategie ausgearbeitet werden könne. So ist denn bereits der verstärkte Einsatz japanischer Entwicklungshelfer in Indochina und Myanmar (Burma) vorgesehen.

Damit würde Japan verstärkt in der Region ökonomisches Kalkül mit entwicklungs- und sicherheitspolitischen Erwägungen verknüpfen, was bislang Domäne der USA war.

c) Miyazawas Plan ist schließlich innenpolitisch relevant, zumal die Entscheidung über eine mögliche Revision des Artikels 9 der Verfassung immer näher rückt. Die Befürworter eines solchen Schrittes bemühen analog den Diskussionen in Deutschland über Bundeswehreinsätze außerhalb des NATO-Bereichs das Argument, Japan müsse seine Außenpolitik "re-asianisieren" und könne es sich eingedenk seiner wirtschaftlichen Potenz und des schrittweisen Rückzugs der Amerikaner aus der Region nicht erlauben, in Asien auf Dauer militärpolitisch "abstinent" zu bleiben. Vieles spricht dafür, daß dieser Verfassungsartikel geändert wird; unabhängig davon ist er faktisch längst aufgehoben.

Entgegen Kassandrarufen in den USA, Japan würde im nächsten Jahrhundert Krieg gegen die Vereinigten Staaten führen (vgl. George Friedmans und Meredith LeBards Buch "The Coming War with Japan"), steht allerdings das amerikanisch-japanische (Militär-)Bündnis nicht zur Disposition. Die eigentlichen Schwierigkeiten, mit denen Japan konfrontiert bleibt und die der Miyazawa-Plan bislang nicht berücksichtigt, sind die Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion und auf der koreanischen Halbinsel. Käme es dort zur Wiedervereinigung der beiden koreanischen Teilstaaten (in teutonischer Hast vollzogen, kostete sie Seoul nach eigenen Berechnungen annähernd eine Billion Dollar), wovon kurzfristig nicht auszugehen ist, entstünde vor Japans Haustür ein potenter, mit Bodenschätzen, Know-how und einer qualifizierten Arbeiterschaft ausgestatteter Konkurrent, der aufgrund engerer und historisch nicht belasteter Kontakte zu China ein nicht zu unterschätzendes Gegengewicht zu Japan bilden würde.

Die von Ex-Präsident George Bush konzipierte sog. Neue Weltordnung ist ohne eine Gewichtsaufwertung Japans in Ostasien und im Pazifik undenkbar. Ob das allerdings auch zur Neuauflage einer Pax Nipponica führt, bleibt eine Frage, auf die sich wohl erst eine Dekade nach dem Ende des Kalten Krieges kluge Antworten finden.

Anmerkungen:

20) Das mehrfach modifizierte Nationale Sicherheitsgesetz stellt u.a. noch immer offiziell nicht genehmigte Kontakte zu Nordkorea(nerInnen) unter Strafe - vgl. "KOREA FORUM" 4-5/91, S. 10, 11, hg. vom Korea Kommunikations- und Forschungszentrum, Osnabrück (Oktober) 1991.

21) Die Zahlen basieren auf Statistiken - Major Economic and Social Indicators - der Bank of Korea und der staatlichen Economic-Planning Board in Seoul. Mittlerweile beziffern dieselben Quellen Südkoreas Auslandsschulden allerdings auf neuerlich ca. 50 Mrd. US-Dollar, was aus notwendig gewordenen Kapitalimporten zur Finanzierung sog. "Strukturanpassungen" Seouls resultiert.

22) Leopoldo Marmora/Dick Messner, Theorieruinen und Entwicklungsforschung: Überlegungen am Vergleich Argentinien-Südkorea, in: "Blätter für deutsche und internationale Politik" 10/89, S. 1217, Köln (Oktober) 1989.

23) Wolfgang Hillebrand, Industrielle und technologische Anschlußstrategien in teilindustrialisierten Ländern. Bewertung der allokationstheoretischen Kontroverse und Schlußfolgerungen aus der Fallstudie Republik Korea, Berlin 1990.

24) D.h. niedriger Ölpreis, niedrige Zinsen und ein vergleichsweise günstiger Wechselkurs des Dollars gegenüber der Landeswährung, dem Won.

25) Vgl. u.a.: Asia 1989 Yearbook des "Far Eastern Economic Review", Hongkong 1989, S. 156 und "Handelsblatt/Industriekurier" (Düsseldorf) vom 17.10.89, S. 13.

26) "South Korea Today", hg. von den Young Koreans United of the U.S.A., Washington, D.C. 1989, S. 3ff.

27) South Korea and the IWF, in: "Korea Newsletter" 4.12: 8/9, hg. von der Alliance for Democracy and Reunification of Korea (Han Min Ryun), Tokyo (Januar) 1989.

28) "Hangyoreh Shinmun" (Seoul) vom 4. Juli 1990 - Näheres in: Du Yul Song, Kapitalismus, soziale Bewegungen und Gesellschaftsformation in Südkorea - Eine kritische Bestandsaufnahme, Script V des Forschungsinstituts Dritte Welt/Industrieländer (FDI), Osnabrück/Münster (August) 1990.

29) "Hangyoreh Shinmun" vom 7. Juli 1990.

30) Du-Yul Song, a.a.O., S. 10/11.

31) Lt. "Far Eastern Economic Review" vom 28.1.93, S. 10f.

Im ersten Teil seines Artikels (nachzulesen in ak 358, S. 27) befaßte sich Rainer Werning mit Japan, das nach Wiederherstellung seiner ökonomischen Machtstellung in Ost- und Südostasien nunmehr dabei ist, eine regionale politische "Ordnungsmacht" ersten Ranges zu werden.

# 29. "Nationaler Dialog" als Waffe gegen den Hungerkrieg in Nicaragua?

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:15

War es in der Vergangenheit ruhiger in der bundesdeutschen Presselandschaft was das kleine mittelamerikanische Land angeht, so sorgte Nicaragua in den letzten Wochen wieder für Schlagzeilen: geheime Waffenlager, wer kämpft gegen wen in Estelí?, Entführungen der rechtsgerichteten Re-Contra und als Antwort darauf die Entführung maßgeblicher Vertreter der UNO seitens der Re-Compas, Ankündigung der Entlassung des Obersten Militärchefs im kommenden Jahr. Steht Nicaragua vor einem erneuten Bürgerkrieg? So lautet die Frage im bundesdeutschen Blätterwald. Dagegen wurde nicht oder nur ungenügend beachtet, wie die sozialen Unruhen entstanden sind und wie sich Nicaragua zum ärmsten Land Lateinamerikas entwickelt hat. Durch die Einführung von Schulgeld steigt die Analphabetenquote, die Säuglingssterblichkeit wächst und die Gesundheitsversorgung spottet jeder Beschreibung.

Parlamentskrise

Die Unión Nacional Opositora (UNO), das Bündnis, das aus den Wahlen im Februar 1990 als Siegerin hervorging, macht ihrem Namen alle Ehre. Seit September 1992 hat sich eine Gruppe von acht Parlamentariern von der UNO abgespalten, um fortan als "Zentrumsgruppe" (seit Januar 1993 auch formell als Grupo del Centro firmierend) zusammen mit der FSLN für Mehrheiten zu sorgen. Die Rest-UNO, die statt 51 nur noch über 43 der insgesamt 91 Sitze verfügt, übernahm die Rolle einer Fundamentalopposition. Gründe für diesen Wandel sind vor allem in der Politik der Präsidentin zu suchen, die auf einen Kurs der Nationalen Aussöhnung setzt und im Dialog mit den Sandinisten steht. Auslöser war das Seebeben im vergangenen September. Die Abgeordneten der FSLN blieben am 2. September 1992 der Sitzung der Nationalversammlung fern, um sich vor Ort an der Pazifik-Küste über die Schäden des Bebens, das mit einer großen Flutwelle einherging, zu informieren. Die UNO-Kreise um den Parlamentspräsidenten Alfredo César nutzten das Fernbleiben des politischen Gegners, um das Parlamentspräsidium neu zu besetzen und einige Gesetze auf den Weg zu bringen. Diese Umgestaltung wurde weder von der Zentrumsgruppe noch von der FSLN anerkannt. Die Frente boykottierte die Sitzungen und rief den Obersten Gerichtshof zu Hilfe. Dieser annullierte dann alle in dieser Zeit beschlossenen Gesetze.

Bei der im Januar d.J. erfolgten Neuwahl des Präsidiums der Nationalversammlung - zu dieser Sitzung erschienen nur die Abgeordneten von Zentrum und FSLN - wurden drei Vertreter der FSLN und vier des Zentrums in die Leitung gewählt. Diese Veränderung bedeutet aber keine "Mitregierung" der FSLN. In einem System des Präsidentialismus sind Regierung und Nationalversammlung voneinander getrennt. Das oberste Parlament Nicaraguas ist verantwortlich für die Verabschiedung des Staatshaushaltes und beschließt die Gesetze. Die Regierung dagegen wird von der Präsidentin bestimmt. Natürlich hatte die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Nationalversammlung auch Auswirkungen auf die Umbildung der Regierung, wie sie von Frau Chamorro vorgenommen wurde. Sie ersetzte die UNO-Minister, die sich als Ultrarechte erwiesen, durch moderatere Kräfte, die den Transformationsprozeß mittragen.

Grupo del Centro

Die acht Mitglieder dieser Gruppierung stammen aus unterschiedlichen politischen Parteien: der Sozialistischen Partei Nicaraguas (Partido Socialista de Nicaragua, PSN), die auch als einzige Partei die Zentrumsgruppe unterstützt, der Sozialdemokratischen Partei (Partido Social-Demócrata, PSD), der Neoliberalen Partei (Partido Neoliberal, PALI), der Konservativen Volksallianz (Alianza Popular Conservadora, APC) und der Partei der Zentralamerikanischen Integration (Partido de Integración Centroamericana, PIAC). Da die Parteienlandschaft in Nicaragua in der Vergangenheit (sowohl unter Somoza als auch unter den Sandinisten) nicht besonders ausgeprägt war, ist es schwierig, die einzelnen Parteien samt ihrer Basis programmatisch zu unterscheiden. Einzig möglich erscheint mir ein Hinweis auf die PSN und PSD, die sich beide im Widerstand gegen Somoza befanden, sich aber auch mit der Politik der FSLN bis 1990 nicht einverstanden erklärten. Die Basis dieser Parteien sind vorwiegend die "kleinen Leute" aus ärmeren Vierteln der größeren Städte. Ihre wahlpolitische Bedeutung ist aber eher gering.

Verschuldung

Durch die seit 1990 geänderte Wirtschaftspolitik, die Anpassung an Forderungen von IWF und Weltbank, konnte die Inflation gesenkt werden. Der Gold-Cordoba, der bei seiner Einführung 1990 gegenüber dem US-Dollar im Verhältnis 5:1 gehandelt wurde, lag im September 1993 bei 6,2:1. Diese zu vernachlässigende Abwertung weist auf eine relative Stabilität der Währung, was im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Länder fast wie ein Wunder aussieht.

Die Außenverschuldung konnte durch Wahlgeschenke an die UNO-Regierung 1991 von 10,8 Mrd. auf 9 Mrd. Dollar gesenkt werden (Schuldenerlasse u.a. von den USA, der Schweiz, Spanien, Venezuela, Mexiko und Kolumbien). (1)

Im Jahre 1991 erhielt Nicaragua eine Unterstützung in Höhe von 1.217 Millionen Dollar aus dem Ausland, davon 625 Millionen als Spenden und den Rest als Kredit. 47% der Gesamtsumme flossen in die Rückzahlung des Schuldendienstes, weitere 24% wurden Groß-Importeuren als Kredit bewilligt, die restlichen 29% wurden für Sozialausgaben und zur Ankurbelung der Produktion verwandt. Gemäß den Auflagen im Rahmen der Strukturanpassungspolitik des IWF und der Weltbank wurden letztere nur für traditionelle Agrarprodukte wie Kaffee, Baumwolle, Bananen und Fleisch verwandt. Die Konsumimporte sind um 74% gestiegen und die Importe für die landwirtschaftliche oder industrielle Produktion um 24% gesunken. Die nicaraguanische Wirtschaft funktionierte in den Jahren 1991/92 nur noch im unproduktiven Bereich des künstlich ausgedehnten Handels.

Die Staatsverschuldung betrug 1992 (laut der von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Auslands-Informationen) das 45fache der Exporteinnahmen. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung liegt dieser Studie zufolge Nicaragua mit 2.900 US-Dollar mit an der Weltspitze.

Die Grundnahrungsmittelproduktion wurde völlig vernachlässigt und durch Importsteuersenkung sogar weitgehend zerstört. Heute ist ein Ei aus Panamá preiswerter zu erstehen als ein Ei aus einheimischer Produktion.

Die Schattenseiten der neoliberalen Wirtschaftspolitik sind deutlich spürbar. Nicaragua ist heute das ärmste Land Lateinamerikas. Laut einer im Mai 1992 durchgeführten Untersuchung des nicaraguanischen Forschungsinstituts CRIES leben 80% der Bevölkerung in Armut, 50% in extremer Armut. Der dabei zugrunde gelegte Warenkorb umfaßt 52 Produkte, die im Dezember 1992 einem Wert von 800 Cordoba, d.h. 160 US-Dollar gleichkamen. Ein mittleres Gehalt entspricht im Schnitt 64% dieses Grundwarenkorbes. Die Mindesteinkommen belaufen sich auf dem Land auf 30 US-Dollar, in der Stadt auf ca. 50 US-Dollar. Im Mai 1992 waren 58% der ökonomisch aktiven Bevölkerung arbeitslos, und pro Jahr kommen etwa 45.000 Jugendliche neu auf den Arbeitsmarkt. 1991 verloren 30.000 LandarbeiterInnen ihre Arbeit. 60% der Arbeitslosen sind Frauen und jede zweite Familie verfügt über weniger als 30 US-Dollar im Monat. In den Städten hat sich innerhalb eines Jahres (1991) die Anzahl der Haushalte verdoppelt, die die Grundbedürfnisse nicht mehr befriedigen können. Der informelle Sektor ist von 48% (1990) auf 65% (1992) angewachsen (KAS-Auslandsinformationen).

Das Defizit der öffentlichen Haushalte sank durch die Strukturanpassungspolitik vor allem im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen und bei den Militärausgaben von 31% (1990) auf 9,6% im Jahre 1992.

Strukturanpassungs- maßnahmen

Die Folgen davon sind u.a. die Einführung von Schulgeld von 1 bis 2 Dollar pro Monat, die entgeldliche Ausleihe oder die Pflicht zum Kauf von Schulmaterial sowie der Schuluniform. Früher wurde all dies von der sandinistischen Regierung subventioniert. Für eine nicaraguanische Durchschnittsfamilie mit fünf oder mehr Kindern ist unter den heute gegebenen ökonomischen Prämissen an einen Schulbesuch aller Kinder nicht mehr zu denken. 30% aller Kinder im schulpflichtigen Alter gingen im Jahre 1992 nicht mehr zur Schule. Die Analphabetenrate, die nach der Revolution auf 12% gesenkt werden konnte, stieg bis 1992 wieder auf 25% und liegt Mitte 1993 bei durchschnittlich 30%, bei Frauen auf dem Lande sogar bei 40%. (2)

Den drei existierenden Kinderheimen und Waisenhäusern wurde die Unterstützung entzogen, was bedeutete, daß diese ihre Arbeit einstellen mußten; die CDIs (Kinderkrippen und -gärten) erhalten ebenfalls keine staatlichen Subventionen mehr, worauf diese zu drei Vierteln ihre Pforten schließen mußten.

In einem weiteren sozialen Bereich, dem Gesundheitswesen, sieht es ebenso katastrophal aus: laut CRIES sanken die Subventionen pro Kopf von 64 (1989) über 45 (1990) auf 14 US-Dollar im Jahre 1992. So kostete z.B. ein einwöchiger Krankenhausaufenthalt im Sommer 1991 bereits 500 US-Dollar, ohne medizinische Anwendungen oder Operationen (siehe auch Interview mit William Ramírez in dieser Ausgabe).

Situation im Militärbereich

Eine der Abmachungen bei der Übergabe der Regierung von der FSLN an die UNO sah auch die Reduzierung des sandinistischen Heeres (EPS) vor. Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Humberto Ortega, mußte die Armee von ursprünglich 90.000 auf 16.000 Soldaten verkleinern. Im Gegenzug sollte die ehemalige Contra entwaffnet werden. Allen ehemals unter Waffen Stehenden versprach die Regierung Land und eine finanzielle Starthilfe. Wenn man Tausende rückkehrende Flüchtlinge aus Honduras und Costa Rica hinzuzählt, hatte die Regierung mehr als 100.000 Menschen Land zugesagt. Selbst bei kleinen Parzellen war dies schon theoretisch gar nicht möglich. Die Fläche des landwirtschaftlich zu nutzenden Bodens ist beschränkt, und zusätzlich hat die Regierung auch vielen ehemals von den Sandinisten enteigneten Großgrundbesitzern versprochen, ihre Ländereien zurückzugegeben. Die Landzuweisungen an die zukünftigen Kleinbauern wurden nur in wenigen Fällen in die Praxis umgesetzt.

Schon seit längerer Zeit existieren partielle Zusammenschlüsse zwischen Re-Contras und Re-Compas, um z.B. Landforderungen durchsetzen zu können. Beiden Gruppen mangelt es an einer Lebensgrundlage. Aus den jeweiligen militärischen Organisationen entlassen, oftmals noch immer bewaffnet, schlossen sie sich zusammen und besetzten Bürgermeisterämter. Die politischen Differenzen sind angesichts der akuten wirtschaftlichen Not ins Hintertreffen geraten. Oft mit Waffengewalt, oft durch einfache psychische Anwesenheit nehmen sie das Land, das ihnen versprochen und nicht zugeteilt wurde. Konflikte sind somit vorprogrammiert.

Aktiengesellschaften in Arbeitnehmerhand

Ein weiteres wichtiges Abkommen bei der Regierungsübergabe betraf die Frage nach den ehemals verstaatlichten Betrieben. (3) Die Regierung wollte die früheren Besitzer durch Rückgabe entschädigen. In einem Zusatzabkommen wurde 1991 ein Kompromiß gefunden, der besagt, daß ein jeweils 25%iger Anteil an diesen Staatsunternehmen, die alle in Form von Aktiengesellschaften weitergeführt werden, in den Besitz der dort Arbeitenden übergehen sollten. Im Mai 1993 waren 105.750 Hektar Agrarfläche, 14 Industriebetriebe und 5 Dienstleistungsunternehmen davon betroffen. Bei 41 Aktiengesellschaften besitzen die ArbeiterInnen Anteile. Insgesamt betrifft das gesamte Abkommen 351 Staatsunternehmen, von denen 233 bis Ende 1992 verkauft bzw. an die früheren Eigentümer zurückgegeben worden sind. (4) Dieses Modell, das einen Versuch darstellt zu retten, was zu retten ist, nämlich die Selbstverwaltung von Betrieben und Kooperativen, hat natürlich auch einen Pferdefuß: Weniger als 25% der Agrarproduzenten haben Zugang zu Krediten. (5) Die meisten der landwirtschaftlichen Genossenschaften erhalten keine Kredite, weil die Eigentumsfrage noch nicht endgültig geklärt ist. Wenn die Kooperativen keinen Landtitel vorweisen können - und deren Vergabe wird so lange es geht hinausgezögert -, bewilligen die Banken keine Kredite. So existierten 1992 noch einige Agrarkooperativen, die keine Mittel für Pflanzgut oder Schädlingsbekämpfung besaßen und die wahrscheinlich bereits in diesem Jahr aufgeben müssen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese Mischformen der ökonomischen Realität zum Opfer fallen.

Politikverdrossenheit

Das alles führt zu einer Politikverdrossenheit in der Bevölkerung. Die Vereinten Nationen gaben eine Studie zur "Problematik der Regierbarkeit in Nicaragua" in Auftrag, die vom Instituto de Estudios Nicaragiense erstellt und im Dezember 1992 in Managua veröffentlicht wurde. Demnach sehen Dreiviertel der Befragten "ihre Interessen im politischen System Nicaraguas nicht mehr repräsentiert; Zwei Drittel glauben, daß die politischen Parteien sich nicht mehr um die Probleme der Bevölkerung kümmern; die Hälfte ist der Ansicht, daß die Nationalversammlung ihre Aufgaben nicht erfüllt; ein Fünftel bezweifelt, daß es überhaupt einen Ausweg aus der politischen und wirtschaftlichen Krise des Landes gibt, und keine der Parteien wird von einer relativen Mehrheit noch für fähig gehalten, einen positiven Beitrag zur nationalen Verständigung zu leisten." (7)

Internationaler Kontext

Die Intervention von Alfredo César, dem damaligen Vorsitzenden der Nationalversammlung, der gute Verbindungen zu VertreterInnen des US-Abgeordnetenhauses besitzt, sowie die Zusammenarbeit zwischen der heutigen Zentrumsgruppe, der Präsidentin und der FSLN haben dazu geführt, daß die fest zugesagten Budgethilfen der USA für Nicaragua seit Mitte 1992 verzögert werden.

Das Politikverständnis großer Teile der US-Abgeordneten hat sowohl psychologische wie auch machtstrategische Hintergründe. "Amerika den Amerikanern" und daraus abgeleitet der Anspruch auf die Vorherrschaft über "ihren" Hinterhof wurde durch die "Neue Weltordnung" eher bestätigt denn widerlegt.

Die Frente stellt noch immer eine reale Macht dar, und das Trauma der sandinistischen Revolution, die es als einzige außer der cubanischen geschafft hat, dem großen "Bruder" im Norden zu trotzen und eine den dort herrschenden Kreisen angenehme bzw. von diesen gestützte Regierung in die Wüste zu entsenden, ist nach wie vor virulent. Es existiert die Befürchtung einer möglichen Machtübernahme nach den Wahlen 1996 durch die FSLN. Daher ist die Politik, den Sandinismus in den Jahren seiner Schwäche völlig zu eliminieren, eine durchaus logische und realpolitische. Mit der Anerkennung der Wahlniederlage und dem sich darin ausdrückenden demokratischen Verständnis hat die FSLN indirekt auch auf den Friedensprozeß in El Salvador eingewirkt und eine mögliche Umgestaltung in Guatemala gefördert.

Große Teile der FSLN hatten nach der Wahl Clintons Hoffnungen auf den Machtwechsel im Weißen Haus gesetzt, was aber bereits von vielen als Trugschluß angesehen wird. Zudem wurde Mitte August ein Papier über die künftige US-Militärstrategie bekannt, in dem die Verfasser von der Möglichkeit ausgehen, zwei regionale Kriege gleichzeitig führen zu können, und zwar Kriege mittlerer Intensität (ein Mid-intensity-war-fare war beispielsweise der letzte Golfkrieg).

Die Haltung der USA gegenüber der Chamorro-Regierung hat sich seit dem Wahlsieg 1990, als Chamorro als Heldin gefeiert wurde, inzwischen gespalten. Teile der US-Administration begrüßen die Politik der Nationalen Aussöhnung. Anderen, die nach dem Sieg des UNO-Wahlbündnisses die große Chance gesehen hatten, mit der "Diktatur der Sandinisten" endgültig Schluß zu machen, ist die Präsidentin mit ihrer Politik ein Dorn im Auge.

Die Regierungen der Staaten der Europäischen Gemeinschaft setzen dagegen eher auf die Politik der Nationalen Aussöhnung. So haben sie die Entwicklungshilfegelder freigegeben, und Nicaragua steht auf der Prioritätenliste der Unterstützung von Nicht-Regierungs-Organisationen mit Zuschüssen der Europäischen Gemeinschaft noch immer recht weit oben.

Bei der Frage nach Hilfeleistungen seitens der dritten großen Wirtschaftsmacht ist es ruhig geworden. Japan avisierte schon in den letzten Jahren der FSLN-Regierung einen Plan, einen zusätzlichen Kanal durch den Rio San Juan und den Nicaragua-See zu bauen. Doch die dafür in Frage kommende Region wurde - wie die Tageszeitung "El Nuevo" Diario am 21. Februar d.J. berichtete - zum Naturschutzgebiet erklärt. Den NicaraguanerInnen fiel nämlich auf, daß dort 1% der gesamten Flora und Fauna der Welt beheimatet ist. Es ist erstaunlich, daß sich in einem Land der "Dritten Welt" diese Erkenntnis gegen ein Projekt, das im Gegensatz zum Panamakanal selbst Riesentankern die Durchfahrt erlaubt hätte, durchsetzen konnte.

Aktuelle Ereignisse

Schwierige ökonomische Bedingungen und kein Licht am Ende des Tunnels veranlaßten im Juli d.J. ehemalige Militärs zu einem spektakulären Banküberfall in Estelí, einem Städtchen im Norden, das in einer sehr armen Region des Landes liegt. Hunger und nicht der Wille nach Destabilisierung der Regierung waren der Hintergrund obgleich auch viele NicaraguanerInnen die Politik der FSLN nicht mehr nachvollziehen können und Teile dieser Re-Compas die Schuld für die Wirtschaftsmisere bei Daniel Ortega suchen: "Daniel hat die Schuld für diese Attacke gegen die Wirtschaftspolitik der aktuellen Regierung", so der Anführer der Rebellen, Pedrito der Hondureño, laut "El Pais" vom 26. Juli.

Durch die nicht erfolgte Landzuweisung an die ehemaligen Militärangehörigen haben sich im Norden die Ex-Compas zusammengeschlossen, um sich das zu holen, was ihnen von der Regierung versprochen wurde. Die Aktion endete mit einem Blutbad, u.a. weil das Militär - entgegen den Informationen der Aufständischen - an diesem Tag doppelt so stark vertreten war wie normal. 48 Menschen wurden getötet. Das erbeutete Geld blieb verschwunden. Einer der Toten war der Geldbote und keiner weiß, wo er es vor seinem Tode versteckt

hat. Der Anführer, Pedrito der Hondureño, ein ehemals hoher Offizier des EPS, der seine Abfindung in Form von Geld, Land und Vieh erhalten hatte, ist untergetaucht.

Eine Verzweiflungstat, die zu nichts geführt hat - außer zu einer erneuten Verschärfung des Konfliktes innerhalb der Nationalversammlung. Eine von der Präsidentin erlassene Amnestie, die auch die Vorfälle in Estelí miteinschließt und die von der Nationalversammlung bestätigt werden mußte, veranlaßte die UNO, aus dem Parlament auszuziehen, da diese Straffreiheit, laut "Frankfurter Rundschau" vom 19. August, "die Rebellen ermutigen würde". Im Gegensatz dazu steht die Einschätzung des FSLN-Fraktionsvorsitzenden, Sergio Ramirez, der in der zugesagten Amnestie eher einen "Beitrag zur Befriedung des Landes" sieht.

Als weiteres Zeichen der Ausweglosigkeit ist die gegenseitige Geiselnahme zu bewerten. Ende August nahmen rechtsgerichtete Re-Contras in Quilalí eine Delegation aus Parlamentariern, Soldaten und VertreterInnen der Nationalen Menschenrechtskommission, die über die Übergabe von Waffen verhandeln wollten, als Geiseln, um damit auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Sie forderten die Entlassung des sandinistischen Armeechefs Humberto Ortega und des Präsidentialamtsministers Antonio Lacayo, die sie für die Verursacher ihrer Situation halten. Als Antwort darauf besetzten am folgenden Tag Ex-Compas in Managua das Hauptquartier der UNO und nahmen deren Führungsspitze in ihre Gewalt. Nach einer Woche, in der Managua den Atem anhielt, war die gegenseitige Geiselnahme beendet. Den Re-Contras wurde Straffreiheit und Land zugesagt; in Managua verhandelten Daniel Ortega und die Präsidentin der Nationalen Menschenrechtskommission, Vilma Nuñez, erfolgreich mit den Geiselnehmern.

Nach Jahrzehnten der Repression durch die Somoza-Schergen, nach dem von den USA aufgezwungenen Bürgerkrieg und angesichts des nun eskalierenden Hungerkrieges spielt die Frage der Gewalt in einem Land, in dem viele noch immer bewaffnet sind, eine nicht zu unterschätzende Rolle, die aber nicht auf Machismo pur zu reduzieren ist (taz vom 26. August). Die wirtschaftliche Situation führt bedingt durch die fehlenden Perspektiven großer Teile der Bevölkerung zudem zu einer gesellschaftlichen Verrohung einiger Kreise. Diese sehen dann in der Tat nur noch die Möglichkeit, sich dort etwas zu holen, wo es etwas zu holen gibt - sei es durch Geiselnahme oder durch Banküberfall. Auch ist die Kriminalitätsstatistik, was Raub und Überfälle betrifft, exorbitant gestiegen, ohne jedoch auch nur annähernd an die Anzahl der Raubüberfälle in den Metropolen heranzureichen.

Ankündigung der Entlassung von Humberto Ortega

Als vorläufiger Höhepunkt der Krise muß die Ankündigung der Entlassung des Armeechefs für 1994 gelten. Ausgerechnet am 14. Jahrestag der Gründung des Sandinistischen Volksheeres gab Violeta Chamorro in der Feierstunde diesen im Vorfeld nicht diskutierten Alleingang bekannt. Dabei respektierte sie weder die geltenden Militärgesetze noch die nicaraguanische Verfassung. Dies führte zu einem wenig diplomatischen Zwischenruf von Daniel Ortega: "Sie sind nicht die Eigentümerin dieses Landes!" worauf Frau Chamorro sich verbat, daß "irgendjemand die Stimme gegen mich erhebt". Abgesehen von diesem auch in der hiesigen Presse ("Frankfurter Rundschau" vom 7. September) aufgegriffenen Schlagabtausch, war in Nicaragua eine brenzlige Situation entstanden.

Nach der geltenden Verfassung hat die Präsidentin weder das Recht, den Oberbefehlshaber des Heeres zu bestimmen noch ihn zu entlassen. Diese Aufgaben obliegen allein dem Obersten Militärrat. Nachdem die Präsidentin noch am gleichen Abend eine Erklärung darüber abgab, daß sie selbstverständlich die geltenden Gesetze und auch die Verfassung respektieren werde, entschärfte sich die Situation. Frente-Mitglieder in Managua gehen davon aus, daß Humberto Ortega 1994 abgelöst werden wird, betonen aber, daß die Funktion des EPS, für das Volk und nicht für die Bourgeoisie da zu sein, davon nicht berührt würde. Dafür wird das Mitglied der Nationalen Leitung der FSLN, der als Oberbefehlshaber sein Parteiamt ruhen läßt, zum Bauernopfer.

Da in der Vergangenheit aus den eigenen Parteireihen starke Kritik am Führungsstil Humberto Ortegas laut wurde, kann es sich für die Glaubwürdigkeit der FSLN und für die Wahlen 1996 auch positiv auswirken, wenn der Oberste Militärrat, der noch immer mehrheitlich sandinistisch besetzt ist, hier eine andere Person ins Rennen schickt. Wichtig ist, daß an der grundsätzlichen Haltung des EPS nichts verändert wird.

Wahrscheinlicher Grund für den Alleingang von Frau Chamorro war die Angst, rechte UNO-Kreise könnten weiter an der Gewaltspirale drehen. Zumal diese schon häufiger angekündigt haben, daß sie künftig auch mit

anderen Mitteln als den demokratisch-friedlichen ihren Protest ausdrücken werden. Dies könnte eine Situation heraufbeschwören helfen, die die USA als Helfer der UNO-Opposition entweder direkt oder über die Vereinten Nationen zum Intervenieren einlädt.

Hilft der "nationale Dialog"?

Solange die UNO auf Konfrontation setzt, nutzt aber die Bereitschaft der Regierung, mit allen gesellschaftlichen Kräften ins Gespräch zu kommen, wenig. Die neoliberale Wirtschaftspolitik ist nicht darauf ausgerichtet, die Lage breiter Bevölkerungsschichten zu verbessern - im Gegenteil: Die ökonomische Misere wird sich verschärfen und damit möglicherweise auch den Nährboden für weitere Gewaltakte liefern. Die FSLN zeigt sich weiterhin gesprächsbereit und möchte das "Abkommen zur Nationalen Rettung" trotz der Ankündigung der Entlassung ihres Militärchefs weiterführen. Die soziale Realität des Landes zwingt die Frente zu einer Politik der Zugeständnisse. So soll über alles verhandelt werden, was es nur zu verhandeln gibt. Die Mitglieder der sandinistischen Versammlung haben den Abgeordneten einen Leitfaden an die Hand gegeben, um über Verfassungsänderungen, die zu "einer größeren Demokratisierung des Staates und der politischen Institutionen des Landes beitragen", zu diskutieren. Ohne Vorbedingungen ist die sandinistische Versammlung bereit, über folgende Themen Konsens zu suchen: "Wirtschaftspolitik, Eigentum, Stärkung der Nationalversammlung, Verfassungsreform, Gesetz zur Organisation des Heeres" sowie über "andere Themen, an denen die jeweiligen Verhandlungspartner Interesse besitzen".(8) Dieses Kommuniqué hat demokratisch und politisch interessante Ansätze. Ob es aber helfen kann, die wirtschaftliche und damit soziale Situation zu verbessern, ist noch nicht abzusehen.

rs, Berlin

Anmerkungen

1) Zahlen sind, soweit nicht anders vermerkt, dem Nachrichtendienst POONAL, Pool de nuevas Agencias de America Latina, deutschsprachige Ausgabe Nr. 46, 1.6.1992, entnommen.

2) Teuchler, H.: Nicaragua drei Jahre nach dem Wahlsieg von Violeta Chamorro. In: Konrad-Adenauer-Stiftung Auslandsinformationen 6/93, S. 14

3) Die FSLN verstaatlichte nach ihrer Machtübernahme die ehemaligen Somoza-Besitztümer sowie die nicht produktiv genutzten Ländereien von Großgrundbesitzern. Die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen wurden dann entweder landlosen Kleinbauern oder sich bildenden Kooperativen übergeben oder zu Staatsgütern bzw. -firmen erklärt.

4) Teuchler (1993): S.12. Siehe dazu auch ak 354 vom 5.5.93

5) POONAL, Managua, Mai 1992

6) Ides, Nr. 636, Berlin, vom 14.5.1993

7) zitiert nach: Teuchler (1993): S. 3

8) Kommuniqué der Sandinistischen Versammlung vom 21. August 1993; siehe nebenstehende Dokumentation

Dokumentation

Kommuniqué der FSLN

Die Sandinistische Versammlung hat sich heute, am 21. August 1993, unter dem Vorsitz der Nationalen Leitung der FSLN in El Crucero getroffen. Nach einer Analyse der kritischen Lage, in der sich unser Land derzeit befindet und die durch die Ereignisse der Geiselnahmen noch erschwert wurden, beschließen wir folgendes:

1. Wir verurteilen in aller Schärfe jeden Akt der Gewalt, der, unabhängig von seinen Ursprüngen oder seinen Motiven, den Frieden in Nicaragua riskiert, da solche Handlungen nur dazu dienen, die sozialen und politischen Spannungen zu verschärfen.

2. Alle politischen, sozialen und gewerkschaftlichen Kräfte, gleich welcher Parteizugehörigkeit, wie auch die Regierung haben die Verpflichtung, dem Wunsch aller Nicaraguaner nach einer Konsolidierung der Demokratie sowie nach ziviler Sicherheit nachzukommen und durch ihr Handeln die tiefgreifende ökonomisch-soziale Krise zu beheben.

3. Wir fordern die bedingungslose, sofortige und gleichzeitige Freilassung der durch die bewaffneten Gruppen "3-80" in Quilalí und "Souveränität und Würde" in Managua festgehaltenen Geiseln.

Unseren sandinistischen Genossen, die im Rahmen ihrer Friedensmission als Geiseln genommen wurden, senden wir unsere kämpferische Unterstützung und völlige Solidarität sowie unser Versprechen, nicht zu ruhen, bis ihre Befreiung und die der übrigen Nicaraguaner erreicht wird.

4. Wir unterstützen vollständig die heute Vormittag zwischen der Regierung, der UNO und der FSLN getroffene Vereinbarung. Wir sind damit einverstanden, daß alle notwendigen Maßnahmen zur Freilassung der Geiseln sowie zur Festigung des Friedens und zur Erreichung eines "Abkommens zur Nationalen Rettung" unseres Landes getroffen werden. Die Sandinistische Versammlung unterstützt das Vorgehen der Nationalen Leitung und gibt die notwendige Rückendeckung, die erwähnten Initiativen zu ergreifen.

5. Die FSLN ist bereit, ohne Vorbedingungen mit der Regierung und der UNO zu verhandeln, bis ein ABKOMMEN ZUR NATIONALEN RETTUNG geschlossen wird. Die Frente Sandinista ist bereit in allen Bereichen einen Konsens zu suchen. Dieses Abkommen soll öffentlich auf Grundlage folgender Themenkomplexen ausgehandelt werden:

a) Wirtschaftspolitik

b) Eigentum

c) Stärkung der Nationalversammlung

d) Verfassungsreform

e) Gesetz zur Organisation des Heeres

f) Andere Themen, an denen die jeweiligen Verhandlungspartner Interesse besitzen.

6. Die Frente Sandinista kämpft um die Verwirklichung von wirtschaftlichen Maßnahmen, die der Stärkung und Stabilität der produktiven Sektoren dienen, die Arbeitslosigkeit bekämpfen und die Bereiche extremer Armut beseitigen.

7. Die FSLN unterstützt und fördert Verfassungsreformen, die zu einer größeren Demokratisierung des Staates und der politischen Institutionen des Landes beitragen, die den Dialog und die Verhandlungen als Regierungsmethode sowie als Lösung der politischen und wirtschaftlich-sozialen Probleme fördern.

Im Rahmen dieser Prinzipien treten wir für eine ausgeglichenere Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Institutionen des Staates ein, für eine größere Verantwortlichkeit der Regierung sowie der gewählten Volksvertreter gegenüber den Wählern und der Bevölkerung im allgemeinen, für die Stärkung der partizipativen Demokratie und zivilgesellschaftlicher Organisationen, für die Stabilität der militärischen Institution im Rahmen der Gesetze.

Aus diesen Gründen fordert diese Versammlung die Parlamentsfraktion der FSLN auf, ihr baldmöglichst die Initiativen der Verfassungsreform vorzulegen, damit diese verabschiedet werden können.

8. Wir rufen alle Kräfte des Landes und vor allem die Sandinisten dazu auf, vor Ort bei der Suche nach zivilen Lösungen aus der aktuellen Krise zuhelfen, sich politisch weiterhin aktiv zu betätigen ohne aber in Provokationen, die gewaltsame Reaktionen hervorrufen könnten, zu verfallen, weil diese die heikle Lage des gesamten Landes noch verschlechtern könnten.

9. Die Sandinistische Versammlung bleibt in Dauersitzung, um die aktuelle Situation weiterzuverfolgen, die Grundlagen des Abkommens zur Nationalen Rettung zu diskutieren und über eine Einberufung eines außerordentlichen Parteitages der FSLN zu beratschlagen.

Freies Vaterland oder Tod.

# 30. Die Demokratie und die soziale Frage. Interview mit William Ramírez Solórzano (FSLN)

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:16

William Ramírez Solórzano war Guerilla-Kommandant der Frente Interna, Leiter des taktischen Rückzuges 1979 und während der Regierungszeit der FSLN fünf Jahre Minister für die Atlantik-Region. Heute ist William Ramírez Abgeordneter der FSLN in der nicaraguanischen Nationalversammlung, Mitglied des Fraktionsvorstandes und Pressesprecher der FSLN-Fraktion in der Nationalversammlung.

Gibt es heute Demokratie in Nicaragua?

Weißt Du, das hängt vom Konzept ab, das man von Demokratie hat. Vor allem, wenn wir von der Notwendigkeit der Beteiligung der Leute an den Entscheidungen, die getroffen werden, reden, von ihrem Recht, bessere Lebensmöglichkeiten zu erhalten. Mir scheint, daß dies ein integrales Konzept von Demokratie ist. In Nicaragua sind wir sicherlich in einigen politischen Aspekten weitergekommen: Es gibt eine größere Redefreiheit als unter der sandinistischen Regierung; jeder kann sich bewegen, wohin er will, an jeden Ort des Landes, anders als das damals unter den von den USA aufgezwungenen Kriegsbedingungen war. Ein anderes Element ist die Vielzahl von politischen Parteien. Es können sich Parteien organisieren, wenn sie nur die formalen Requisiten erfüllen. Weitere fundamentale Rechte sind die Pressefreiheit und die Freiheit der Medien. Das sind zwar keine Neuigkeiten, es gab diese schon unter der sandinistischen Regierung, aber diese Rechte blieben erhalten. Das ist wichtig.

Aber die Grundlage ist das Recht des Bürgers auf einen besseren Lebensstandard. Und in diesem Punkt glaube ich, daß wir mit den neoliberalen Maßnahmen der jetzigen Regierung, die vom IWF und der Weltbank sowie der nordamerikanischen Regierung auferlegt worden sind, bei einem Grad der Armut der Bevölkerung angekommen sind, wie es ihn in der Geschichte Nicaraguas bisher nicht gegeben hat. Und außerdem hat sich eine große Angst unter den meisten Nicaraguanern breitgemacht, weil sie keine Arbeit finden, und das bei 60 Prozent Arbeitslosigkeit, der Drohung, von staatlichen Institutionen entlassen zu werden, etc.

Die Investitionen sind sehr begrenzt, und praktisch werden sie nur von denen getätigt, die sich im Umkreis der Regierung befinden, oder von einigen Somozisten aus den USA, die mit Geld zum Investieren zurückgekehrt sind. Aber diese Investitionen reaktivieren nicht die Produktion, sondern fördern nur den Handel. Es geht ihnen um eine schnelle Rentabilität, und die ist vor allem im Handelssektor möglich.

Das Recht der Bevölkerung auf Gesundheitsversorgung und auf Bildung, als eine Verantwortung des Staates, wird jeden Tag weniger beachtet; die Tendenz geht auch hier hin zur Privatisierung. Die grundlegenden Versorgungsleistungen, wie Wasser und Elektrizität, werden auch mehr und mehr privatisiert. Wer diese Betriebe kauft, soll dann auch hohe Renditen durch hohe Tarife erhalten, und dadurch fällt der früher politische Preis dieser Dienstleistungen weg. So glaube ich also, daß es im wirtschaftlichen Bereich keine Demokratie gibt.

Deshalb ist es aufgrund meiner integralen Konzeption des Begriffes, der nicht nur formale politische Aspekte umfaßt, schwierig, zur Demokratie im heutigen Nicaragua etwas Endgültiges zu sagen.

Sozial und demokratisch gehören zusammen

Und wie überleben die Menschen, wenn doch alles privatisiert wird und sie immer weniger Geld zur Verfügung haben?

Von drei Menschen in Nicaragua hat nur einer Arbeit, und der muß unter enormen Opfern den Rest der Familie ernähren. Auch wenn man in den Krankenhäusern z.B. eine chirurgische Operation bezahlt hat, muß man trotzdem das eigene Operationsgarn, die Laken und Kopfkissen, die eigenen Medikamente, die Antibiotika usw. mitbringen, du mußt dann beizeiten einen Termin des Chirurgen beantragen, vielleicht eineinhalb oder zwei Monate im voraus. So existiert das Recht auf Gesundheit nicht mehr als Option auf das Leben, was es eigentlich nur sein kann, sondern als Option auf den Tod. Es existiert keine Möglichkeit für die meisten Nicaraguaner, an das Niveau anderer Ländern heranreichen zu können, was die durchschnittliche

Lebensdauer, die Säuglingssterblichkeit etc. angeht. Die statistische Wirklichkeit, die sich unter der Revolution bzw. unter unserer Regierung verbesserte, ist heute wieder ein sehr entfernt liegendes Ziel.

Von was leben die Leute? Sie leben von dem, was sie organisieren können. Es gibt viel Spekulation, versteckter Handel mit Waren, Schmuggel. Die Leute zahlen keine Steuern, weil sie nicht wissen, von was sie sie begleichen sollen. Das bewirkt, daß die Regierung wiederum nicht genügend Einkünfte hat, um eine Reihe von Investitionen zu tätigen. Die fehlenden Investitionen demobilisieren die Arbeit, es gibt keine Beschäftigungsquellen mehr: es ist ein Teufelskreis, aus dem die Politik keinen Ausweg weist. Und die Regierung versucht, sich aus der Verantwortung zu ziehen, die jeder Regierung obliegt, nämlich die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sie sagt, das sei Aufgabe der privaten Unternehmen, und die privaten Unternehmen wollen, was private Unternehmen auf der ganzen Welt wollen, nämlich Geld verdienen.

Demokratisierung der FSLN

Gibt es Demokratie in der FSLN?

Ich würde Dir sagen: mehr als früher, aber in Wahrheit - die Demokratie in der Frente muß noch voranschreiten. Während der letzten drei Jahre haben wir eine gute Diskussion gehabt, intern und öffentlich, eigentlich mehr öffentlich als intern; es kam zur Darstellung unserer Probleme, der verschiedenen Sichtweisen, zur Aufarbeitung unserer Fehler, unserer richtigen Einschätzungen. Und mir scheint, daß uns das hilft, unsere Schwächen zu beseitigen und die Frente Sandinista zu einigen. Denn wenn man über unterschiedliche Einstellungen nicht redet, sich nicht austauscht, dann ist das sehr schädlich.

Wichtig ist die Diskussion darüber, was die Frente gemeinsam hat, denn sie befindet sich, genauso wie alle anderen linken Bewegungen und Parteien nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in einer Identitätskrise in bezug auf neue Formen und Methoden des Kampfes. Um eine konkrete Orientierung über die Möglichkeiten in der Zukunft, über ein Programm, das die unterprivilegierte Klasse bevorzugt, zu erhalten, muß sehr viel diskutiert werden, mit unterschiedlichsten Ansätzen. Da sind wir jetzt, und der nächste Schritt ist, wie eine innere Neuorganisation der Frente sich vertiefen und weitergehen kann. Und für die Vorbereitung des Kongresses von 1994, auf dem eine neue nationale Führung gewählt wird, muß es meiner Meinung nach eine breite Beteiligung geben, denn ich habe verstanden, daß einige Vertreter der nationalen Führung sich nicht mehr als Kandidaten zur Verfügung stellen werden. Ich glaube, daß die Führung individuell und nicht als Liste gewählt werden muß. Und es müssen unbedingt Frauen in die Führung gewählt werden, um auch hier - das ist das Mindeste - eine Repräsentanz zu schaffen. So glaube ich, daß wir Fortschritte machen werden, Fortschritte in der Vielfältigkeit, um die Einheit zu bewahren. Und ich glaube, das ist positiv. Mal sehen was kommt... Ich habe keine negative, sondern eine positive Einstellung. Ich gehe davon aus, daß die Frente gestärkt aus allem hervorgehen wird, obwohl uns noch viele heftige Krisen erwarten werden: aufgrund der Arbeitslosigkeit, wenn wir über die Kandidaten für das Parlament streiten, wenn wir über die Kandidaten für die Stadtparlamente diskutieren und wenn wir über den Präsidentschaftskandidaten verhandeln. Auch wird es Krisen geben, wenn wir über den Wahlkampf und dessen Finanzierung sowie über mögliche Allianzen reden.

Heißt das, daß die Frente zu den Wahlen 1996 im Bündnis auftreten wird?

Mir scheint, daß wir uns nicht abschließen dürfen gegenüber möglichen Alternativen, die sich anbieten. Wenn wir genügend Kräfte haben, um allein zu gewinnen, dann machen wir uns allein auf den Weg; und wenn wir nicht genug Kräfte haben zu einem Alleingang und wenn eine Niederlage droht, dann ist es besser, Bündnispartner zu suchen. Ich habe da bisher noch keine konkreten Vorstellungen, aber mir ist klar, daß wir uns als politische Partei nicht isolieren dürfen und eine Option auf die Macht behalten müssen.

Ist die Demokratisierung der Frente eher ein Reflex auf hausgemachte Probleme (wie Wahlverlust, Vertrauensverlust unter der ländlichen Bevölkerung u.a.) oder liegt die Hauptursache für den Demokratisierungsprozeß im Niedergang der real existierenden sozialistischen Länder?

Ich glaube beides. Zunächst sind da die Fehler der Führung, dann ist da aber auch unser Verhalten als Mitglieder der Frente Sandinista. Sie sagten uns eine Sache, und wir glaubten, es sei von Gott, es sei das göttliche Wort. Und immer haben wir es akzeptiert, es nie in Frage gestellt. Auch wir haben da eine Verantwortung, und die anderen haben sie auch, indem sie Entscheidungsbefugnisse mißbrauchten, die ihnen gegeben worden waren. In diesem Sinne würde ich nicht den ersten Stein werfen. Ich glaube, daß wir die

Dinge überprüfen und gemeinsam Antworten suchen müssen, denn sich einzuschließen hilft nicht, die Probleme aus der Welt zu schaffen. Wir müssen versuchen, diese aufzuspüren, zu lösen und Fehler zu beheben.

Ich denke, da hat auch der Zusammenbruch des Realsozialismus eine wichtige Rolle gespielt. Es gab einen ziemlich großen Einfluß des Ostblocks: Technische Beratung, Material etc. erhielten wir zu 90% aus dem sozialistischen Lager; politische und wirtschaftliche Außenbeziehungen gab es vor allem mit jenen Ländern. Und plötzlich wurden wir, die wir auf die eine oder andere Weise von ihnen erzogen worden waren, gewahr, daß das, woran wir geglaubt hatten, zusammenfiel, verschwand, nicht wahr war. Nun, dies traumatisierte viele. Und die Fragestellungen jetzt sind: Starb der Sozialismus oder starb er nicht? Wie kann eine neue Theorie, die notwendig ist, aussehen? Wie muß man handeln angesichts des wiedererstarkten Neoliberalismus und Kapitalismus? Muß man den Sozialismus neu denken? Oder muß man eine Mischung aus beiden machen? Oder muß man Vorsicht bei beiden walten lassen? Daß heißt, es handelt sich um eine Diskussion, die ihr Erklärungsfeld in Lateinamerika selbst finden muß, in Bewegungen und Parteien, die eine jeden Tag realistischere Option auf die Macht bekommen. Die Erfahrungen, die in den sozialistischen Ländern gemacht wurden, könnten dazu dienen, Antworten auf die Fragen und Probleme in den Ländern der "Dritten Welt" zu finden.

Neue Sozialismusideen

sind gefordert

Kommen also neue Ideen für eine "gerechtere Ordnung", eventuell für einen "neuen Sozialismus", aus Lateinamerika?

Ich glaube, wir erwarten neue Ideen, neue Erfahrungen, und wir erwarten auch von Europa einen neuen theoretischen und praktischen Beitrag zur weltweiten revolutionären Bewegung. Denn, gut, die derzeitigen Bedingungen in Ländern wie der BRD sind nicht die besten für einen revolutionären Umbruch, jedoch darf deshalb nicht Abstand genommen und gesagt werden: "Nicht mehr! Ich kann nicht mehr! Unmöglich!". Die dauernden Wünsche der Menschen nach Verbesserung der Lebensqualität - und das gilt überall, auf unterschiedlichen Niveaus, hier (in der BRD, R.S.) und in ganz Lateinamerika, einfach überall auf der Welt - und den Dienst am Anderen ernstnehmen sollte jede unserer Gewohnheiten und unsere Lebensgeister bestimmen, unser Atem, sollte dafür dienen, die Übereinstimmung von Überzeugung und Handeln zu bewerkstelligen.

So haben wir z.B. viele Schwierigkeiten in der FSLN gehabt, weil es so etwas wie eine doppelte Moral gab: Wir sagten das eine und machten das andere. Das hat uns viel Kritik in der Bevölkerung eingebracht, Ressentiments, Unzufriedenheit unter den Leuten, unter uns selbst, den Mitgliedern der Frente Sandinista. Es gibt jetzt ein wenig mehr Kohärenz; ich will nicht sagen, daß wir die "perfekten" politischen Führer haben können, aber ich verstehe es so, daß jeder einzelne von uns seine persönliche Verbesserung (die Arbeit an sich selbst), daß jedes einzelne Mitglied der Frente auf der Suche ist, die eigenen persönlichen Qualitäten zu finden und auszubauen.

Ja, und die Interessen der anderen Länder, die der USA oder etwa die der EG?

Nun, die USA wollen auch in Zukunft die Türwächterrolle gegenüber Lateinamerika einnehmen und ihre Herrschaft über den "Hinterhof" bewahren. Wir haben immer gesagt, und wir sagen es auch weiterhin, daß wir eine respektvolle und würdige Beziehung zu den USA wollen, wir wollen keine Konfrontation, denn dies ergibt für uns keinen Sinn. Wir wollen, daß die USA endlich wahrnehmen, daß wir eine Realität, eine Kraft in einem Land darstellen und daß, wenn sie den Menschen Nicaraguas wirklich helfen wollen, es eine Hilfe sein muß, die nichts mit Missionieren zu tun hat. Wir als Partei haben Beziehungen zu der neuen US-Regierung als solcher und zur demokratischen und republikanischen Partei. Es gibt Unterredungen und Treffen auch in den USA, wir besitzen also ein bestimmtes Niveau an internationalen Kontakten. Nicht nur mit den US-amerikanischen, sondern auch mit anderen Parteien.

Jetzt scheinen uns die Europäer ein Modell auferlegen zu wollen, daß wir wie sie werden. Aber auch Europa sollte uns akzeptieren, wie wir sind, sollte unsere Standpunkte anhören, sich unsere Realität ansehen, uns helfen, damit wir neue Theorien entwerfen und gemeinsam eine Lösung finden können. Es sollte weder das

eine noch das eine sein. Weder dürfen wir den Europäern sagen, wie sie zu sein haben, noch umgekehrt. Unglücklicherweise haben die wirtschaftlichen Beziehungen dabei einen bestimmenden Charakter. Die Vereinbarungen Nicaraguas mit dem IWF, der Weltbank und den USA machen dies deutlich.

Die politisch Verantwortlichen in Europa begreifen nicht, was in der "Dritten Welt" passiert. Soviel Hindernisse und Mauern sie auch aufbauen gegenüber den Leuten, die auf der Suche nach neuen Möglichkeiten und Chancen, die sie in ihren Ländern nicht besitzen, hierherkommen, es sind Probleme, die in Europa explodieren werden. Und es sind politische Themen, die die Bevölkerung und die politischen Parteien angehen, wenn die Menschen aus der "Dritten Welt" in Europa Essen und Beschäftigung suchen; Essen und Beschäftigung, die dann Europäer nicht haben werden. Darum sollte es eine ehrliche Verständigung geben.

Es gibt u.a. Beziehungen zu europäischen Parteien, die akzeptieren, daß die sandinistische Partei eine starke Partei war und ist, sogar vergleichbar mit den europäischen Parteien, die ihre eigenen Interessen besitzen. Die europäischen Parteien unterstützen stark das Zentralamerikanische Parlament, denn vielen ist der Parlamentarismus vertrauter als unser Präsidentialismus. Die europäischen Parteien fördern eine administrative Dezentralisierung in den Kommunen und die Autonomie auf Städteebene. Sie geben Finanzhilfe, organisieren viele Seminare usw. Es gibt einige Sachen, die sind positiv, andere muß man genau unter die Lupe nehmen.

Interview: rs, Juli 1993 in Marburg

Übersetzung: st.

# 31. Chile als neoliberales Musterland (Chile seit 1973 - Teil 2)

*Teil 2 einer Artikelfolge über die chilenische Entwicklung seit 1972*

Autor: Matthias Findeisen · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:17

Das im ersten Teil des Artikels (in ak 358) vorgestellte "Krisenmanagement" des IWF in Chile setzte ökonomische Verwertungsbedingungen voraus, die international eigentlich nur bis Anfang der 70er Jahre vorhanden waren.

Die erste Öl"krise" 1973, der damit verbundene Beginn einer weltweiten Stagnation und die in den Metropolen geführte Diskussion über die Grenzen des Wachstums machten deutlich, daß die kapitalistische Produktionsweise die räumliche Expansion unter dem damaligen Technologiestand vollständig ausgereizt hatte.

Die Lösung der Krise wurde in der Schaffung und Vermarktung gänzlich neuer Technologien gesehen, wie in Japan damals schon ansatzweise vorgeführt wurde. Mit der geradezu revolutionären Weiterentwicklung der Produktivkräfte (Stichwort: Basisinnovation Informationstechnologie) konnte dann auch tatsächlich die Strukturkrise der Metropolen bewältigt werden. Völlig neue Arbeitsfelder und -strukturen wurden erschlossen. Entwicklung, Konstruktion, Fertigung, Vertrieb und Reparatur setzen einen immensen Kapitaleinsatz und eine völlig neue Produktionsstruktur voraus. Aber auch die "Nicht-Kapital-Faktoren" wie eine gute technische Infrastruktur, Energieversorgung, technisch-wissenschaftliche Dienstleistungen, hoher Qualifikationsgrad der Arbeitskräfte, dauerhafte politische Stabilität "von innen heraus" waren wesentliche Bestandteile der neuen produktiven Gesellschaft.

Fast keines der klassischen Schwellenländer konnte dieser Anforderung ohne Hilfe von außen gerecht werden. Für Chile wie für viele andere Länder der "Peripherie" galt aber, daß gerade jegliche Voraussetzungen selbst für eine partielle Teilnahme durch die "Konsolidierungsprogramme" des IWF etc. zunichte gemacht wurden. Die makroökonomischen Transformationsversuche der Vor-Allende-Ära und während der UP-Regierung wurden allesamt zerschlagen, die Rolle des Staates als Entwicklungsmotor und Industrialisierungsagentur (wie er sie auch ganz eindeutig in den Metropolen hatte) beseitigt, das Bildungsniveau sank, von einigen Eliteschulen abgesehen, drastisch.

Für Chile blieb diese Politik innenpolitisch nicht ohne Folgen. Die extensive Ressourcenabschöpfung ohne jegliche Gegenleistung trieb das Land Mitte der 80er Jahre in die tiefste Krise seit Bestehen der Diktatur.

Linke Gruppierungen, Gewerkschaften und Basisinitiativen aus den Elendsvierteln brachten für die Junta äußerst glaubwürdig zum Ausdruck, daß sie die gegenwärtigen Lebensverhältnisse nicht mehr akzeptieren würden. Neben dem Haß auf die Militärdiktatur spielte der Hunger eine große Rolle. Das nationale Pro-Kopf-Einkommen (ein Durchschnittswert!) lag 1985 auf dem Niveau von 1965. Der Nahrungsmittelverbrauch lag 1986 bei 2056 Kalorien (APSI, Dez. 86), andere Quellen sprechen von 1800 Kalorien. Der von der Welternährungsorganisation FAO festgelegte Mindestbedarf liegt bei 2318 Kalorien.

So wurde Chiles Militär mit zunehmenden Protestmärschen und Streiks konfrontiert, die ihren Höhepunkt 1985 erreichten und sich trotz Ausnahmezustand und Zusammenschießen der Demonstrationen nicht mehr unterdrücken ließen. Auch die Besserbetuchten aus den Reihen der Christdemokraten brachten ihren Protest mit dem symbolischen "Kochgeschirrklappern" deutlich zum Ausdruck. Dieses Mal nicht gegen eine linke Regierung, sondern zusammen mit der Linken gegen die Junta.

Alles in allem war es mehr als offensichtlich, daß die bisher betriebene neoliberale Politik in Chile an Grenzen gestoßen war.

Es war nicht nur eine Kurskorrektur im ökonomischen Sektor notwendig, sondern auch die Schaffung eines politisch stabileren gesellschaftlichen Umfeldes. Da sich gerade aus dem Letztgenannten schwerwiegende Probleme nicht nur für die chilenische Linke ergeben, wollen wir zum besseren Verständnis diese beiden

Entwicklungen getrennt behandeln und in diesem ak nur die völlige ökonomische Zurichtung Chiles für die transnationalen Konzerne beschreiben.

3. Der vollständige Ausverkauf Chiles

1981 wurde im Umfeld der christdemokratischen Partei (DC) mit Hinblick auf die von der Junta in Aussicht gestellte kontrollierte Ablösung in die Demokratie ein neues Wirtschaftskonzept namens "Proyecto alternativo" entwickelt. In diesem alternativen "Projekt" waren Allgemeinsätze über Menschenwürde etc. zu finden, die - wie sich später herausstellte (siehe dazu den folgenden ak) - nicht einmal das Papier wert sind. Trotzdem wurde mit der Formulierung der Thematik im damaligen Chile eine gewisse Modernisierungsabsicht der Gesellschaft signalisiert. Noch deutlicher wurde das Vorhaben an der Forderung nach einer neuen Rolle des Staates (unter der ausdrücklichen Anerkennung aller in der Verfassung festgelegten Richtlinien). Er sollte nicht reglementierend wirken, aber eine aktive Rolle in der Gestaltung der Privatwirtschaft einnehmen.

Diese Auffassung wurde in zahlreichen informellen Gesprächen mit der Junta diskutiert. Die Berater aus der Chicago-Schule dürften an der Auseinandersetzung direkt oder indirekt maßgeblich beteiligt gewesen sein. Denn in den internationalen Finanzkreisen und ihren Repräsentanten in IWF und Weltbank setzte sich langsam die Erkenntnis durch, daß das bloße "oberflächliche" Abschöpfen der Ressourcen aus o.g. politischen Gründen nicht mehr angezeigt war. Der Hauptgrund war aber, daß die vorhandenen Bedingungen von den Verwertungsmöglichkeiten der neuen Weltwirtschaftsstruktur weitgehend unberührt geblieben waren. In einer neuen Konzeption sollte die Eingriffsebene wesentlich tiefer gesetzt werden. Denn wenn die ökonomische Struktur Chiles geändert werden würde, könnte die Quelle des Ressourcentransfers ausgeweitet werden, und das würde Erschließung von profitablen Investitionsmöglichkeiten für das internationale Kapital bedeuten.

Unter dem Druck der Straße, immensen Auslandsschulden und der Einsicht, daß die nationale chilenische Wirtschaft unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen niemals den Produktivitätsvorsprung der Metropolen einholen könnte, entschloß sich die Diktatur zu einem Kurswechsel. Die neue Devise war, vereinfacht gesagt: Wenn man sich dem Imperialismus ohnehin unterworfen hatte, dann konnte man ihm auch restlos alles geben, was für ihn von Interesse war. Schließlich besaß er die notwendigen Kapazitäten und Markteinflüsse, um mit dem ihm zu übergebenden Kapital in Chile einen Wirtschaftsprozeß in Gang zu setzen, von dem zumindest ein größerer Teil der chilenischen Gesellschaft profitieren konnte, als das zum gegebenen Zeitpunkt der Fall war.

Der chilenische Staat wird zur Treuhandgesellschaft

Anfang der 80er Jahre hatte sich in Chile nicht nur eine tiefe Wirtschaftskrise herausgebildet. Es drohte auch der Kollaps des chilenischen Finanzsystems. Hervorgerufen wurde der drohende Zusammenbruch durch intensive Spekulationen mit der Vergabe und Anlage von Krediten über Privatbanken und die mit ihnen verbundene chilenische Monopolbourgeoisie. Die Relation privater Schulden zu öffentlichen betrug 1980 61% zu 39%. Ende 1982 beliefen sich die unbezahlten Kredite auf 103% des gesamten Kapitals der 20 größten nationalisierten und privaten Banken im Land. Transnationale Kreditgeber sahen unter diesen Bedingungen die Rückzahlung ihrer Gelder ernsthaft in Gefahr. So forderten sie in Umschuldungsverhandlungen, daß der chilenische Staat die privaten Schulden übernehmen müsse, was dieser auch tat. 1987 betrugen sie nur noch 17%, die Verbindlichkeiten der öffentlichen Hand waren dafür auf insgesamt über 20 Mrd. US-Dollar angestiegen.

Auf der anderen Seite hatte der Staat durch die Übernahme der Schulden ein direktes Mitspracherecht über die Zukunft des betroffenen chilenischen Privatkapitals.

Im nächsten Schritt boten IWF und private Kreditgeber der chilenischen Regierung ein neues Konzept der Entschuldung an, die sogenannten Debt-to-equity-swap-Geschäfte (Tausch von Schulden gegen Eigenkapital). Wir wollen den Vorgang an einem deutsch-mexikanischen Swap-Geschäft etwas genauer beschreiben (ein konkretes chilenisches Beispiel liegt uns nicht vor):

"Auf dem Sekundärmarkt kauft VW einer deutschen Großbank eine alte Forderung an Mexiko in Höhe von 107 Mio. DM ab. Der Preis: lediglich 75 Mio. DM. Die Bank hat an diesem Kredit bereits in der Vergangenheit die Zinsen einkassiert und den Kredit zu 60% steuerlich abgeschrieben. Für die Bank hat sich dieses Geschäft damit gelohnt, sie verdient zusätzlich an den Vermittlungs- und Bearbeitungsgebühren. VW legt nun die für 75 Mio. DM von der Bank gekaufte Forderung (über eine mexikanische Bank) dem mexikanischen

Finanzministerium vor. Der Nominalwert lautet nach wie vor auf 107 Mio. DM, das Finanzministerium zahlte bisher regelmäßig 12% Zinsen pro Jahr an die deutsche Bank. Nun kann das Ministerium die Schuld streichen. Im Tausch erhält VW nach zähen Verhandlungen den Gegenwert von 85 Mio. DM in mexikanischen Pesos ausbezahlt. Die Differenz zu den 75 Mio. DM Einsatz fällt bei VW in Wolfsburg als Gewinn an." (aus: Banken, Kredite und die "Dritte Welt", Stuttgart 1992).

1985 übernahm Hernan Büchi das Finanzministerium der Diktatur und setzte eine zweite Privatisierungs- und Schuldscheinverkaufswelle in Gang, deren Ausmaße nur von der Abwicklung der Treuhand in der ehemaligen DDR übertroffen wurden. Denn die in Chile gebräuchliche Variante der Swap-Geschäfte ist, daß das transnationale Kapital sich den Geldwert nicht auszahlen läßt, sondern für die Summe Kapital an entsprechenden chilenischen Unternehmungen erwirbt.

Die entscheidende Frage war, wie vor allem die 33 zur Disposition stehenden chilenischen Großunternehmungen und die noch übrig gebliebenen sozialen Leistungen des Staates strukturiert werden müßten, um ein Kaufinteresse im Ausland wecken zu können. Gleichzeitig mußten sozial- und arbeitsmarktpolitische Deregulierungen durchgeführt werden, die den Standortanforderungen des internationalen Kapitals Rechnung trugen.

Die "aktive Weltmarktintegration"

Unter den gegebenen Bedingungen kam dem Staat eine neue Funktion zu. Er wurde Verkaufsagentur der staatlichen Wirtschaft und längerfristig in der logischen Konsequenz ideeller Interessenvertreter des ausländischen Kapitals gegenüber seiner eigenen Bevölkerung. Gleichzeitig verschob sich der immer noch vorhandene Konflikt zwischen der auf den Binnenmarkt orientierenden Kapitalfraktion und der Monopolbourgeoisie zu Gunsten letztgenannter. Denn bei der Transnationalisierung hatten die einheimischen Großunternehmen die eindeutig besseren Voraussetzungen, stärkte doch gerade die Assoziierung mit ausländischem Kapital ihren Einfluß im Land.

Um den nötigen Anreiz zu schaffen, wurden die Konzerne in kleinere Einheiten zergliedert, Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt und die Tarifbestimmungen an der Effektivität der Arbeit orientiert. Über diese Maßnahmen wurde eine deutlich höhere Effektivität des öffentlichen Wirtschaftssektors gegenüber dem privaten erreicht. Mit gezielten Debt-Swap-Verkäufen von Minderheitenpaketen der attraktivsten Betriebe an ausländische Konzerne sollte und konnte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Firmen erhöht werden, was wiederum den Wert der übrigen Aktien des Unternehmens steigerte. Die Verkaufserlöse dienten einerseits der Schuldenreduzierung, andererseits wurden sie wieder in der privaten und öffentlichen Wirtschaft angelegt, um die Rentabilität derselben zu erhöhen - sozusagen als Investitionsanreiz für ausländische Käufer. Es wurden sogar neue Kredite aufgenommen, die allesamt der infrastrukturellen Erschließung und der Steigerung der Exportfähigkeit dienten.

Dank dieser Politik konnte 1987 der Handelspreis der Schuldentitel auf 58% des tatsächlichen Wertes geschraubt werden (zum Vergleich: Argentinien 37%, Brasilien 39%, Venezuela 53%, Mexiko 47%, Bolivien 9%).

Der eingeschlagene Prozeß der Privatisierung zeigte sehr bald Erfolge. Allein in den ersten beiden Jahren wurden ausländische Neuinvestitionen in einer Höhe von ca. 1,2 Mrd. US-Dollar getätigt, davon 60% über die Swap-Geschäfte. Chiles Wirtschaft verzeichnete erstmals positive Wachstumsraten. Von diesem Ergebnis beflügelt, stellte Büchi eine einfache Rechnung auf. Seiner Meinung nach sei der verbleibende Dienstleistungs- und Industriesektor noch 12 Mrd. US-Dollar wert. Wenn man diesen gegen Schuldentitel tausche, könne so der Schuldenberg um weitere 10 bis 15 Mrd. US-Dollar abgebaut werden. Gesagt, getan. So wurden die staatlichen Rentenkassen verkauft, ebenso die Benzinversorgung, teilweise die Elektrizitätsunternehmen. Das Gesundheitssystem wurde weiter privatisiert. Aber auch in die produktiven Zweige der chilenischen Wirtschaft kaufte sich das internationale Kapital ein, beispielsweise in neue exportorientierte Bereiche wie Obstbau, Holzwirtschaft, Fischerei. Naturgas- und Lithiumvorkommen (eines der wichtigsten Rohstoffe der Zukunft) wurden gleich vollständig an das Ausland verscherbelt. Ob Fluggesellschaften, Santiagos U-Bahn, Wasserwerke, Versicherungen, Erdölgesellschaften, Reedereien, überall bestimmt internationales Kapital oder mischt entscheidend mit.

Innerhalb der ersten vier Jahre des Programms wurde in Relation zum jeweiligen Bruttosozialprodukt in Chile das Doppelte verkauft, was Maggy Thatcher in Großbritannien in 8 Jahren schaffte. Die Politik des Ausverkaufs fand mit Beendigung der Diktatur kein Ende. Unter der Regierung Alwin wurde das Tempo der Privatisierung sogar noch erhöht. Betrugen die Investitionen des internationalen Kapitals vor allem über die Swap-Geschäfte von 1982 bis 1990 4,4 Mrd. US-Dollar, wurden allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 1992 1,2 Mrd. US-Dollar plaziert, 30% mehr als 1991.

Beispiele der Privatisierung und ihre Folgen

Das erste große Privatisierungsobjekt war Mitte der 80er Jahre die Chilectra Metropolitana, die größte Stromverteilungsgesellschaft mit knapp 1 Mio. VerbraucherInnen mit dem Zuständigkeitsbereich Santiago. Damit das öffentliche Unternehmen verkauft werden konnte, stellte der Staat der chilenischen Großbourgeoisie einen 65-Mio-US-Dollar-Kredit für den Kauf zur Verfügung. Bis Ende 1988 wurde der Konzern stückweise bis zu 59% seines Kapitals privatisiert. Trotz der günstigen Konditionen für die heimischen Großunternehmungen wurde über die Hälfte von transnationalen Konzernen aus den USA, Saudi-Arabien und Neuseeland dank der Swap-Geschäfte übernommen.

Der nächste Schritt war die Zergliederung und (Teil)Privatisierung des zweitgrößten Elektrizitätserzeugungs- und verteilungsunternehmens ENDESA, das den Rest des Landes mit Strom versorgt. Auch hier stieg massiv internationales Kapital aus genannten Ländern, aber auch aus Japan und Südafrika ein. Wie sich die Besitzverhältnisse bis heute entwickelt haben, ist uns nicht bekannt. Ein Grund dafür ist, daß sich weder Staat noch beteiligte Finanzgruppen über die aktuelle Entwicklung in die Karten schauen lassen. Es ist aber davon auszugehen, daß sich ausländisches Kapital weiter in diesem Bereich einkaufen wird. Denn das privatwirtschaftliche Stromgeschäft verspricht Gewinne in traumhaften Höhen. Allein der Profit der neustrukturierten ENDESA entsprach 1992 60% dessen, was der Staat im selben Jahr für das Gesundheitswesen ausgab. Der hohe Gewinn ist darauf zurückzuführen, daß Chile mit Abstand die höchsten Stromtarife für Privathaushalte in ganz Lateinamerika hat. Es liegt in der Logik der neuen Rolle des Staates, daß er über die Nationale Energiekommission für die Festsetzung der Tarife zuständig ist und die optimalen Verwertungsbedingungen für die Wirtschaft schafft.

Bevorzugtes Anlagefeld der Energiegiganten ist nicht nur der Einkauf in andere privatisierte Betriebe. Vor allem wird Chile als Stützpunkt benutzt, in den argentinischen und künftig auch in den peruanischen und bolivianischen Strommarkt einzusteigen.

Ein Beispiel aus einer anderen Branche: Seit über 30 Jahren ist die Holzwirtschaft der wichtigste Wirtschaftsfaktor im südlichen Teil des Landes und wurde anfangs von vier chilenischen Konzernen kontrolliert. Hauptsächlich wurden relativ hochwertige Produkte (Platten, Beschläge etc.) für den Binnenmarkt hergestellt. Ende der 80er Jahre kauften sich große Papier- und Cellulosegesellschaften aus Japan, USA und Neuseeland in den Markt ein. Der Holzverarbeitungsgrad wurde auf Span- und Chip-Produktion für den Weltmarkt gesenkt. Von den vor 50 Jahren geschätzten 4 Mio. ha chilenischen Urwaldes haben sechs transnationale Firmen allein in den letzten drei Jahren 220.000 ha aufgekauft und sind dabei, diese zu zerspanen, Tendenz steigend. Ihr Anteil am Gesamtholzexport betrug 1991 70%. Zwar sind die Unternehmungen verpflichtet, Wiederaufforstung zu betreiben, nur wird dies nicht kontrolliert. Da, wo wiederangepflanzt wird, entstehen meistens riesige Eukalyptuswälder, die die ökologische Verödung endgültig besiegeln.

Ähnliches läßt sich über die Fisch- und Landwirtschaft sagen. Ausländisches Kapital stieg mit modernsten Produktionsmethoden in die Branchen ein, verdrängte die heimische Bourgeoisie bzw. zwang sie zur Kooperation. So stehen 90% der Erträge der Landwirtschaft unter transnationalem Besitz. Die industrielle Produktion vernichtete nicht nur die Existenzgrundlage der Kleinbauern und Fischer, sondern orientierte in der Auswahl der Produktpalette zum größten Teil auf den Warenexport, so daß der Grundbedarf an Nahrungsmitteln trotz modernster Technologie vom heimischen Anbau nicht mehr gedeckt werden kann. Daß seitens des Staates nichts gegen die Überfischung, den extensiven Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden unternommen wird, muß auch hier nicht weiter betont werden.

Die billigen Anlagemöglichkeiten sowie der von Staatsseite zugesicherte schonungslose Raubbau ließ den nichttraditionellen Exportsektor boomen. Betrug die Kupferausfuhr 1970 noch 90% des Gesamtexports, war er

1987 auf 43% zusammengeschrumpft. Dafür stieg der Anteil landwirtschaftlicher Produkte auf 13%, der Holz- und Fischprodukte auf je 7%. 1992 partizipierte das Kupfer sogar nur noch mit knapp einem Drittel an der Gesamtausfuhr des Landes.

Trotzdem hat das Mineral in der chilenischen Wirtschafts- und Sozialpolitik eine große Bedeutung. Denn die größte Minengesellschaft, die CODELCO, ist (noch) ein Staatsbetrieb. Sie produziert 65% des gesamten Kupferexports. Von ihr stammen 40% der Deviseneinnahmen, 25% der öffentlichen Investitionen werden über sie finanziert, und 10% der Bruttoeinnahmen müssen an das Militär abgeführt werden. Damit kommt dem Unternehmen eine Schlüsselstellung in dem zumindest theoretisch denkbaren Fall einer eventuellen Umorientierung der chilenischen Wirtschaft zu. Die Entscheidung über die Zukunft von CODELCO als Staats- oder Privatbetrieb war deshalb von allen beteiligten und interessierten Seiten hart umkämpft. Eine Vorentscheidung fällte der IWF. Denn um den Marktanteil im international expandierenden Kupfermarkt halten zu können, war in Chile eine Produktionssteigerung um 20% notwendig, was eine Investition in der schon für CODELCO projektierten Mine "La Escondida" von 1,1 Mrd. US-Dollar bedeutete. Der Staat beantragte dafür Kredite beim IWF, die aber abgelehnt wurden. So ging die angehende Mine an ein Konsortium aus Australien, der britischen Rio Tinto und Mitsubishi und Nippon - mit der Zusicherung, daß der Staatsbetrieb faktisch die Strategie des Einsatzes seiner Abbaukapazitäten mit dem Privatkonzern abspreche. Auch andere wesentlich billigere Projekte von CODELCO zur Modernisierung der Abbautechnik oder Erschließung neuer hochlukrativer Felder wurden zielstrebig torpediert. So wuchs der Kreis der Privatisierungsbefürworter der Gesellschaft in der chilenischen Politik langsam über das direkte Umfeld der Lobbyisten der internationalen Minenkonzerne hinaus. Immer größere Teile der Regierung vertraten die (vorgeschobene) Position, daß ein langsames Siechtum des Unternehmens den Marktwert von einigen hundert Millionen Dollar drücken würde und unter diesen Bedingungen der Verkaufserlös im sozialen Sektor besser aufgehoben sei. So wurde 1992 ein Gesetz verabschiedet, das die Privatisierung von CODELCO ermöglicht.

Damit fiel die letzte materielle Basis zumindest für die denkbare Chance auf eine nationale eigenständige Entwicklung des Landes.

Die chilenische Arbeitskraft

im Weltmarkt

Ein wichtiges Moment des Engagements des internationalen Kapitals war neben den geringen Erstinvestitionskosten die Ware Arbeitskraft, die dank der Aufhebung gesetzlicher Bestimmungen durch den Staat und der unter der Demokratie einsetzenden "sozialpartnerschaftlichen" Orientierung der Gewerkschaften zu einer nahezu schrankenlosen Manövriermasse des "freien Unternehmertums" degradiert wurde.

So waren Chiles LohnarbeiterInnen zwischen 1974 und 1981 dem höchsten Ausbeutungsgrad in Lateinamerika ausgesetzt. Nur 16,6% des geschaffenen Mehrwerts wurden in diesem Zeitraum als Löhne gezahlt, während es in Brasilien 20%, in Argentinien 23% und Mexiko 35% waren. 1982 bis 1987 wurde diese Quote leicht erhöht, trotzdem blieb Chile das Schlußlicht der Industrieländer Südamerikas.

Damit nicht genug: Der Arbeitsmarkt wurde politisch und rechtlich in verschiedene Stufen ausdifferenziert und den jeweiligen Anforderungen der Kapitalisten direkt und ohne jegliche sozialpolitische Abfederung angepaßt. Von 4,1 Mio. Erwerbstätigen (dazu zählen "Penny-Kapitalisten" und Lohnabhängige ebenso wie mittlere Manager - leider existiert keine bessere Ausgangszahl) arbeiten vornehmlich in der Landwirtschaft 5000 bis 800.000 Saisonkräfte. Vor dem Putsch kam auf vier Festangestellte eine Zeitarbeitskraft, heute ist das Verhältnis genau umgekehrt. Die in drei Gruppen als Kampagnen-, als WanderarbeiterInnen sowie als Dauerbeschäftigte mit Zeitverträgen aufgeteilten Teilzeitbeschäftigten haben keinen legalen Status und werden nicht einmal von der Regierung als existent angesehen. Weniger als die Hälfte besitzt Arbeitsverträge. Eine gewerkschaftliche Organisation ist faktisch von Unternehmerseite verboten.

Von den festangestellten DauerarbeiterInnen erhalten 750.000 Menschen den gesetzlich festgeschriebenen Minimallohn. 1991 waren 3,3 Minimallöhne notwendig, um den Minimalbedarfswarenkorb für eine fünfköpfige Familie zu decken. 1,6 Mio. Lohnabhängige haben keinen Unfallschutz, was angesichts der katastrophalen medizinischen Versorgung und anderweitig nicht vorhandenen sozialer Sicherungssysteme im vor allem im Bergbau häufig vorkommenden Krisenfall für uns (noch) nicht vorstellbare Existenznöte heraufbeschwört.

In den modernen Betrieben sind die höher qualifizierten Arbeitskräfte fest angestellt. Der Rest ist häufig in Subunternehmen mit deutlichen Niveauunterschieden in Lohnzahlung und in Gewährung von innerbetrieblichen sozialen Leistungen beschäftigt. Diese Strukturierung garantiert nicht nur den höchsten Ausbeutungsgrad an der Peripherie des Netzwerkes von Unternehmen auf Grund des hohen Konkurrenzdrucks, den sich die Subunternehmen liefern. Sie bedeutet auch größte Flexibilität von Personal- bis Markt- und Produktpolitik des Kernbetriebes.

Um die "klassischen" Unternehmen wie Kohlebergbau gruppieren sich "selbständige ArbeiterInnen", die beispielsweise von Förderbändern heruntergefallene Kohlebrocken einsammeln und an Händler verkaufen, die damit den chilenischen Binnenmarkt bedienen.

Sozialpolitik im kapitalistischen Verwertungsprozeß

Es verwundert nicht weiter, wenn in dem heutigen Chile die hierzulande so gern denunzierten Lohnnebenkosten mit Ausnahme einer quasi Rentenversicherung weg"reguliert" wurden. Auch der Staat betrieb in der Diktatur eine drastische Reduzierung seiner sozialen Leistungen und setzt(e) dies in der Demokratie unter dem Motto "Sicherung des Investitionsstandortes" weiter fort.

Dabei hatte sich die ArbeiterInnenschaft 1924 nach heftigen sozialen Auseinandersetzungen ein für die damaligen Verhältnisse international vorzeigbares Gesetz über die Pflichtkrankenversicherung erkämpft, aus dem 1954 der nationale Gesundheitsdienst hervorging. Er wurde zu je 20% von ArbeiterInnen und Kapitalisten und zu 60% vom Staat finanziert und hatte Sozialversicherungscharakter. Während der Diktatur senkte die Junta zuerst "nur" den Beitrag des Staates an der Krankenversicherung auf 30% und strich die Plichtabgabe der Arbeitgeber ersatzlos. Auf der anderen Seite wurde der Anteil der ArbeitnehmerInnen von 1% des Gehaltes auf 7% erhöht. 1979 wurde das nationale Gesundheitswesen dann kurzerhand völlig aufgelöst. An seine Stelle traten zwei Versicherungssysteme, FONASA und ISAPRES. Letztgenannte war eine Privatversicherung, die sich ihre Mitglieder aussuchen konnte. So wurde beispielsweise in den ersten Gründungsjahren aus Kostengründen den Frauen der Zutritt in die Versicherung verwehrt. Auch die nicht so gutbetuchten übrigen Teile der Bevölkerung blieben außen vor und mußten sich in der FONASA versichern. Gleichzeitig wurden verstärkt Privatkliniken für die Besserverdienenden gegründet und die öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen gesenkt. Sie betrugen 1988 gerade einmal 62% des Volumens von 1973. Verschärfend wirkt sich aus, daß die Krankenhäuser zunehmend in autonome staatliche Unternehmen verwandelt und entsprechend ihrer Wirtschaftlichkeit prämiert wurden. Soweit sich also ISAPRES-PatientInnen nicht ohnehin schon in Privatkliniken behandeln lassen, erhalten sie auf Grund günstigerer Kostenabrechnung den Vortritt. Auch die Qualität der Versorgung verschlechterte sich rapide, da immer mehr Fachpersonal in die Privatkliniken abwanderte. Dort verdient heute z.B. ein Chirurg an einer einzigen Blinddarmoperation genausoviel wie ein Arzt in einem öffentlichen Krankenhaus in einem ganzen Monat.

Statistiken weisen aus, daß im Laufe dieser Entwicklung 1993 20% der Bevölkerung in den Genuß von 58% der Ausgaben des Gesundheitswesens kommen, während sich 80% mit dem Rest begnügen müssen.

Ähnliches widerfuhr den Fürsorgekassen. Sie wurden Anfang der 80er Jahre gleich vollständig aufgelöst. Als Ersatz wurden privatwirtschaftlich betriebene Pensionsfonds geschaffen (AFP), in die Arbeitgeber einen Teil der Löhne ihrer Angestellten als deren Rentenversicherung einzahlen müss(t)en. Das so angehäufte Kapital, es soll Ende des Jahrhunderts bei gegenwärtigem Trend ca. die Hälfte des chilenischen Bruttoinlandproduktes ausmachen, wird zunehmend als Spekulationsobjekt in Form von Aktien an den Börsen gehandelt oder in zweifelhafte Geschäfte im Ausland investiert. Die BeitragszahlerInnen hingegen erhalten nicht einmal Darlehen auf ihre Ersparnisse und haben kein Recht der Kontrolle über die Geldgeschäfte. Selbst die als Verfechter des Neoliberalismus bekannte Zeitung "The Economist" kritisiert die AFP als eine für die Einzahlenden nicht lohnendes "Zwangsspareinrichtung", die durch ein gerechteres, besser gemanagtes und wahrscheinlich billigeres staatliches System ersetzt werden müßte.

Die Ein-Drittel-Gesellschaft und ihre Zukunft

Glaubt mensch den Frohlockungen einschlägiger Kreise von IWF bis hin zu den bundesdeutschen Banken, dann ist Chile ein Modellfall für die gelungene Integration eines "Drittweltlandes" in die Weltwirtschaft. Von einigen noch nicht ganz zufriedenstellenden wirtschaftlichen Eckdaten und noch hohen "sozialen Sanierungskosten" (NZZ, 9.9.92) abgesehen weist das Land so gute makroökonomische Daten auf, daß es

nach dem "Investment Grade" den ersten Platz unter den lateinamerikanischen Staaten einnimmt und international den Standard der Türkei erreicht hat.

Verläßt mensch jedoch die transnationale Betrachtungsebene, zeigt sich ein ganz anderes Bild.

Das Pro-Kopf-Einkommen ist in Chile niedriger als in allen anderen industrialisierten Ländern Lateinamerikas. Die Zeitung Analisis (Nr. 421/1992) kommt in eigenen Berechnungen zu dem Ergebnis, daß 1992 nur 32% der ChilenInnen unter sozial gesicherten Bedingungen leben. Die Hälfte der Bevölkerung ist arm bis extrem arm.

Aber auch qualitativ hat sich die chilenische Gesellschaft geändert. Der für die Gestaltung des chilenischen Kapitalismus in gewisser Weise typische permanente Konflikt zwischen den Trägern unterschiedlicher Entwicklungsmodelle ist zugunsten der exportorientierten Großbourgeoisie und damit der transnationalen Konzerne entschieden. Die Mittelbourgeoisie hat sich der Nischen des Dienstleistungsgewerbes angenommen und ist damit als Teil der inländischen Infrastruktur für die "aktive Weltmarktintegration" als eigenständiger Faktor neutralisiert.

Auch innerhalb des Proletariats hat es große Veränderungen gegeben. So hat die ArbeiterInnenschaft quantitativ zugenommen, gleichzeitig ist aber auch die Heterogenität ihrer sozialen und politischen Basis gewachsen. Die Auswirkungen dieser Entwicklung werden im folgenden Teil des Artikels beschrieben.

Selbst der mit der Conquista eingeleitete Ressourcentransfer ist einem qualitativen Sprung unterlegen. Der neue Grad der Ausplünderung hinterläßt nicht nur eine Wirtschaftsstruktur mit extrem niedrigem Industrialisierungsgrad und kaum vorhandener Verknüpfung zwischen Binnen- und Exportwirtschaft. Die ökologischen, sozialen und kulturellen Auswirkungen werden selbst unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen wohl nur schwer wieder zu beheben sein.

Die "Belohnung", die Chile zu diesem Preis erhält, hat noch nicht einmal sonderlich gute Zukunftsaussichten. Abgesehen von den strategischen Rohstoffen, deren Bedeutung durch die "Erschließung" der ehemaligen Sowjetunion sinken wird, kann das Andenland nur fernab von der Dynamik der internationalen Wirtschaftszentren bestimmte Nischen bedienen, wobei der Verarbeitungsgrad der exportierten Produkte immer weiter sinkt. Und da wird der Markt eng, wenn andere Länder den chilenischen Modellfall kopieren.

Matthias Findeisen

# 32. Der schleichende Genozid in Amazonien

Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:06

Die 10.000 an der Grenze zu Venezuela lebenden Ianomanis sind Symbol der Schwierigkeiten Brasiliens, eine adäquate Politik für Amazonien und die Indianerfrage zu konzipieren. Das jüngste Massaker ist, egal welche der strittigen Todeszahlen man zugrunde legt, das größte Massaker der letzten 30 Jahre, es ist das vorläufig letzte Glied einer Kette politischer Unzulänglichkeiten und Versagens.

Herren eines ursprünglichen Gebietes von 9,4 Millionen Hektar, waren die Ianomanis immer umgeben von Feinden. Die Invasion ihrer Ländereien begann mit der Landepiste in dem Indianergebiet Paapiu durch die Kommission der Flughäfen Amazoniens des Luftwaffenministeriums 1982. In dieser Zeit saß der Kommission der Brigadeiro Ottomar de Souza Pinto vor, jetziger Gouverneur von Roraima, der schon in den 70er Jahren von den Militärs eingesetzt den Bundesstaat regierte.

Als erstmals unter der Regierung Sarneys ein zerstückeltes Gebiet von ca. zwei Mill. Hektar als Reservat der Ianomanis definiert wurde, stellte dies nur einen Bruchteil des ursprünglichen Stammesgebietes der Ianomanis dar und war zusätzlich in 19 unzusammenhängende Gebiete rund um die hauptsächlichen Aldeias zerstückelt. Zwischen ihnen wurde eine ökonomische Nutzung des Waldes unterbunden. Wie aber leicht zu erraten, war der an Gold reiche Boden aussagekräftiger als legale Begrenzungen. In Kürze besetzten rund 20.000 Garimpeiros die Weite des Waldes. Dem Druck nachgebend, erlaubte Sarney die Schaffung von drei Gebieten für die Goldsuche. Das Resultat war der Tod von 1.500 Ianomanis zwischen 1987 und 1988, Opfer einer Malaria, gegen die sie keine Abwehrkräfte besaßen. Der jüngst abgesetzte Präsident Fernando Collor, der das Erbe dieses Problems antrat, verwandelte den internationalen Druck für die Schaffung eines dauerhaften Reservates geschickt in einen Verhandlungstriumph angesichts des 1992 stattfindenden Umweltgipfels in Rio. Internationale Finanzierungsorganisationen wie die Weltbank und der Club von Paris forderten lautstark ebenso wie Umweltschützer die Erweiterung des Reservats auf die Größe des ursprünglichen Stammesgebietes. In Italien hatten 250.000 Personen ein Dokument unterzeichnet, daß die UNO aufforderte, zusammen mit der brasilianischen Regierung im Interesse des Überlebens der Ianomanis zu intervenieren. In England organisierte "International Survival" Kundgebungen vor der brasilianischen Botschaft zugunsten des Indianerstammes und ähnliches ereignete sich in anderen europäischen Ländern. Collor brauchte 20 Versammlungen mit den Militärministern, um sie davon zu überzeugen, daß seine geplanten Maßnahmen keine Flanke für eine internationale Intervention in diesem Gebiet öffnen würde. Die konservativen Militärs fürchteten, daß das internationale Interesse an den Gold-, Uran-, Zinn- und Niob(1)-Vorkommen unter dem humanitären Vorwand, das Überleben der Ianomanis zu garantieren, zu einer Intervention durch UNO-Soldaten führen könne.

Das Schutzgebiet wurde zwar auf zusammenhängende 9,5 Millionen Hektar erweitert und die unverzügliche und dauerhafte Evakuierung der Goldsucher veranlaßt, die Praxis änderte sich jedoch nicht. Schon 1987 bei der größten Säuberungsaktion gelang es der Bundespolizei zwar 18.000 der 20.000 Garimpeiros zu vertreiben und 100 der 120 Landepisten zu zerstören, aber das Zusammenleben mit den Garimpeiros hatte eine Todesspur hinterlassen. Trotz dieses kurzen Aufatmens sind in den letzten vier Jahren 15% der 10.000 Ianomanis an Krankheiten oder an Hunger gestorben. Im Kontakt mit den Garimpeiros hatten die Ianomanis Bekanntschaft mit resistenten Formen der Malaria und anderen Krankheiten gemacht. Das Ergebnis war ein unfreiwilliger Genozid. Vor dem Goldrausch hatten 3% Malaria, 10% Atemwegsprobleme und 5% Anämie (Blutarmut). 1981 waren die Zahlen schon alarmierend. 60% hatten Malaria, 45% Atemwegsinfekte und 75% Anämie. Mit geschwächter Abwehr wurden die Ianomanis zusätzlich Opfer einer sozialen Epidemie. Die gewiefteren Garimpeiros verzichteten auf ihr Blei und verteilten statt dessen Mehl, Zucker Messer u.a., um das Vertrauen der Stammesführer zu erlangen. Diese Strategie hatte Erfolg, denn die großzügigen Garimpeiros konnten durch die Reservate streifen und die Flugzeuge mit Gold und Zinnerz füllen ohne belästigt zu werden. Für die Indios war die Konsequenz schwerwiegender. In der Erwartung, daß das kostenlose Warenlager des weißen Mannes ewig wäre, hatten die Ianomanis aufgehört, Lebensmittel anzupflanzen und die Geschicklichkeit des Jagens verloren. Von dort bis zu den ersten Todesopfern aufgrund von Unterernährung war es nur ein kleiner Schritt. Auch in der folgenden Operation Ianomani Anfang 1990, noch unter Präsident Sarney, häuften Funai (2) und Bundespolizei Mißerfolge an. Die brasilianische Regierung verbrauchte in den letzten drei Jahren 50 Millionen Cruzeiros, um die Garimpeiros aus den Indianergebieten zu entfernen, ohne

das der kleinste Erfolg auf diesem Gebiet sichtbar wäre. Am 2.5.1990 wurde die heimliche Landepiste der Baiano-Formiga gesprengt, der größten, die innerhalb einer Ianomanireserve konstruiert wurde und die trotzdem bis heute weiterhin arbeitet. Die Garimpeiros agieren hauptsächlich in Lagern, die an der Grenze zu Venezuela installiert sind, wohin sie immer in aller Ruhe flüchten können, sobald die Bundespolizei Brasiliens sich nähert. Dies gilt auch für das Lager Raimundo Nenes, von wo die für das Massaker am 13. August verantwortlichen Goldsucher auszogen.

Widersprüchliche Meldungen

Zehn Tage nach der Nachricht über das Massaker an den Ianomanis durch eine Gruppe Garimpeiros gab es für vernünftig denkende Menschen eine einzige mögliche Schlußfolgerung: es hatte sich an Indianern ein Massaker ereignet, man wußte nicht wieviel, wo und auch nicht, was mit den Körpern passiert war. Wie kam es, das wenig später der Urwaldexperte Francisco Bezerra aufgrund der Aussagen von drei Indianern 70 Tote zählte und in der darauffolgenden Woche derselbe Bezerra aufgrund anderer Verhöre zu der wenig wahrscheinlichen Zahl von 120 gelangte? Es waren mehrere Verletzte - zwei Erwachsene und zwei Kinder - an einem Gesundheitsposten der Funai, der in einer Aldeia namens Tootobi an der Grenze zu Venezuela liegt, angekommen. Aus ihren Aussagen gegenüber dem französischen Anthropologen Bruce Albert ergab sich ein plausibler Bericht: seit zwei Monaten häufen sich zwischen Ianomanis und Garimpeiros blutige Zusammenstöße. Anfang Juli wurden fünf Ianomanis getötet, in zwei darauffolgenden Kontraattacken ließen drei Garimpeiros ihr Leben. Kurz darauf erfolgte der blutigste Angriff gegen die Indianer. Sechs andere Ianomanis unter verschiedenen Umständen verhört und mehr als 100 Kilometern entfernt voneinander, lieferten einen ähnlichen Bericht, wie der des Indianers Simao, aber mit Abweichungen im Detail.

Nach Simao, ereignete sich die Tötung nicht im Maloca (3) Haximu, wie andere Ianomanis sagten, sondern in einem improvisierten Camp in einigen Kilometern Entfernung. Die blutigste Attacke hatte sich nicht 15 Tage vorher, sondern vor mehr als einem Monat ereignet. Es handelte sich um denselben Ort, den Simao erwähnt hatte und an dem ein Gerippe aufgefunden wurde, dem Zustand nach 30 Tage alt. Der Indio erklärte, es handelte sich um eine Frau, die, weil sie keine Verwandten hatte, liegen gelassen wurde. Die Zeugenaussage von Simao ist glaubhaft, weil seine Verletzungen bedeuteten, daß er sehr nahe am Geschehen gewesen sein mußte. Er und die Kinder sind die einzigen Überlebenden des Massakers, erläuterte Albert. Wenn man die Toten der ersten und zweiten Attacke summiert, kommt man auf 18 Tote. Der Ort, den der Indio Simao nannte, wies tatsächlich Spuren eines improvisierten Lagers auf und die Bäume tragen Spuren von einer Schießerei. In 40 Minuten Fußmarsch stieß man auf die erste von zehn Feuerstellen, die die Ianomanis gemacht hatten, um die Toten zu verbrennen. überall fand man Asche und Reste von Gebeinen. Treu den Gebräuchen bestatten die Ianomanis nach der Verbrennung die Gebeine mit einem besonderen Ritual.

Wenig Licht in der Wildnis

Der Missionar Carlo Zachini, ein Italiener, der 28 Jahre unter den Ianomanis lebte, erinnert sich an einen einzigen Fall, bei dem man wenigstens die Zahl der Opfer aufdeckte. Dies war 1987, als vier Indios gevierteilt worden waren. In den meisten Fällen bleibt bei Anzeigen jedes konkrete Ergebnis aus. Dies passiert, weil die Ianomanis in einem immensen und undurchdringlichen Urwald leben, in dem ein Toter in wenigen Monaten verwest, ohne jemals gefunden zu werden. Um festzustellen, wieviele Tote in den zehn Feuerstellen verbrannt wurde, wäre es notwendig, die Verwandten festzustellen und zu bitten, zu erzählen, was dort von ihnen gemacht worden ist. Erstes Problem, wer sind die Verwandten, zweites Problem, wo sind sie, drittes, quasi unlösbares Problem, exakt zu wissen, was ein Indio ausdrücken will, wenn er mit einem Weißen spricht.

War die französische Ordensschwester Alessia, die als erste den Verdacht über ein stattgefundenes Massaker in einem Brief an ihren Superior weiterleitete, sich aller Kommunikationsprobleme noch bewußt gewesen und hatte 19 Tote gemutmaßt, agierten leider nicht alle so klug wie sie.

Am Tag nach Bekanntwerden der Meldung flogen zwei Beamte der Policia Federal, die von fünf Toten gehört hatten, nach Xidea, summierten die von ihnen gehörten Zahlen mit denen der Schwester Alessia und kamen schon auf 24 Tote. In einem Fax an den Sitz der Funai in Brasila erzählten sie in 25 Zeilen was sie gehört hatten. Die Information gelangte am folgenden Tag zu Claudia Romero, dem Präsidenten der Funai, gelangte von dort an den Justizminister Mauricio Cerrea und von dort an Präsident Itamar Franco. Bis dahin war das Problem, daß man über ein Massaker und eine Zahl von Toten sprach auf der Basis von Informationen einer

Ordensschwester und eines Angestellten der Indianerschutzbehörde, die die Gestensprache benötigten, um zu verstehen, was der Ianomani sagte.

72 Stunden später sprach man schon von über 30 Toten und man stelle sich vor, ein erfahrener Übersetzter würde dieses Problem lösen! Dieser Übersetzer erschien und - oh Graus - die Konfusion vergrößerte sich. Er verhörte langwierig drei Indianer, notierte sich Namen, Tote, Verwandte und Familien und kam zu der Zahl von 70 und alsdann 120 Toten. Wie war das möglich? Suamir dos Santos, Superintendent der Funai, vermutet, daß Romero die Toten mit denen verwechselt hat, die sich in Panik durch das Massaker im Wald versteckten. "Meine Besorgnis war immer, von Verschwundenen zu reden und nicht von Toten, weil ich um die Kommunikation zwischen Weißen und Ianomanis fürchtete," sagte Santos (2). Wie die Toten und Verschwundenen im Urwald zeigen, existiert tatsächlich ein Kommunikationsproblem. Bis heute verfügt die brasilianische Regierung über keine Angestellten, die verstehen, was die Indianer ausdrücken möchten.

B., Recife

Anmerkungen

(1) Metallart

(2) Indianerschutzorganisation

(3) Eingeborensiedlungen

Quellen

VEJA vom 25.8.1993, 1.9.199S ISTOE vom 15.8.1993 Manchete vom 28.8.1993

Wer sind die Ianomanis

Ökologen und Tropenwaldschützer ebenso wie Konservative haben dazu beigetragen, daß die heute ca. 8.000 Ianomanis, die seit ca. 1.000 Jahren im Grenzgebiet zwischen Venezuela und Brasilien leben, weder in Europa noch in den USA unbekannt geblieben sind. Für die Wissenschaftler sind sie als primitivstes Völkchen auf der Erdoberfläche "Perlen im Rohzustand", da ihre Bräuche und Gewohnheiten von der Zivilisation um sie herum unberührt geblieben sind. Die Garimpeiros (1) sehen in ihnen die Herren immenser unterirdischer Bodenschätze wie Gold, Zinnerz, Diamanten u.a., die es auszubeuten gilt. Das Schicksal bleibt für die Indianer das gleiche: die Ianomanis sind heißes Objekt verschiedenster Begierden.

Ihre Kultur kennt keine schriftliche Kommunikation, sie leben nackt und produzieren nur das absolut Notwendigste zum überleben. Ihr Ackerbau wird mit steinzeitlichen Instrumenten betrieben und da der Boden im Regenwald nur begrenzt für den Anbau nutzbar ist, zieht das Dorf alle drei bis vier Jahre an einen neuen Ort, so daß der Wald sich regenerieren kann.

Diese, an unserer Zivilisation gemessene "rückschrittliche" Lebensweise und die Tatsache, daß sie das letzte Volk sind, daß sich über Jahrtausende in einer beträchtlichen Zahl von Personen und Gemeinden seine ursprünglichen Eigenarten bis heute erhalten konnte, verwandelt die Ianomanis in ein gefundenes Fressen für jedweden Anthropologen.

Die Lebensgewohnheiten der Ianomanis erschrecken teilweise den unvorbereiteten Besucher. Deutlich sichtbar ist die Überlegenheit der Männer innerhalb des Stammes. Sie leben polygam, die Frauen erledigen neben Kochen und Kinderaufzucht die Schwerstarbeit. Gewalttätigkeit ist ein Merkmal der Umgangsformen der Männer und so schlagen sie auf die Frauen in gleicher Weise ein, wie auf einen Freund oder wie sie ihre Feinde vertreiben.

Schockierend für Weiße ist oft auch die Art der Geburtenkontrolle der Ianomanis, denn die unerwünschten Kinder werden direkt nach der Geburt erstickt, indem man ihren Mund mit Blättern füllt. Dies gilt in der Kultur der Ianomanis nicht als Verbrechen, denn nach ihrem Glauben erlangen Kinder, die nicht vom Boden aufgehoben werden, keine Seele und können von daher getötet werden.

Die Kultur der Ianomanis beinhaltet ebenfalls eine besondere Haltung zum Tod. Sie verbietet, von Tod zu reden. Ein toter Indianer wird von den Verwandten verbrannt, seine bevorzugten Bäume werden zerstört und

sogar sein Hund wird getötet. Die einzige Gunsterweisung ist eine Art Totenmahl, bei dem die Asche der Gebeine mit einer Art Mehl oder Bananenbrei vermischt, von Freunden und Verwandten gegessen werden.

Anmerkungen

(1) Bezeichnung für die Goldgräber

(2) Außer dem Gold - zu Zeiten des Goldfiebers mit einer Monatsproduktion bis zu zwei Tonnen schätzt man, daß die Zinnerzvorkommen zu den Fünftgrößten der Welt zählen und enthalten das reinste je entdeckte Zinnerz.

Quelle ISTOE v.25.8.93

# 33. Gespräche mit PressevertreterInnen aus der Türkei

Rubrik: Medien; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:26

Die Türkei war 1992 das Land, in dem die meisten Journalisten ermordet wurden. Wir führten im August 1993 Gespräche mit drei, aus unterschiedlichen Teilen der Linken hervorgegangenen Tageszeitungen. In den Interviews äußern sie sich zu ihrem Selbstverständnis, zu Angriffen auf die Pressefreiheit und dahinterstehenden Entwicklungen.

"Aydinlik"

Ferit Ilsever ist der Herausgeber von "Aydinlik" ("Klarheit"). Die Zeitung ist am 1. Mai 1993 das erste Mal erschienen und kommt auf Auflagen bis zu 20.000 (1/3 in Europa). Bekannt wurde "Aydinlik" durch den Kampf gegen den Fundamentalismus und Angriffe religiöser Fanatiker auf den Chefkolumnisten Aziz Nesin, bei denen in Sivas 37 Menschen starben. Über einen Verbotsantrag gegen die Zeitung soll im November entschieden werden.

AK: Welchen Platz nimmt "Aydinlik" unter den Organen der türkischen Presse ein?

Ilsever: Die türkische Presse ist in hohem Maße die Stimme des großen Kapitals. Sie ist der Trompeter des internationalen Großkapitals, des IWF und der Weltbank und der türkischen Bourgeoisie. Was aus der ganzen Politik in die Überschriften der Nachrichten kommt sowie die Themen, die aufgegriffen werden, kommen aus der Umgebung des großen Kapitals, und ihre Ziele sind vorausgeplant. Was in unserer Zeitung steht, die Probleme, Nöte und Bedürfnisse der Arbeiterklasse, der Landbevölkerung, der Jugendlichen, der Intellektuellen, der Frauen usw., finden Sie auf den Seiten dieser Zeitungen nicht. Auf der ganzen Welt stehen die Medien unter einem großen Druck. Das große Kapital ist mittels Radio und Fernsehen bemüht, indem es auf der ideologisch-kulturellen und ökonomisch-sozialen Ebene eine große Propagandamaschine in Gang gesetzt hat, die unterdrückten Massen unter Kontrolle zu halten und in dem System, dem die Amerikaner den Namen "Neue Weltordnung" gegeben haben, die Völker in den Zustand von Kriegsgefangenen zu bringen. Die Zeitung "Aydinlik" nimmt unter diesen Presseorganen eine andere Position ein, indem sie sich bemüht, innerhalb der großen Medienkampagne ein Licht zu sein, das die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Wir bemühen uns, ihre Stimme zu sein. Von diesem Standpunkt aus haben wir die strenge Mediendiktatur an einer Stelle durchbrochen und uns entschlossen, die Stimme der Demokraten, der Streitenden und des für die Freiheit Widerstand leistenden kurdischen Volkes zu sein. Das ist der Eckplatz, den wir in der Welt der Presse haben.

In Deutschland sind wir auf "Aydinlik" aufmerksam geworden, als Sie sich entschlossen haben, Teile aus Salman Rushdies Buch zu verbreiten. Können Sie uns etwas über diese Entscheidung sagen?

Insbesondere nach dem Putsch des 12. September 1980 haben die Generäle den Laizismus (1) Schritt um Schritt aufgehoben. In den letzten Jahren, in der Amtszeit Özals und danach in der Regierungszeit Demirels, erlebte man eine Bewegung hin auf ein zügelloses Scharia-Regime. Wir kennen die grundlegenden Faktoren, die dahinterstehen. Die USA haben den Wunsch, die Türkei als Riegel für die Völker des Nahen Ostens, als Riegel für die Balkanvölker und die Kaukasusvölker zu gebrauchen. Dafür ist es notwendig, wie es insbesondere nach 1988 der CIA-Agent Grafen Fuller zum Ausdruck gebracht hat, daß es eine gemäßigte islamische Theorie gibt. Damit meinten sie ein islamisches Regime. Die Türkei soll mehr und mehr von dem Laizismus der Zeit Atatürks abkommen und eine islamische Identität erhalten. Unter diesen Voraussetzungen wurde die Verbreitung von Salman Rushdies Buch und die freie Darlegung seiner laizistischen, demokratischen und freiheitlichen Grundgedanken bedroht. Bevor Salman Rushdies Buch veröffentlicht wurde, wurden sehr viele schreibende Intellektuelle wie Muammer Aksoy, Cetin Emec, Ugur Mumcu wegen ihrer erneuten Zuwendung zu einer laizistischen Haltung ermordet. Deswegen war die von uns durchgeführte Herausgabe, gegen die religiösen Fanatiker, so etwas wie das Erheben des Hauptes, wie ein Aufstand.

Damit in der Türkei jede Art von Gedanken diskutiert werden kann, haben wir einige Teile aus Rushdies Buch Satanische Verse veröffentlicht. Wir haben so gehandelt als Teil im Kampf für den Laizismus, als ein Ausgangspunkt, dessen wir uns bedient haben, und tatsächlich hat es sich erwiesen, daß die religiösen Fanatiker die Gedanken, die Lektüre, die unterschiedlichen Sichtweisen nicht ertragen können. Sie haben den Kaynak-Verlag angegriffen und verwüstet, in Izmir und Diyarbakir haben sie unsere Büros angegriffen, und

indem sie in einer großen Zahl von Orten in der Türkei die Zeitungshändler bedroht und Überfälle durchgeführt haben, haben sie versucht, diese Veröffentlichung zu stoppen. Nach meiner Einschätzung ist Salman Rushdies Buch weder wissenschaftlich noch literarisch von hohem Wert und nicht wichtig. Der Grund für unsere Veröffentlichung ist nicht, daß wir die Sichtweise dieses Buches teilen.

Vor 15 Jahren gab es in der Türkei starke Spannungen zwischen Alewiten und Sunniten, erinnert sei nur an Ereignisse wie die von Corum und Kahramanmaras (2). Zur Zeit können wir ähnliche Entwicklungen sehen. Welche Gründe gibt es Ihrer Meinung nach für diese Entwicklungen?

Vor 15 Jahren haben diese Ereignisse stattgefunden, unsere alewitischen Landsleute wurden ermordet. Danach hat die Türkei den Putsch des 12. September (1980) erlebt. Auch wenn heute die Spannungen das damalige Ausmaß nicht erreicht haben, sehen wir, daß sie sich wiederholen. Man ist bemüht, die Gegensätze zu vertiefen. Daß bei den Ereignissen von Sivas 37 unserer Landsleute und Intellektuellen ermordet und verbrannt wurden, ist eine Auswirkung. Das hat historische, ideologische und politische Ursachen. Der Türkei ist der Laizismus entglitten, sie hat ihn verworfen, und das hat eine sunnitische Vorherrschaft und einen Druck der sunnitischen Mehrheit entstehen lassen.

D.h. der Laizismus war in einer so farbigen, so verschieden konfessionellen Gesellschaft notwendig, um einen freien Ausgleich zu schaffen. Aber seit der Staat selbst zunehmend die religiösen Angelegenheiten an sich gerissen hat, nachdem er angefangen hat, für die Religion Partei zu ergreifen, sei es wegen des Projektes der USA, oder sei es, weil er gegen den kurdischen Kampf in den letzten Jahren die Religion aufbieten wollte, oder weil er in den letzten zehn Jahren ganz allgemein gegen die Linke die Religion aufbieten wollte, was es auch sei, das Handeln des Staates ist moslemisch geworden, und indem er das wurde, hat er auch den Druck und den Charakter der herausgebildeten, großen moslemischen Mehrheit angenommen. Das geschah nicht durch die offiziellen Gesetze, aber de facto ist das der Zustand.

In der Türkei trägt das Ministerium für religiöse Angelegenheiten ein sunnitisches Gepräge, und es ist eine Gesellschaft unter sunnitischem Einfluß. Die Alewiten sind unruhig, weil sie seit Jahren als eine zweitklassige Konfession angesehen, unterdrückt und verächtlich gemacht werden. Um die Religion als Waffe gegen das kurdische Volk zu gebrauchen, haben sie vor kurzem die Hizbullah-Organisation (3) geschaffen und erklärt, sie sei von selbst entstanden. Jetzt, weil sich die PKK bis nach Norden ausgedehnt hat, wurden dem Faktor Hizbullah die Spannungen zwischen Alewiten und Sunniten hinzugefügt. Z.B. befindet sich in der Ausgabe unserer Zeitung, die morgen verbreitet wird, eine wichtige Nachricht: An die Dörfer von Erzincan, insbesondere an die sunnitischen Dörfer, wurden Waffen ausgegeben, die Bauern, die Waffen annahmen, wurden von der in Erzincan stationierten 3. Armee ausgebildet. Das richtet sich zunächst gegen die PKK, ruft aber auch in der Region heftige Spannungen zwischen Sunniten und Alewiten hervor.

Neun Journalisten von "Özgür Gündem" wurden umgebracht, eine Journalistin entführt. Der Tag wird kommen, an dem "Aydinlik" das Ziel sein wird. Wie denken Sie darüber?

"Aydinlik" ist schon das Ziel. Seit 2 1/2 Monaten wird "Aydinlik" in der Türkei nur zu einem Drittel verteilt. Die Vereinigte Vertriebsgesellschaft, die unseren Vertrieb vornimmt, kann wegen der Drohungen des Staates und der Hizbullah im ganzen Südosten der Türkei, in Kreisen wie Kayseri, Konya, Antalya, Mersin, im Moment unsere Zeitung nicht an die Zeitungshändler verteilen. Wir haben deswegen nachgeforscht und haben als Ursache eine Entscheidung des Sekretariats des Nationalen Sicherheitsrates (4) gefunden, "Aydinlik" zu unterdrücken. Auf die Händler wird Druck ausgeübt, mindestens sieben bis acht Kioske wurden angesteckt und verbrannt. In Diyarbakir wurde ein Zeitungsverkäufer getötet. "Aydinlik" war eine der Zeitungen, die nicht zu dem vom Generalstab veranstalteten "briefing" (5) eingeladen wurden.

"Özgür Gündem"

Gurbetelli Ersöz ist Herausgeberin von "Özgür Gündem" ("Freie Tagesordnung"). Die Zeitung besteht seit dem 30. Mai 1992. Die Auflage liegt bei knapp 40.000. Bekannt ist "Özgür Gündem" wegen ihres mutigen Eintretens für die Anliegen der Kurdinnen und Kurden. Über einen Verbotsantrag gegen diese Zeitung soll ebenfalls im November entschieden werden.

AK: Die Angriffe auf "Özgür Gündem" nehmen in alarmierender Weise zu. Wie schafft Ihr es trotzdem regelmäßig zu erscheinen?

Ersöz: Die auf unsere Zeitung gerichteten Angriffe sind sehr zahlreich. Seit der ersten Herausgabe unserer Zeitung am 30. Mai 1992 bis jetzt dauern sie an. Wir betrachten diesen Zeitraum als zwei Phasen. Die erste Phase von acht Monaten dauerte bis zum 15. Januar 1993. Nach dem 15. Januar konnten wir diesen Angriffen nicht mehr widerstehen und waren gezwungen, das Erscheinen der Zeitung zu unterbrechen. Damals wurden viele Verfahren gegen uns eröffnet. Die geforderten Gefängnisstrafen übersteigen Jahrhunderte, während die geforderten Geldstrafen mehrere hundertmillionen Mark übersteigen. In diesen acht Monaten wurden acht unserer Redakteure und Korrespondenten ermordet. Insbesondere in Kurdistan wurden viele unserer Journalisten festgenommen, waren im Gefängnis, wurden wieder freigelassen. Es wurde insbesondere versucht, den Vertrieb unserer Zeitung zu verhindern. Schließlich konnte die Zeitung selbst ihre Verteilung nicht mehr gewährleisten. Sie war in eine schwierige ökonomische Situation gekommen. Deswegen haben wir am 15. Januar die Veröffentlichung unterbrochen, um die Veröffentlichungspolitik zu überprüfen und um ein neues Arrangement aufzunehmen. In dieser Zeit waren die gegen uns unternommenen Aktionen Aktionen der Konterguerilla.

In der Zeit, in der wir unsere Herausgabe unterbrochen hatten, konnten wir uns erneut organisieren und festigen. Am 26. April konnten wir erneut die Herausgabe der "Özgür Gündem" beginnen.

Vom 26. April bis jetzt haben die verschiedenen Angriffe auf unsere Zeitung zugenommen. Darauf werde ich später noch ausführlich zu sprechen kommen. Im Moment befindet sich unsere Journalistin Aysel Malkac in den Händen der Polizei, sie geben es aber nicht zu. Unser Journalist für Ararat und Dogubeyazit, Ahmet Icge, ist festgenommen, auch unser Journalist für Igdir ist festgenommen. Zur Zeit wird unsere Journalistin für Mardin, Nebahat Özen, festgehalten, weil sie über die schlechte Behandlung einer Frau im Polizeipräsidium von Derik geschrieben hat, sie wurde gefoltert, ins Krankenhaus gebracht und ist jetzt im Gefängnis in Urfa. Unser Vertreter in Samsun wurde festgenommen, wegen einer Nachricht, daß in Rize Leute nur festgenommen wurden, weil sie Kurden waren. Er ist im Gefängnis. Unser verantwortlicher Redakteur Isil Davut Karadag wurde festgenommen und ist im Gefängnis. Ausnahmslos erhalten alle Büros Todesdrohungen. In der Zeit seit dem 26. April wurden von 100 herausgekommenen Ausgaben der Zeitung 80 bis 85 beschlagnahmt. Begründungen der Beschlagnahmen waren, die unteilbare Einheit der Türkei bedroht zu haben, PKK-Propaganda gemacht zu haben, die Worte Kurde und Kurdistan gebraucht zu haben etc.

Es ist sogar so, daß wir auch an Tagen, an denen es keine Verbotsverfügung gibt, die Zeitung nicht in Gebiete liefern können, in denen es die Gouverneure nicht wünschen. Gestern, am 14. August brachte die Polizei erneut den Zeitungsverkäufern einen von der Polizeidirektion Sirnak unterschriebenen Bescheid, daß die Zeitung "Özgür Gündem" vom 14., 15. und 16. August (6) beschlagnahmt würde. Begründet war der Bescheid damit, daß die unteilbare Einheit der Türkei geschädigt und das Volk zum Aufstand aufgewiegelt würde. Ich glaube, daß es auf der ganzen Welt keinen weiteren Fall gibt, bei dem ein Beschluß zur Beschlagnahme einer noch gar nicht gedruckten Auflage herausgeht.

Außerdem gibt es noch den am 13. Juli beantragten Prozeß zur Schließung unserer Zeitung, der am 22. Juli stattfand (7). Dieses Verfahren zu eröffnen und die Schließung der Zeitung auf die Tagesordnung zu bringen, ist nach unserer Meinung ganz eindeutig eine politische Entscheidung. Im Juni hat der Generalstab eine Lagebesprechung ("brifing") durchgeführt, bei der außer unserer Zeitung und "Aydinlik" die Eigentümer und Herausgeber aller anderen Zeitungen waren. Auf dieser Versammlung wurde insbesondere "Gündem" vom Generalstab zur "Feindzeitung" erklärt. Sofort nach dieser Sitzung kam der Antrag auf Schließung der Zeitung auf die Tagesordnung. Unsere Journalisten wurden entführt, die Angriffe auf unsere Büros nahmen zu, und die Anzahl von Beschlagnahmen unserer Zeitung weitete sich noch mehr aus.

Die anderen Zeitungen in der Türkei verlassen in ihrer Berichterstattung die offizielle Ideologie nicht, ihre Veröffentlichungen entsprechen den Wünschen des Staates. Seit 70 Jahren, seit der Staat gegründet wurde, verfolgen die Zeitungen einen Journalismus, der nicht über die offizielle Ideologie hinausgeht. Heute ist in der Türkei die Frage Kurdistans und die Realität eines Krieges, eines Krieges, in dem die PKK eine Seite ist, zu einer konkreten Wirklichkeit geworden. Jedoch weigert sich der Staat noch immer, diese Realität anzuerkennen. Der jetzige Staatspräsident Demirel hat vor einem Jahr auf einer Versammlung in Diyarbakir die kurdische Realität offen ausgesprochen. Aber obwohl mittlerweile ein Jahr vergangen ist, fährt die neue Ministerpräsidentin Ciller weiter fort - ohne das Wort "Kurde" überhaupt in den Mund zu nehmen -, die kurdische Wahrheit zu leugnen. Nach den geltenden Gesetzen bedeutet das Verwenden der Worte "Kurde" und "Kurdistan", daß man sich schuldig macht. Wir sagen das, denn wenn es wirklich Pressefreiheit gibt, dann

ist die Freiheit der Presse ein Kriterium der Demokratie, und in der Pressefreiheit müssen Gedanken erörtert, zur Sprache gebracht und geschrieben werden können. Während das Verfahren zu unserer Schließung fortgesetzt wurde, war der Jahrestag der Aufhebung der Zensur. Aber außer einer ganz kleinen Gruppe von Journalisten, außer Mustafa Emekci und dem zeitgenössischen Journalistenverband von Bursa und ganz wenigen Journalisten, hat keine Zeitungsorganisation den gegen "Özgür Gündem" gerichteten Verbotsantrag zur Sprache gebracht. Sie haben sich davor gedrückt zu sagen, daß dies ein gegen die Pressefreiheit und die Demokratie in der Türkei gerichteter Schlag ist. Auf all die Repressalien, Angriffe und Attentate gegen uns haben wir kein richtiges Verhalten der Presse gesehen. Das hängt auch mit dem Krieg in der Türkei zusammen. Wegen der Reportagen, die wir machen, werden wir verurteilt. Wir werden verurteilt, weil wir die Worte "Kurde" und "Kurdistan" verwenden und weil wir die PKK nicht als terroristisch bezeichnen.

Interviews mit dem Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, sind in "Hürriyet" und "Milliyet" erschienen, Mehmet Ali Brand hat ein Buch über ihn geschrieben. Gegen sie wurde kein Verfahren eröffnet. Diese Leute sprechen diese Worte selbst aus. Wir übernehmen sie von ihnen, aber wenn sie es schreiben, wird es nicht als PKK-Propaganda beurteilt, sobald es "Özgür Gündem" schreibt, wird es als PKK-Propaganda gewertet. Zwischen uns und der übrigen Presse gibt es diesen Unterschied.

Sie benutzen in ihren eigenen Schriften das Wort "Terroristen", wir jedoch gebrauchen dieses Wort nicht. Der Staat will von uns jetzt, das wir das Wort "Terroristen" gebrauchen. Dazu sagen wir: Wenn man den heutigen Krieg in Kurdistan aus der Nähe verfolgt, wird man sehen, daß der Kampf und die, die ihn führen, nicht als "Terroristen" wahrgenommen werden können. Denn wir haben in den letzten zwei bis drei Monaten darüber berichtet, daß in Kurdistan ungefähr 200 Dörfer entvölkert und zerstört wurden, Menschen aus ihnen umgebracht wurden, daß es von vielen Menschen aus den Dörfern, die verschollen sind, keine Nachricht gibt berichtet. Keiner unserer Nachrichten wurde von offizieller Seite widersprochen. Wir haben die Namen der Dörfer und Menschen geschrieben, wir haben Photographien gemacht, sie haben nicht gesagt, diese Dörfer gibt es nicht, die gezeigten Menschen wurden nicht getötet.

Wir müssen das Wort Terrorist nicht gebrauchen. Es gibt viele Beispiele in der Geschichte. Es gab eine Zeit, da hat man zu Fidel Castro Terrorist gesagt, auch zu Menahem Begin, der israelischer Ministerpräsident war. Auch Tito ist einmal Terrorist genannt worden. Der Terrorismusbegriff wechselt mit der Geschichte und mit der Ära. Auf der einen Seite sterben Soldaten, für einen Teil sind sie Märtyrer, die Guerilleros Terroristen. Aber das Volk in Kurdistan, das den Staat Terrorist nennt, sieht sie als Märtyrer. Das Volk veranstaltet Leichenfeiern für tote Guerilleros, schließt die Rolläden, unterbricht den Verkehr, macht Demonstrationen, "Serhildans" (Aufruhr) und viele Aktionen. Deswegen nennen wir diese Menschen nicht Terroristen, und weil wir das nicht machen, sind wir Repressionen unterworfen, und unsere Journalisten werden getötet. Als die Presse den damaligen Ministerpräsidenten Demirel gefragt hat, warum so viele unserer Journalisten getötet werden, sagte er, daß es militante Journalisten seien. Musa Anter war 73, wenn Musa Anter mit 73 ein "Militanter" war, dann war Ferhat Tepe (8) mit 20 Jahren noch ein Kind, trotzdem wurde er entführt und grausam ermordet. Auch Aysel Malkac wurde entführt. Daß Aysel Malkac von der Polizei festgenommen wurde, darüber haben wir keine namentliche Erklärung, aber ein Verantwortlicher der Polizei hat uns selbst mitgeteilt, daß sie auf dem Polizeipräsidium und ihr Zustand gut sei. Als wir am zweiten Tag kamen, um zu fragen, wie es ihr geht, hat er geleugnet, daß sie dort sei (9). Wir haben die Verantwortlichen des Staates darauf aufmerksam gemacht, daß unser Leben in vielen unserer Büros nicht sicher ist. Wir haben gesagt, daß sie unser Leben schützen sollen, daß sie uns Waffenscheine ausstellen sollen, daß wir jeden Moment mit dem Tod konfrontiert sind. Aber es erfolgte keine Reaktion. Das ist ein klares Verhalten. Warum sind wir als Terroristen-Zeitung bezeichnet worden? Weil wir nicht schreiben, was sie sagen. Wir nehmen uns manchmal die Veröffentlichungspolitik der BBC als Beispiel. Die BBC hat im Falklandkrieg und auch im Krieg der englischen Regierung gegen die IRA eine neutrale Position eingenommen. Sie hat über die Positionen beider Seiten berichtet. So eine Veröffentlichungspolitik machen wir auch. In diesem Verständnis genügen wir nach unserer Überzeugung der Moral, den Prinzipien und Notwendigkeiten einer Presse.

Der Inhaber von "Özgür Gündem", Yasar Kaya, wurde vor kurzem zum Vorsitzenden der Demokratie-Partei (DEP) gewählt. Hat das Einfluß auf Ihre Zeitung?

Für uns ist die DEP ebenso eine Partei wie jede andere. De facto ist Yasar ohnehin keine Stütze bei der Produktion unserer Zeitung, er muß jeden Tag auf die Gerichte. Aber es gibt einen Unterschied zwischen der DEP und anderen Parteien. Die DEP schickt Abgeordnete ins Parlament, von denen die meisten vom Volk in

Kurdistan gewählt wurden. Tatsächlich können sie im Namen der Demokratie auf die Beendigung des Krieges aus einem objektiveren Blickwinkel sehen. Sie haben sich als Vermittler zwischen beiden Seiten in dieser Frage angeboten. Sie vertreten die Notwendigkeit, daß diese Frage vor internationale Organisationen und ins Parlament kommt, was die anderen nicht tun, außerdem, daß es notwendig ist, die kurdische Realität und den Wunsch, mit gleichen Rechten zu leben, anzuerkennen und hierbei zu einer wirklichen Lösung zu kommen. Im Moment haben sie gegen den "Totalen Krieg" des Staates eine Kampagne für den "Totalen Frieden" gestartet, und auch bei uns und bei den Menschenrechtsvereinen gibt es die gleichen Bemühungen.

In welche politischen Entwicklungen ordnen Sie die Organisierung der Hizbullah ein?

Die Hizbullah ist ursprünglich eine nach der "Iranischen Revolution" (1979) im Nahen Osten ins Leben gerufene Organisation, mit dem Ziel, die eigene islamische Revolution des Iran zu verbreiten. Aber ihre Organisierung in der Türkei war ganz anders. Sie paßte insbesondere zum Putsch am 12. September (1980), der eine Politik verfolgte, die der religiösen Organisierung die Tür öffnete und sie selbst unterstützte. Um die Gesellschaft zum Schweigen zu bringen, wurde die Religion in großem Maßstab angewandt, und die Hizbullah war so ein Mittel. In dieser Zeit wurde die Organisierung der Hizbullah unter die eigene Kontrolle genommen. In Kurdistan konnte die überzogene Politik mit dem Türkentum, die Politik des "Ihr seid Türken" dem Volk nicht aufgedrängt werden. Das Volk war zu der Erkenntnis gekommen, daß es eine andere Nation, ein anderes Volk ist. Deswegen hatte sich die Politik des Kemalismus erschöpft. Statt dessen wurde eine bekannte Größe aus der osmanischen Logik, die Religion, hervorgebracht. Es ist bekannt geworden, daß es in der Hizbullah verschiedene Teile gibt. Die meisten sind Konterguerillas. Aus diesem Grund haben wir für sie das Wort Hizb-i-Kontra (10) geschaffen. Nach unserer Auffassung ist die Hizbullah anders, in ihrer inneren Struktur ist sie verschieden von einer Kontra-Organisation. Wenn wir genau hinsehen, so kamen vor drei bis vier Monaten Gespräche zwischen der PKK und der Hizbullah auf die Tagesordnung, und danach nahmen die Aktionen der Hizbullah ab. Ein weiterer Hinweis darauf ist, daß im letzten Monat eine neue Konterguerilla-Organisation bei der Entführung von Ferhat Tepe aufgetreten ist. Sie hat sich unter dem Namen "Türkische Rachebrigade" (Türk Intikam Tugay, TTT) neu organisiert. Wir haben sogar einen Beleg, der zeigt, daß vor kurzem der Nationale Sicherheitsrat und der Generalstab mit Leuten von der TIT eine Versammlung abgehalten haben und daß deren Arbeit vollständig unterstützt werden soll.

Welche Rolle spielt der Iran hier?

Der Iran hat, um im Nahen und Mittleren Osten seine eigene antiamerikanische Politik auszubreiten, die Hizbullah-Organisation geschaffen. Das hat er hauptsächlich im Libanon getan und danach auch in der Türkei. Der Grund dafür ist die amerikafreundliche Politik der Türkei. Wie wir wissen, macht die Türkei seit Jahren das, was Amerika gesagt hat. Das hat der Iran als Gefahr für sich gesehen und, um der Türkei zu schaden, die Organisation Hizbullah geschaffen. Aber etwas später ist die Hizbullah-Organisation der Kontrolle des Iran entglitten und unter die Kontrolle des MIT (11) und der staatlichen Konterguerilla gekommen. Auf diesem Weg wird nicht mehr viel gemacht, sie haben sich bloßgestellt, und deswegen ist diese Politik am Ende. Deswegen wird jetzt die "Spezialarmee" (12) geschaffen. In dieser "Spezialarmee" werden alte "Nationalisten", MHPler (13), die man als Faschisten bezeichnen kann, an einer Stelle vereinigt. Diese neue Armee ist der Versuch, die Konterguerilla zu legalisieren und ihr eine neue Identität zu geben. Das kommt daher, daß die Hizbullah bzw. ihre religiöse Politik in Verruf geraten ist.

Wir haben den Eindruck, daß mit dem "briefing", das Generalstabschef Dogan Güres der Presse gegeben hat, die Berichterstattung zu Kurdistan noch einseitiger geworden ist. Wie schätzen Sie das ein?

Vor dem "briefing", insbesondere in der Zeit des Waffenstillstandes, haben andere Zeitungen eine veränderte Berichterstattung gemacht. Sie haben den Waffenstillstand positiv aufgenommen, obwohl damals einige der Ereignisse sehr verdreht bewertet wurden. Während einige Zeitungen nach dem Ausspruch des Innenministers Ismet Sezgin verbreiteten, die Ausrufung des einseitigen Waffenstillstandes sein in den Auflösungserscheinungen der PKK und deren inneren Problemen begründet, und deshalb sei es nicht notwendig, irgendeine Art von Verhandlung aufzunehmen, schrieben andere Zeitungen, daß es eine kurdische Frage gäbe, daß eine Seite dabei die PKK sei, daß der Waffenstillstand ein Schritt zur Lösung dieser Frage sei, und daß der Staat unbedingt eine Annäherung zeigen müsse. Es hat das jeder in seiner eigenen Weise zur Sprache gebracht. Aber nach Özals Tod gab es in der Türkei eine Neuwahl des Staats- und Ministerpräsidenten, Demirel und Ciller bestiegen die politische Bühne. Dann betritt der Nationale

Sicherheitsrat die politische Bühne, und die Militärpolitik tritt in den Vordergrund. Andere Lösungswege wurden wieder zur Seite geschoben. Die ganze Nichtanerkennungspolitik wurde erneut auf die Tagesordnung und in die türkische Presse gebracht. So hatte "Milliyet" vor dem "briefing" eine Überschrift "Der Staat wird erschüttert". Einige Zeitungen hatten begonnen, den Staat anzugreifen, daß er keine Lösungen erreicht. Genau in dieser Phase hat der Nationale Sicherheitsrat das "briefing" veranstaltet. Danach haben die Zeitungen ihre Haltung geändert. Vor allem "Hürriyet", "Tercüman" und "Cumhuriyet". Mit der neuen Präsidentschaft wurde eine neue Einheit geschaffen. Diese Einheit wurde "Psychologische Zentrale" genannt. Es ist eine Pressepolitik, die darauf abzielt, zu gewährleisten, daß die Moral des Volkes nicht fällt, daß dem Volk gezeigt wird, daß die Moral des Heeres hoch ist, und auf diese Weise die Unterstützung des Volkes der Türkei und seine grundsätzliche Billigung zu bekommen. Diese Zeitungen betreiben, insbesondere seit dem "briefing", ganz offen und klar eine Kriegspolitik. Z.B. hat "Hürriyet" in einem Artikel von Emin Cölasan gesagt, daß, um sie (die PKK) zu vernichten, der Weg über den Einsatz chemischer Waffen ginge. Zwei oder drei Tage später wurden am Berg Nurhak chemische Waffen eingesetzt (14). Bezüglich des Einsatzes chemischer Waffen haben wir Fotographien. Aber darüber hat niemand geschrieben und niemand gesprochen. Man will, daß die Presse eine Politik auf der Seite des Staates, auf der Seite des Krieges vorantreibt. Wir charakterisieren das als "Militärpresse".

Welche Beziehung hat "Özgür Gündem" zur türkischen Linken?

Unter den türkischen Linken gibt es undeutliche Richtungen. Denn sie haben - nach meiner persönlichen Meinung - einen Widerspruch zur Frage Kurdistans. Deswegen lesen uns einige nicht. Einige, die bezüglich der Frage Kurdistans keine unvereinbare Position haben, lesen "Aydinlik". Die Kemalisten lesen "Cumhuriyet" und "Aydinlik", aber diejenigen, die das kemalistische Denken überwunden haben, die merken, daß der Kemalismus bankrott ist, daß der Kemalismus für ein linkes Verständnis in der Türkei eine große Krankheit und eine große Gefahr ist, die lesen "Gündem".

"Cumhuriyet"

Aydin Engin ist Chefredakteur bei "Cumhuriyet" ("Republik"). Er war zwölf Jahre in Deutschland im Exil. Das Gespräch wurde auf Deutsch geführt. "Cumhuriyet" wurde 1924 gegründet. Heute kommt sie auf eine Auflage zwischen 80- und 90.000. Die Zeitung ist besonders mit der Ideologie des Gründers der Republik, Kemal Atatürk, verbunden. Sie sieht im Kemalismus ein fortschrittliches Element. Im In- und Ausland genießt "Cumhuriyet" ein hohes Ansehen.

AK: Welche Richtung vertritt die Zeitung "Cumhuriyet", und welche Rolle spielt sie innerhalb der türkischen Presselandschaft?

Engin: Ja, ich kann sagen, daß "Cumhuriyet" eine von den renommierten Zeitungen in der Türkei ist, und seit der Gründungszeit ist "Cumhuriyet" eine Symbolfigur für den Laizismus, das ist sehr wichtig in der Türkei, und auch das republikanische Denken. "Cumhuriyet" verteidigt immer, seit 1924, fast alle progressiven Reformen usw. Wenn in der Türkei eine Regierung einen Ausnahmezustand erklärt, wurde "Cumhuriyet" ein paar Tage später verboten, während des letzten Militärputsches 1980 war "Cumhuriyet" 1 1/2 Jahre lang verboten.

Kemalismus ist eine offizielle Ideologie in der Türkei, zeitweise hat "Cumhuriyet" diese Ideologie verteidigt, und manchmal war "Cumhuriyet" auch wie ihr Sprecher. Aber heutzutage kann man nicht nur von einem Kemalismus sprechen. Es gibt verschiedene Richtungen im Kemalismus. Wir verteidigen die progressive Seite des Kemalismus'. Ab 1950 war "Cumhuriyet" auch eine Symbolfigur für die Demokratie in der Türkei. Mit "Özgür Gündem" und "Aydinlik" und vielleicht noch ein paar kleinen Zeitungen verteidigen wir die demokratischen Rechte, die Menschenrechte in der Türkei. Es ist nicht leicht, es ist nicht einfach, aber trotzdem bestehen wir darauf.

Ich wollte noch einmal nachfragen zum islamischen Fundamentalismus, ein prominenter Mitarbeiter von "Cumhuriyet", Ugur Mumcu, wurde ja wahrscheinlich von Fundamentalisten getötet.

Höchstwahrscheinlich.

Wie sehen Sie die Gefahr des Fundamentalismus in der Türkei?

Groß, sehr, sehr groß. Neulich, vor ungefähr einem Monat, haben die Fundamentalisten in Sivas 37 türkische Intellektuelle, Künstler, usw. mit einem Brandanschlag ermordet, mit Absicht. In Istanbul merkt man nicht so leicht, wie groß die Gefahr ist. In der Türkei, denke ich, gibt es zwei Welten: In Istanbul spüre ich keinen fundamentalistischen Druck. Aber in Anatolien. Ein Beispiel: In der Ramadanzeit kann ich in Istanbul rauchen oder essen. Aber ich war in der Ramadanzeit in Konya, aus Gedankenlosigkeit habe ich eine Zigarette angezündet, und man hat Anstalten gemacht, mich zu verprügeln. Deshalb meine ich, daß der Fundamentalismus eine sehr große Gefahr in der Türkei ist. Ich habe sogar Angst, nicht persönlich, aber manchmal denke ich, es kommt vielleicht noch schlimmer, aus Ostanatolien, aus Mittelanatolien.

Wie sehen Sie darin die Rolle des Staates, innerhalb eines Prozesses der Re-Islamisierung?

In der Türkei haben wir eine komische Situation. Die Türkei ist ein Staat, der laizistisch ist, aber der Staat kontrolliert trotzdem alle islamischen Bewegungen in der Türkei. Zumindest will der Staat kontrollieren. Deswegen haben wir ein offizielles Ministerium für religiöse Angelegenheiten. Ich kann das nicht verstehen, das ist nicht logisch. Wenn die Türkei ein laizistischer Staat ist, darf der Staat die islamischen, religiösen Bewegungen und Organisationen usw. nicht kontrollieren. Der Staat hat eine positive und eine negative Rolle, aber ich kann sagen, meistens eine negative Rolle. Er will kontrollieren, aber er kann nicht. Es ist eher umgedreht: Er duldet mehrere fundamentalistische und extreme Ultra-Organisationen. So gibt es für ein Kind entweder die Möglichkeit, auf eine staatliche Grundschule oder eine Koranschule zu gehen, oder aber beide zu besuchen. Offiziell ist es verboten, aber praktisch besuchen viele Kinder nur die Koranschule.

Hat sich mit dem "briefing", das der Generalstabchef Dogan Güres mit der Presse gemacht hat, irgendetwas für Sie geändert?

Absolut nein, kann ich sagen. Ich war auch dort. Dogan Güres hat keine Direktive gegeben, er wollte nur ein Beispiel von England geben. Ein Staatsminister, oder ein Verteidigungsminister oder ein Innenminister - ich erinnere mich nicht genau - hat etwas über die IRA an die BBC geschrieben: "Bitte veröffentlichen Sie nicht die Erklärungen der IRA", so stand es auf dem Papier, ich habe es so gelesen, und Güres hat gesagt, das muß für euch ein Beispiel sein. Ein Kollege von uns hat gesagt, ja, aber wir haben noch ein Beispiel. "Was?", hat er gefragt. "BBC hat dieses Schreiben abgelehnt" (15). "Aha", hat er gesagt. Aber ich kann ausdrücklich sagen, wir haben keinen Befehl bekommen. Wenn es so wäre, das macht bei unserer Zeitung nichts, wir sind wirklich unabhängig. Vor dem "briefing" und nach dem "briefing" hat sich bei uns nichts geändert. Wir schreiben weiter, wie wir geschrieben haben.

Meinen Sie, daß sich andere große türkische Zeitungen an diesen Ratschlag, oder wie man das nennen möchte, halten?

Nein, sie brauchen solche Ratschläge nicht. Sie brauchen keine Befehle. Sie schreiben sowieso so, fast so, wie der Stabschef will oder wollte. Die anderen Zeitungen sind manchmal sehr chauvinistisch, sie akzeptieren die kurdische Realität nicht, usw. General Güres muß diesen großen Zeitungen keine Anweisungen geben. Er ist so ganz zufrieden mit diesen Zeitungen, mit ihnen hat er keine Probleme. Dieses "briefing" war meiner Meinung nach nicht wichtig. Vielleicht für die Fernsehsendern, General Güres wollte diesen Fernsehkanälen etwas sagen. Aber über diese Fernsehkanäle kann ich sagen, die machen es sowieso schon, wie General Güres es will, die machen und machten es so.

Die Zeitungen, die in Opposition stehen, wie "Özgür Gündem", waren zu diesem "briefing" meines Wissens gar nicht eingeladen .

Ich glaube nein. Ich weiß nicht genau. Der Staat hat sich ausdrücklich von "Özgür Gündem" distanziert. Der Staat zählt "Özgür Gündem" nicht als Zeitung. Es ist nicht gut, es ist ganz skandalös, vielleicht, aber es ist so.

Vor elf Tagen ist eine Journalistin von "Özgür Gündem", Aysel Malkac, in Istanbul nach Augenzeugenberichten wohl von der Zivilpolizei festgenommen worden, seither ...

Zivilpolizei? Sagt man so auf Deutsch? Das kann es nicht geben.

Sie denken an etwas anderes?

Nein, nein, ich habe gedacht, Sie haben ein türkisches Wort verwendet!

Seither ist sie verschwunden. Ähnliche Vorfälle gab es in letzter Zeit mehr. Was denken Sie dazu, was kann ein Journalismus dagegen machen?

Wissen Sie, 1977, drei Jahre vor dem Militärputsch, habe ich meinen besten Mitarbeiter verloren, über ähnliche Wege. Seit mehreren Jahren haben wir uns daran gewöhnt. Wenn ein Journalist in der Türkei von der linken Seite in der Opposition steht - es ist natürlich nicht normal, aber üblich, fast üblich, in der Türkei. Besonders "Özgür Gündem" macht eine sehr radikale journalistische Arbeit, sehr radikal. Ich habe dieses Wort in seiner positiven Bedeutung verwendet. Seit 100 Jahren haben wir uns daran gewöhnt, daß der Staat, manchmal offiziell, manchmal inoffiziell, manchmal direkt, manchmal indirekt, Journalisten ermordet. 1908, ich erinnere mich, hat man einen Journalisten auf der Galata-Brücke getötet, mitten am Tag, und seit 1908 haben wir vielleicht mehr als 100 Journalisten verloren. Wie hieß dieses Mädchen?

Aysel Malkac.

Malkac oder Malkoc?

Malkac.

Malkac, vielleicht. Also, Frau Malkac ist nicht die letzte, wie ich meine. Es ist nicht normal, es ist nicht ... ja, es ist nicht normal, aber bei uns ist es üblich.

jasa

Anmerkungen:

(1) Trennung von Staat und Religion.

(2) Die Alewiten sind eine schiitische Minderheit in der sunnitischen Türkei. 1978 u. 1980 verübten von der faschistischen MHP aufgestachelte Massen bei Kahraman Maras und Corum Massaker an den Alewiten, denen 114 und 59 Menschen zum Opfer fielen.

(3) Klandestine islamische Gruppe, verantwortlich für viele Mordanschläge.

(4) Gemischtes Gremium aus Vertretern der Regierung und des Militärs, dessen Entschlüsse bisher stets vom Parlament abgesegnet wurden.

(5) Im Juni wurden Vertreter und Inhaber fast aller Presseorgane der Türkei vom Stabschef Dogan Güres eingeladen. Die Sitzung wurde als "briefing" bezeichnet. Nach dem Wörterbuch von K. Steuerwald hat dieses Wort im Türkischen folgende Bedeutungen: "Anweisung, Instruktion, Einsatzbesprechung, Befehlsausgabe."

(6) Der 15. August ist der Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK.

(7) Die Entscheidung wurde erst auf September und nun in den November vertagt.

(8) Ferhat Tepe wurde Anfang August tot aufgefunden. Vermutlich starb er in Polizeihaft. Er ist das zehnte Todesopfer bei "Özgür Gündem".

(9) Aysel Malkac ist seit dem 6. 8. 93 verschwunden. Mittlerweile hat sich ein Häftling gemeldet, der behauptet, Aysel Malkac bei der politischen Polizei in Istanbul gesehen zu haben, sie sei sehr schwer gefoltert worden und vielleicht daran gestorben.

(10) Wortspiel zwischen "Partei Gottes" und "Partei der Kontra".

(11) Türkischer Geheimdienst

(12) Diese Armee soll weder Kasernen noch Uniformen haben und als eine neue Art von Gegenguerilla arbeiten.

(13) MHP "Partei nationaler Aktivisten" von Alparslan Türkes.

(14) Zu diesem Vorfall näheres in ÖG 13. 8. 93. Es könnte sich auch um Napalm handeln.

(15) Die BBC kommt hier besser weg, als sie ist. Seit sechs Jahren dürfen nicht einmal mehr Vertreter der legalen Partei Sinn Fein im britischen Fernsehen interviewt werden.

# 34. Deutsche Waffen, deutsches Geld ... Bericht über eine Delegationsreise nach Kurdistan

Autor: Roland Röder und Gertrud Selzer · Rubrik: Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:29

Istanbul/Diyarbakir. "Bei sonnigem Wetter ist das Leben in Istanbul und Diyarbakir recht angenehm". So könnte man in Anlehnung an den ehemaligen CDU-Generalsekretär und späteren Leiter der Konrad Adenauer Stiftung, Bruno Heck, die derzeitige soziale und politische Situation in der Türkei und in Kurdistan beschreiben. Heck hatte wenige Tage nach dem Militärputsch in Chile im September 1973 vor dem Hintergrund von offenen Massenhinrichtungen im Fußballstadion von Santiago diesen für die damalige bundesdeutsche Politik so charakteristischen Satz von sich gegeben. "Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm."

In der Tat, das Wetter war in Istanbul wie in der heimlichen Hauptstadt Kurdistans, in Diyarbakir, das angenehmste, was eine Gruppe deutscher Journalisten, Gewerkschafter und VertreterInnen internationalistischer Organisationen begleitete.

Allein schon die Ankunft auf dem Flughafen in Diyarbakir war charakteristisch für den weiteren Aufenthalt: Wo man auch hinblickte, Militärflugzeuge und Hubschrauber en masse, die den ganzen Tag über landeten und starteten. Die eigene Maschine aus Istanbul war das einzige Zivilflugzeug.

Was der Flughafen schon andeutet, setzt sich während der ganzen Reise fort. Kein Schritt ohne Überwachung durch zivile, mit deutschen G3-Gewehren bewaffnete "Sicherheitskräfte"; deutsches Kriegsgerät wie BTR 60 Rad- und Leopardpanzer etc., als wäre man auf einer Militärmesse im Freien. Fotographieren von Militärgerät nicht erlaubt. Allein 17 Militärkontrollen sind während einer Fahrt nach Sirnak zu passieren. Manche Situation entbehrt nicht einer gewissen Komik, etwa dann, als die türkischen Rambos Delegationsteilnehmer am letzten Tag mit dem Verweis auf die fortgeschrittene Zeit zur Eile anspornen. Sie wissen mitunter präzise über den Zeitplan der anwesenden Delegationen Bescheid.

Gespräche mit kurdischen Organisationen stehen ständig unter dem Damoklesschwert der drohenden Verhaftung der Diskussionspartner. Kurz vor Ankunft der Delegation in Diyarbakir wurde gegen 24 Mitarbeiter von Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen Haftbefehl erlassen. Der Grund: mit einer Presseerklärung vom Mai dieses Jahres sollen sie die Einheit des Staates gefährdet haben. Einige sind seit Ausstellung des Haftbefehls untergetaucht, andere wollen sich stellen.

"Mir haben schon so viele gesagt, ich soll vorsichtiger sein, aber 50 sind schon vor mir gestorben. Ich habe keine Angst", meint Oktay Bahadir von der DEP (Demokratie-)Partei aus der kurdischen Erdölstadt Batman. Und dabei lächelt er noch. Was er anspricht, ist im türkischen Teil Kurdistans brutaler Alltag für all die, die sich nicht mit der Besetzung ihres Landes durch die Türkei zufrieden geben. Die Morde passieren am hellichten Tag; auf dem Basar, auf dem Schulhof, auf dem Weg zur Arbeit. Auf die Frage nach den Tätern bekommt man unisono ein Wort zu hören: Konterguerilla.

Dahinter verbergen sich staatliche Spezialeinheiten, die sich mit den aus Süd- und Mittelamerika bekannten Todesschwadronen vergleichen lassen. Sie operieren offen wie verdeckt und meist in zivil. Die Opfer werden meist mit einem Genickschuß aus nächster Nähe getötet. Die Täter entkommen ohne große Mühe; die polizeilichen Ermittlungen ergeben fast immer das gleiche: nichts.

Ein Gewerkschaftsmitglied aus Diyarbakir erzählt die Geschichte von Memed Thektar. Er besaß einen kleinen Laden und war Mitglied der damaligen HEP (Partei der Arbeit des Volkes, die am 13. Juli 93 verboten wurde und sich auf breiterer Basis als DEP neu gründete). Sein Laden liegt an einer belebten Kreuzung, die rund um die Uhr von Polizei bewacht wird. Sein Mörder läuft mit der Pistole in der Hand weg, ein Passant versucht ihn zu fassen, wird aber von der Polizei angehalten und so lange befragt, bis der Mörder verschwunden ist.

Die Opfer kommen aus allen Teilen der Bevölkerung: Mal sind es Lehrer auf dem Schulhof, am 4. September war es der DEP-Abgeordnete des türkischen Nationalparlamentes, Mehmet Sincar, der in Batman erschossen wurde, mal ist es ein Losverkäufer auf dem Basar oder auch Kinder, die die Tageszeitung Özgür Gündem verkaufen.

Özgür Gündem

Für Gurbetelli Ersöz, derzeitige Chefredakteurin, ist die ökonomische Überlebensfähigkeit der Zeitung mit einer Auflage von rund 40.000 erreicht. Weiter darf die verkaufte Auflage nicht mehr fallen (siehe auch Interview mit G. Ersöz in diesem ak). Unabhängig davon, daß das Verbot gegen ihre Zeitung bisher lediglich wegen dem großen Interesse aus dem Ausland noch nicht ausgesprochen worden ist, freut sich Ersöz aus einem viel banaleren Grund über unser Erscheinen. Sie kann endlich mal wieder abends ausgehen. Aus dem Redaktionsgebäude traut sie sich nur noch mit drei bis vier Personen Begleitung heraus, nachdem am 6.8. die Gündem Journalistin Aysel Malkac vor dem Haus von Sicherheitskräften entführt wurde und seitdem "verschwunden" ist.

In Kurdistan sind Verkäufer wie Käufer dieser Zeitung gleichermaßen gefährdet. Der Vertrieb über Kioske ist weitgehend zusammengebrochen. Grossisten verweigern die Auslieferung, Kioskbesitzer legen die Zeitung nicht aus; beide aus Angst vor der Polizei und noch viel mehr vor der Konterguerilla. Kinder haben in weiten Teilen den Vertrieb übernommen. 3.500 Exemplare verkaufen 60 Kinder jeden Tag allein in Diyarbakir.

Während einer Teepause auf der Busreise von Diyarbakir nach Batman tauchte einer der Jungen auf; schnell hatte er zehn oder zwölf Gündems verkauft, weg ist er. Er lebt gefährlich. Mehrere seiner Kollegen sind in den letzten Tagen umgebracht worden; am 25.9. ist in Diyarbakir ein Zeitungsjunge von drei Unbekannten mit Messerstichen lebensgefährlich verletzt worden; am 28.9. ist ein 16-jähriger ermordet worden.

PKK

Neben "Özgür Gündem" stand eine weitere Organisation im Mittelpunkt aller Gespräche und vieler Begegnungen: die 1978 gegründete Partiya Karkeren Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans), die PKK. Alle sprachen von ihr, Zivilisten wie Militärs, die Schüsse waren zu hören, nur gesehen hat sie keiner.

Uns ging es vor der Fahrt wie vielen anderen Delegationsteilnehmern: Die PKK ist wahrscheinlich ganz gut verankert und integriert in das Alltagsleben. Falsch! Hier noch länger mit Vokabeln wie "integriert" und "verankert" zu arbeiten, führt am zentralen Punkt vorbei und suggeriert, die PKK sei im Grunde genommen ein Fremdkörper, der sich aber dem zivilen Leben ganz manierlich angepaßt hätte. Die PKK ist ein Teil Kurdistans; ein Teil der Gesamtentwicklung.

Und genau deshalb kommt die türkische Armee auch nicht an sie heran und gelingt es ihr auch schon längst nicht mehr, einen Keil zwischen PKK und Bevölkerung zu treiben. Dies, obwohl die Militärs Kurdistan mittlerweile zu einem besetzten Land gemacht haben.

Und daß sie überall ist, wurde uns schlagartig am ersten Abend in Batman zu Gehör gebracht. Im Stadtviertel nebenan gab es einen längeren Schußwechsel. Kurz danach fuhren deutsche BTR 60 Radpanzer durch die Stadt. Am nächsten Morgen erfuhren wir, es hätte einen Überfall auf eine Polizeistation gegeben.

Und wenn man der Guerilla nicht habhaft werden kann, schlägt man eben alles kurz und klein. Exakt diese Politik der "verbrannten Erde" - seit 1990 wurden 600 Dörfer zerstört und entvölkert - ist das Markenzeichen der türkischen Armee in Kurdistan geworden. "Wenn man den Fisch nicht fangen kann, trocknet man den Teich aus", beschreibt ein Mitglied der Gesundheitsgewerkschaft die türkische Terrorpolitik gegen die einfachen Menschen und das über allen demokratischen Organisationen hängende Damoklesschwert des Verbotes. "So viele Leichen, wie wir schon gesehen haben, man gewöhnt sich daran. Es gibt immer weniger Hoffnung auf demokratische Organisationen und die Stimmung geht in Richtung bewaffneter Kampf. Das andere hat keinen Zweck mehr", so ein Mitglied der DEP Partei in Kurdistan.

Denjenigen, die von der Armee aus ihren Dörfern vertrieben worden sind, bleibt nicht viel übrig. Sie ziehen nach Diyarbakir, hausen unter menschenunwürdigen Bedingungen und katastrophalen hygienischen Verhältnissen in "über Nacht gebauten Häusern". Die 1979 noch 250.000 Einwohner zählende Stadt Diyarbakir hat die Ein-Millionen-Grenze längst überschritten. Einige Busse voll von Flüchtlingen erreichen mittlerweile schon tagtäglich Istanbul. Ärzten ist es untersagt, in den Flüchtlingssiedlungen Gesundheitsstationen aufzubauen.

Um unsere Gesprächspartner nicht zu gefährden, verzichteten wir auf einen Besuch dieser Siedlungen. Statt dessen treffen wir uns mit einem Flüchtling außerhalb seiner Wohnung.

Sein Dorf wurde vor vier Monaten zerstört. Die 300 Soldaten kamen im Morgengrauen, trieben die Dorfbewohner zusammen, schlugen sie, "schütteten Benzin und ein Pulver in die Häuser" und zündeten sie an. Zu den Bewohnern sagten sie: "Geht, verlaßt das Dorf; geht, wohin ihr wollt". Ihr Hab und Gut müssen sie den Flammen überlassen. Mit dem Hinweis: "Ihr seid reiche Armenier und versucht ein Kurdistan zu schaffen", begründeten die Soldaten ihr Tun. Mohammedaner als Armenier und damit als Ungläubige zu titulieren, ist für sie eine der schlimmsten Beleidigungen. Auch vier Nachbardörfer sind zerstört worden. Auf die Frage, was er allgemein gegenüber türkischen Soldaten empfinde und speziell gegenüber denen, die dies getan haben, antwortet er mit einer unwirschen Handbewegung: "Ich hasse alle".

Was bleibt?

In Erinnerung bleibt ein Land, das vor Waffen und Terroreinheiten nur so strotzt und in dem Menschen es trotzdem nicht aufgeben, für grundlegende demokratische Rechte zu kämpfen. Ein Land aber auch, in dem die türkische Zivilverwaltung größtenteils aufgehört hat zu existieren. Es ist ein Aufbegehren, das alle Teile der Bevölkerung erfaßt hat und in dem die Erinnerung an die Ermordeten und Gequälten die Verpflichtung für das Morgen bedeutet.

Das Interesse der BRD und der Türkei an Kurdistan ist nicht irgendwelchen moralischen oder traditionell freundschaftlichen Verbindungen geschuldet.

Auch hier diktieren ökonomische Interessen die Politik. Kurdistan ist ein Land voller Rohstoffe. Neben gewaltigen, meist noch unerschlossenen Erdölvorkommen enthält es einen Bodenschatz, um den man zukünftig Kriege führen wird: Wasser. Auch das gewaltige GAP-Staudammprojekt, dessen Idee bereits unter den Nationalsozialisten planerisch konzipiert wurde, zeigt in diese Richtung. In diesem Kontext ist auch die militärische Bedeutung der Türkei als regionale Ordnungsmacht zu sehen.

Irgendwie holt einen die deutsche Vergangenheit immer wieder ein.

Roland Röder / Gertrud Selzer

Aus Sicherheitsgründen sind manche Zitate und Organisationsnamen anonymisiert worden.

Der AutorInnen sind MitarbeiterInnen der "Aktion 3. Welt Merzig-Wadern", einer bundesweit arbeitenden anti-rassistischen Organisation aus dem Nord-Saarland. Im Rahmen einer Delegation bereisten sie Ende September den türkisch besetzten Teil Kurdistans. Kontakt und Anregungen: AKTION 3. WELT Merzig-Wadern, Weiskircher Str. 24, 66674 Losheim, Tel. 06872/6982

Fax 7826

Menschenrechtsverein und Lehrergewerkschaft

Während gemeinhin aus dem türkischen Teil Kurdistans oft nur von den Terrorakten der türkischen Armee auf der einen Seite und vom Widerstand der PKK-Guerilla auf der anderen Seite zu hören ist, soll hier das Augenmerk auf zwei legal arbeitende demokratische Organisationen auf kurdischer Seite gelegt werden, den Menschenrechtsverein IHD und die Lehrergewerkschaft in der kurdischen Stadt Diyarbakir. Die Gespräche wurden Ende September (23.9.93) geführt.

Insan Haklari Dernegi (IHD)

Sich in der Türkei für Menschenrechte und noch dazu in Kurdistan einzusetzen, bedeutet eine Gratwanderung zwischen Leben und Tod. Die 600 Mitglieder zählende Organisation in Diyarbakir (Gesamttürkei: 22.000) ist zwar legal, aber wegen ihrer Arbeit bei der türkischen Armee und den "Sicherheitskräften" gefürchtet.

Sorgfältig wird jede Angabe und Information zu Menschenrechtsverletzungen überprüft, dokumentiert und publiziert. Nur was überprüfbar ist, geht nach draußen. So kann man zwar nachweisen, daß seit 1990 über 600 Dörfer von der türkischen Armee zerstört worden sind. Die Dunkelziffer jedoch dürfte um einiges höher liegen. Seit dem 4. September sind allein in Diyarbakir 35 Menschen durch die Konterguerilla ermordet worden.

"Bis letztes Jahr konnten wir uns noch relativ frei bewegen", so Abdullah Koc vom Büro der Organisation in Diyarbakir. Seit 1993 hat die Repression merkbar zugenommen. Zwei Mitglieder sind im letzten Jahr ermordet

worden; auch in diesem Jahr sind zwei Mitarbeiter zunächst entführt und dann mit einem Genickschuß tot aufgefunden worden. Normal ist es auch, daß das IHD-Büro häufig von "Zivilen" umlagert und beobachtet wird.

Lehrergewerkschaft

17 ermordete Lehrer, 16 Verletzte, 50 Zwangsversetzungen, 30 Lehrer in Haft: So sieht die Bilanz der Lehrergewerkschaft in Diyarbakir für Gesamtkurdistan aus. Der letzte Mord geschah am 21. September, als ein Lehrer in Diyarbakir im Garten seiner Schule in der Mittagspause erschossen wurde.

Warum dieses besondere Augenmerk auf Lehrer? Das Bildungssystem spielt in jedem Staat eine wichtige Rolle bei der Vermittlung zentraler Werte.

Um sich in einer Gewerkschaft zusammenzuschließen, braucht man eine gehörige Portion Mut. Zwar bescheinigt ihnen ein Schreiben des türkischen Innenminiministeriums, daß ihre Organisation legal ist, aber wen kümmert in Kurdistan ein Stück Papier. "Obwohl wir legal sind, werden wir als illegale Gewerkschaft behandelt", so ein Mitglied. Sammeln sie Geld ein, sind sie sofort dem Vorwurf ausgesetzt, für eine illegale Gruppe zu sammeln. Von den 8.000 LehrererInnen in der Region Diyarbarkir sind 1.800 in der Gewerkschaft organisiert. Viele haben Angst, einer als illegal gehandelten Organisation beizutreten.

Ein normaler Unterricht ist schon lange nicht mehr möglich. Viele ihrer Schüler können nur kurdisch sprechen; die Lehrer aber dürfen nur türkisch reden und unterrichten. Irgendwann ziehen sich die Kinder resigniert zurück oder bleiben der Schule ganz fern. "Ich komme da in eine Zwickmühle. Ich kann dem Kind nicht helfen. Also bin ich auch ein Zahn von diesem Rad", beschreibt ein Gewerkschaftsmitglied sein Dilemma.

Die Lehrer sind tagtäglich mit den Auswirkungen des schmutzigen Krieges auf Kinder konfrontiert und können doch nichts tun. Klassengrößen zwischen 60 und 130 Kindern (sonst in der Türkei 30-40 Kinder) sind die Regel. Im großen und ganzen ist da nur die stupide Paukmethode realisierbar. Genau dies sieht auch die Ausbildungsordnung vor. Lediglich auf Privat- und Eliteschulen wird ein anderer Unterrichtsstil gepflegt. Rund ein Drittel der Schulen in der Region Diyarbakir sind zur Zeit geschlossen.

Roland Röder

Die DEP kämpft für Kurdistan

Von den Auseinandersetzungen in Kurdistan nehmen viele in der Bundesrepublik nur das Agieren der Guerillatruppen der "Kurdischen Arbeiterpartei" PKK wahr. Für die einen kämpft sie für eine gerechte Sache, für manche aber ist sie ein Schreckgespenst, das deutschen Touristen den hart erarbeiteten Urlaub an türkischen Stränden streitig machen will.

Fernab der Aufmerksamkeit der hiesigen Öffentlichkeit hat sich in Kurdistan aber auch unterhalb des bewaffneten Kampfes viel entwickelt. Die "Demokratiepartei" DEP ist ein Ausdruck davon.

"Wenn morgen Wahlen sind, stellen wir in allen kurdischen Städten die Bürgermeister", so formulieren es Mitglieder des DEP-Vorstandes in Istanbul. DEP ist die Demokratiepartei, die zur Zeit mit 18 Abgeordneten im türkischen Nationalparlament vertreten ist.

Bei den letzten nationalen Parlamentswahlen kandidierten auf der Liste der türkischen Sozialdemokraten (SHP) 18 Abgeordnete, die sich in Kurdistan um die Stimmen der WählerInnen bewarben. Ihre Ergebnisse lagen bei 60% und mehr.

Schon zur Vereidigung im Parlament war der erste Skandal fällig. Als die charismatische Leyla Zana und Hatip Dicle mit Tüchern in den verbotenen kurdischen Nationalfarben rot-gelb-grün erschienen und der offiziellen Eidesformel noch in kurdisch den Schwur auf die Freundschaft zwischen dem türkischen und kurdischen Volk hinzufügten, kochte die Stimmung über und es gab Prügel. Kurz danach nahm die SHP eine Konferenz in Paris, bei der die 18 kurdischen Abgeordneten offen über die kurdische Frage diskutierten, zum Anlaß, sich von den ungeliebten ParlamentariererInnen zu trennen.

Die 18 schlossen sich zur HEP zusammen, die "Partei der Arbeit des Volkes". Nachdem klar war, daß der türkische Staat mit dem Verbot ernst machen würde, gründete man am 5. Juli auf breiterer Basis die "Demokratiepartei" DEP. Breitere Basis meint, daß man sich längst nicht mehr nur als kurdische Partei versteht. Auch türkische Mitglieder aus der SHP sind zur DEP übergetreten. Jedoch ist man der Überzeugung,

daß die Kurdistan-Frage das zentrale Problem der türkischen Innen- wie Außenpolitik ist. Ohne eine Lösung dieses Konfliktes stehen keine Ressourcen für eine Weiterentwicklung in anderen Bereichen zur Verfügung.

Verbreiterung der Basis heißt für Oktay Bahadir aus der kurdischen Erdölstadt Batman auch, daß die Basis der Partei vor allem die schlecht bezahlten Bauarbeiter und Tagelöhner sind. Großen Rückhalt hat man auch bei den Flüchtlingen.

Kritik kommt von allen Gesprächspartnern aus der DEP am Verhalten der türkischen Linken. Die organisierte türkische Linke - von Einzelpersonen abgesehen - ist in ihrer Mehrheit immer noch in der kemalistischen Ideologie gefangen. Die kurdische Frage möchte sie erst an zweiter Stelle, nach der Revolution, behandelt sehen.

Nach Meinung von DEP-Mitarbeitern aus Istanbul und der kurdischen Erdölstadt Batman sitzt der türkische Staat mit den für März 1994 angesetzten Kommunalwahlen in der Zwickmühle. Läßt er sie zu, dann kommt es für ihn zu einem Debakel; verbietet er die DEP, dann kommt es zum Wahlboykott, was einem Referendum über Kurdistan gleich käme. Am wahrscheinlichsten halten Cabbor Gezici und Dr. Kemal Pawlak das Aussetzen der Wahl und das Einsetzen eigener loyaler Bürgermeister in Kurdistan durch die türkische Regierung. Dies käme aber letztlich der Ausrufung des Kriegsrechtes gleich. Als Hinweis darauf verstehen sie auch die Verhaftung ihres Vorsitzenden Yasar Kaya. Und dann, so prophezeien sie, wird es auf ihrer Seite kein zweites 1980 geben. Nach dem Militärputsch am 12. September 1980 verließen viele Linke das Land und gingen in die Emigration. "Wir werden das Land nicht verlassen, sondern weiterkämpfen. Das kurdische Volk hat gelernt, sich nicht nur in der Guerilla, sondern auch in legalen demokratischen Organisationen in den Städten zu organisieren", meinte einer der Gesprächspartner. Mit Verweis auf die zunehmende Repression und Morde gegen DEP-Mitglieder - am 4. September wurde der kurdische Abgeordnete des türkischen Nationalparlamentes, Mehmet Sincar, in Batman erschossen - formuliert es ein anderer noch direkter: "Es gibt immer weniger Hoffnung auf demokratische Organisationen und die Stimmung geht in Richtung bewaffneter Kampf ... Das andere hat keinen Zweck mehr".

Als Lösung der kurdischen Frage schlägt die DEP ein Referendum unter internationaler Beobachtung vor. Neben einem Votum für die Unabhängigkeit käme auch ein förderatives Modell in Frage. Immerhin, die Möglichkeit des Verbleibs bei der Türkei ist für die DEP zumindest theoretisch denkbar. Wichtig sei, daß das kurdische Volk die Entscheidung trifft und zu allererst die Diskussion über diese Frage möglich ist.

Roland Röder

# 35. Wahlerfolg für englische Faschisten

*Derek Beackon erster Councillor für die BNP*

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:27

Bei einer Nachwahl im East End von London hat die faschistische "British National Party" (BNP) ihren ersten Erfolg bei Wahlen überhaupt erzielen können. Sie erlangte den Sitz eines local councillors, vergleichbar etwa mit einem/r Gemeinderat/rätin - mit sieben Stimmen Vorsprung vor der Labour Party.

Doch nicht erst seit dem 17. September ist dieser Teil Londons in den Schlagzeilen. Rassistische Übergriffe und Morde sind im East End von London schon lange auf der Tagesordnung. Seit ungefähr fünf Jahren ist die BNP Wochenende für Wochenende auf den Straßen, um Flugblätter zu verteilen, zu provozieren und zu attackieren. Doch die Existenz der BNP allein erklärt noch nicht den Wahlerfolg der Faschisten.

Das East End von London

Die meisten Briten verbinden das East End nur mit dem Ausschnitt im Vorspann zur gleichnamigen Soap Opera; in der BRD dürfte es, wenn überhaupt, aufgrund der Modernisierungsvisionen von Maggy Thatcher bekannt sein: der Canary Wharf und dem Docklands-Projekt.

Tower Hamlets, so der offizielle Name des Stadtviertels, ist etwa so groß wie der hamburger Stadtteil St. Pauli. Es ist unterteilt in sieben Unterbezirke, von denen jetzt einer, Millwall, von der BNP repräsentiert wird. Tower Hamlets liegt auf beiden Seiten der Themse mit der Isle of Dogs, wo die Canary Wharf beheimatet ist. Millwall liegt auf dieser Insel, die durch die Docks und alles, was damit zusammenhängt, geprägt wurde. Als im letzten Jahrhundert der Schiffbau an der Themse blühte, kamen auch die Menschen auf die Insel. Sie bildeten so etwas wie eine geschlossene Gesellschaft: Arbeit gab es in den Docks, und sie wurde für Generationen vom Vater auf den Sohn ebenso übergeben wie die Häuser und Wohnungen etc.; "the principle of dads and lads", wie es im Englischen genannt wird. Und es war und ist eine weiße Gemeinschaft, ganz im Gegensatz zum übrigen Tower Hamlets.

Verschiedenste Gruppen von Menschen siedelten sich im Laufe der Geschichte in Tower Hamlets an; angefangen mit den Hugenotten über jüdische Einwanderer aus Osteuropa und Rußland und Iren bis zu den ImmigrantInnen unserer Tage aus Afrika und Asien. Diese Menschen lebten und leben zum Teil in ihren eigenen Ghettos, zum Teil auf dem Sprung, um in die Suburbs oder andere sozial besser gestellte Viertel abzuwandern. Es gab und gibt ständig Auseinandersetzungen zwischen diesen Gruppen. Vor allem fehlt heute etwas, das eine eigene gemeinsame Identität stiften könnte, die Arbeit in den Docks. Zwar haben viele dieser Leute in den Docks gearbeitet, aber der größere Teil von ihnen war und ist entweder in den Dienstleistungsbetrieben der City of London beschäftigt oder hat eigene Geschäfte gegründet.

Hinzu kommt, daß sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in diesem Teil von London ständig ändert. Und es sind immer gerade die, die zuletzt angekommen sind, die den Haß und die Mißgunst der anderen zu spüren bekommen. Dies sind in den letzten rund 20 Jahren die Menschen aus Bangladesch. Dabei hat es ständig Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen gegeben, aber auch gemeinsame Aktionen gegen Angriffe von außen. In den dreißiger Jahren machte im United Kingdom Oswald Mosley mit seiner Partei, der "British Union of Fascists", Furore. U.a. wollten sie mit rund 7.000 Leuten durch das Tower-Hamlets-Viertel marschieren, um die Juden von dort zu vertreiben. Doch Zigtausende von East-End-BewohnerInnen ließen es nicht so weit kommen. Gemeinsam kämpften sie die Faschisten aus dem Viertel, und erst die "National Front" in den Siebzigern versuchte wieder, in Tower Hamlets Politik zu machen, allerdings mit wenig Erfolg.

Aber seit den dreißiger Jahren hat sich die wirtschaftliche Situation dramatisch geändert. Der Schiffbau an der Themse ist vollständig verschwunden, statt dessen gibt es Wohnprojekte für Yuppies, die sich kaum jemand leisten kann, Industrieansiedlungen wie die Canary Wharf und eine der höchsten Arbeitslosenraten von ganz London. Geblieben ist die Insellage der Isle of Dogs, die, obwohl eigentlich nur eine Halbinsel, durch den Lauf der Themse und durch die verschiedenen Arten von Industrie und Infrastruktureinrichtungen vom Rest von

Tower Hamlets quasi abgeschnitten ist. Dadurch wurde die Herausbildung einer fast homogenen weißen Bevölkerung begünstigt.

Millwall - die Ernte

des Thatcherismus

In Tower Hamlets ist heute die Ernte der Politik von Maggy Thatcher zu sehen. Auf der einen Seite Modernisierungsprojekte, die sich von einem finanziellen Kollaps zum nächsten schleppen, und auf der anderen Seite eine Gesellschaft, die in ihrer Mehrheit immer ärmer und hoffnungsloser wird. Hinzu kommt, daß durch die diversen Reformen der Regierung Thatcher den lokalen Autoritäten nahezu jeglicher Spielraum genommen wurde, um auch nur annähernd auf die Folgen der Wirtschaftspolitik der Eisernen Lady und ihres bleichen Nachfolgers reagieren zu können.

So auch hier. Aufgrund der nach wie vor umfangreichen Bauarbeiten auf der Isle of Dogs im Umfeld der Canary Wharf war es anscheinend notwendig, eine Terrasse von Häusern abzureißen. Wohin mit den BewohnerInnen? In Millwall war gerade eines der wenigen Projekte mit neuen Sozialwohnungen fertig geworden, also war es klar, daß die BewohnerInnen dorthin kamen. Von den 185 vorhandenen Wohnungen wurden 39 mit Familien aus Bangladesch belegt. Dieser Umstand wurde nun von der BNP benutzt, um zu behaupten, daß die Masthouse Terrace, so der Name der Anlage, eine "no-go-area" für Weiße sei und daß die neuen Sozialwohnungen ausschließlich an Bangladeschi vergeben worden seien.

Keine der anderen Parteien unternahm auch nur den leisesten Versuch, etwas dagegen zu sagen. Im Gegenteil. Die Liberal Democrats (LibDem) behaupteten, daß seitens des ehemaligen Labour Councils eine rassistische Wohnungsvergabepolitik zugunsten der Bangladeschi betrieben würde. Belegt wurde dies mit der oben erwähnten Maßnahme und der Behauptung, daß besagter Council nur Obdachlosen aus Bangladesch Wohnungen zuweisen würde. Wahr daran ist, daß die Kommunen bei der Vergabe von Sozialwohnungen verpflichtet sind, einen Teil dieser Wohnungen Obdachlosen zuzuweisen. Da nun auf der gesamten Isle of Dogs die Anzahl der obdachlosen Bangladeschi überdurchschnittlich hoch ist, haben natürlich auch eine Reihe von ihnen eine Wohnung zugewiesen bekommen. Was die LibDem interessanterweise nicht erwähnen, ist der Umstand, daß im Bereich ihrer Councils in Tower Hamlets Haushaltsmittel aufgespart werden, um Strafgelder zu bezahlen, die fällig werden, weil ihre Councils überhaupt keinem Obdachlosen eine Wohnung zuweisen, was gesetzwidrig ist.

Abgesehen von diesen Dingen gibt es nicht einen einzigen Hinweis darauf, daß Labour oder LibDem den Versuch unternommen haben, ihre jeweilige Politik den Menschen zu erläutern. Statt dessen wurde die derzeit größte Gruppe der Einwanderer benutzt, um sowohl den politischen Gegner zu denunzieren als auch auf billigen Stimmenfang zu gehen. Den BewohnerInnen von Millwall beispielsweise wurde in keiner Weise klargemacht, warum die Menschen dort angesiedelt werden. Ebenso wurden sie mit den populistischen Argumenten und einfachen Lösungen der BNP allein gelassen. Diese gewachsene Mischung aus weißem Arbeiterstolz rechtssozialdemokratischer Prägung und einem ausgeprägten Inselbewußtsein bot dabei einen nahezu idealen Boden für die faschistische Propaganda und den Erfolg der BNP. Dieser ist weniger auf deren eigenem Mist gewachsen als vielmehr den Fehlern von Liberalen und Labour geschuldet, die sich nicht dazu in der Lage sehen, der rassistischen und menschenfeindlichen Politik der Tories eine ernsthafte Alternative entgegenzusetzen.

Andreas Skrypietz, Bristol

# 36. "Birmingham Six" Verfahren gegen die Polizei eingestellt

Rubrik: Großbritannien; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:42

Fälschungen und Meineide durch die ermittelnden Polizisten, darüber hinaus folterähnliche Verhörmethoden schufen die Grundlage dafür, daß sechs völlig unschuldige irische Männer, damals 29 bis 44 Jahre alt, im Jahre 1975 von einem Gericht der britischen Stadt Birmingham zu insgesamt 21mal lebenslänglich verurteilt wurden. Ihnen wurde zur Last gelegt, am 21. November 1974 in zwei Pubs der mittelenglischen Stadt Sprengsätze gelegt zu haben, durch die zahlreiche Menschen getötet oder verletzt worden waren. Die Irisch Republikanische Armee (IRA) hatte die Verantwortung für diese Anschläge übernommen, die eine Serie von insgesamt 58 Attentaten seit dem 29. August 1973 in den West Midlands (so heißt die Gegend um Birmingham) abschlossen.

Die Festgenommenen hatten freilich mit der IRA, wie diese damals auch ausdrücklich erklärte, überhaupt nichts zu tun. Das Gericht (ebenso übrigens wie die liberale Öffentlichkeit) scherte dies wenig, genauso wie es offensichtliche Ungereimtheiten in der Beweislage ignorierte. In einer aufgeputschten Atmosphäre sprach das Gericht die oben erwähnten Urteile, die die sechs Iren (die in der Folgezeit als "Birmingham Six" zum Synonym für die britische Klassenjustiz wurden) über 16 Jahre ihres Lebens in den Knast brachten - bis im März 1991 "Old Bailey", das oberste Gericht Großbritanniens, unter dem Druck der Öffentlichkeit sowie eindeutiger Beweise die Freilassung der Männer verfügte.

Zu diesem Zeitpunkt war längst eindeutig bewiesen, daß die ermittelnden Polizisten Geständnisse der Angeklagten erfoltert, daß sie Aussagen gefälscht und selber in den Verfahren Meineide geleistet hatten. Dafür wurde bislang gegen drei von ihnen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, welches jüngst, am 7. Oktober, vom zuständigen Richter, wiederum am "Old Bailey", mit einer ebenso an den Haaren herbeigezogenen wie gefährlichen Begründung eingestellt wurde. Danach hätte die breite öffentliche Diskussion um die angeklagten Polizisten und ihr Handeln seit der Freilassung der "Birmingham Six" 1991 eine Atmosphäre der Vorverurteilung geschaffen, in welcher ein unbelastetes Verfahren nicht mehr möglich sei! Nach dieser Logik würden gerade der notwendige öffentliche Druck und das entsprechende politische Engagement, welche die Aufdeckung staatlicher Schweinereien überhaupt erst möglich machen, ein sich daran anschließendes Gerichtsverfahren zugleich verhindern.

Zutreffend kommentierte Paddy Hill, einer der "Birmingham Six": "Vor unserem Verfahren gab es eine wesentlich größere, sensationslüsterne Öffentlichkeit, doch es wurde trotzdem durchgezogen." Und der seinerzeit ebenfalls angeklagte Billy Power ergänzte treffend: "Offenbar gibt es ein Gesetz für gewöhnliche Bürger und ein weiteres für Polizei-Offiziere." (Independent, Guardian, 8.10.) Diese Einsicht liegt auch insofern nahe, als bereits im Mai dieses Jahres in einem analogen Fall, dem der "Guildford Four", das Gerichtsverfahren gegen ebenfalls drei Polizei-Offiziere eingestellt worden war. Auch die "Guildford Four" hatten auf Grund von deren meineidlicher Falschaussagen 15 Jahre unter der Anschuldigung im Knast gesessen, 1974 Bomben für die IRA gelegt zu haben.

"Wer kontrolliert die Polizei? Eine alte Frage, weiterhin ohne angemessene Antwort", so der linksliberale Guardian (der im übrigen wie der Independent am 8. Oktober mit dem Urteil aufmachte und ebenso wie das genannte rechtsliberale Blatt seine kritische Distanz zum Ausdruck brachte). Nach diesem Urteil bliebe, was die drei jetzt davongekommenen Polizisten angeht, nur noch der völlig unkalkulierbare Versuch, von seiten der "Birmingham Six" eine Zivilklage einzureichen. Gegen weitere der Polizei-Täter sind derweil noch Ermittlungsverfahren anhängig.

J., Westberlin

# 37. Ein sozialistischer Querkopf. Zum Tode von E.P. Thompson

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: Theorie; Geschichte der Kommunisten; Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:08

"Was Marx sagt, daß die Geschichte nicht auf dem Kopf geht, ist wahr, nicht minder wahr, daß sie nicht mit den Füßen denkt." (Maurice Merleau-Ponty)

Edward Palmer Thompson, der im August 1993 starb, war und bleibt nicht nur als Historiker der frühen antikapitalistischen Bewegungen einflußreich, er nahm auch seit dem Zweiten Weltkrieg lebhaft Anteil an den Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen und kommunistischen Linken. Einigen in der Bundesrepublik ist sein Name noch aus den Zeiten der Nachrüstungsdiskussion bekannt: Als einer der programmatischen "Köpfe" der Bewegung für nukleare Abrüstung (der britischen CND) griff er verschiedene Male in die linken Debatten ein. Mag er für die einen nur aus diesen Kontroversen bekannt sein, für die anderen ein Pionier in der neueren Geschichtsschreibung oder auch nur ein begnadeter Schriftsteller und Redner gewesen sein - seine historischen Arbeiten und Polemiken innerhalb der marxistischen Theoriediskussion, sowie seine programmatischen Beiträge in der Friedensbewegung waren, zusammengenommen, Bestandteile seines Engagements als streitbarer Sozialist. Seine eigenwilligen Stellungnahmen ließen ihn oft als lebenden Anachronismus erscheinen. Er kam aber nicht nur "zu spät", sondern auch oft genug "zu früh": Als die sozialistische Linke im Westen in den 80er Jahren in der "Krise des Marxismus" auseinander- und zusammenbrach, erinnerten sich wohl nur noch wenige daran, daß Thompson diese Krise früher als andere erkannte und - in seiner Arbeit als Historiker und auch in seinem politischen Engagement - längst schon auf der Suche nach Wegen aus dieser Krise war.

Thompson wurde 1924 in Oxford geboren und wuchs in einem liberalen bürgerlichen Milieu auf. Der Zweite Weltkrieg und die bis in den Kalten Krieg hineinreichenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, der Aufschwung der Labourbewegung und der sich verstärkende Einfluß wie die Spaltungen der sozialistischen und kommunistischen Linken in Großbritannien prägten ihn nachhaltig. Während des Krieges trat er der Kommunistischen Partei bei, studierte in Cambridge Geschichte und war kurze Zeit Soldat. In der Athmosphäre nationaler Mobilisierung, in der die Forderungen der Linken und der Arbeiterbewegung scheinbar zusammenfielen mit der antifaschistischen Legitimität einer nationalen Verteidigung, kamen eine Reihe bürgerlicher Intellektueller zur Kommunistischen Partei, nicht zuletzt aufgrund des enormen Ansehens der UdSSR und der Roten Armee in den Ländern der westlichen Alliierten. Die verschlungenen Wege dieses Oxford- oder Cambridge-Kommunismus sind aus einigen Biographien bekannt. In dieser Hinsicht unterschied sich die Situation in Großbritannien nur wenig von der französischen Nachkriegsgeschichte. Oft genug endeten diese zeitbedingten Bündnisse aufgrund von Enttäuschungen und Irrtümern mit der Heimkehr ins Bürgertum und seine geschützten akademischen Nischen.

Thompson blieben Enttäuschungen und Irrtümer nicht erspart, aber er ging nicht den Weg zurück ins "bürgerliche Lager". Ein Grund dafür mag darin liegen, daß ihn die ideologische Seite der Parteizugehörigkeit weniger interessierte als die Verbindung zu den sozialen und politischen Basisbewegungen: E.P. Thompson und sein Bruder Frank "orientierten sich offenbar weniger an der Ideologie und mehr an der kommunistischen Massenbewegung, als an einer Art ‚realem` Kommunismus, wie er sich besonders in den Kriegsjahren zwischen 1943 und 1946 in Südosteuropa ausbildete", schrieb Dieter Groh (in: Thompson 1979, S. 8).

"Making History"

Thompson beteiligte sich aktiv an der Parteiarbeit und war über lange Zeit in der Erwachsenenbildung tätig. Eine Verbindung zwischen seinem wissenschaftlichen Fach, der Geschichte, und der politischen Aktivität ergab sich recht früh in der Historiker-Gruppe der Kommunistischen Partei, der später bekannt werdende Theoretiker und Historiker angehörten, wie u.a. Eric Hobsbawn, Maurice Dobb und Christopher Hill. Aus dieser Gruppe ging 1952 die Zeitschrift "Past and Presence" hervor, die für die Neuorientierung der britischen Geschichtswissenschaft und der Sozialgeschichtsforschung wichtig wurde. Was nun die Entwicklung von Thompson, aber auch Hobsbawn und anderen sozialistischen Historikern angeht, so erwies sich ausgerechnet das chronische "Defizit" einer marxistischen Theorietradition in Großbritannien als ausgesprochener Glücksfall:

Es gab nämlich nicht nur wenig an ideologischem Ballast einer parteikommunistischen Geschichtsschreibung abzuräumen, man konnte auch an "authentische" Traditionen innerhalb des britischen Sozialismus anknüpfen (so Thompson mit seiner William Morris-Biographie), ebenso an den kultur- und sozialgeschichtlichen Forschungsarbeiten nicht-marxistischer Historiker.

Die erste große Arbeit Thompsons war die umfangreiche Biographie des Künstlers, Schriftstellers und Sozialisten William Morris (Thompson 1977), dem er auch den Begriff des "making" entlehnte: Morris' Formulierung des "Making Socialists" ging bei Thompson in das "Making of the working class" ein, die historisch jeweils eigenartigen Prozesse der Klassenbildung, Organisierung und Theoriebildung innerhalb sozialer Bewegungen. Die Besonderheit von Thompsons Arbeiten, die schon in der Morris-Biographie festzustellen war, lag in der Art und Weise, alle bislang schon bekannten, aber auch die neu herangezogenen Quellen "zum Sprechen" zu bringen. Gewiß liegt die Faszination, die von seinen Bücher ausgeht, nicht zuletzt an Thompsons schriftstellerischen Fähigkeiten, aber diese Darstellungsweise historischer Ereignisse und Akteure verdankte sich den verfeinerten Methoden eines Dialogs mit den Quellen, dem empirischen Material, einer Vermittlungsarbeit zwischen historischen "Tatsachen" und eigenen politischen Fragestellungen und Positionen.

Die Morris-Biographie erschien 1955, ein Jahr vor dem Bruch Thompsons mit der Kommunistischen Partei. Sie enthält aber schon, in praktischem Zustand, Hinweise auf seine "Dissidenz": die Abwehr gegen eine Genealogie des wissenschaftlichen Sozialismus, in der die verschiedenen Akteure, Denker und Propagandisten nur daraufhin überprüft werden, wie sie zu Marx und Engels standen; ganz zu schweigen von der Zentrierung der Arbeiter-Klassengeschichte um die Rolle bestimmter politischer Richtungen und Organisationen. Thompson, der ein sehr genaues Bild von den sozialistischen Gemeinden im London der 1880er Jahre hatte, verfiel nicht in den bei einigen radikalen Linken gern geübten umgekehrten Fehler, Marx und erst recht Engels alle "Schandtaten" anzulasten. Auf den ersten Blick schien Thompsons Vorgehen lediglich eine radikale Historisierung zu sein: alles "in seine Zeit" einzubetten; damit aber wäre das historische Material selber abgestorben, nur noch Stoff für einen elegant geschriebenen sozialen Roman. Das "Geheimnis" seines Ansatzes lag dagegen im "making": Daß die Klassengeschichte in und durch Klassenkämpfe "gemacht" wird, ohne daß dies auf abstrakte bzw. äußerliche Gesetze zurückgeführt und damit reduziert wird und ohne ein geschichtsphilosophisch vorgeordnetes "Ziel der Geschichte" zu konstruieren. Diese eher noch verborgene Dissidenz brach dann in offen politischer Form in der Parteikrise von 1956 auf.

"New Left"

Auslöser der Parteikrise 1956 waren in erster Linie die Aufstände in Ungarn und Polen, die Stellungnahmen der KPen und die Intervention der UdSSR, und erst in zweiter Linie der zwanzigste Parteitag der KPdSU (mit den späten und halbherzigen "Enthüllungen" über die Stalinperiode). Thompson schlug sich ganz auf die Seite der rebellierenden Arbeiter Ungarns und Polens, gehörte anfangs noch zur parteiinternen Opposition (mit der von ihm mitbegründeten Zeitschrift "The New Reasoner"), brach dann mit der Partei und wurde einer der wichtigsten Initiatoren und Organisatoren der "New Left" in Großbritannien.

Aus der Fusion des "New Reasoner" mit der von Stuart Hall geleiteten Zeitschrift "Universities and Left Review" ging dann die "New Left Review" hervor, die eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der westeuropäischen Linken wurde. Aber Thompson begleitete dieses Projekt nur wenige Jahre. Bereits Anfang 1963 trat er aus der Redaktion aus. Dies war eine Reaktion auf den sich wandelnden politischen Charakter der Zeitschrift, die unter der Leitung von Perry Anderson eine Art Generationswechsel in der britischen "Neuen Linken" einleitete: Die nun erfolgende Aufarbeitung "neomarxistischer" Theorien, des "westlichen Marxismus", mit einem starken Einfluß der Debatten in Frankreich und Italien, blieb Thompson fremd.

Hier zeigte sich die Widersprüchlichkeit seiner politischen Entwicklung, nämlich meistens "zu früh" oder "zu spät" gekommen zu sein, wenn man die jeweiligen politischen und Theorie-Konjunkturen der Linken zum Maßstab nimmt. Hinter der ja keineswegs unproduktiven theoretischen Debatte der jüngeren "New Left" sah er oft den akademischen Dogmatismus lauern, die Wiederkehr der abstrakten Doktrinen, mit denen schließlich gerade erst gebrochen worden war. Er befürchtete wohl, daß hier die Trennung der sozialistischen Linken von dem, was er als "libertäre" und sozialistische Tradition in der Arbeiterklasse und Labourbewegung (1) verstand, festgeschrieben würde. In einigen programmatischen Aufsätzen, so "Revolution again!", hatte er versucht, gleichermaßen mit den Mythen der Revolution wie mit dem schalen Labour-Reformismus abzurechnen. Eine

späte Reminiszenz an die historischen Debatten über "Reform und Revolution", aber mit Vehemenz gegen die Machtverhältnisse der Apparate, Staats- und Parteiinstanzen gerichtet. Das energische Pathos, mit dem er seine Gegner angriff, und die Aversion gegen den "Theoriezismus" der jüngeren Neuen Linken beruhten letztlich auf der Idee, "daß es in der englischen Geschichte so etwas wie eine populare und demokratische Tradition gibt, auf die man sich berufen kann, um erneut ‚aufzustehen` und gegen das zu kämpfen, was in der gegenwärtigen Lage als Übel begriffen wird." (Gareth Stedman Jones 1988, S. 301)

Man hat Thompson einige Male vorgeworfen, sich allzu sehr auf diese - reale oder imaginäre - Tradition zu beschränken und ansonsten nur das an anderen theoretisch-methodischen Arbeiten wahrzunehmen, was ihm in den eigenen Kram paßte. Tatsächlich kokettierte er mit seiner "englischen Beschränkheit", dem "empirischen Idiom", dennoch steckt in seinen Arbeiten steckt viel an Einfluß und Impulsen z.B. aus französischen Debatten. Allerdings handelte es sich dabei auch meist um Beiträge, die dort in den damaligen ideologischen Konjunkturen nicht zur Geltung kamen. (2)

"The making

of the working class"

Nur kurze Zeit, nachdem Thompson die Redaktion der "New Left Review" verlassen hatte, erschien sein Buch "The making of the working class" (Thompson 1987). In einer großangelegten Darstellung der Frühgeschichte der englischen Arbeiterbewegung demonstrierte Thompson seinen Begriff und sein Bild der Klassengeschichte in praktischer Form. Heute, wo "Geschichte von unten" ein Selbstgänger (mit allen fragwürdigen Varianten) geworden ist, kann die enorme Wirkung dieses Buches in den 60er und 70er Jahren wohl kaum noch nachvollzogen werden.

Thompson sah sich damals mit zwei doktrinären Varianten konfrontiert, gegen die er einen Zweifrontenkrieg eröffnete: auf der einen Seite die traditionelle bürgerliche Geschichtsschreibung, in der die sozialen Protestbewegungen zwischen 1780 und 1830 bloßer "Mob", "Emeuten", eruptive Hungeraufstände waren; auf der anderen Seite die marxistisch-leninistische Orthodoxie, die diesen Bewegungen im besten Falle noch zubilligte, spontane Bündnisse ohne Zusammenhang gewesen zu sein, im schlimmeren Fall aber ihnen das Etikett des "Lumpenproletariats" anklebte. Thompson stellte nun in seinem Buch diese historischen Bewegungen und Kämpfe nicht nur dar, sondern auch in einem neuen Sinne wieder her: Sie waren keineswegs bewußtlos, nur spontan und unorganisiert, sondern entwickelten sich innerhalb von eigenen Repräsentations- und Organisationsformen, eigenen Wertsystemen, Normen und vor allem Rechtsvorstellungen, die dem Protest eine Richtung gaben, ihn also politisch strukturierten. Es gab traditionelle, überlieferte, aber auch immer wieder neu angepaßte und damit transformierte Regeln der Kommunikation untereinander und innerhalb der sozialen Auseinandersetzungen. Diese Regeln und Normen - wie das "Recht des freigeborenen Engländers" - stellten auch die Maßstäbe dar, an denen die herrschenden Klassen als Gegner, Feinde oder auch Verbündete gemessen wurden.

Gegen die "Politische Ökonomie", die Unterwerfungs- und Ausbeutungslogik der Bourgeoisie, standen diese Wahrnehmungs- und Wertungsformen als eine eigenständige "moral economy", ein jeweils sich historisch wandelnder und neu interpretierter Komplex von Anschauungen, Werten, Normen und sozialen Regeln. Thompson gelang es nicht nur, in einer Art Pionierarbeit diesen historischen Komplex der "moral economy" in allen Facetten und Transformationen herauszuarbeiten (darunter auch die ambivalente Rolle von Religion, Nationalismus usw.), er begründete darin auch einen eigenen bzw. neuen Klassenbegriff. Die klassischen Definitionen von Klasse "an sich" und "für sich" wischte er lakonisch von der Kategorientafel des historischen Materialismus. An deren Stelle trat das "making", das "Sich zur Klasse-Machen", was bedeutete, die Klassen systematisch wie historisch aus den Klassenkämpfen abzuleiten und nicht umgekehrt. (So der Titel eines seiner Aufsätze über das 18. Jahrhundert: "Klassenkampf ohne Klasse?", in: Thompson 1980b, S. 246 ff.) Soziale Klassen bilden sich demnach immer im Kampfverhältnis gegeneinander heraus, in einem widersprüchlichen bis antagonistischen Verhältnis, das zwar in den Produktionsverhältnissen begründet ist, aber nicht auf "die Ökonomie" reduzierbar ist. Klassen tauchen hier nicht mehr als Groß-"Subjekte" auf, die sich miteinander prügeln, sondern existieren immer nur als Klassenverhältnisse, die Menschen als Akteure miteinander eingehen (müssen). "Klassenbewußtsein" ist bei Thompson nicht mehr als die jeweilige historische Gestalt, in der Menschen ihre gemeinsamen Interessen beschreiben oder definieren - als

gemeinsame "soziale Lage" und gleichzeitig auch als Stellungnahme gegen andere Interessen und gesellschaftliche Kräfte.

Thompson legte damit eine Lunte, denn die Problematik, die er ansprach, war im damaligen intellektuellen Klima explosiv - in der zur Mode werdenden funktionalistischen Soziologie (in der die Wissenschaftler die Klassen nach eigenen Zuschreibungen definierten) wie erst recht in einem Marxismus, der sich eines geschichtsphilosophisch aufgeladenen Klassenbegriffs bediente, um im Namen der "historischen Mission" und des "richtigen Bewußtseins" der Arbeiterklasse den Primat der Partei und Staatlichkeit festzuschreiben. Thompsons Begriff der historischen Klassen fehlte das Pathos der Revolution, aber in seiner prosaischen Sicht der Klassenkämpfe und -bewegungen kamen auch die sozialen Utopien wie skurrile Sektiereien zu ihrem historischen Recht - als handlungsbestimmendes und orientierendes Denken. Thompsons Ansatz, seiner Konzeption des Klassenkampfes und der historischen Klassen, erging es wie ähnlichen Sprengsätzen: Sie wurden entschärft, indem man ihren kritischen Stachel abbrach und dabei so tat, als ob man an Thompson anknüpfte.

Nach dem Scheitern der doktrinären Geschichtsschreibung begann - auch in der BRD - der Hunger nach "authentischer Geschichte", "Geschichte von unten"; zahllose Milieu-, Lokal- und Regionalgeschichten entstanden und beriefen sich des öfteren auf die Pionierarbeit Thompsons. Sein kritischer Ansatz ging dabei tendenziell unter, denn in der Parzellierung und Zerstreuung von Geschichte löste sich der gesellschaftlich-historische Klassen- und Klassenkampfbegriff wieder auf. Mit dieser "kulturalistischen" Wende erfolgte letztlich nur der Sprung von einem in den anderen Straßengraben.

Kritik und Kontinuität

der marxistischen Tradition

Thompson hat in mehreren Aufsätzen seinen Ansatz in allgemeinerer Form, eher thesenhaft, skizziert. (Thompson 1980, Thompson 1980b) Er hielt sich dabei meistens recht streng an sein eigentliches Untersuchungsgebiet, also die frühen antikapitalistischen Bewegungen, griff aber auch darüber hinaus in die theoretischen Kontroversen um die historischen Grenzen bzw. die Reichweite des Marxismus und des Marxschen Werkes ein. In diesem Kontext trug er sein Konzept eines "historischen und kulturellen Materialismus" vor, eine etwas unglückliche Bezeichnung für eine Reihe damals und heute wichtiger Fragestellungen.

Thompson verstand sich ausdrücklich als jemand, der in der marxistischen Tradition stand, die er aber nicht als festgeschriebene Theorie oder Methode begriff. Innerhalb oder ausgehend von dieser Tradition benannte er nicht nur die leidlich bekannten ideologischen Formen und Verhärtungen des historischen Marxismus der II. und III. Internationale (und verschiedener Spielarten des "Neomarxismus"), sondern auch das, was er die "Defizite" bei Marx nannte.

Die mühsamen Debatten über das Verhältnis von Früh- und Spätwerk von Marx, die darin konstruierten oder wirklichen "Einschnitte" zwischen dem "jungen Marx" und dem "reifen Marx", sollen hier den LeserInnen erspart bleiben. Wesentlich ist, daß Thompson sich nicht über die Texte von Marx beugte wie über Briefe eines Zeitgenossen, sondern den Entstehungsprozeß des historischen Materialismus selber in seiner "historischen Logik" untersuchte. Ein zentrales Problem war für Thompson dabei die Bedeutung bzw. der Status der Kritik der politischen Ökonomie, also der Kern des sogenannten Marxschen Spätwerkes. Thompson teilte den Ausgangspunkt von Marx, daß es darum ging, die "Politische Ökonomie" zu kritisieren und keine alternative "ökonomische Theorie" zu formulieren. Er meinte aber feststellen zu können, daß sich Marx auf dem Terrain des Gegners - der Ökonomie - teilweise festgefahren habe, daß er zwar eine "Gegenstruktur" zur Struktur der "Politischen Ökonomie" entwickelte, aber daß diese "Gegenstruktur" von denselben Prämissen ausging: einer verdinglichten Auffassung der ökonomischen Verhältnisse und den sich daraus ergebenden Bewußtseinsformen, in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse als Kampf- und Kräfteverhältnisse gleichsam eingefroren bleiben. Thompson sah eine Tendenz in einigen Schriften von Marx, aus der "Kritik der politischen Ökonomie" eine "Wissenschaft der Gesellschaft" zu machen, in der die "ökonomischen Verhältnisse" isoliert werden könnten.

Darüber kann lange gestritten werden, und diese Problematik ist wahrscheinlich auch der wirkliche "Knackpunkt" innerhalb der marxistischen Tradition. Für die Positionen Thompsons war entscheidend, daß ihm

die Vermittlungsglieder zwischen "ökonomischer Basis" und historischen Handlungsformen fehlten, er sie zumindest nicht im "Basis-Überbau"-Schema ausmachen konnte. Als Historiker mußte er darauf pochen, daß sich alle theoretischen Konzeptionen in der konkreten historischen Analyse zu bewähren hatten. (Nicht zuletzt deshalb wies er - wie andere vor und nach ihm auch - auf die Differenz zwischen einigen theoretisch-methodischen Schriften von Marx und dessen politisch-historischen Schriften hin.)

Soziales Handeln, historische Konstitution von Klassen und gesellschaftlichen "Lagern" folgten nach Thompson eben nicht einfach den gegebenen ökonomischen Bedingungen, sondern der Art und Weise, wie diese wahrgenommen und bewertet wurden. Seine Konzeption war insofern ein "historischer und kultureller Materialismus", wie er die vorgefunden kulturellen Normen und Werte nicht anthropologisch-philosophisch, sondern historisch-materiell als mitbestimmende Faktoren sozialen Handelns und Kämpfens begriff. Marx schien, so meinte Thompson, vergessen oder zeitweilig sogar geleugnet zu haben, "daß nicht nur der Sozialismus, sondern jegliche Zukunft, die von Männern und Frauen gemacht wird, sich nicht allein auf die ‚Wissenschaft` oder auf die Determinierungen der Notwendigkeit gründet, sondern auch auf Wertentscheidungen und auf die Kämpfe für die Verwirklichung dieser Entscheidungen." (Thompson 1980, S. 257)

Der Versuch Thompsons, an Marx anzuknüpfen und zugleich (mit "Marx an der Seite", wie er es ausdrückte) über ihn hinauszugehen, hatte neben der engeren wissenschaftlichen Debatte eine ausgesprochen politische Dimension von Arbeiter- und Klassenpolitik: Thompson strich nämlich die Gleichsetzung von "Reife der ökonomischen Bedingungen = Reife des Kapitalverhältnisses = Reife der Klasse = Reife des Sozialismus" einfach durch. Die sozialistische Tradition und der Sozialismus als Bewegung konnte sich nur aus sozialen Verhältnissen entwickeln, die sich der kapitalistischen Einverleibung widersetzten. In der (nie möglichen) totalen kapitalistischen Vergesellschaftung würden demnach die weitertreibenden egalitären und libertären Orientierungen tendenziell zerstört. Dadurch lief er, bei aller engen Bindung an das reale Arbeiterleben, nicht Gefahr, einen Klassenfetischismus zu betreiben. Emanzipatorische Kämpfe und Bewegungen konnte es demnach niemals aus der Logik der Kapitalbewegung alleine geben, also auch nicht aus einer Klasse heraus, die vollständig in den kapitalistischen Verhältnissen aufging. Thompson bestritt freilich mit seiner Konzeption, daß ein solcher Zustand von Integration jemals erreicht werden könnte.

Gegen die Machtblöcke

Thompson sah sich nicht als Schöpfer einer neuen sozialistischen Theorie und konnte es auch gar nicht sein. Er begriff sich als Teil eines "Kollektivs" von Forschern, Denkern, und seine manchmal sehr skizzenhaften Bemerkungen über das Verhältnis von Ökonomie, Gesellschaftsformation und Klassenverhältnisse, seine eigene Betonung des sogenannten subjektiven Faktors, ist auch dem Umstand geschuldet, daß er von anderen erwartete, sozusagen die "andere Seite" der historischen Prozesse systematischer zu untersuchen. Allerdings hat er es sich und anderen dabei - in der Debatte und Kommunikation untereinander - auch nicht immer leicht gemacht. So haben seine bärbeißigen Ausfälle gegen die marxistische Orthodoxie manchmal auch mehr Mißverständnisse produziert und eigenes Unverstehen demonstriert, als produktiv das Denken oder die Impulse der "Gegner" aufgenommen. (Seine furiose Polemik gegen Althusser Ende der 70er Jahre, die in dem Band "Elend der Theorie" erschien, war meistens mit den richtigen Argumenten am falschen Ort und mit falschen Argumenten am richtigen Ort.)

Nachvollziehbar waren und sind diese Ausfälle erst, wenn man seinen eigenen biographischen und politischen Erfahrungshintergrund in Rechnung stellt. Seine politischen wie theoretisch-polemischen Schriften durchzieht eine leidenschaftliche Feindschaft gegen alle herrschenden Machtverhältnisse, gegen "westliche" wie "östliche" Ideologiesierungen verfestigter Strukturen. Wenn er, in der Wahl der Mittel manchmal auch maßlos, die intellektuellen Debatten über Strukturalismus, Philosophie und Geschichte angriff, dann aus dem Bestreben heraus, diese verfestigten Strukturen aufzusprengen. Er ordnete diese Kontroversen von sich aus in die internationalen Konfrontationen ein, und hier ergab sich eine direkte Verbindung zu seiner Beteiligung an der Friedensbewegung. Die Ost-West-Konfrontation des Kalten Krieges sah er hauptsächlich als ein Verhältnis an, mit dem die Machtblöcke im Innern ihre Herrschaftsverhältnisse legitimierten. Daraus entstand dann später die in der Friedensbewegung umstrittene These vom "Exterminismus" und "Super-Imperialismus" als "letztem Stadium der Zivilisation". (Thompson 1981)

Thompsons Gegensatz zu der von ihm so genannten "marxistischen Linken" gründete in einer Kritik linker Analysen der Aufrüstung und militärpolitischen Konfrontation, letztlich also auf der Kritik traditioneller Imperialismustheorien. So reichte es Thompson nicht aus, den Krieg aus den immanenten Tendenzen des Imperialismus abzuleiten, während gleichzeitig der UdSSR bzw. dem sowjetischen Machtblock lediglich eine Rolle als passives Objekt oder "defensiver" Akteur zugeschrieben wurde. Die Differenz zwischen den Gesellschaftsformen und Produktionsweisen in Ost und West war für ihn nur soweit von Interesse, wie daraus ein komplexes internationales Machtsystem entstand, das auf Wechselwirkung und Gegenseitigkeit beruhte und - in Gestalt von Militärpolitik und Waffensystemen - eine eigene Logik hervorbrachte, die nicht mehr in den Kategorien der Produktionsweisen und Gesellschaftsformen zu beschreiben war. Aus diesem internationalen Herrschafts- und Machtkomplex ergab sich für Thompson, gleichsam als Resultante, der "Drang zur Auslöschung" bzw. der "Exterminismus".

Er sah dabei hinter den erstarrten Fronten des Kalten Krieges durchaus die Spielräume, die sich zum Beispiel für nationale Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen in der "Peripherie" aus dem internationalen Ost-West-Gegensatz ergaben. Allerdings hielt er der "zweiten Generation" der Neuen Linken vor, letztlich in der Machtkonstellation des Kalten Krieges befangen zu bleiben, sie faktisch anzuerkennen, indem sie sich vom Beobachterposten der Metropolen aus mit den antiimperialistischen Bewegungen identifizierte. Er kritisierte nicht die Unterstützung dieser Bewegungen, wohl aber die Tendenz, darin die wesentliche Form des Klassenkampfes zu sehen und damit vom zentralen Ort des Kalten Krieges abzusehen. "Meine Generation hat die Erstarrung im Kalten Krieg und den Bruch, der Europa zerreißt, als Zeuge und Komparse miterlebt. Dieser Bruch (der den der 20er und 30er Jahre vertiefte) erschien mir von jeher als der Ort des Kräftefeldes, dessen polare Gegensätze den Exterminismus erzeugen." (Thompson 1981, S. 345)

Mit seiner Kritik an der vereinfachenden Orientierung auf Bewegungen und Kämpfe in der Dritten Welt lag er gewiß nicht ganz falsch, aber die allgemeine Formel vom "Exterminismus", die ausdrücklich allen besonderen politischen und Klassenverhältnissen übergeordnet wurde, löste die geforderte Analyse der Verhältnisse in den Zentren der internationalen Macht tendenziell selber wieder in eine Abstraktion auf: Der abstrakt gestellten "Klassenfrage" stellte er die nicht minder abstrakt gestellte "menschliche Frage" gegenüber. Das von ihm angestrebte weltweite Bündnis von oppositionellen Kräften, Basisbewegungen aus Kirchen, Sozialdemokratie, staatsunabhängigen Arbeiterbewegungen, Dissidenten usw. war eine gutgemeinte Vision. Alleine die Praxis der 80er Jahre zeigte, daß die angesprochenen gesellschaftlichen Kräfte dafür gar nicht vorhanden waren. Statt eine staatsunabhängige Einigung aller Kräfte gegen Militarismus und Aufrüstung zu fördern, wurden die Appelle und Auffassungen Thompsons - vor allem in der BRD - zur Spaltung der Friedensbewegung eingesetzt, während er sich selber - u.a. in Abgrenzung von Sacharow - strikt weigerte, in der Kriegsfrage mit irgendeinem Staat zu paktieren.

"Zu spät" und "zu früh"

Manchen mag der weltpolitische Umbruch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, der schließlich zum Zusammenbruch des Staatssozialismus führte, wie eine Erfüllung dieser Visionen Thompsons erscheinen. Freilich ist dieser Umbruch wohl das glatte Gegenteil der Hoffnungen auf einen "libertären Sozialismus", wie ihn Thompson vertreten hatte. War Thompson wieder einmal "zu spät" und "zu früh" gekommen?

Das kann erst zu einem späteren Zeitpunkt beurteilt werden. Die Widersprüche, denen er mit seinen Positionen ausgesetzt war, scheinen eher darin zu liegen, daß jener Bezugspunkt, der stillschweigend oder ausgesprochen seinen Aufassungen zugrundelag, nämlich die sozialistischen und "libertären" Traditionen innerhalb der Arbeiterklassen, immer undeutlicher wurde. Die Auflösung der traditionellen Klassenformationen in den westeuropäischen Ländern ließ sein Denken anachronistisch erscheinen.

Dem steht freilich gegenüber, daß er - viel früher und weitaus energischer als andere - auf die Lücken und Leerstellen der marxistischen Tradition hingewiesen hat. Es gehört zu den Ironien der Geschichte, daß Thompson seine Auffassungen vom Sozialismus als Bewegung und Tradition gegen jene verteidigen mußte, die ihn früher vom marxistisch-leninistischen Lehrstuhl aus als kleinbürgerlichen Humanisten verurteilt hatten.

Daß die "Krisen des Marxismus" eine längere Geschichte haben als die der Neuen Linken, kann man aus seinen Schriften erfahren. Seinen historischen Arbeiten kann man darüber hinaus vielleicht auch viel von jener

Blickweise entnehmen, mit der die vielfältigen Formen von Kämpfen und Bewegungen erschlossen werden können. Zumindest in dieser Hinsicht ist er nicht "zu spät" gekommen.

Martin Rheinlaender

Anmerkungen

(1) Unter Labourbewegung wird damit nicht die Labour-Party im engeren Sinne verstanden, sondern die Gesamtheit der Traditionen innerhalb der britischen Arbeiterbewegung, die sich in den weitverzweigten Strukturen von Gewerkschaften, Kooperativen, Gemeindeleben usw. niederschlägt.

(2) Einer der Bezugspunkte in der theoretischen Diskussion war für Thompson u.a. die Gruppe "Socialisme ou barbarie" in Frankreich, sowie einige der Arbeiten des führenden Theoretikers dieser linksradikalen Gruppe, Cornelius Castoriadis. Anders geartete Verbindungen gab es außerdem - ebenfalls nach Frankreich - mit den soziologischen Arbeiten Pierre Bourdieus, in dessen Zeitschrift auch Aufsätze von Thompson erschienen. Interessanterweise tauchen diese verschiedenen Ansätze, die in den 70er Jahren von den politischen und ideologischen Konjunkturen der Linken in Frankreich und anderswo eher an den Rand gedrückt wurden, in heutigen Diskussionen innerhalb der Sozialwissenschaften wieder vermehrt auf.

Zitierte Literatur

Thompson 1977 - E.P.Thompson: William Morris. Romantic to Revolutionary. London (Merlin Press) 1977

Thompson 1979 - E.P.Thompson: Die "Sittliche Ökonomie" der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert. In: Detlev Puls, E.P.Thompson u.a., Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert. Frankfurt/Main (Suhrkamp) 1979

Thompson 1980 - E.P.Thompson: Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung. Frankfurt/Main-New York (Campus) 1980

Thompson 1980 b - E.P.Thompson: Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Frankfurt/Main-Berlin-Wien (Ullstein) 1980

Thompson 1981 - E.P.Thompson: Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation. In: Das Argument Nr.127, 1981

Thompson 1987 - E.P.Thompson: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Frankfurt/Main (Suhrkamp) 1987

Gareth Stedman Jones: Klasse Politik Sprache. Münster (Westfälisches Dampfboot) 1988

# 38. Mal Mist gebaut ... (Nazi-Rock)

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:02

Seit dem rassistischen Pogromen von Hoyerswerda und Rostock standen auch musizierende Nazis für kurze Zeit im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Das Interesse der Medien beschränkte sich jedoch auf die Darstellung der Musiker als negative Helden und Außenseiter, die lediglich für eine militante Minderheit ihre braune Musik zum Besten gaben.

Dabei wurde nach Ansicht der Herausgeber von Neue Soundtracks für den Volksempfänger "absichtsvoll oder aus Inkompetenz" vieles, wenn nicht gar alles Wesentliche übersehen. Gesellschaftliche Ursachen blieben ausgeblendet. In insgesamt 12 Beiträgen, Essays, Interviews, unternehmen sie daher den Versuch, dieses Bild zu korrigieren und "Nazi-Rock in kulturellen und gesellschaftlichen Zusammenhängen begreifbar" zu machen.

Ein Grundproblem liegt für die AutorInnen in der Berichterstattung der Medien. Die zeitweilige Präsenz als negative "Medienstars" habe es der nazistischen Rockszene ermöglicht, einen öffentlichen Bezugsrahmen für ihre Musik herzustellen und Interesse zu wecken. Band-Mitglieder werden als pubertierende Jugendliche (Motto: Schließlich haben wir alle mal pubertiert) dargestellt. Diese Reinwaschung von ihren "Jugendsünden" ergänze sich mit den mittlerweile gängigen Distanzierungen der Bands von früheren nazistischen Äußerungen (z.B. Böhsen Onkelz, Störkraft) und zeugen von einem Umschwenken der Nazi-Rock-Szene auf eine gemäßigtere Linie, nachdem sie gesellschaftlich hoffähig geworden sind. Unterstützt werden sie dabei unter anderen von Grünen wie Daniel Cohn-Bendit sowie Alice Schwarzer ("Jungs, die es schwer hatten; Jungs, die mal Scheiße gebaut haben; Jungs, denen das heute leid tut und die einfach spannenden Rock machen." Emma 1,2/93 über die Böhsen Onkelz).

Aber sind nun die Nazi-Rock-Bands "der ausgedachte musikalische Arm der ‚Neuen Rechten`, deren Kämpfe auf dem Feld der Kultur ausgefochten werden", ein Vehikel, um kulturelle Hegemonie zu erlangen? Ober bestätigen ihre Platten nicht, "daß die Führung der Naziorganisation junge Funktionäre abgestellt hätten, um sich den Rock'n'Roll als Propagandawaffe anzueignen", profitieren lediglich vom allgemeinen gesellschaftlichen Rechtstrend? Leider wird diese Frage nicht vertieft und geht in dieser Gegenüberstellung am Eigentlichen vorbei. Viele Übereinstimmungen zwischen Nazis und Teilen der Jugendszene (Skins, Hooligans) hinsichtlich Männlichkeitsideal, Gewaltakzeptanz, Rassismus sowie deutschnationaler Wertvorstellungen macht diese zum idealen Terrain für Infiltrationsversuche. In den 80er Jahren gelang es z.B. der rechtsradikalen Szene, zeitweise Einfluß bei Fußball-Hooligans zu gewinnen. Ebenso können Rückschlüsse aus der Entwicklung in Großbritannien, die in einem Beitrag nachgezeichnet wird, gezogen werden. Dort gelang es rechtsextremen Gruppierungen wie der National Front und dem British Movement, in der Skinhead-Szene Fuß zu fassen.

Die Linke müsse sich jedenfalls, nach Verlust der gesellschaftlichen Hegemonie bei der Jugend spätestens Ende der 80er, nun auch mit der Möglichkeit/Tatsache, die kulturelle Hegemonie in der Rockmusik zu verlieren, auseinzuanderzusetzen und Abschied vom Mythos einer per Definition fortschrittlichen Rockmusik nehmen.

Insgesamt ein interessantes, zum Nachdenken anregendes Buch, wenn auch in vielen Punkten nur an der Oberfläche gekratzt wird und sich leider keine praktischen Ansätze zur antifaschistische Gegenstrategien finden lassen. Aber hier sind ja vielleicht auch die LeserInnen gefordert.

Ulli Pieper

Max Annas, Ralph Christopf (Hrsg.): Neue Soundtracks für den Volksempfänger. Nazirock, Jugendkultur & rechter Mainstream. Edition ID-Archiv, 22 DM

Aus "Junge Welt" vom 26.8.1993

# 39. Streifzug durch die Welt des New und Old Age. Die Schwierigkeiten der Anthroposophen mit ihren Braunzonen

*Die Schwierigkeit der Anthroposophen mit ihren Braunzonen*

Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:12

"Die Pessimisten der letzten bürgerlichen Generation waren zufrieden, schließlich nur scheinheilig trauernde Spießbürger. Sie fühlten sich noch stolz darauf, in ihrem Sinn ‚aufgeklärt` zu sein, lobten nicht nur, wie rechtens, die Wissenschaft, welche Illusionen zerstört, sondern die starre Leere dazu."

"Viele Marxisten kehren sich vielleicht allzu a Limini von okkulten oder archaischen Erscheinungen ab, gleich als ob mit der Aufklärung von 1880 die Welt zu Ende wäre."

(Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit)

Das "New Age" ist inzwischen in die Jahre gekommen. Nun sprechen manche Esoteriker lieber von Light Age. Einige hundert Millionen Mark Umsatz erzielt die Esoterik-Industrie jedes Jahr allein in Deutschland. Angeboten wird von Klangspielen - die mit den "Ohren der Seele" zu hören sind - bis zum "Kuß der Sterne" alles, was das Herz begehrt. Von dem Geschäft mit dem Jenseits profitieren nicht wenige recht diesseitige Unternehmen. Die "Reise in unbekannte Welten" ist ein teurer Spaß. Daß einem während der Reise in dieses "Unbekannte" vieles Allzubekannte begegnet ist einigen aufgefallen.

Inzwischen wird vorwiegend in kleineren "Alternativ"-Zeitungen oder -Zeitschriften eine Auseinandersetzung um "Öko-Faschisten" innerhalb der Esoterik-Szene geführt (z.B. im "Schwarzen Faden" und in "Contraste -Monatszeitung für Selbstverwaltung").

Jutta Ditfurth hat mit einigen Kapiteln ihres Buches "Feuer in die Herzen", zumindest was die anthroposophische Szene angeht, in ein Wespennest gestochen.

Das ist deshalb erstaunlich, da Ditfurths Kritik stark pauschalisierend daher kommt und sich sicherlich nur wenige durch die endlose Kette von Schlagworten wie "ÖkofaschistInnen", "GentechnokratInnen", "RassistInnen", "Ökodiktatur" usw. kämpfen wollen.

Dennoch traf Ditfurth einen wunden Punkt der Esoterik-Szene. Um so trauriger, daß Ditfurth und andere die nötige Gründlichkeit und Unterscheidungsfähigkeit vermissen lassen.

Dabei wäre es durchaus angebracht, sich gründlicher mit der Frage zu beschäftigen, welchen Anteil esoterische Strömungen am Entstehen der nationalsozialistischen Bewegung hatten, und wie stark ähnliches Gedankengut heute tatsächlich in der Esoterik-Szene vertreten ist. Die meisten Arbeiten aus der Linken dazu leisten das leider nicht. Positiv fallen Gugenberger und Schweidlenka mit ihrem Buch "Mutter Erde - Magie und Politik" heraus, auf die sich Ditfurth auch bezieht - ohne allerdings deren Behutsamkeit im Urteilen zu übernehmen.

Hier soll und kann nur ein Einblick in die Auseinandersetzung u.a. innerhalb der anthroposophischen Szene gegeben werden, der vielleicht dazu reizt, sich näher damit zu beschäftigen.

Dieser Streifzug durch das "weite Gebiet" der Esoterik wirft zunächst wahrscheinlich mehr Fragen auf, als er beantwortet. Es wird sich zeigen, daß mit Pauschalurteilen dieser Zeiterscheinung nicht beizukommen ist. Zwar ist die Esoterik nicht so phantasievoll und vielschichtig wie sie sich gerne gibt, doch zeigt sich gerade am Beispiel Anthroposophie, daß Anthroposoph noch lange nicht gleich Anthroposoph ist.

Jutta Ditfurth: "Alles ÖkofaschistInnen"

Jutta Ditfurth schreibt in "Feuer in die Herzen - Plädoyer für eine ökologische linke Opposition" (Carlsen-Verlag): "ÖkofaschistInnen, so sanft, biologisch anbauend und dezentral sie auch auftreten mögen, wollen den starken Staat, eine Elite und die Strafandrohung für ‚unnatürliches` abweichendes Verhalten (von

der Abtreibung bis zur Homosexualität)." (S.184) "Ein großer Teil der in der Alternativszene gelesenen Literatur über eine naturnahe Spiritualität ist mit reaktionären, völkischen oder gar nationalsozialistischen Inhalten verwoben." (S.190) "Esoterik und Faschismus überschneiden sich in der Entpolitisierung der Menschen, dem knallharten Egokult, dem elitären Führertum und einer vollständig antisozialen, antihumanistischen und antiaufklärerischen Orientierung." (S.191)

Die Esoterik-Szene mache mit teuren Seminaren usw. weltweit ein Milliardengeschäft. "Im Verständnis der verschiedenen esoterischen Strömungen einschließlich der AnthroposophInnen ist das Aussterben einiger weniger zivilisierter ‚Rassen` karmisch leider unvermeidbar. ... Unterdrückung und Ausbeutung sind Karma. Soziales Engagement gilt als Einmischung in ein fremdes Karma und ist tabu. Damit ist die esoterische ‚Elite` frei, sich am knallharten kapitalistische Geschäft zu beteiligen." (S.192)

Ein bezeichnendes Licht auf Ditfurths Zählverfahren und phantasievolle Schreibweise wirft folgende Passage: "Der Begriff ‚Kapitalismus` kommt im umfangreichen Stichwortverzeichnis von Herbert Gruhls 1992 erschienenen Buch ‚Himmelfahrt ins Nichts` kein einziges Mal vor. Wir finden dort fünfmal den ‚Teufel`, 13mal ‚Bevölkerungsexplosion`, und 22 Zitatstellen ‚Katastrophen` werden nur noch von ‚Deutschland` (23mal) und ‚Gott` (26mal) übertroffen. Der Punkt, der MilitaristInnen, Bevölkerungspolitiker -Innen, reaktionäre ÖkologInnen und ÖkofaschistInnen, SpiritualistInnen und RassistInnen verbindet, heißt: Ein besseres Leben für eine elitäre, ‚arische`, weiße Minderheit ist auf diesem Planeten nur dann zu haben, wenn die Anzahl der Menschen im Trikont dezimiert wird und wenn die Ausplünderung weitergeht bis ins Innerste der Zelle, die menschlichen Gene."

Wer zählen wollte, wie häufig der Begriff "ÖkofaschistInnen" in Jutta Ditfurths Werk, das aus unerfindlichen Gründen "Feuer in die Herzen" heißt, vorkommt, dürfte an dieser Aufgabe verzweifeln. Diese Art von Linkssein gefällt sich vorwiegend in Abgrenzung. Sie ist weit entfernt davon, gerade durch das Auffinden von Unterschieden und Widersprüchen Menschen aus dieser Szene (unter denen ja viele ehemalige "Linke" sind) gewinnen zu wollen.

Zudem ist zumindest alles, was die Anthroposophie betrifft, recht schlampig recherchiert. Jutta Ditfurth erklärt Steiner, der vehement gegen den "amerikanischen Materialismus" kämpfte, nebenbei zum Kämpfer für die Vorherrschaft der weißen amerikanischen Rasse.

Daß sie in einigen Punkten ihrer Kritik auch recht hat, verliert sich dabei leider leicht.

Okkultismus und Nationalsozialismus

Wieviel Einfluß der Okkultismus tatsächlich auf den (und im) Nationalsozialismus hatte, das herauszufinden erfordert eine gründlichere Untersuchung. Die bisherigen Arbeiten in dieser Richtung scheinen mit einer vorgefaßten Einschätzung erstellt worden zu sein.

Als sicher kann gelten, daß das Hakenkreuz ein Beispiel für esoterischen Einfluß ist, wie ja auch der Begriff "Drittes Reich" ein religiöser ist. Weiterhin kann mit Bestimmtheit gesagt werden, daß einige Repräsentanten des NS-Staates starke Sympathie für Astrologie, Wünschelrutengängertum, Anthroposophie usw. hatten. Weiter kann eindeutig belegt werden, wie tief esoterische und okkultische Gruppen sich in den Nationalsozialismus verstrickten.

Die Hauptströmung im heutigen Esoterikboom dürfte allerdings sein: "Fütter mein Ego!" Aber auch tiefe Verunsicherung kann ein Grund sein, in diese Szene zu geraten.

Vorgeworfen werden muß den Anhängern des New Age oder Light Age der unkritische Gebrauch auch bedenklicher esoterischer Literatur. So wird sehr gern auf C.G. Jung zurückgegriffen, ohne daß erwähnt würde, was für eine dubiose Rolle er im Dritten Reich gespielt hat. Von seinen reaktionären Äußerungen zur Frauenfrage ganz zu schweigen.

Rassistische Anthroposophie?

Unter Anthroposophen gibt es eine "Spielart", die sich durchaus sozial und politisch engagiert. Da werden die "Kernpunkte der sozialen Frage" studiert, Steiners Anleitung zu einem Weg jenseits von Kapitalismus und Sozialismus, die Bloch zwar als "sozialen Dilettantismus" bezeichnete, die aber doch nicht ganz zu der Behauptung paßt, Ausbeutung werde hier als Karma gesehen.

Das Werk Rudolf Steiners ist recht umfangreich - nahezu jeder Vortrag wurde mitstenografiert -, voller Wiederholungen und nicht ohne Widersprüche.

Es ist tatsächlich möglich, wie das Beispiel Haverbeck vom "Weltbund zum Schutz des Lebens" (WSL) zeigt, sich mit eindeutig faschistischen Aussagen auf Steiner zu berufen, doch ist es ebenso auch möglich, sich von diesen fernzuhalten und sich, mit dem entsprechenden Steiner-Buch in der Hand, in sozialpartnerschaftlicher Weise der sozialen Frage - oder aber der unpolitischen Meditation zu widmen. Wer zum Beispiel Steiners "Philosophie der Freiheit" als dessen Hauptwerk sieht, dürfte weniger leicht in das "ökofaschistische Netzwerk" (Ditfurth/ Woelk) einzubinden sein.

Da hier nicht der Platz ist, dieses Thema so ausführlich zu behandeln, wie es das verdiente, möchte ich durch einige Zitate zeigen, wie unterschiedlich die Anthroposophie verstanden und genutzt werden kann.

"Rassenkunde"

und "konstruktiver Dialog" mit dem Nationalsozialismus

Tatsächlich gab es eine Reihe von Artikeln in anthroposophischen Zeitschriften der zwanziger und dreißiger Jahre, die sich in anbiedernder Weise mit faschistischem Gedankengut befaßten. So wird Blochs Satz in "Erbschaft dieser Zeit" nachvollziehbar, daß offenbar nur der starke Anteil anderer Länder an der anthroposophischen Bewegung diese daran hindere, geschlossen zu Hitler überzugehen.

Die anthroposophische Zeitschrift "Die Christengemeinschaft" schrieb im Jahre 1928 über Mussolini: "Klar und bestimmt, oftmals überkonturiert, willensstark und zielbewußt ist alles, was von ihm ausgeht. (...) Mussolini wägt die Worte, selbst im leidenschaftlichen Strudel der Volksrede. (...) Mussolini kennt die magische Möglichkeit des Wortes, weiß, daß mit jedem Wort ein wirklicher Lebensstrom den Menschen verläßt und zum Ohr des Horchenden dringt. Worte sind nicht nur Schwingungen eines hypothetischen Äthers Worte sind Wesen! (...) ‚Dante ist groß`, sagte Mussolini einmal und dabei leuchteten seine Augen in einer Art mystischer Andacht. (...) Mussolini ist der lebendige Gegenpol zu Wilson."

So Pfarrer Johannes Hemleben in einer Buchbesprechung der nach autobiographischen Unterlagen von Sarfatti verfaßten "Lebensgeschichte" Mussolinis.

Hemleben spielte eine wichtige Rolle in der esoterischen Szene. Unter anderem schrieb er eine Steiner-Biographie und eine Arbeit über verschiedene Vorstellungen vom Jenseits, wobei er der anthroposophischen einen besonderen Platz einräumte.

Experte für anthroposophische "Rassenkunde" war in den dreißiger Jahren Professor Karutz. Dieser stand im Briefwechsel mit dem nationalsozialistischen Rassenideologen Hans Günther und besprach auf dessen Anregung hin wohlwollend Darres Buch "Neuadel aus Blut und Boden". (Darre war der "Blut und Boden"-Ideologe des III. Reiches und gehörte seit 1930 der nationalsozialistischen Führungsgruppe an.)

In "Das Goetheanum" (Ausgabe 10, 1931) bedauert Karutz einzig, daß die völkische Denkart eine Furcht vor dem Ich habe. Das beruhe auf einem Mißverstehen des Ich und auf dem Leugnen seelischer Entwicklungsmöglichkeiten.

In der Anthroposophie wird von einem Volksgeist, einer Art Engel, welcher ein Volk geistig anleitet, ausgegangen. Da ist es nur logisch, daß die geistige Leitung einer Rasse dem Rassengeist obliegt.

"Fortschrittliche" Anthroposophen allerdings plädieren dafür, von diesen Begriffen Abschied zu nehmen.

In einem Beitrag in "Die Drei - Monatsschrift für Anthroposophie ...", (10, 1931) nimmt Karutz aus "geisteswissenschaftlichen Erkenntnissen" heraus Stellung gegen die "Mischehe" - worunter er auch die jüdisch-deutsche Ehe zählte: "Die Einsicht in die geistigen Wurzeln der menschlichen Organisation und in die wahre Bedeutung des Mensch-seins lehnt die Mischehe ab. Aus demselben Grunde lehnt sie freilich die gesetzgeberische Behandlung der Frage als schädlich ab. Das Verbot der Ehe zwischen Weißen und Farbigen sowie des außerehelichen Verkehrs zwischen ihnen, die immer schärferen Forderungen nach ‚künstlichen Maßnahmen zum Getrennthalten der Rassen` haben nicht den gewünschten und erwünschten Erfolg. Man muß die Mischehe aus der bewußten Einsicht in den Willen des ewigen Ich als entwicklungswidrig erkennen und deshalb, aus Freiheit, ablehnen."

Hier stoßen wir wieder auf den seltsamen anthroposophischen Freiheitsbegriff, in diesem Zusammenhang besonders makaber: "Ich will, was ich soll".

Nach Auskunft eines Mitarbeiters der Steiner-Nachlaßverwaltung in Dornach soll Karutz in der Anthroposophischen Gesellschaft nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Dem widerspricht aber die Vielzahl seiner Artikel zur "Rassenkunde" in verschiedensten anthroposophischen Zeitschriften über viele Jahre hinweg. Auch ist mir nicht bekannt, daß ihm derzeit irgendjemand aus der Anthroposophenschaft widersprochen hätte.

Eher "linksstehende" Anthroposophen unterstellen Kritikern gern Böswilligkeit und mühsames Suchen nach bedenklichen Äußerungen im Werk Steiners oder seiner Nachfolger. Doch stolpern sie beim Zitieren entlastender Stellen selber immer wieder über kompromittierende Aussagen führender Anthroposophen. Rittelmeyer beispielsweise, Freund Rudolf Steiners und erster "Erzoberlenker" der anthroposophischen "Christengemeinschaft", schrieb in seinem Buch "Deutschtum": "So verlor sich der Deutsche dreimal in seiner Geschichte. Zuerst vergab er sich an Italien. Das war die Zeit, wo der Zauber Roms die deutschen Herzen in Bann schlug. Im Kaisertum der Habsburger, in der deutschen Mystik, endgültig in der Reformation vollzog sich die Loslösung. Aber nicht lange dauerte es, da hatte der Deutsche sich wieder verloren. Diesmal war es an Frankreich. Das war die Zeit, wo der Deutsche französische Kleidung trug, französische Sprache redete, französische Sitte nachahmte, französische Literatur anbetete. Abermals brach ein Befreiungskampf los. In der deutschen Literatur, in der deutschen Philosophie der klassischen Zeit wurde er siegreich durchgekämpft. Die ‚Befreiungskriege` waren seine Auswirkung ins politische Geschehen. Aber bald hatte der Deutsche sich wieder verloren. Wenig ist dies heute schon in seiner tiefen Wichtigkeit klar gesehen. Von England herüber wirkten Newton und Darwin auf den deutschen Geist. In England erdachte Karl Marx sein sozialistisches System. Empiristisches, materialistisches, imperialistisches Denken wurde von England herübergetragen. Der Deutsche machte alles nach. Und er machte vieles besser. Aber er wurde sich selbst untreu. Heute hat der Deutsche einen neuen Befreiungskrieg zu führen. Angesichts des weltbeherrschenden Angelsachsentums hat er sein wahres Wesen zu finden, seine eigene Würde zu behaupten."

Diese Stelle zitiert Arfst Wagner, einer der wenigen Anthroposophen, die sich kritisch mit der Rolle der Anthroposophen im Nationalsozialismus auseinandersetzen (wenn auch mit einigen Verrenkungen und Hinweisen auf das Damoklesschwert, das über der anthroposophischen Bewegung geschwebt habe), in den anthroposophischen "Flensburger Heften" (Heft 42) und kommentiert: "Das Buch erschien im Jahre 1934. Was sollte man sich nach Rittelmeyer unter dem ‚neuen Befreiungskrieg` vorstellen?"

Die Christengemeinschaft wurde von Steiner und Rittelmeyer ins Leben gerufen, damit auch die Anthroposophenschaft einen Kultus habe.

Linke Kritik an der Anthroposophie

"Linke fahren zu anthroposophischen Malkursen, schicken ihre Kinder auf Waldorfschulen und in Waldorfkindergärten, stehen dabei den Anhängern Steiners unkritisch bis positiv gegenüber. Manches gilt als etwas obskur, doch insgesamt sei viel Gutes dabei, und besser als die staatlichen Schulen seien sie allemal, lautet die gängige Meinung. Dabei machen die Anthroposophen nicht immer einen Hehl aus ihrer Ideologie und aus ihrer aktiven Teilnahme am ökofaschistischen Netzwerk." So Volkmar Woelk in seinem Aufsatz: "Neue Trends im ökofaschistischen Netzwerk" (Aus: "In bester Gesellschaft", Verlag Die Werkstatt)

Sicherlich eine unzulässige Verallgemeinerung. Auch das "Fallbeispiel" Günther Bartsch (ein anthroposophischer "Nationalrevolutionär") gibt es nicht her, derart pauschal von "den Anthroposophen" zu schreiben.

In allen diesen Abhandlungen werden stets dieselben Namen von rechtsstehenden bis faschistischen Anthroposophen genannt (so waren bzw. sind von Siemens, Herrhausen, Ludwig Bölkow (MBB) und Rohwedder anthroposophisch gesinnt - nicht gerade angenehme Leute), ohne daß erwähnt würde, daß es auch Anthroposophen mit anderer Sichtweise gibt. Eine Herangehensweise, die die Auseinandersetzung sicherlich vereinfacht.

Woelk weiter: "Steiners Weltbild ist ein rassistisches, das eurozentristisch geprägt ist. Von den Theosophen hat er die Wurzelrassenlehre übernommen und modifiziert." Jedes Volk habe zwar eine besondere Aufgabe,

"doch sind unter den Europäern bei ihm die Deutschen nochmals herausgehoben, da erst sie das Ich zur vollen Entfaltung gebracht hätten. Von dieser Position bis zur Rassenlehre der Nazis führt gedanklich kein weiter Weg."

Peter Bierl (Mitglied der "Ökologischen Linken") schreibt in der Zeitschrift "Schwarzer Faden" (Nr. 46, 1993) unter der Überschrift "Feindbild Mensch - Ökofaschismus und New Age": "Führend sind nach Steiner die Deutschen bzw. die ‚Mitteleuropäer`, deshalb herrscht Erzengel Michael. Die spirituelle Sendung der Deutschen wird bedroht durch eine internationale Verschwörung gegen Deutschland - so interpretierte Steiner den 1. Weltkrieg - und durch ‚Rassenmischung` mit spirituell ‚erstarrten Völkern`. Juden bezeichnete Steiner in diesem Zusammenhang als eine ‚vorzeitig`, weil ‚einseitig` zur abstrakten Intellektualität entwickelte Gruppe." Und weiter führt er aus, Steiner habe gesagt, daß Krieg unvermeidlich sei, da er ein Krieg zwischen Materialisten und Spirituellen sei. Im Anschluß an diese Behauptung (es fehlt jede Quellenangabe) wird der nicht zu unterschätzende Einfluß der Anthroposophen mit ihren 12.000 "Organisierten" und Tausenden Sympathisanten beschworen. Alles Kriegstreiber?

Es soll hier nicht versucht werden, "die Anthroposophie an sich" gegen diese Vorwürfe zu verteidigen, das dürfte schwer fallen, wenn sich das Weltbild der Anthroposophen auch nicht so geschlossen darstellt, wie diese KritikerInnen es gern sähen.

Nicht zu akzeptieren ist allerdings, wenn in der Auseinandersetzung mit Anthroposophen nicht auf Gegenpositionen eingegangen wird. Wer sich nur ein wenig in dieser Szene auskennt, weiß, was für unterschiedliche Positionen da vertreten werden. Die anthroposophische Zeitschrift "Info3" zum Beispiel wird wohl kaum jemand ernsthaft als rassistisch oder ökofaschistisch bezeichnen können.

Auf nahezu einhellige Ablehnung in der Anthroposophenschaft stieß Haverbecks 1989 erschienenes Buch "Rudolf Steiner - Anwalt für Deutschland". Niemand allerdings konnte Haverbeck vorwerfen, daß er Steiner falsch zitiere.

Volkmar Woelk behauptet in seinem Heft "Natur und Mythos": "Die Anthroposophen aber beklagen sich zu Unrecht über Haverbeck. Dieser stellt Steiner durchaus korrekt dar: als Nationalisten völkischer Prägung mit verschwörungstheoretischem Hintergrund. (...) ‚Verschwörung gegen deutsches Geistesleben` lautet in Anlehnung an Steiner eine Standardfloskel des WSL heutiger Zeit."(S.25)

Der 1909 geborene Haverbeck gehörte seit 1928 der Reichsleitung des NS-Studentenbundes an. Später war er Leiter des von Hess und Himmler ins Leben gerufenen Reichsbundes "Volkstum und Heimat". 1934 wurde dieser Reichsbund aufgelöst. Danach war Haverbeck Mitglied der Reichsleitung der NSDAP. Ab 1940 für die deutsche Rundfunkpropaganda in Dänemark (deutsche Botschaft Kopenhagen), dann für Südamerika zuständig (wie auch Kiesinger). Haverbeck habe sich gegen Berufsverbote engagiert und an der Ostermarschbewegung teilgenommen.

Gründer des WSL ist der Forstbeamte Schwab. Grundsatzprogramm: "Der Verein wirkt für Erneuerung und Vertiefung des Lebens im Sinne der ewigen sittlichen Werte und der natürlichen Lebensordnung, gegen Überheblichkeit, Profitgier, Machtwahn, gegen die Mächte der Unordnung, Entartung, Ausbeutung und des Untergangs."

1958, als noch niemand von Umweltschutz sprach, habe Haverbeck den WSL gegründet, unter der Schirmherrschaft von Otto von Habsburg u.a. (Reinhard Opitz: Faschismus und Neofaschismus, Band 2, Pahl-Rugenstein)

In der Leitung des Collegium Humanum habe er, so Opitz, alte NS-Kampfgefährten konzentriert.

Von 1950-1960 war er Pfarrer der anthroposophischen "Christengemeinschaft" in Marburg. 1960 wurde er für einige Zeit ausgeschlossen, offenbar wegen seiner Aktivitäten in der Friedensbewegung "Ohne mich".

Woelk mutmaßt, daß wohl vorwiegend der "antiamerikanische Impuls" der Friedensbewegung, der ganz auf der Steinerschen Linie läge, Haverbeck zur Friedensbewegung führte sowie der Versuch eines Brückenschlages nach links im Sinne Otto Strassers.

1974 war Haverbeck Präsident der deutschen Sektion des WSL. Das von ihm 1963 gegründete "Collegium Humanum" in Vlotho sei nach und nach zum Machtzentrum des Verbandes geworden. (Woelk)

Weleda

Auffällig ist, wie oberflächlich die Zeit des III. Reiches in anthroposophischen Schriften abgehandelt wird. Die Weleda zum Beispiel, anthroposophischer Arzneimittel- und Kosmetik-Artikel-Betrieb, widmet in ihrem Firmenportrait der Zeit von 1935-1945 gerade 20 Zeilen. Unter der Überschrift: "Beinahe-Stillegung und Krieg" wird dazu folgendes Geschrieben: "Die Jahre des NS-Regimes und des Krieges haben der Gmünder Betrieb und auch die Stuttgarter Zentrale als Zweigniederlassung eines schweizerischen Unternehmens relativ unbeschadet überstanden - wenn auch nicht ohne zeitweise schwere Bedrohung sowohl durch behördliche Maßnahmen als auch in Stuttgart durch unmittelbare zerstörerische Kriegseinwirkung." (S.23, Weleda Edition 1) Durch das Verbot der Anthroposophischen Gesellschaft sei die Arbeit wenig behindert worden, Ärztetagungen hätten sogar noch erweitert werden können. In Stuttgart mußte eine ausgebombte Behörde in den Räumen aufgenommen werden (1944). Das scheint die einzige schwerwiegende Einschränkung der Arbeit Weledas gewesen zu sein. Das Ausprobieren einer Frostschutzcreme durch Weleda an Häftlingen im KZ Dachau kann hier nur nebenbei erwähnt werden. Die "Flensburger Hefte" kritisieren die kaltschnäuzige Reaktion Weledas auf Fragen nach dieser Tatsache: "Es scheint wohl ein Zeitphänomen zu sein, daß man generell nur nach negativen Aussagen und Berichten sucht und alle positiven Erscheinungen beiseite schiebt."

Nationalismus-Debatte innerhalb der Anthroposophenschaft

In der eher "undogmatischen" Zeitschrift "info3" (2/1993) schreibt Jens Heisterkamp: "Inhaltlich besteht also kein Zweifel, daß die Rassenunterschiede für Steiner unwesentlich waren. Er betrachtet sie als ‚Nachwirkungen`, und die in der Gegenwart maßgebliche Entwicklung besteht für ihn ‚gerade darinnen, daß der Rassencharakter abgestreift wird. Das ist das Wesentliche.`" (S.14) Unnötig sei es auch, zu betonen, daß die anthroposophische Gesellschaft in ihrem Grundcharakter dieses aufnehme. Sie sei ohne Differenzierung eine international zusammengesetzte Gesellschaft. Steiners Haltung sei dem Konzept der "Reinerhaltung der Rassen" genau zuwider gelaufen.

"Das Problem liegt also nicht bei Steiner und seiner ‚historischen Bedingtheit`. Das Problem bilden gewisse entstellende Anhänger Steiners aus rechtsgerichteten Kreisen, die heute den Steiner von vor 70 Jahren mit einer Gesinnung verbreiten, die ewig-gestrig ist." Haverbeck vom WSL wird in diesem Kommentar eindeutig als "Altnazi" bezeichnet.

Zwar denke ich, daß der Kommentator der "info3" es sich hier zu einfach macht, siehe die Äußerungen Steiners über "die Juden" oder "die Franzosen", - aber festgestellt werden muß doch, daß diese Anthroposophen mit Rassismus nichts zu tun haben wollen.

In einem anderen Kommentar der Zeitschrift "Info3" (1/1993) ist dazu zu lesen: "Denn eine Gebrauchsanweisung, wie mit seinen Äußerungen umzugehen sei, hat der Doktor leider nicht mitgeliefert und so stießen und stoßen sie auf einzelne Anthroposophenköpfe und richten darin einiges an. Es ist einfach Fakt, daß damals wie heute die unterschiedlichsten (politischen) Positionen legitimiert werden mit Äußerungen Rudolf Steiners, und daß es eine homogene Anthroposophenschaft nicht gibt. (...) Derweil wird Rudolf Steiner gelesen. Und auch von Jutta Ditfurth. Und wir werden wohl auch alles nochmals lesen müssen, mal sehen, zu welchen Schlußfolgerungen wir dann kommen!"

Das, wenn es denn ernst gemeint ist, dürfte in der Anthroposophenschaft eine recht isolierte Position sein (in den meisten Fällen wird das Ergebnis des Neulesens sowieso vorher feststehen) - aber immerhin.

In der Zeitschrift "Info3" (3/1993) schreibt ein Leserbriefautor, daß der Redakteur Herr Amnon Reuveni sich durch seinen Beitrag in der vorherigen Ausgabe der "info3" disqualifiziert habe, da er nicht erwähnte, daß es sehr wohl ein Buch aus der "Anthroposophenschaft" gebe, welches sich mit dem Nationalsozialismus beschäftige, nämlich Christoph Lindenbergs "Die Technik des Bösen".

Reuveni kontert in derselben Ausgabe unter "Richtig lesen": Er habe das mangelnde Interesse an eben diesem Buch, der "wohl einzig umfassenden Deutung des Nationalsozialismus aus anthroposophischer Sicht" kritisiert. "Dagegen findet man bei der Waldorfliteratur, das heißt bei den Büchern, die als Hilfsmaterial für Waldorflehrer gedruckt sind, keine Unterrichtsvorschläge zum Thema ‚braunes Deutschland`. Auch bei den Anregungen zum Geschichtsunterricht in der neunten Klasse von Lindenberg, wo die Geschichte des 20. Jahrhundert betrachtet wird (‚Geschichte lehren`, S. 132-142), wird das Thema nicht behandelt."

Der Anthroposoph Arfst Wagner versucht in den "Flensburger Heften" (Heft 32), die Geschichte der Anthroposophie während des Faschismus aufzuarbeiten. Das hat eine differenzierte Stellungnahme verdient. Zwar ist dieses Buch nicht zuletzt entstanden, um gegen Verzerrungen "von außen" anzugehen, doch wird immerhin ernsthaft versucht, Verbindungen einiger Anthroposophen zur Naziszene darzustellen (das natürlich mit der Überzeugung, Steiner selber sei dem Faschismus fern gewesen).

Wagner versucht außerdem einen Bezug zu heute herzustellen: "Wenn nun jemand ein anthroposophisches Buch aufschlägt und für die okkulten Themenbereiche und deren historische Bezüge ein wenig sensibilisiert ist, dann kann ihm manches entgegenkommen, was sich kaum oder gar nicht vom Inhalt und Sprache so mancher NS-Esoterik unterscheidet. Hinzu kommt bei vielen Anthroposophen, daß sie kaum wahrnehmen, daß sich der Inhalt von Worten ändert, also Worte heute etwas anderes bedeuten als vor der Zeit des Dritten Reiches beispielsweise." (S.189)

In einem Interview, das die "Flensburger Hefte" mit ihm führten (Heft 41), verteidigt Dr. Wolfgang Schad (Herdecke) Steiner gegen den Vorwurf des Rassismus auf sehr skurrile Weise: "Eine Abwertung einzelner Rassen ist noch aus einem anderen Grund unsinnig: wenn man sich klarmacht, daß die einzelne menschliche Individualität sich oftmals auf der Erde inkamiert, so wäre es naiv zu glauben, daß dies immer innerhalb ein und derselben Rasse geschehe. Jeder Mensch ist längst durch viele verschiedene Rassen gegangen. Eine Rasse zu deklassieren heißt, über einen Zustand zu urteilen, in dem man selbst einmal war und in Zukunft sein wird. Der Reinkarnationsgedanke sollte eigentlich heilend auf jede Gefahr von Rassismus wirken." (...) "Steiner war auch ein Mensch seiner Zeit und hat sich auch zeitbedingt verhalten. Dazu gehört auch, daß er in einer Welt, die von Vorurteilen strotzte, gelegentlich solche übernommen hat - etwa gegenüber den Schwarzen -, über die es dann wieder ganz andere Äußerungen gibt. Wenn man sich in der Zeitgenossenschaft Steiners umsieht, wird man keine Geistesgröße finden, die nicht auch Dinge geäußert hat, die man heute nicht mehr akzeptieren würde."

Und mit typischer anthroposophischer Arroganz fährt Schad fort: "Den Gegnern wird man es jedoch nie recht machen. Entweder stören sie sich daran, daß Steiner wenig echten Irrtümern unterlag. Und so monieren sie, daß Steiner kein Mensch zum Anfassen gewesen sei, der genauso kräftig irrte wie jeder andere. Oder sie nehmen die gefundenen Irrtümer, um sich als Selbstschutzmaßnahme daraus ein Feindbild aufzubauen, mit dem sie sich die bedeutendsten Erkenntnisvorgaben dieses Jahrhunderts vom Leibe halten. Beide Haltungen, oft von den gleichen Leuten gepflegt, sollen dann auch noch ‚wissenschaftlich` sein. Man wird dem Anliegen Steiners selbstverständlich in keiner Weise gerecht, wenn man ausschließlich auf die problematischen Stellen blicken will und sein Urteil gegenüber der Anthroposophie aus einem Urteil über diese Stellen ableitet. Die Größe Rudolf Steiners und seines Lebenswerkes wird durch die wenigen sicherlich fragwürdigen Aussagen nicht geschmälert."

Arfst Wagner bemüht sich in den "Flensburger Heften" (Sonderheft 8), dem Nationalismus widersprechende Äußerungen Steiners zu zitieren: "Und über die Nationalitätsidee, den Nationalismus, äußert sich Rudolf Steiner, ebenso unzweideutig, am 19.09.1914 wie folgt: ‚In alle Lebensgebiete wirkt der Materialismus hinein (...) Er hat eine starke Kraft, die keineswegs erschöpft ist, die fortwirken wird auf dem Gebiete des menschlichen Zusammenlebens. Es macht sich u.a. der Materialismus seit längerer Zeit dadurch geltend, daß eine Idee aufgekommen ist im europäischen Völkerleben, die eigentlich keine Idee ist (...) eine Idee, die in gewisser Beziehung gegen frühere Zeiten sogar ein harter Rückschritt ist: es ist dasjenige, was häufig als Nationalitätsidee bezeichnet wird."

"Die Menschen werden, wenn sie ein Staat, eine Nation werden, nicht ein Höheres, sondern sie werden ein Niedereres. Das ist das große Unglück in unserer Zeit, daß man den Staat oder die Zusammengehörigkeit höher schätzt als den einzelnen individuellen Menschen. Aber so verstrickt sind die Menschen heute in das Höherschätzen der Gemeinschaften als des Einzelnen, daß sie sich ganz wohl fühlen, entmenscht zu sein, eine Staatsschablone zu sein. Da ist es natürlich schwer, so etwas zu bilden, was das Geistesleben wirklich emanzipieren kann." Diese Äußerungen sind keine Ausnahmen in dem Werk Rudolf Steiners; sie bezeichnen seine Grundposition zu diesen Problemen. Die antinationalistische und antirassistische Position Steiners ist eindeutig.

Gamsachurdias Mission

Und was ist überhaupt ein Volk?

"Ein Volk ist eine zusammengehörige Gruppe von Menschen, welche von einem Archangeloi, einem der Erzengel geleitet wird. Die einzelnen Glieder eines Volkes bekommen das, was sie als Glieder des Volkes tun (...) von einer solchen Seite her inspiriert. Dadurch, daß wir uns vorstellen, daß diese Volksgeister individuell verschieden sind, wie die Menschen auf unserer Erde, werden wir es begreiflich finden, daß die einzelnen verschiedenen Gruppen der Völker die individuelle Mission dieser Archangeloi sind." (S.24) ("Die Mission einzelner Volksseelen ...")

Wie Steiner dennoch den Bogen bekommt zu einer halbwegs freien Entscheidungsfähigkeit Einzelner, sparen wir uns hier.

Auch heute noch überlegen Anthroposophen, was denn nun z.B. die Mission des georgischen Volkes (Gamsachurdia bezeichnet sich selber als Anthroposophen) sei. In Georgien, Rumänien usw. finden eifrige anthroposophische Aktivitäten statt. Ausgerechnet in Moskau wurde jetzt Steiners Werk "Aus der Akasha Chronik" veröffentlicht - ein Buch, in dem die Menschheitsgeschichte aus "übersinnlicher Schau", mit "Wurzelrassenentwicklung" und allem, was so dazugehört, wiedergegeben wird.

In der anthroposophischen Zeitschrift "Das Goetheanum" (6/91) wurde Gamsachurdia als "zentraler politischer Hoffnungsträger" angepriesen. Georgien sei eines der Heimatländer esoterischen Christentums und spreche zum "Erkenntnisbedürfnis des Anthroposophen".

Die Zeitschrift "Info3" sah den Anthroposophen Gamsachurdia etwas kritischer. Ein Anthroposoph müsse noch kein guter Politiker sein und gegen den georgischen Nationalismus: "Wenn Georgien nicht bald einen Weg der Besinnung und des Dialoges einschlägt, werden noch manche unschuldige Prinzen sterben müssen." (info3, 7-8, 1991)

In der anthroposophischen Zeitschrift "Novalis" (Mai 1992) dagegen wurde Gamsachurdia freundlich unkritisch interviewt - wobei er dämonische Mächte für seinen Sturz verantwortlich macht.

"Positives Denken"

Positives Denken - warum sollten wir davon nicht einmal eine Prise zu uns nehmen. "Kein Plan ist selber gut, ohne den gründlichen Glauben in ihn", schreibt Ernst Bloch. Doch bei dem was sich "Positives Denken" nennt ist nichts geplant als die Versöhnung mit allem Bestehenden.

Ein m. E. besonders negatives Beispiel für "positives Denken" kommt im Buch "Gesundheit für Körper und Seele" von Louise L. Hay (Heyne-Verlag) zum Ausdruck.

Zu Beginn führt L.L. Hay einige Punkte ihrer "Philosophie" vor, die sie dann nicht müde wird zu wiederholen:"Jeder von uns ist zu 100% selbst verantwortlich für jede seiner Erfahrungen." "Wir müssen uns von der Vergangenheit lösen und jedem vergeben." "Wir selber verursachen jede sogenannte ‚Krankheit` in unserem Körper." "Das was Sie wählen, über sich und das Leben zu glauben, wird Wahrheit über Sie. Und wir haben unbegrenzte Auswahlmöglichkeiten an Gedanken." "Allein die Tatsache, daß Sie dieses Buch gefunden und mich entdeckt haben, bedeutet, daß Sie bereit sind, eine positive Veränderung in Ihrem Leben zu vollziehen. Loben Sie sich dafür."

In diesem Buch begegnen wir: 1. dem Loslassen, 2. der Eigenliebe und ihrer Pflege, auf daß liebevolle Beziehungen bestehen und ein besserer Arbeitsplatz (!), 3. grenzenlose Anerkennung alles dessen, was ist, "denn alles ist gut angelegt in meiner Welt" (klingt nach Aktien), 4. den Schwierigkeiten, die sich der Klient zu hundert Prozent selbst ausgedacht hat.

Wir finden: 1. das Gedankenbuffet, an dem wir uns die positiven Gedanken auswählen können, die unser zukünftiges Leben gestalten, wobei wir natürlich nicht so dumm sind, uns die Gedanken auszusuchen, die später Probleme bereiten könnten, 2. den Moment der Machtübernahme über das eigene Schicksal, hier und jetzt, (Seite 65), 3. das Lehrfach: "Wie investiere ich Geld für finanzielle Sicherheit", eben amerikanische Esoterik, 4. daß eigentlich alle Therapien okay sind, eben je nach Geschmack, 5. eine Gebrauchsanleitung für den Kauf eines Autos (trotz Verweigerung der Kreditgewährung) durch Affirmation, indem ohne Unterlaß erklärt wird: "Ich werde ein wunderschönes neues Auto haben, und es erreicht mich mühelos", 6. eine Liebeserklärung an das eigene Ich, mit dem Wunsch, ihm eine bequeme Wohnung zur Befriedigung aller

Bedürfnisse zu verschaffen, 7. die Möglichkeit, sogar ein (schlechtes) Gehalt mit Liebe zu segnen, 8. die Affirmation: "Ich ziehe Reichtümer jeder Art an", 9. die Segnung jeder einzigen Rechnung, die ins Haus der Autorin flattert, zeigt sie doch, daß die betreffende Firma ihrer Zahlungsfähigkeit vertraut - und ein Kuß für jeden auszufüllenden Scheck, da nur leicht ausgegebenes Geld leicht zurückkehrt.

"Es gibt ein Gesetz zu ‚Angebot und Nachfrage`. Die Nachfrage kommt zuerst. Das Geld findet seinen Weg dorthin, wo es gebraucht wird. Auch die ärmste Familie bekommt fast immer das Geld für eine Beerdigung zusammen."

Vielleicht überlegt diese Frau sich vor lauter Positivismus einfach nicht, was sie sagt. Ihrer Ansicht nach stehen wir alle vor einem riesigen Ozean - und es kommt halt nur auf die Art des Schöpfwerkzeuges an, das jeder sich selbst anschaffen müsse, wieviel jedem zukomme. Eine makabre Moral, oder besser: Morallosigkeit.

"Beständig erweitere ich mein Bewußtsein für die Reichlichkeit, was sich in einem beständig höher werdenden Einkommen widerspiegelt. Meine Güter kommen von überall und jedem."

Ein überraschend klarer Gedanke!

Doch:"Alles ist gut angelegt in meiner Welt."

"Wenn wir ein frohes Leben wollen, müssen wir frohe Gedanken denken." Und so weiter: wenn wir ein erfolgreiches, wenn wir ein Leben voller Liebe ... "Sie sind die Macht in Ihrer Welt! Sie werden bekommen, was immer Sie entscheiden zu denken."

Geld klug anlegen und glücklich sein, das ist doch eine recht angenehme Devise. Geld arbeiten lassen, warum nicht. Doch wie Max Frisch schon im "Graf Öderland" sagt: noch nie wurde arbeitendes Geld gesehen - nur entweder Geld oder Arbeiter.

Üblich ist es auch, alles, was einem Menschen zustoßen kann, als Karma zu erklären. Wer in einem früheren Leben beispielsweise Hexen ertränkte, kann in diesem Leben als Bettnässer erwachen. (Cerminara, "Erregende Zeugnisse von Karma und Wiedergeburt", Knaur). Makaber wird es, wenn eine Behinderung damit erklärt wird, daß der/die Betreffende im vorigen Leben andere Menschen mißhandelte.

Das macht eben auch das Flache, Stereotype in solchen Schriften aus, daß nach gesellschaftlichen Strukturen und tieferen Ursachen nicht gefragt wird, da dann keine einfachen, schematischen Antworten mehr möglich wären.

jur

# 40. Filme über Flucht und Migration. Eindrücke vom 41. Internationalen Filmfest in San Sebastian

Autor: Olaf Berg · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:22

Ende September fand das 41. Internationale Filmfest in Donostia (San Sebastian) im Baskenland statt. Während die offizielle Sektion der Filme im Wettbewerb um die goldene Muschel nur mittelmäßig bestückt war, wurden in der Sektion "Zabaltegi", wo Filme außerhalb des Wettbewerbs liefen, und in der sehr lobenswerten Retrospektive des "Cine Chicano", dem Kino der in den USA lebenden Mexikaner (und deren Nachkommen), einige hochinteressante Filme gezeigt. Einen Schwerpunkt des Festivals bildeten Filme zum Thema Flucht und Migration, die in allen drei Sektionen liefen. Ein Thema, das sich offensichtlich weltweiter Beachtung erfreut, wenngleich die Umsetzungen sehr unterschiedlich ausfallen.

Einer der Lichtblicke im offiziellen Wettbewerb war Tombés du ciel ("Vom Himmel gefallen") von Philippe Lioret. Er versucht, komödiantisch die Situation von Flüchtlingen zu schildern, die ohne Einreiseerlaubnis im internationalen Bereich eines Flughafen verweilen. Dem Weltbürger Arturo (kanadische und französische Staatsbürgerschaft, spanische Frau, wohnt in Rom) sind kurz vor seinem Abflug in Montreal Identitätsdokumente und Schuhe geklaut worden. Da er schon die Bordkarte hat, entschließt er sich dennoch, nach Paris zu fliegen. Dort angekommen, sind seine Daten zwar im Computer der Grenzkontrolle vorhanden, aber kein Foto, das seine Identität beweisen würde - er muß auf dem Flughafen übernachten. Er trifft auf eine Gruppe von MigrantInnen, die zum Teil schon monatelang auf dem Flughafen leben und sich notdürftig in der Situation eingerichtet haben. Zola, ein afrikanischer Junge, der auf seinen Vater wartet, der ihn abholen wollte; Angela, eine Latina; Knak, ein Afrikaner, der eine Sprache spricht, die keineR versteht; und ein Franzose, der nicht offiziell einreisen will, weil er befürchtet, dann verhaftet zu werden.

Aus der Konfrontation eines abgesicherten Mittelklassebürgers mit der Welt von ausgegrenzten MigrantInnen entwickelt Lioret eine Dynamik der Absurdität. Für Arturo bauen sich immer neue bürokratische Hürden auf, während sich zeigt, daß die MigrantInnengemeinschaft längst Wege gefunden hat, aus dem Flughafen herauszukommen, es aber vorzieht, dort zu leben. Diese Geschichte kommt zwar lustig daher. Allerdings wird die Chance vertan, die rassistische Abschottung zu thematisieren - die Situation der MigrantInnen scheint fast schon selbst gewählt. So schwankt der Film zwischen der Anklage gesellschaftlicher Ausgrenzung und einer bloßen Kritik bürokratischer Verfahrensweisen.

Einen gänzlich schlappen Eindruck hinterließ der deutsche Wettbewerbsbeitrag Dunkle Schatten der Angst von Konstantin Schmidt. Sichtlich bemüht, den deutschen Ausländerfeinden das Leid der Flüchtlinge nahezubringen, versinkt der Film im Mittelmaß. Eine verängstigte Frau, die kein Wort spricht, erreicht mit einer Gruppe von Flüchtlingen Berlin. Niemand weiß, woher sie kommt, wer sie ist. Sie kommt in die Psychiatrie, wo eine junge Ärztin das Schweigen als Folge von Folterungen identifiziert und sich für die Frau engagiert, im Gegensatz zum übrigen Personal, das in ihr nur eine Störung des Betriebsablaufs sieht. Die Bemühungen der Ärztin sind erfolglos, die Frau stirbt. Konstantin Schmidt gelingt es weder, die Auswirkungen von Folter (geschweige denn deren gesellschaftlichen Kontext) überzeugend zu behandeln, noch die Behandlung und Situation von Flüchtlingen in Deutschland zu beschreiben.

Wesentlich überzeugender ist da 28.000 Wünsche von Dirk Schäfer aus Berlin, der in der Zabaltegi lief. Er beschränkt sich bewußt auf einen kleinen Ausschnitt von Immigrantenalltag und kommt dabei zu sehr intensiven Bildern. Im Mittelpunkt stehen zwei Freundinnen, die als Floristinnen in Berlin arbeiten. Eine schwarze Deutsche, die - ohne eigene Wohnung - ständig umzieht und bei Freunden wohnt, die gerade ein Zimmer frei haben; und eine Französin, die sich einsam fühlt und in einen türkischen Blumenverkäufer verliebt, der aber nach einer kurzen Affäre zu seiner deutschen Frau zurückkehrt, weil er ohne sie seine Aufenthaltserlaubnis verliert. Politisch nicht der große Wurf, wohl aber eine eindrucksvolle Studie des tristen Berliner Winteralltags.

Die Situation von illegalen Arbeitsmigranten in den USA thematisiert Tony Chan in seinem Film Combination Platter ("Tellergericht"). Im Mittelpunkt des Films steht ein Einwanderer aus Hongkong, der in einem China-Restaurant arbeitet und darauf hofft, eine "Green Card" - die Arbeitserlaubnis - zu bekommen. Im

Restaurant arbeiten Menschen mit unterschiedlichstem Status. Da gibt es verschiedenen Dialekte, die auf unterschiedliche Herkunft schließen lassen, Kollegen mit Green Card oder US-Staatsbürgerschaft, in den USA Geborene, die kein Wort Chinesisch können. Und natürlich die Gäste des Restaurants, fast der einzige Kontakt mit der weißen US-Gesellschaft. In diesem Mikrokosmos entwickelt Chan die Geschichte aus kleinen und großen Konflikten, Wunschträumen und bitterer Realität.

Cine Chicano

Auch in der Werkschau des Cine Chicano war das Thema Migration in vielen Filmen präsent. Aus der eigenen Betroffenheit heraus werden die Probleme durchweg sehr deutlich benannt und scharf angegangen. Von kurzen Agitprop-Dokumentationen wie zum Beispiel No grapes ("Keine Trauben"), einer Dokumentation über die Vergiftung von Chicano-Landarbeitern durch Pestizide bei der Weintraubenernte, bis hin zu unterhaltsamen und auch künstlerisch interessanten Filmen wie die unten beschriebenen Born in East L.A. und El Norte.

Ähnlich wie Philippe Lioret in Tombés du Ciel versucht Cheech Marin mit Born in East L.A. ("Geboren in East L.A."), das Thema von Migration und geschlossenen Grenzen in Form einer Komödie zu thematisieren. Ein Chicano mit US-Staatsbürgerschaft wird bei einer Razzia der Immigrationsbehörde aufgrund seines Aussehens und weil er seine Papiere nicht dabei hat festgenommen und über die Grenze nach Mexiko abgeschoben. Weil der Rest seiner Familie verreist ist, kann er zu Hause niemanden erreichen, der/die ihm seine Papiere bringen könnte. Ohne Geld, des Spanischen kaum mächtig, versucht er, sich in Tijuana durchzuschlagen und illegal wieder in die USA einzureisen. Aus diesen Versuchen gewinnt der Film seine Komik. Thematisiert werden dabei zugleich die Ausbeutung der Chicanos in den USA, die Misere in Mexiko, die Hierarchie unter den US-Bürgern, die Probleme der Zweisprachigkeit und der Mischung verschiedener Kulturen. Insofern ist der Film viel näher dran am Leben als Tombés du Ciel.

El norte ("Der Norden") schildert das Schicksal zweier Geschwister, die vor dem Militärterror Guatemalas flüchten und über Mexiko in die USA gelangen, um dort zu arbeiten. Es gelingt Gregory Nava, den Gesamtzusammenhang von Fluchtursachen, Fluchtbedingungen und Ausbeutung in den USA darzustellen. Auch wenn der Film zum Teil amüsante Passagen hat, durchzieht ihn im wesentlichen ein tragischer Realismus.

Die Geschichte beginnt in einem Indigena-Dorf in Guatemala. Einige Männer haben sich organisiert, um sich gegen die Großgrundbesitzer und das Militär zu verteidigen. Durch Verrat werden sie entdeckt und ermordet. Auch die Familien der Männer werden vom Militär heimgesucht. Durch Zufall können die beiden Protagonisten des Films, Schwester und Bruder, entkommen und beschließen, in die USA, den Norden, zu fliehen. Ist die aktuelle Bedrohung der Anlaß für die Flucht, so ist für sie die Migration in die USA zugleich ein Wunschtraum. Dort, meinen sie, sind alle reich, weil sie ein Haus mit Herd und Kühlschrank und ein Auto haben. Auf ihrer Reise durch Mexiko wird das Elend der städtischen Slum-Bewohner gezeigt. Aus der Solidarität der Dorfgemeinschaft sind sie in eine Welt gelangt, in der jedeR gegen jedeN kämpft. "Cojoten", Leute, die Menschen über die Grenze schmuggeln, nehmen ihnen ihr letztes Geld ab. Endlich in die USA gelangt, müssen sie sich als illegale Arbeiter zu Billigstlöhnen verdingen, immer mit der Angst im Nacken, entdeckt zu werden. Auch hier ist die Solidarität dem Neid und den Geschäftsinteressen gewichen.

Nicht nur die illegalen Einwanderer aus Mexiko sind in den USA Menschen zweiter Klasse. Auch die dort geborenen Chicanos sind dem alltäglichen Rassismus ausgesetzt. Die politische und kulturelle Unterdrückung in Geschichte und Gegenwart ist ein zentrales Thema des Cine Chicano.

Vom Stolz auf die Identität als Chicano handeln die ersten Filme Ende der 60er Jahre. Filme wie I am Joaquin von Luis Valdez oder Yo soy Chicano von Barry Nye tragen mit Pathos die eigene bi-kulturelle Identität und Geschichte vor, von der Eroberung Amerikas seit Kolumbus über die mexikanische Revolution und die Eroberung großer Teile Mexikos durch die USA bis zur Bürgerrechtsbewegung. 1979 ruft Sylvia Morales mit ihrem Film Chicana in stilistischer Anspielung auf I am Joaquin die Rolle der Frauen in das Gedächtnis.

Andere Filme sind dem Kampf um kulturelle Rechte in der US-Gesellschaft gewidmet. So zum Beispiel Consuelo:¿Quienes somos? ("Consuelo: Wer sind wir?") von Adolfo Vargas aus dem Jahre 1979. Der Film illustriert die Forderung nach zweisprachigem Schulunterricht, eine Forderung, die noch heute aktuell ist. Noch immer werden von Haus aus spanischsprachige Kinder gezwungen, in der Schule auf Englisch zu lernen,

später, wenn sie auf eine höhere Schule wechseln wollen, müssen sie wieder neu beginnen, Spanisch als zweite Sprache zu lernen.

Einen historischen Fall zeichnet The Lemon Grove Incident ("Der Lemon Grove Vorfall") von Frank Christopher aus dem Jahre 1986 nach. Anfang der dreißiger Jahre beschloß der Schulrat des Ortes Lemon Grove (Kalifornien), eine zweite Schule zu bauen und die Chicano-Kinder zu separieren. Die Chicano-Eltern organisierten einen Schulstreik und gewannen schließlich vor Gericht gegen den Schulrat.

Das von Jugendbanden geprägte Leben in den Chicano-Vierteln der Großstädte schildert E.J. Olmos in dem Spielfilm American Me aus dem Jahre 1992, angesiedelt im Los Angeles der 40er und 50er Jahre. Der Junge Santana, Mitglied einer kleinen Straßengang, wird bei einer Auseinandersetzung mit einer anderen Gang verhaftet. Im Gefängnis wird er schnell zum Anführer einer Bande, die den Knastalltag kontrolliert. Das Leben ist geprägt von Gewalt, der Gewalt des Knastregimes ebenso wie der zwischen den einzelnen Gefangenengruppen: Chicanos, Schwarze, Weiße. Schließlich eskaliert die Situation soweit, daß es auch zwischen rivalisierenden Chicano-Gangs im Knast zu Toten kommt. Wieder frei, versucht Santana trotz eigener Zweifel den Drogenmarkt im Chicano-Viertel zu kontrollieren, was zu blutigen Kämpfen führt. Als ein Gangmitglied seinen eigenen Bruder töten soll, weil er aussteigen will, greift er ein. Doch das Gruppenleben hat längst eine Eigendynamik bekommen, die sich nun auch gegen Santana wendet.

Von einem, der es schaffte aus dem Elend auszubrechen, handelt La Bamba von Luis Valdez aus dem Jahre 1987. Es ist die Geschichte eines jungen Rock'n-Roll-Musikers, der mit 17 Jahren, als er gerade den Durchbruch geschafft hat, bei einem Flugzeugunglück umgekommen ist. Entlang dieser Lebensgeschichte aus den 50ern erzählt Valdez zugleich die Geschichte des gesellschaftlichen Umfelds, der Ausbeutung von Landarbeitern, des Kampfes um eine spanischsprachige Identität als US-Bürger, der engen Verbindung der Chicanos in den USA mit Mexiko.

Angesichts des Erfolgs von Filmen wie Bittere Schokolade und El Mariachi ist zu hoffen, daß zumindest in kommunalen Kinos eine Auswahl an Chicano-Filmen gezeigt wird. Was die Produktion neuer Filme angeht, waren die in Donostia anwesenden Regisseure jedenfalls zuversichtlich. Hollywood scheint dabei zu sein, die jungen Chicano-Regisseure zu entdecken. Welche Auswirkung das auf die Qualität der Filme hat, wird sich zeigen.

Lebensgefühl und Rebellion

Ebenfalls eine Musikerlegende schildert Tango Feroz - La Leyenda de Tanguito ("Die Legende von Tanguito") von Marcelo Piñenro, verortet im Argentinien der 60er Jahre. Tanguito ist Rockmusiker und am Rande an der Studentenbewegung gegen den Vietnamkrieg und die Militärdiktatur beteiligt. In seiner Musik und seinen Texten drückt er sein rebellisches Lebensgefühl aus, seinen Versuch, kompromißlos zu leben. Dabei gerät er immer wieder in Konflikte mit der Polizei; sei es, daß sie sein Konzert sprengt, daß er in der U-Bahn mit Faschisten aneinander gerät oder daß er einfach so festgenommen wird, weil er anders aussieht. Als er empört das Angebot ablehnt, freigelassen zu werden, wenn er dafür Spitzeldienste leistet, wird er für ein Jahr eingeknastet. Wieder frei, stellt er fest, daß sich seine Freunde verändert haben. Die Band ist aufgelöst, alle haben sich irgendwie mit dem Regime arrangiert. Als er erfährt, daß eine Platte mit einem seiner Lieder veröffentlicht wurde, allerdings mit entschärftem Text, ist er vollends verzweifelt: Das letzte was ihm blieb, seine Musik, ist ihm genommen. Er wird erneut festgenommen und in die Psychiatrie eingeliefert.

Der Film, die Dramatisierung einer realen Biografie, enthält keine unmittelbare politische Aussage, schildert aber sehr eindrucksvoll das Lebensgefühl jener Generation. Er ist in Argentinien nicht nur ein riesiger Kassenerfolg, sondern provoziert die heutige Jugend dazu, ihre Eltern nach deren Jugendzeit zu befragen. So werden deren meist verdrängte und verschwiegene Erfahrungen wieder in das kollektive Gedächtnis zurückgeholt. Ein Akt von höchster politischer Brisanz.

Einen Menschen ganz anderer Art stellt der Brite Ken Loach in seinem Film Naked ("Nackt") vor: Einen Underdog, der sich durchs Leben schlägt und dadurch auszeichnet, daß er andere Leute nicht nur gnadenlos ausnutzt, sondern anschließend auch noch mit lebensphilosophischen Betrachtungen vollsülzt. Dieser Mensch also belästigt eine Freundin aus alten Tagen, deren Mitbewohnerin, einen Nachtwächter und noch allerhand andere Menschen, bis er endlich von einer Jugendgang ordentlich auf's Maul kriegt. Wohl um zu zeigen, daß es auch reiche Arschlöcher gibt, läßt Loach bei den beiden Frauen noch einen reichen Schnösel auftauchen,

der meint, weil er Geld hat, könne er sich alles erlauben, und so tut, als würden ihm das Haus und die beiden Frauen gehören.

Ich kann nicht beurteilen, ob der Film das Leben in Londons Arbeitervierteln wirklich trifft, mir scheint es symbolhaft überzeichnet. Auf jeden Fall ist Ken Loach eines gelungen: Spätestens nach der Hälfte des Films nervt's.

Zwei Veteranen des Dokumentarfilms gehobenen Niveaus stellten ihre neuesten Produktionen vor. Robert Kramer konfrontiert in Point de départ ("Anfangspunkt") seine Eindrücke vom heutigen Vietnam mit seinen Erfahrungen von 1969, als er The people's war drehte. Er präsentiert keine fertige Meinung, sondern wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet, montiert Bilder und Interviews zu einer assoziativen Collage. Der Film ist zu Beginn ziemlich hektisch, findet aber schnell zu einem ruhigen Rhythmus, der es erlaubt, aus den Gesichtern und Straßenbildern die Geschichte Vietnams herauszulesen.

The last Bolshevik ("Der letzte Bolschewik") von Chris Marker ist die Biografie des russischen Filmpioniers Alexander Medvedkin, der von 1900 bis 1989 lebte. Mit der ihm eigenen Art trockenen Humors zeigt Chris Marker nicht nur ein Stück Filmgeschichte. Er zeichnet nach, wie Kunst in den verschiedenen Phasen der Sowjetunion möglich war, fragt, wie ein überzeugter Kommunist überleben konnte, wie sein Verhältnis zur sowjetischen Realität war.

Olaf Berg

# 41. Akte der Anpassung. "Kursbuch" 113: Alternde Intellektuelle über die "deutsche Jugend"

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:09

15 Jahre nach Erscheinen des Kursbuch 54 zum Thema "Jugend" hat sich die Redaktion erneut an den heiklen Gegenstand herangewagt. Auf dem Umschlag des im September erschienenen Kursbuch 113 steht allerdings "Deutsche Jugend"; die Zeiten haben sich geändert, die Namen und Positionen der AutorInnen auch. Der einzige, der Beiträge zu beiden Heften geliefert hat, ist der ehemalige taz-Redakteur Klaus Hartung, heute Kolumnist der Zeit und unermüdlicher Streiter "Wider den linken Alarmismus" (programmatische Artikelüberschrift in Die Zeit, 19.11.1992), dem er seine "Geistesgegenwart und Klarheit - und eine präzise Vorstellung von den eigenen Kräften" entgegenstellt. (ebd.)

1978 widmete sich der damals 38jährige Hartung der "langandauernden Jugend im linken Ghetto", letzteres nach Meinung des Autors immerhin "auch eine politische Errungenschaft". Sich selbst und den übrigen BewohnerInnen des Ghettos - "die Krankheit, die uns alle eint, ... das ist die Hoffnung" - prophezeite er dauerhafte jugendliche Frische: "Und so bleiben wir zu Recht jung, denn unsere Geschichte ist noch längst nicht am Ziel. Wir müssen jung bleiben, auch wenn die Angst vor dem Alter wächst; oder wir müßten preisgeben wollen, was wir in unserer politischen Jugend begreifen lernten, als wir soviel älter waren als jetzt."

Inzwischen ist Hartung längst dem linken Ghetto entflohen und hat ein Alter erreicht, in dem sich der körperliche Verfall inklusive Gedächtnisschwäche nicht mehr leugnen läßt. Zwar zitiert er wiederholt das Adjektiv "langanhaltend", kommt aber ansonsten nicht explizit auf seinen Aufsatz von 1978 zurück. War damals, zu seiner Zeit, die Jugend "langanhaltend", so gibt es sie heute nicht mehr. "Der Untergang der Jugend" nennt er seinen "Monolog über einen gealterten Begriff" (Unterzeile). Die von den jugendlichen Nazis begangenen rassistischen Gewalttaten - "präventive Akte der Anpassung an das, was in der Gesellschaft mächtig zu werden droht" - markieren für Hartung eine historische Zäsur: "Jene sind nicht aus dem Freiraum ‚Jugend` ausgebrochen, sondern er ist mit ihnen zusammengebrochen." Der "älteren Generation aus der hohen Zeit der ‚Jugend`" empfiehlt er, von den Rechten zu lernen: "Es ist leider so, daß die ‚Rechte` näher an der neuen Realität sich bewegt. Die alten Themen des konservativen Weltbildes - Leistung, Werte Verantwortung, Autorität, Orientierung - haben eine neue Aktualität." Auch wenn Hartung die Mitverantwortung der großen Parteien für die rassistischen Morde sieht, bleiben für ihn "CDU-Politiker oder SPD-Bürgermeister... trotz alledem die Bündnispartner im Kampf gegen die Barbarei."

Kaum weniger dürftig sind die von Peter Schneider vorgeschlagenen Abwehrmaßnahmen. Der Titel seines Beitrags - "Erziehung nach Mölln", in Anlehnung an Adornos Aufsatz "Erziehung nach Auschwitz" - ist allerdings so anmaßend und unbescheiden, daß nicht-polemische Kommentierung schwerfällt. Was Schneider im Kampf gegen "die Barbarei" anbietet, ist die verantwortungsbewußte Intervention der Pädagogen, wenn z.B. bei Schulhofschlägereien "die Sieger auf das wehrlose Opfer" eintreten: "Diese Halbwüchsigen ‚verachten` die elementarsten Regeln der Fairneß nicht etwa, sie kennen sie gar nicht und haben sie nie, nach den Gesetzen von Lohn und Strafe, erlernt. Sie sind nicht entmenscht, sie wurden gar nicht erst zu Menschen gemacht."

"Die Täter sind unter uns"

Wo Schneider - natürlich ein real existierendes - "Problem der Erzieher" ausmacht, offenbart die Lektüre seines Beitrags auch das Problem der Intellektuellen: ihre "wortreiche Denkfaulheit", so Micha Brumlik in seiner Kursbuch-Rezension. (Frankfurter Rundschau, 24.9.1993) Schneiders banale Erkenntnis lautet: Menschen sind zu allem fähig. Jörg Bergmann und Claus Leggewie beantworten anhand einer Fallstudie die nicht unerhebliche Frage: welche Menschen und unter welchen Umständen?

Ihre Beobachtungen in der hessischen Provinz, überschrieben "Die Täter sind unter uns", sind durchaus lesenswert und lehrreich. Leggewie, der konvertierte Antiautoritäre und neubekehrte Streiter für "Auctoritas" (vgl. ak 353, S.35), streut seine anti-antiautoritären Thesen hier vergleichsweise sparsam ein. Der Schwerpunkt der 30 Seiten langen Arbeit liegt auf der detailgenauen Rekonstruktion eines exemplarischen Falles: des Brandanschlags auf ein Asylbewerberheim im hessischen "Geringhausen" (die Namen der Orte

und Personen wurden von den Verfassern geändert) im Oktober 1991, wenige Tage nach dem Attentat von Hünxe und zweieinhalb Wochen nach Hoyerswerda. Die Folgen der Tat sind "harmlos": Der geworfene Brandsatz erlischt, niemand wird verletzt. Die beiden jugendlichen Täter werden kurz nach dem Anschlag festgenommen. Sie werden im Februar 1992 zu Bewährungsstrafen von 15 bzw. 18 Monaten verurteilt, müssen gemeinnützige Arbeit leisten und einen sozialen Trainingskurs besuchen.

Nach genauer Beschäftigung mit Tätern und Tatumständen kommen die Autoren zu dem Schluß, daß die gängigen Erklärungsmuster falsch sind, die da lauten: "Die Täter seien irgendwie ‚gestört` oder ‚asoziale` Angehörige der Unterschicht, die von ihnen selbst erfahrene Gewalt in Familie an probaten Sündenböcken ausagierten." Die Täter von "Geringhausen" sind 18 bzw. 19 Jahre alt, Auszubildende, die das Gymnasium abbrechen mußten, ihre Eltern "brave Leut'" mit Eigenheim, die auch nach der Tat zu ihnen halten. Der eine hat allerdings schon vorher den Kontakt zu seinem Vater abgebrochen. Das "Fehlen der grenzensetzenden Instanz", des Vaters, interpretieren die Autoren kühn als bedeutsam für die Tat: Nicht nur im vorliegenden Fall hätten "Gewalthandlungen nicht primär mit dem Wunsch zur Erniedrigung und Vernichtung anderer zu tun, sondern mit dem narzißtischen Streben, die eigenen Fähigkeiten zu testen und Grenzen auszureizen." Ebenso gewagt erscheint eine weitere psychologisierende Erklärung: Der von den doppelt und dreifach Abgesicherten empfundene "Bedarf nach Risiko" führe zu Gewalttätigkeit aus Langeweile.

An nachprüfbaren Fakten haben Bergmann und Leggewie dagegen einiges zusammengetragen, was den Einzelfall exemplarisch erscheinen läßt: der "heimatverbundene Lokalpatriotismus" der Täter, die sich das Nachbardorf als Tatort aussuchen; ihre Überzeugung, im Einklang mit der Bevölkerungsmehrheit zu handeln; die Beeinflussung durch organisierte Nazis und durch das Fanal von Hoyerswerda; schließlich ihre Unfähigkeit zur Reue: "So wie sie von niemandem explizit aufgefordert wurden, Asylbewerber zu vertreiben, hat sie auch niemand direkt mit der Schwere ihrer Tat, die einem Mordversuch gleichkommt, konfrontiert."

Zum Verhältnis von "Vorsatz und Okkasion" schreiben die Autoren: "Hätten sich die beiden nicht zufällig, aber wie immer am Kreuz (dem örtlichen Treffpunkt; Anm. Js.) getroffen, wäre - zumindest an diesem Abend - nichts geschehen. Doch so zufällig die ganze Geschichte letztlich sein mag, so zwangsläufig mußte sie geschehen - hier oder an einem anderen Ort. Denn nicht die Attacke auf das Asylbewerberheim haben die beiden geplant, wohl aber haben sie sich selbst systematisch - durch den exzessiven Konsum der Volksdroge Alkohol, mit der sie sich täglich ‚zuschütten`, durch die gewollte Abschließung in vulgären Männerbünden und durch die allseits abschreckende Kostümierung mit Springerstiefeln, Bomberjacken und Glatzen - in einen Zustand versetzt, aus dem sich Idee und Ausführung der Tat wie von selbst ergaben und der sie zur extremen Tat befähigte." Die hier beschriebene "zwangsläufige Zufälligkeit" der Tat dürfte auch für etliche andere Anschläge exemplarisch sein.

"Unterschicht" oder "Mittelschicht"?

Daß die Lebensverhältnisse der "Geringhausener" Täter - Ausbildungsstand, finanzielle und familiäre Situation - durchaus im Rahmen des "Normalen" liegen, belegen Bergmann und Leggewie mit Befunden einer Studie, die im Auftrag des Bundesjugendministeriums entstanden ist: "Die meisten (rassistischen Gewalttäter; Anm. Js.) haben niedrige formale Bildungsabschlüsse (überwiegend Hauptschule), aber die wenigsten waren zur Tatzeit arbeitslos. Auch die an höchster Stelle vermutete ‚Asozialität` ist nur bei sehr wenigen feststellbar. Die meisten aktenkundig gewordenen Fälle sind Auszubildende und Facharbeiter, Schüler und Wehrpflichtige, die sich am Wochenende und nach Feierabend in ihrer Nachbarschaft betätigten und auf Befragen ‚als Avantgarde einer breiteren Bewegung` ansehen."

Micha Brumlik, der Bergmanns und Leggewies Arbeit ausdrücklich lobt ("glänzende sozialwissenschaftliche Analysen"), wirft den Autoren gleichwohl vor, sie würden "trotz der erdrückenden gegenteiligen Evidenz durch empirische Forschung die These von der Mittelschichtzugehörigkeit der Täter nicht aufgeben wollen." In Wahrheit verzichten Bergmann und Leggewie auf den Begriff "Mittelschicht". Sie beschreiben die "Geringhausener" Täter als "konforme Rebellen", die sich zwar "in Erscheinung, Habitus und Aktion von den ‚Spießern` unterscheiden", aber gleichzeitig "deutsche Normalität gegen alle von außen kommenden Devianzen" verteidigen. Ihre Werte sind die der "kleinen Leute" - "Leistung, Disziplin, Nation".

Diese Beschreibung stimmt - abgesehen von dem deplazierten Begriff "Rebellen" - mit den Befunden der empirischen Sozialforschung überein. Der Bielefelder Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer - übrigens jemand,

auf den sich Micha Brumlik an anderer Stelle berufen hat - nennt die zwei wichtigsten Tätergruppen: "Die meisten Täter kommen nach unserer Untersuchung aus dem aufstiegsorientierten Milieu. Am zweithäufigsten waren die Jugendlichen aus dem traditionslosen Arbeitermilieu." (taz, 9.10.93)

Birgit Rommelspacher von der Berliner Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik hebt den signifikanten Zusammenhang "zwischen einer instrumentalistischen Arbeitsorientierung, d.h. der vorrangigen Orientierung an Geld, Aufstieg und Status und rechtsextremer Orientierung" hervor. Sie beschreibt einen Tätertyp, der mit dem des von Bergmann und Leggewie nachgezeichneten Falles große Ähnlichkeit aufweist: "Sie bewundern und idealisieren ihre Eltern ob ihres beruflichen und ökonomischen Erfolgs, und für sie ist es selbstverständlich, daß sie selbst auch zu den Erfolgreichen gehören werden." Auch wenn sie - wie die geschilderten "Schulversager" - diese Erwartungen nicht einlösen können, "halten sie das Ideal aufrecht und projizieren ihre Versagensängste auf alle anderen: auf unfähige Lehrer, korrupte Politiker und arbeitsscheue Ausländer." (1)

Daß solchen Tätern mit den von Leggewie, Hartung u.a. reklamierten "Tugenden" nicht beizukommen ist, liegt auf der Hand. Birgit Rommelspacher: "So erscheint es geradezu kontraproduktiv, wenn nun nach einer Rückbesinnung auf die alten Werte von Fleiß, Ordnung und Familie gerufen und den 68ern vorgeworfen wird, sie hätten die Autoritäten zu sehr in Frage gestellt und damit die nachfolgende Generation sich selbst überlassen." Eine Antwort auf diesen völlig richtigen Einwand müssen Bergmann und Leggewie schuldig bleiben.

Js.

Anmerkung:

1) Birgit Rommelspacher: Rassismus und Rechtsextremismus. Der Streit um die Ursachen; in: Bündnis90 Die Grünen (Hrsg.): Rechte Gewalt und Extremismus der Mitte, impulse Band 3, 1993

Kursbuch 113, Berlin (Rowohlt) September 1993, 188 Seiten, DM 15,-

# 42. Friedenspädagogischer Medienservice

Rubrik: Friedensbewegung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:11

Fast jedeR politisch Aktive hat schon vor der Frage gestanden: Wie kann ich einen Gesprächskreis, eine politische Veranstaltung, eine Kampagne (mit zusätzlichem Informationsmaterial) interessanter, soll heißen: über reines Reden und Flugblätter hinaus, gestalten? Und: Wo bekomme ich geeignete Videos, Filme etc. her? Wie erfahre ich, wenn ich nur den Titel kenne, ob der Film oder die Ausstellung nun auch für meinen Zweck brauchbar ist?

Nun hat zwar nicht alle Not ein Ende, aber für etliche Bereiche politischer und sozialer Aktivität ist mit dem vom Verein für Friedenspädagogik Tübingen herausgegebenen Friedenspolitischen Medienservice eine wertvolle Hilfe bei all diesen Fragen entstanden. Die bisher erschienenen Ausgaben führen (Bild-)Medien zu den folgenden Themen auf:

- Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst, Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilligendienste (Ausgabe 1/92)

- Gewaltfreiheit: Ideen, Personen, Aktionen (Ausgabe 2/92)

- Rüstung und Militär (Ausgabe 1/93)

- Fremde und Fremdenfeindlichkeit (Ausgabe 2/93)

- Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Neonazismus (Extra 1, 1993)

- Kinderwelten (Ausgabe 3/93)

In jedem der zwischen 24 und 48 Seiten starken Hefte (im handlichen DIN-A-5-Format) werden Videos, Filme, Tonbildserien und Ausstellungen unter Angabe von Titel, Länge bzw. Umfang und Bezugsadresse zusammen mit einer knappen Inhaltsangabe aufgeführt. Im ersten und noch schmalen Heft (Kriegsdienstverweigerung etc.) waren es 30 Nachweise, im nächsten (Gewaltfreiheit) schon rund 90. Im Anhang jeder Ausgabe werden die Bezugsmöglichkeiten für angeführten Medien nachgewiesen; im gesonderten "Beiheft: Verleihanschriften" sind die Adressen sämtlicher Evangelischer Medienzentralen, Katholischer Medienzentralen, Landesbildstellen, Landesfilmdienste sowie rund 100 "weiterer" Medienverleih-Instanzen enthalten.

Ein nicht zu unterschätzender Vorzug dieses Medienservice ist, daß er von einem Praktiker erarbeitet wird: Daniel Gaede ist seit Ende der siebziger Jahre in der Friedensbewegung auf vielen unterschiedlichen Ebenen - vom Rednerpult bis zur Blockade - aktiv und kennt so die Bedürfnisse und Nöte (friedens-)politischer Arbeit aus eigener langer Erfahrung.

Nach der neuesten Ausgabe "Kinderwelten" folgen die Hefte zu den Themen:

- Europa und der Orient

- Frieden: Ziele, Grundlagen, Bewegungen

- Gewalt und Aggression

- Kriege und Kriegsfolgen

- Der Norden und die Zwei-Drittel-Welt

- Ökologie und Frieden

- Umgang mit der (deutschen) Geschichte

- Schlagwortverzeichnis/Registerband.

Mit insgesamt zwölf Ausgaben soll die Edition bis Herbst 1994 abgeschlossen sein.

Friedenspädagogischer Medienservice. Pro Ausgabe je nach Umfang zwischen vier und sechs DM. Bezug beim: Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V., Bachgasse 22, 72070 Tübingen.

# 43. Wir mußten uns alleine wehren. LiteraturNobelpreis für Toni Morrison

*Literatur-Nobelpreis für Toni Morrison*

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Frauen; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak359/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:43

Die Amerikanerin Toni Morrison erhält als erste Schwarze den Literatur-Nobelpreis. Toni Morrison wurde 1931 in Ohio geboren. Sie schaffte trotz des Geldmangels in der Familie den Sprung an die Universität und studierte Geisteswissenschaften. Nach ihrem Studium unterrichtete sie an verschiedenen Universitäten. Sie wurde Verlagslektorin in New York und veröffentlichte 1970 ihren ersten Roman "Sehr blaue Augen". Seit 1986 lehrt sie an der Princeton Universität Literatur.

Mit der Verleihung des Literatur-Nobelpreises werden ihre sechs Romane gewürdigt, die alle die Lebensbedingungen der Schwarzen in Amerika beschreiben. In der Begründung wird die "poetische Prägnanz" und "visionäre Kraft" ihrer Romane hervorgehoben. Daraus sollte nicht geschlossen werden, daß sie Romane in der Art von "Onkel-Toms-Hütte" geschrieben hätte. Im Gegenteil, die knallharten Schilderungen der Wirklichkeit lassen kein Mitleid aufkommen, welches die Personen nicht ernst nimmt, sondern öffnen die Augen über die vielschichtigen Auswirkungen des weißen Rassismus. In ihren Büchern setzt sie sich mit dem Verlust der schwarzen Identität in einer rassistischen Gesellschaft auseinander. Und mit der besonderen Situation von schwarzen Frauen. Schwarz und Frau zu sein bedeutet doppelte Diskriminierung. So sind es auch die Frauen, deren (Über)Lebenskampf sie in ihren Romanen beschreibt. Die Frauen in ihrem Kampf gegen den Rassismus der Weißen und im Kampf um Emanzipation.

Dabei schont sie niemanden, nicht die weißen Rassisten, verschweigt nicht den Rassismus der weißen Frauenbewegung, setzt sich mit dem Sexismus der schwarzen Männer auseinander und schildert das Bemühen von schwarzen Frauen, ihre schwarzen Attribute "abzulegen". So beschreibt sie, mit welch schmerzhaften Prozeduren Frauen versuchen, ihre krausen Haare zu glätten oder ihre Haut aufzuhellen, weil sie damit die Hoffnung verbinden, nicht mehr in diese tiefe Diskriminierung gestoßen zu werden. Doch sie spricht auch mit aller Deutlichkeit aus, daß das Handeln der Schwarzen in völliger Abhängigkeit vom Leben in einer rassistisch segregierten Gesellschaft geschieht. Ihre brutal ehrlichen Beschreibungen der Schwarzen Realität sind es auch, die diese Romanen mit Leben erfüllen und die gleichzeitig die Wahrheit über die amerikanische Gesellschaft sagen.

Die WoZ (1) hatte Gelegenheit zu einem Interview mit Toni Morrison. Im folgenden kurzen Auszug erfährt mensch einiges vom Denken und den Vorstellungen der Schriftstellerin:

WoZ: In "Jazz" schreiben Sie, daß schwarze Frauen bewaffnet und gefährlich waren. Haben schwarze Frauen aufgrund ihrer Geschichte ein anderes Verhältnis zur Gewalt als weiße Frauen?

Toni Morrison: Ich glaube, daß schwarze Frauen der Männergewalt immer noch mehr ausgesetzt waren. Der Gewalt von weißen und schwarzen Männern. Sie wußten das, und stets waren sie darauf vorbereitet. So waren sie willens, sich zu wehren. Immer. Das brachte ihnen den Ruf ein, gewalttätig, hart, unzivilisiert zu sein. Schwarze Frauen wußten immer, daß jemand das Recht hatte, sich auf sie zu stürzen und daß sie vor Gericht keine Rechte hatten. Das, was weißen Frauen heute geschieht, daß ihnen niemand glaubt, wenn sie wegen Vergewaltigung vor Gericht gehen, war für schwarze Frauen immer schon der Fall. Sie waren gezwungen, sich selbst zu verteidigen. Manchmal geschah das als persönliche, bewaffnete Verteidigung, und dann wieder schlossen sie sich in riesigen Clubs zusammen. Unter den schwarzen Frauen hat es starke Club-Bewegungen gegeben. Das waren nicht nur kirchliche Vereine, sondern gesellschaftliche Zusammenschlüsse, in denen die Frauen einander halfen und schützten. Ich vermute, daß sich die weißen Frauen in der Siedlerzeit ähnlich verhielten. Sie werden auch tough, stark und bestimmt gewesen sein, als sie alleine in den ländlichen Gebieten lebten, als ihre Männer weg waren und sie die Kinder aufzogen und für ihren Schutz verantwortlich waren. Heutzutage jedoch, wo die Regierung und die Institutionen den weißen Frauen viel Verantwortung abgenommen haben, hört man viele von ihnen darüber klagen, daß sie keinen Einspruch dagegen erheben können. Vor fünfzig Jahren gab es niemanden, bei dem man seine Klage hätte vorbringen können. Ich habe eine Geschichte von einer schwarzen Frau in Florida gehört, die von einem Bekannten vergewaltigt worden

war. Sie erzählte den Vorfall ihren Freundinnen, und dann gingen alle mit Baseballschlägern bewaffnet zu seinem Haus und töteten ihn fast. Die Frauen wurden wegen tätlichen Angriffs und Mordversuch verhaftet. Sie selbst hatten weder die Polizei gerufen, noch waren sie vor Gericht gegangen. Sie hatten es in ihre eigenen Hände genommen. Das war überlebensnotwendig für die Frauen in den Staaten.

Sie haben einmal geschrieben, daß weiße Frauen für schwarze Frauen wie Kinder seien, weil sie immer von weißen Männern, von der Polizei oder vom Staat beschützt würden?

Zu jener Zeit, als ich jung war, war das sicher so, daß schwarze Frauen, die in Häusern von Weißen arbeiteten, der Meinung waren, die weißen Frauen seien verwöhnt, ein bißchen albern und ein bißchen unfähig. Ja, daß sie dumm seien und nie mit dem Leben konfrontiert würden. Das sind natürlich Verallgemeinerungen, ein Angriff auf die unterdrückende Klasse. Eigentlich betrachten die schwarzen Frauen die weißen als eine größere Ausgabe jener Kinder, für die sie zu sorgen hatten. Die weißen Frauen hatten auch einen nicht selbst erkämpften Status inne. Sie waren verweichlicht, wurden aber auf einen Sockel gestellt, beschützt und als Wunder bestaunt. Ich erinnere mich an die Schilder mit der Aufschrift "white ladies"/"coloured women", die überall in den Staaten und vor allem im Süden zu finden waren: weiße Ladies, farbige Frauen. Heutzutage will natürlich niemand mehr als "Lady" bezeichnet werden. Alle Frauen wollen Frauen genannt werden. Aber in jener Zeit ging es darum, so umfassend als möglich einen Unterschied zu machen. Es ist interessant zu sehen, wie sich das verkehrt hat. Wenn man heute eine Frau "white lady" nennt, läuft man Gefahr, geschlagen zu werden.

Wie sehen Sie die Beziehung zwischen Geschlecht, Rasse und Klasse?

Das kommt darauf an. Weiße und schwarze Feministinnen betonen die Bedeutung der Kategorie Geschlecht, manchmal wird sie überbetont. Ich spiele nicht mit der Hierarchie dieser Begriffe, weil ich von allen betroffen bin. Gewisse Probleme sollte man mit dem Begriff der Rasse angehen, andere mit dem Klassenbegriff und wieder andere unter dem Aspekt des Geschlechts. Man betrachtet die politische Situation und stellt fest: Hier geht es um Klasse, hier um Rasse. Oder um die Frage des Umgangs mit der Macht. Nicht nur zwischen Männern und Frauen, sondern auch unter den Frauen selbst. Wenn die Frauen das Gefühl haben, sie müßten wie die Männer werden, dann ist das auch ein Geschlechterproblem. Als die weiße Frauenbewegung wieder aktiv wurde, tat sie das im Gefolge der schwarzen Befreiungsbewegung. Wenn die weißen Frauen zu ihren großen Frauentreffen gingen, ließen sie die armen Frauen zurück, die sich um ihre Kinder kümmern mußten. Es kam ihnen gar nicht in den Sinn, daß es gewisse Geschlechterrechte gibt, die auch für ihre Dienstmädchen galten. Dort zeigte sich ein großer Klassenunterschied. Die Tatsache, daß ihre Dienstmädchen wahrscheinlich mehrheitlich schwarz waren, machte diese Haltung zusätzlich zu einem "Rassen"problem.

In Deutschland und der Schweiz haben die Frauen damit angefangen, den Rassismus innerhalb der Frauenbewegung zu diskutieren. Haben die schwarze und die weiße Frauenbewegung dieselben Ziele?

Das kommt darauf an, manchmal sind sie sehr unterschiedlich.

Wo sehen Sie die Unterschiede?

Weiße Frauen erkennen oft nicht, daß auch sie vom Rassismus betroffen sind. Sie verstehen nicht, daß ich mich nicht zwischen einer weißen Frau und meinen Söhnen entscheiden kann. Weil meine Söhne schwarze Männer sind. Weil sie in Gefahr sind, gilt meine Sorge in erster Linie ihnen. Ich habe diese riesigen Verpflichtungen, ich werde mich nicht gegen meine Söhne entscheiden, nur weil eine weiße Frau das eine gute Idee findet. Weiße Frauen müssen keine solche Wahl treffen, ich aber schon. Manchmal entsteht auch eine machtvolle Verständigung zwischen weißen und schwarzen Frauen. Beide brauchen heilende Erfahrungen, um zusammenfinden zu können. Zum Beispiel in der Frage um die sexuelle Belästigung, eine Frage, die über die Frage nach Rasse, Klasse oder Geschlecht hinaus- geht. Jede Frau, ob sie nun Richterin oder Serviererin bei McDonald's war, weiß darüber Bescheid. Welche Frau könnte sich nicht an eine Machtbeziehung erinnern, die mit ihrem Arbeitsplatz oder ihrer häuslichen Arbeitssituation zu tun hatte, in der ein Chef oder irgendein Mann sie zu seinem Vorteil ausnutzte. Das ist eine machtvolle und einigende Diskussion, die über die Schranken von Rasse und Klasse hinwegführt.

Was glauben Sie können weiße Frauen tun, um Zusammenarbeit und Verbindungen zu ermöglichen?

In den Vereinigten Staaten ist das eine ernsthaft diskutierte Frage, weil ihr eigener Rassismus für die weißen Frauen ein ernstes Thema ist, die Konfrontation mit den eigenen Verletzlichkeiten. Denn niemand möchte von sich sagen: Ich bin eine Rassistin. Und doch müssen sich die Weißen damit auseinandersetzen, um die für die Veränderungen nötige Sensibilität zu entwickeln. Rassismus tritt in ganz verschiedenen Formen auf, auch solchen, die erst noch erkannt werden müssen. Das beste Mittel ist der Dialog.

(1) Das fast dreiseitige Interview ist in der Züricher Wochenzeitung Nr. 21 von 28. Mai 1993 erschienen.

Toni Morrisons Romane "Sehr blaue Augen", "Sula", "Salomons Lied", "Teerbaby", "Menschenkind", "Jazz" gibt es in deutscher Übersetzung. Sie sind im Rowohlt Verlag erschienen.

# 44. HipHop und Toyotismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:10

"Gedichte als Leserbriefe" findet unser Leser J. Brett aus Tübingen zwar "schrecklich", trotzdem hat er versucht, Karl Heinz Roths Artikel "Die Wiederkehr der Proletarität" (ak 356), in dem es u.a. um den "Toyotismus" geht, in Gedichtform umzusetzen.

linksrap

schock im herbst - die mauer ist gefallen

kapital - vor freude muß es lallen

gutgemeinte warnung - und entsetzensschrei

tod der vernunft - schuldig mark und völlerei

mitleid nur - mit denen die sich wehrten

ansonst war klar - das sie die taschen leerten

propaganda medien - rosaroter rauch

gürtel enger schnallen - wir stehen auf dem schlauch

und die linken sind gelähmt

und die linken sind gelähmt

denn der alte marx hat recht

denn der alte marx hat recht

an den grenzen seines wachstums

ergehts dem kapital erst schlecht

gorbatschow - hirnbefleckte puppe

held des kapitals - kocht ihm ne gute suppe

die welt zerbricht - es gibt großes händereiben

alles vergeht - doch die geldmacht die wird bleiben

die welt durch drei - welch profitables ziel

der dax der steigt - ein wunderbares spiel

es gibt die reichen - die fette brd

der feldberg braucht - künstlichen schnee

burkina faso - hunger und tod

gewinnerrechnungsschema - not tut not

dazwischen der puffer - nicht fleisch nicht fisch

teilen und herrschen - noch längst nicht vom tisch

und die linken ...

und in deutschen landen - rasen nazibanden

was wirklich passiert - kommt dabei fast abhanden

die gesellschaft zerbricht - es gibt großes händereiben

alles vergeht - doch die geldmacht die wird bleiben

teile und herrsche - auch hier das spiel und ziel

die obersten diener - erhalten ziemlich viel

ruhe und ordnung - kosten etwas geld

genügend arbeiter - werden zufriedengestellt

zuckerbrot und peitsche - für die untre schicht

aufstände vermeiden - das ist staates pflicht

in diesem zustand - da kann der reibach fließen

und nur die raf - tut ab und zu noch schießen

krake kapital - bedingungslos gewonnen

jede hoffnung - scheint zerronnen

und die linken ...

linksrap 2

gewinner kapital - du riese ohne sinn

den eisernen handschuh - werf ich dir heftig hin

der eine hält ne rede - der andre singt ein lied

der dritte kämpft auf arbeit - der vierte sitzt im ried

wo sie sich auch verkrochen - die linken sind noch hier

fraktionen aufzuheben - ein jeder ist dafür

felder zur arbeit - die auswahl ist sehr groß

internationalismus - und auf den eignen klos

und wacht jetzt auf - verdammte dieser erde

daß dieser kampf - erfolgreich werde

und die hoffnung aufzugeben

und die hoffnung aufzugeben

das ist verboten schlecht

das ist verboten schlecht

denn hoffnungslose menschen

sind der geldmacht nur zu recht

Devrimçi Sol

Betr.: Ein mörderischer Streit (ak 358)

Liebe Genossinnen und Genossen!

Hiermit schicken wir Euch unsere Stellungnahme zu den bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb DS, mit der Bitte, diese als Leserbrief zu veröffentlichen!

Mit solidarischen antiimperialistischen Grüßen

Palästinagruppe Westberlin

"Wir verurteilen den Mord an Erçan und sprechen der Familie unser tiefes Mitgefühl aus. Wir distanzieren uns von dem unverantwortlichen Verhalten der Vertreter beider Fraktionen von DSG in Berlin.

Seit Monaten führen beide die Diskussion um die "richtige Linie" mittels gegenseitiger Beschimpfungen, Drohungen wie auch körperlicher Auseinandersetzungen. Das Resultat in Berlin: Erçan ist tot.

Erçan ist uns seit Jahren in der linken Bewegung als engagierter Genosse für den Kampf gegen die türkische Oligarchie bekannt gewesen.

Als wir zufälligerweise und erst Anfang dieses Jahres von dem Konflikt erfuhren, baten wir einen Vertreter, uns darüber zu berichten. Bei diesem Gespräch erklärten wir, daß wir versuchen werden, die andere Seite ebenfalls zu einem Gespräch zu bitten, was wir dann auch machten. Als deutsche Internationalistinnen und Internationalisten, also außerhalb dieses internen Streits stehend, wollten wir mit beiden Seiten Reden, um uns unabhängig ein Bild machen zu können und nicht von einer Seite funktionalisiert zu werden. Als zusätzlich Sprachunkundige sind wir auf direkte Gespräche angewiesen, da wir die Problematik nicht über türkischsprachige Veröffentlichungen nachvollziehen können. Diese Gespräche haben zu unserem Bedauern nicht stattgefunden, so daß wir uns genötigt sahen, uns von dritter Seite bruchstückhaft vorhandene Publikationen von beiden Seiten übersetzen zu lassen. Da wir bis heute den Konflikt mangels konkreter Informationen nur teilweise nachvollziehen können, können wir bis heute keine Position beziehen. Wir weisen daher jede Unterstellung, für oder gegen eine Seite zu sein und für oder gegen eine Seite zu arbeiten, entschieden zurück. Im Gegensatz zu anderen Deutschen haben wir aus diesem Grund keine dieser Fraktionen beraten noch ihr bei Übersetzungen geholfen. Beide Seiten sind uns bis heute trotz Zusage die versprochenen Beweise, die eine solche Auseinandersetzung angeblich rechtfertigen, schuldig geblieben.

Die Entwicklung seit Herbst letzten Jahres können wir nicht beurteilen. Aber die Form der Auseinandersetzung können wir beurteilen: Sie nützt nur den Herrschenden.

Mit dem Wissen beider Fraktionen um unseren informellen Kontakt zu beiden Fraktionen wird uns inzwischen jegliche Information von der einen mit der Begründung verweigert, wir hätten Kontakt zu der anderen Seite. Letzten Donnerstag wurde uns zusätzlich das Betreten des Halk Evi zu einer Informationsveranstaltung für Deutsche untersagt.

Da nach unserer Einschätzung auf der 1. Mai-Demonstration Auseinandersetzungen zwischen den beiden Fraktionen zu erwarten waren, haben wir eine der Fraktionen eindringlich aufgefordert, nicht an der Demonstration teilzunehmen. Wir haben die Zusage erhalten, die Gegenseite bei Erscheinen zu respektieren und die Streitigkeiten nicht während der Demonstration weiterzuführen. Dieses Gespräch fand statt, nicht um in die internen Angelegenheiten der Organisation einzugreifen, sondern um damit zu verhindern, daß die 1. Mai-Demonstration im Interesse welcher Fraktion auch immer funktionalisiert wird. Unser Interesse war, daß die Situation nicht zum Nachteil und Unverständnis aller an der Demonstration Teilnehmenden eskaliert.

Wir wiederholen:

Wir sind entsetzt über den Tod von Erçan.

Wir weisen jede Unterstellung zurück, uns auf eine der beiden Seiten gestellt zu haben.

Wir lassen uns nicht funktionalisieren!

4.5.93

# 45. Quelldatei 24.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:24

Kuba

Mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers verlor Kuba in kurzer Zeit seine wichtigsten Handelspartner. Kuba mußte einen Platz in der kapitalistischen Weltwirtschaft finden. Dieser Versuch einer Umorientierung wird wesentlich durch die nach wie vor bestehende Wirtschaftsblockade durch die USA behindert. Eine drastische Minderung des Lebensstandards in allen Bereichen kennzeichnet derzeit die Situation auf Kuba. Die "ökonomische Öffnung" erfordert Maßnahmen, die zu früheren Zeiten undenkbar waren, weil sie die Benachteiligung großer Bevölkerungsgruppen zur Folge haben. - Diese Problematik wird in der Rede Castros zum Jahrestag des Sturms auf die Moncada-Kaserne ebenso behandelt wie in zahlreichen weiteren Beiträgen kubanischer Politiker und Autoren, die in der aktuellen Ausgabe von Cuba Libre dokumentiert werden.

Cuba libre. Nr. 3/93 (Okt. 93). 68 S., 5,-DM

Lateinamerika

"Impunidad" (etwa: Straffreiheit, Straflosigkeit) ist das Schwerpunktthema der September-Ausgabe der Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Gemeint ist die Tatsache, daß in den meisten lateinamerikanischen Ländern die Verantwortlichen für staatlichen Terror und schwere Menschenrechtsverletzungen bisher nicht zur Verantwortung gezogen werden. Hierbei geht es nicht allein um Strafe im eigentlichen Sinne oder nur um Vergeltung, sondern auch und entscheidend um den Sieg über die politische Macht, der es in Lateinamerika bisher noch immer über den Weg von Amnestiegesetzen gelungen ist, sowohl sich als auch ihre repressiven Apparate von einer Herrschaftsperiode zur nächsten zu retten und damit jeden Demokratisierungsversuch im Keim zu ersticken. - Erörtert wird in der neuesten ila die "impunidad" in Kolumbien, Bolivien, Chile, Argentinien, El Salvador, Venezuela, Guatemala, Brasilien, Paraguay und Uruguay.

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. H. 168, Sept. 93. 76 S., 7,-DM

Judentum

Als die Tribüne - Zeitschrift zum Verständnis des Judentums 1961 zum ersten Mal - als Reaktion auf die antisemitische Welle 1959/60 in der BRD - erschien, nahmen ihre Herausgeber an, daß für ihre Publikation nur einige wenige Jahre Grund und Bedarf gegeben sein würden. Mitterweile sind aus den "einigen wenigen" ganze 32 Jahre geworden, da es zum einen nach wie vor eine latente wie zuweilen auch manifest sich äußernde Judenfeindschaft in der BRD zu bekämpfen gilt und zum anderen ein gewisses Interesse in der nicht- jüdischen deutschen Bevölkerung besteht, Juden mit, wie es im Untertitel der Zeitschrift heißt, "Verständnis" zu begegnen. Die Qualität der einzelnen Beiträge ist durchaus unterschiedlich. Neben rein apologetischen Beiträgen und vermutlich nur der Subventionssicherung dienenden meist nichtssagenden Interviews mit etablierter Polit-Prominenz stehen häufig fundierte Aufsätze zur jüdischen Geschichte, jüdischen Persönlichkeiten und eine Vielzahl aktueller Beiträge nebst Rückblicken auf die jeweiligen Vormonate und einem Pressespiegel auch über Entwicklungen in Israel.

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. - Viermal jährlich im Umfang von 200-240 S., Einzelpreis 10,- DM, Abo inkl. Zustellung 49,60 DM. Bezugsadresse: Tribüne, Habsburgerallee 72, 60385 Frankfurt am Main

Intervention

Die Debatte über "humanitäre Interventionen" tritt auf der Stelle. Statt seriöser Untersuchung des Verlaufs und der Ergebnisse solch vorgeblich humanitärer Aktionen wird ein Streit geführt, der oft mehr mit der eigenen Befindlichkeit zu tun hat als mit der Situation der Menschen und Völker, in deren Namen gesprochen wird. Der Forderung nach prinzipieller Gewaltlosigkeit wird entgegengehalten, daß "wir" nicht tatenlos zusehen, "Verantwortung wahrnehmen" müßten. "Je weniger ein absoluter Pazifismus auf barbarische Regime und diktatorische Unterdrückung eine Antwort weiß", meint die Redaktion der blätter des iz3w, "desto mehr plädiert

man auf der anderen Seite für Interventionen, die Menschenrechte mit Gewalt durchsetzen sollen." - Neben Beiträgen zur UNO und zu "Out-of-area"-Einsätzen der Bundeswehr enthält das Schwerpunktthema der blätter, "Friedensengel im Einsatz", Darstellungen zu den "humanitären Interventionen" in Somalia, Liberia und Kambodscha. - Die vorliegende Ausgabe enthält des weiteren einen sehr beachtenswerten Beitrag von Saral Sakar, der unter dem Titel "Entwicklungspolitik in der Kulturfalle" die romantisierend-nostalgischen Appelle von "westlichen oder verwestlichten Sympathisanten der indigenen Völker" für die Erhaltung "authentischer Kultur" einer herben Kritik unterzieht.

blätter des iz3w. Nr. 192, Okt. 93. 60 S., 6,-DM

Wolfgang Grams

Eine Dokumentation der Beiträge, die auf der Demonstration am 10.7. in Wiesbaden und der Kundgebung am 11.7. in Bad Kleinen zum Tod von Wolfgang Grams gehalten wurden, hat der Wiesbadener "Verein zur Förderung der politischen Kultur durch Kommunikation e.V." erarbeitet. Dieser Dokumentation angeschlossen ist ein umfangreicher Pressespiegel zu den Demonstrationen und nachfolgenden Geschehnissen.

Dokumentation der Demonstration in Wiesbaden und der Kundgebung in Bad Kleinen zum Tod von Wolfgang Grams. 76 S., 6,- DM. Bezugsadresse: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Roma

Vierzig Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien suchten am 16.5.93 in der Evangelischen Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ- Gedenkstätte Dachau Zuflucht vor der Abschiebung. Die erste Dokumentation informierte über den ersten Monat, bis Mitte Juni, der Roma in der Gedenkstätte. Die nun vorliegende zweite Dokumentation informiert über die weitere Entwicklung bis Ende August.

Celem, Celem. Eine Dokumentation von Dachau bis Vöhrenbach. Bezugsadresse: Aktion Zuflucht, c/o Zentrales Fachschaftsbüro, Keplerstr. 17, 70174 Stuttgart. 60 S., kein Preis angegeben.

# 46. Die BNP - der legale Arm der britischen Nazis

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:25

Die British National Party wurde 1982 als eine der vielen Abspaltungen der National Front gegründet und sitzt mit ca. 2.000 Mitgliedern und 90 Ortsgruppen in Großbritannien fest im Sattel. Sie ist als legaler Arm der britischen Ultrarechten einzuordnen, während die British National Socialist Movement (Britische Nationalsozialistische Bewegung) und die Terrororganisation C 18 - C für Combat = Kampf; 18 für 1. und 8. Buchstabe des Alphabets = A(dolf) H(itler) - bei personellen Überschneidungen in konspirativen Strukturen arbeiten.

Spitzenfunktionäre der BNP erfreuen sich der Bekanntschaft konservativer Parlamentsmitglieder, während ihre braune Gefolgschaft relativ ungestört von Polizei und Geheimdienst mit NS-Symbolen in der Öffentlichkeit hantiert, Drohbriefe an politische Gegner und Ausländer verschickt, deren Häuser regelrecht belagert und selbst vor Mord und Totschlag nicht zurückschreckt. Vom Hauptquartier in Welling/Kent aus steuert John Hutchyns Tyndall die Partei, die sich mehrere eigene Periodika leisten kann, z.B. "Britischer Nationalist - Für Rasse und Nation" und "Speerspitze".

Im eigenen Buchversand kann (auch deutschsprachige) Literatur über die "Auschwitzlüge" ebenso geordert werden wie antisemitische Aufkleber: "Zyklon B - sechs Millionen zufriedene Kunden". BNP-Mitglieder finden sich alljährlich zum Rudolf-Hess-Marsch in der Bundesrepublik ein. Auch auf dem Domplatz in Fulda wehten vor wenigen Wochen die Fahnen der Briten, als Delegationsleiter John Peacock eine zündende Rede hielt.

Die Beziehungen zu den deutschen Kameraden sind traditionell exzellent, das beweisen die innigen Verbindungen zwischen dem adligen englischen Faschistenführer Sir Oswald Mosley und Adolf Hitler und zwischen dem deutschen Rechtsterroristen Manfred Roeder und Hess-Gedenkmärschler John Peacock. Peacock im Originalton: "Die Hand von Manfred Roeder zu schütteln, dessen Verehrung für die weiße Rasse für uns alle inspirierend ist, war eine wirkliche Ehre und ein Privileg für mich ... Well, Manfred, wenn Du mir sagst, wie man Flüchtlingsheime in die Luft bombt, sage ich Dir, wie man mit Waffen umgeht."

Beste Verbindungen bestehen auch zum Ku-Klux-Klan, zur französischen Front National und zur Elite der Revisionisten, deren europäischer Frontmann, David Irving, im noblen Londoner Stadtteil Mayfair residiert.

BNP-Organisationsleiter, "Gauleiter" Richard Charles Edmonds, hat anläßlich der gewonnenen Wahl Bundeskanzler Kohl besonders gewürdigt. Er habe durch seine neuen Anti-Asylgesetze den Immigrantenstrom gestoppt. "Es beeindruckt uns, wie die deutsche Regierung mit dem Problem umgeht." Im übrigen "hegen wir tiefe Bewunderung und Respekt für die deutschen Rassisten und Nationalisten, die wie wir für die weiße Rasse kämpfen."

Markus Wallenberg

(aus: "Neues Deutschland", 22.9.93)

# 47. Quelldatei 31.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:31

Kalender

Hüttendorf Dissen

Seit dem 24. April 1993 halten GegnerInnen der A 33 ein Trassenteilstück in der Nähe von Osnabrück in Dissen besetzt, sie haben dort ein Hüttendorf errichtet. Derzeit gehört das Gelände einem Bauern und Kläger gegen die A 33. Rot-Grün hat für diesen Teilabschnitt der Autobahn den Sofortvollzug beantragt. Am 20.10. wird das Oberlandesgericht Lüneburg endgültig entscheiden. Aus diesem Anlaß führen die HüttendorfbewohnerInnen und -freundInnen Aktionstage durch.

20.-31.10.93: Praktische und theoretische Workshops.

23.10.93, 15 Uhr: Protestdemonstration in Dissen, anschließend Party anläßlich der sechsmonatigen Trassenbesetzung.

Kontakt: Anti-A 33-Camp, c/o Dieter Rahmann, An der Bundesstr. 19, 33829 Borgholzhausen. Tel. (05425) 5532.

Frauen in Palästina

Ahlam Samhan von der Westbank (Generalsekretärin der "Palestinian Federation of Women's Action Committees"), Sumaya Farhat-Nasser von der Westbank (Dozentin an der Bir-Zeit-Universität), Raieda Abda aus Israel (Al Fanar, palästinensische feministische Organisation) und Roni Ben Efrat aus Israel (Gründungsmitglied der "Frauen in Schwarz") informieren über Frauen und Frauenbewegung in Palästina.

25.10.93, 19.30. Frauenbildungszentrum DENK-T- RÄUME, Grindelallee 43, Hamburg. Nur für Frauen

MASCH Hamburg

Die Kurse der Marxistischen Abendschule (MASCH) Hamburg zu Texten von Marx, Adorno, Faschismustheorien u.v.a.m. beginnen zwischen Ende Oktober 93 und Anfang 94. Unter den ersten Veranstaltungen der MASCH Hamburg im Wintersemester:

27.10.93, 20 Uhr. Günter Reimann stellt sein Buch "Berlin-Moskau 1932" vor. Universität Hamburg, Allende-Platz 1, Raum 108.

9.11.93, 20 Uhr. Oliver Tolmein über "Ethik auf Abwegen" (Buchvorstellung). Buchladen im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, Hamburg.

18.11.93, 19 Uhr. Vortrag von Joachim Bischoff "Was folgt auf den Sozialstaat?" Universität Hamburg, Allende-Platz 1, Raum 108.

Nähere Informationen: MASCH Hamburg, c/o akzent, Grindelallee 28, 20146 Hamburg.

Menschenrechtsarbeit in Israel und Palästina

Über die Menschenrechtsarbeit in Israel und in den besetzten Gebieten informieren und diskutieren die Israelin Tamar Pelleg-Sryck (als Rechtsanwältin für die Association of Civil Rights in Israel tätig mit den Arbeitsschwerpunkten Gazastreifen und Gefangenenlager "Ansar 3") und der Palästinenser Fateh Azzam (Geschäftsführer und Programmkoordinator der Menschenrechtsorganisation Al Haq - Law in the Service of Man). Eine Veranstaltung der Hamburger Mitglieder und Freunde des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Hamburg und unterstützt vom Palästina-Arbeitskreis.

28.10.93, 19.30 Uhr. Evangelisch-Reformierte Kirche, Ferdinandstr. 21 (Zentrum), Hamburg.

Neofaschismus in der BRD

Im Rahmen eines halbtägigen Symposiums zum "Neofaschismus in der BRD heute" werden - nach dem Eröffnungsreferat über "Konservativismus und Neue Rechte in der BRD" - Arbeitsgruppen durchgeführt zu den

Themen: Neue Rechte in Frankreich, Konservatismus und Neue Rechte, die intellektuelle Neue Rechte, die rechte Jugendpresse in der BRD, faschistische Politik vor Ort und Abwehrmöglichkeiten. Die Arbeitsgruppen werden von Fachleuten - Wissenschaftlern, Publizisten und Aktivisten - geleitet.

1.11.93 (ab 13 Uhr) in Mannheim. Anmeldungsunterlagen sind anzufordern beim: Symposium "Neonazismus in der BRD heute", c/o Forum der Jugend, Neckarpromenade 46, 68167 Mannheim. Tel. (0621) 2933906.

Novemberpogrom

Dr. Ursula Randt, die in den letzten Jahren mit Publikationen zur Hamburger jüdischen (Verfolgungs-)Geschichte hervorgetreten ist, hält zur Erinnerung an den Novemberpogrom 1938 in der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule Hamburg zwei Vorträge:

11.11.93, 19.30 Uhr: In der Schule verhaftet ... Der Novemberpogrom von 1938 in Augenzeugenberichten.

25.11.93, 19.30 Uhr: Deportationen von Hamburg aus im Spiegel von Augenzeugenberichten (1938, 1941-44).

Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr. 35, 20357 Hamburg.

Rechte - Umweltschutz - Spiritualität

Ziel des Seminars "Gefahr von Rechts im Mantel von Umweltschutz und Spiritualität" ist es, die weltanschaulichen Zusammenhänge zwischen bestimmten Tendenzen in der Esoterik/New Age, bestimmten Tendenzen im ökologischen Diskurs und rassistischen bzw. faschistischen Weltbildern zu diskutieren. Zu den ReferentInnen des Seminars gehört auch Jutta Dithfurth, die sich mit der Thematik dieses Seminars eingehend befaßt hat.

12. u. 13.11.93 in Vlotho. Anmeldungsunterlagen beim: Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE), Horstweg 11, 32602 Vlotho. Tel. (05733) 6800.

Militarismus

Der Projektbereich Internationalismus der Ökologischen Linken lädt zu einer Veranstaltung "Über ‚deutsche Humanität` in der ‚neuen` Weltordnung" und die ",Entwicklungshilfe` der Bundeswehr" ein.

13. u. 14.11.93. Umweltzentrum Bielefeld, August-Bebel-Str. 16, Bielefeld. Kontakt: Ökologische Linke, FB Internationalismus, c/o Karin Döpke, Schulstr. 47, 80634 München.

Eine "Europaweite Konferenz gegen Krieg und Militarismus" veranstaltet der Alexander Horn Verlag - neues forum.

13. u. 14.11.93. Ökohaus, Kasselerstr. 1a, Frankfurt am Main. Kontakt: Alexander Horn Verlag, Postfach 600843, 60338 Frankfurt.

Neue Rechte

Das Seminar "Neue Rechte", veranstaltet vom Antifaschistischen Bildungs-, Informations- und Dokumentationszentrum Nürnberg, beginnt mit einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung zum Thema "Innere Sicherheit - autoritäre Staatsmodelle". Für den folgenden Tag sind sieben Arbeitsgruppen (Geschichtliche Wurzeln der Neuen Rechten, Entwicklung seit 1945, Biologistisches Menschenbild, Eurokonzeptionen der Neuen Rechten, Frauenbild, Ökologie, New Age) unter der Leitung von FachreferentInnen vorgesehen. Der letzten Tage soll der Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse dienen.

19.-21.11.93 in Nürnberg. Anmeldung (bis spätestens 5.11.!) an: ABIDOZ, Rothenburgerstr. 106, 90439 Nürnberg. (Teilnahmegebühr 40,-, erm. 30,- DM.)

# 48. Begehrlichkeiten aus dem Leitantrag

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:36

1. Strafprozeßordnung / Strafmaß / Strafbarkeit / mit Auswirkungen auf Verteidigerrechte / Haftrecht

- Ablehnung der Verfahrenseinstellung nach dem Opportunitätsprinzip bei bestimmten (geringen Schadens-) Delikten.

- Heraufsetzung der Mindest- und Höchststrafen für alle Gewaltdelikte vom Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte bis zur einfachen Körperverletzung.

- Verfolgungspflicht aller Körperverletzungs- und Beleidigungsdelikte von Amts wegen auch ohne Vorliegen eines "besonderen öffentlichen Interesses".

- Beschleunigung aller Strafverfahren. Insbesondere Beschränkung des Beweisantragsrechtes, erleichterte Möglichkeit zur Ablehnung von Beweisanträgen wegen Verfahrensverschleppung.

- Neue Strafvorschriften gegen Gewaltverherrlichung in den Medien.

- Erweiterung des Geldwäsche-Straftatbestandes auf Gewinne aus Betrug, Untreue, Geld- und Urkundenfälschung. Möglichkeit zur Telefonüberwachung bei Geldwäscheverdacht und zur kontrollierten Weiterleitung von "schmutzigem Geld". Beweislastumkehr bei allen sichergestellten Vermögenswerten ohne nachgewiesenen legalen Erwerbsgrund.

- Allgemeine Kronzeugenregelung (über Terrorismus hinaus)

- Keine "resignative Flucht in die Legalisierung", "konsequenter und systematischer" Kampf gegen Drogen. Bei bandenmäßigen Btm-Delikten lebenslange Freiheitsstrafe. Strengeres Haftrecht für "Drogenkriminelle".

- Untersuchungshaftrecht wegen Wiederholungsgefahr "sollte umfassend erweitert (werden), insbesondere" auf Menschenhandel und Schleuserkriminalität (!), Förderung der Prostitution, Zuhälterei, Widerstand, Volksverhetzung, Land- und Hausfriedensbruch. Verringerung der Haftvoraussetzungen: Wegfall der einschlägigen Vorverurteilung als Indiz für Wiederholungsgefahr. Alle Länder sollen die Möglichkeit verankern, bis zu 14 Tagen präventiven "Unterbindungsgewahrsam" zu verhängen.

- Im Knast Überprüfung der Vollzugslockerungen und Verstärkung der Kontrollen. Geld für Wiedereingliederung gezielt einsetzen nach Deliktart und -häufigkeit sowie Rückfällen der Gefangenen.

2. Schnüffel, Horch und Guck

- Zusammenlegung von Bundeszentral-, Verkehrszentral- und Führerscheinregister. Einführung eines bundesweiten Strafverfahrensregisters. Intensivierung ("Verbesserung") des Informationsaustausches zwischen Verfassungsschutz, Polizei und Justiz.

- Weg von bereichsspezifischen Datenverarbeitungsgesetzen; "im Regelfall" Rückgriff auf die allgemeinen Formeln des Bundesdatenschutzes. Verhindert werden soll ein "Datenschutz als Täterschutz". Datenschutz muß abgewogen werden mit anderen, vorrangigen Interessen der Bürger und der Gemeinschaft. In diesem Fall "Schutz vor Kriminalität und Gewährleistung der Inneren Sicherheit".

- Einführung des Großen Lauschangriffs und mehr Möglichkeiten für Rasterfahndung und verdeckte Ermittler. (Erlaubnis "begrenzter milieubedingter Normverletzungen").

- Unter Beteiligung von Geheimdienstvertretern Einrichtung einer "Ständigen Arbeitsgruppe Organisierte Kriminalität". Einsatz des Verfassungsschutzes gegen Organisierte Kriminalität; der VS soll dabei mit "Partnerdiensten" zusammenarbeiten.

- Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft und EUROPOL mit exekutiven Befugnissen.

- Verstärkte Fahndung an Flughäfen. An der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze sollen intensiv technische Mittel eingesetzt werden.

3. Politik und Organisatorisches

- Verbote politischer Betätigung nicht nur gegen Einzelpersonen, sondern auch gegen "in- und ausländische extremistische Vereinigungen", die sich auch die Taten ihrer Mitglieder zurechnen lassen müssen.

- Erweiterung des Landfriedensbruchtatbestandes. (Regelung wie vor 1970: wer nach polizeilicher Aufforderung eine Ansammlung/Zusammenrottung nicht verläßt, macht sich schuldig.)

- Bundesweiter Aufbau polizeilicher Festnahme- und Beweiseinheiten. Sonderdezernate der Staatsanwaltschaft und Benennung spezieller Ermittlungsrichter gegen "Gewalttäter".

- Bildung "kommunaler Sicherheitsforen" mit Bürgerbeteiligung.

- Konzentration der Ermittlungskapazitäten auf Bereiche, "in denen kriminelle Delikte besonders häufig begangen werden"; Erhöhung der Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit.

In diesem Katalog sind die Dauerbrenner und Evergreens der Diskussion der letzten zehn Jahre zusammengefaßt. Aus den genannten Positionspapieren und der aktuellen politischen Debatte ergeben sich folgende Ergänzungen:

- Einsatz des BND gegen internationalen Terrorismus und organisierte Kriminalität.

- Bundesweite Beobachtung der PDS durch den VS.

- Begrenzte Demonstrationsverbote sollen im Versammlungsgesetz verankert werden.

- Verlängerung der Untersuchungshaft.

- "Reform" des Jugendstrafrechts, Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters.

(Zusammenstellung nach den entsprechenden Papieren und der Analyse von Hans Adolf in "Geheim" 2/93)

# 49. 55. Jahrestag der Reichs- pogromnacht

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:49

Die Landesvereinigung Hamburg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten ruft anläßlich des 55. Jahrestages der Reichpogromnacht zur Demonstration auf: "Mit größter Besorgnis sehen wir, wie maßgebliche Kräfte aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien ein Klima schaffen, das durch Nationalismus und Streben nach ‚einer neuen Rolle Deutschlands in der Welt` bestimmt ist."

Hamburger Kundgebung und Demonstration am 9. November 1993 um 16.30 Uhr vom Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof) aus über den Platz der jüdischen Deportierten zum Kriegsklotz am Stephansplatz.

# 50. Quelldatei chile.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/chile.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:chile

Vom IWF bis hin zu bundesdeutschen Banken gilt Chile als Modell für die gelungene Integration eines "Drittweltlandes" in die Weltwirtschaft. Die soziale Wirklichkeit Chiles bietet indes ein völlig anderes Bild. Nur ein knappes Drittel der ChilenInnen lebt unter sozial gesicherten Bedingungen, die Hälfte der Bevölkerung ist arm bis extrem arm. - Teil 2 der ak-Serie über die Entwicklung Chiles seit 1972

auf Seite 26

Nicaragua

Steht Nicaragua vor einem Bürgerkrieg? Auf diese Frage hin waren die weitaus meisten Berichte in der bundesdeutschen Presse über die Vorgänge in Nicaragua zugespitzt. Kaum beachtet wurden jedoch die Ursachen, auf Grund derer die sozialen Unruhen entstanden sind. Eine Analyse der rapiden Verarmung Nicaraguas und ein Gespräch über das Verhältnis von Demokratie und sozialer Frage mit William Ramírez Solórzano, Abgeordneter der FSLN in der nicaraguanischen Nationalversammlung auf Seite 24

Türkei

Die Türkei war 1992 das Land, in dem die meisten JournalistInnen ermordet wurden. Wir publizieren Gespräche mit den HerausgeberInnnen von "Özgür Gündem" und "Aydinlik" bzw. dem Chefredakteur von "Cumhuriyet", Tageszeitungen, die aus der - im weiteren Sinne - Linken hervorgegangen sind, über die Zielsetzung ihrer Organe, zu den (mörderischen) Angriffen auf die Pressefreiheit und über die dem zugrundeliegende Entwicklung. a uf Seite 29

# 51. Quelldatei dvu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/dvu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:dvu

Woher holen DVU und Republikaner ihre Stimmen? Dieser Frage gehen wir in einer Untersuchung des Ergebnisses der Hamburger Bürgerschaftswahlen nach. Dabei ergibt sich eine eindeutige Beziehung zwischen dem sozialen Status der WählerInnen und der mehr oder weniger ausgeprägten Neigung, rechtsextrem zu wählen. Dennoch stimmt die Gleichung "arm gleich rechts" keineswegs, auch nicht die These vom fehlgeleiteten sozialen Protest. Mehr auf

Seite 15

Und Woher kommen die Stimmen der GAL? Hierzu einige Anmerkungen auf Seite 16

Wir dokumentieren auszugsweise die Eckpunkte des Koalitions"angebots" der SPD an die GAL auf

Seite 16

# 52. Braunzonen der Anthroposophie

*Steiner, Weleda, Gamsachurdia*

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/eso.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:eso

"Ökofaschismus" - ein Dauerbrenner, solange es die grüne Bewegung in der BRD gibt. Gerade in der Gründungsphase der grünen Partei agierten Personen und Strömungen wie Herbert Gruhl oder der anthroposophisch orientierte "Achberger Kreis", denen zumindest eine geistige Verwandtschaft zu faschistischem Gedankengut bescheinigt werden konnte. Wenn entsprechenden Strömungen auch nachhaltiger Einfluß auf die politische Entwicklung der Grünen versagt blieb, so haben doch die dazugehörenden Gedankenkonglomerate ein nicht zu unterschätzendes Maß an Verbreitung unter ökologisch denkenden Menschen gefunden. Vorstellungen vom Einssein mit der Natur, von "Mutter Erde", Endzeit-, Erlösungs- und Wiedergeburtsphantasien finden angesichts der Kompliziertheit der realen Widersprüche ebenso ihre Anhänger wie Waldorf-Schulen und Naturprodukte aus dem Hause Weleda.

Unser Artikel plädiert trotzdem für eine differenzierte Beurteilung derartiger Ideologien. Am Beispiel der Anthroposophie, bei der es sich um ein ausgearbeitetes esoterisches System handelt, soll gezeigt werden, daß trotz der Affinität zu faschistischen Weltbildern eine entsprechende politische oder ideologische Nähe nicht automatisch vorhanden sein muß. Das Gegenteil kann ebenso möglich sein, wie ein Blick auf die inner-anthroposophische Debatte zeigt. Seite 35

# 53. Quelldatei kali.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/kali.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:kali

Bischofferode: Warten auf Godot?

Der Kampf der Bischofferoder Kumpels für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze mobilisierte - für deutsche Verhältnisse - überraschend viele UnterstützerInnen:

- An drei Aktionstagen beteiligten sich insgesamt ca. 20.000 Menschen, allerdings mit abnehmender Tendenz.

- In der BRD gibt es inzwischen rund 15 Solidaritäts-Komitees. 500.000 DM konnten zur Unterstützung des Widerstands gesammelt werden.

- An einem 460 km-Marsch nach Berlin nahmen auch viele Mitglieder anderer Gewrrkschaften teil. Zur Abschlußkundgebung am 18.9.1993 kamen einige tausend Menschen.

- Die symbolische Besetzung des Berliner Reichstages am letzten September-Wochenende, die vorläufig letzte Aktion, verschafften den Kumpels nochmals Öffentlichkeit durch die Presse.

Ihre Forderung nach Offenlegung des Fusionsvertrages zwischen der BASF-Tochter Kali und Salz AG und der Mitteldeutschen Kali AG (vgl. ak 357 vom 25.8.93) konnten sie jedoch auch damit nicht durchsetzen.

Die Luft, der lange Atem, scheint den Bischofferodern ausgegangen zu sein. Sie sehen sich einem übermächtigen Kartell von Bundesregierung, Treuhand, BASF, IG Bergbau und Energie, IG Chemie und SPD gegenüber. Dieses Bündnis will auf jeden Fall das BASF-Fusionskonzept durchsetzen. Immer wieder droht besonders die Kali und Salz AG, daß zusätzlich 7.500 Arbeitsplätze im Kali-Bereich wegfallen würden, wenn das Konzept nicht schleunigst umgesetzt wird.

Es ist den Bischofferodern und ihren UnterstützerInnen nicht gelungen, innerhalb der beiden "zuständigen" Gewerkschaften IG Bergbau und Energie sowie IG Chemie eine Stimmung gegen die Fusion zu erzeugen, im Gegenteil. Es gibt in beiden Gewerkschaften keinen nennenswerten Widerstand gegen deren Politik. Auf dem Kongreß der IGBE am 17. September in Chemnitz wurde Bischofferode nicht diskutiert. Vorrangiges Thema war die künftige Kartellgewerkschaft, der Zusammenschluß mit IG Chemie und IG Leder. In seiner Rede erklärte der Gewerkschaftsvorsitzende Berger, daß die IGBE zur Kali-Fusion stehe. Sein Rücktritt, wie ihn die Bischofferoder Kumpel fordern, ist für ihn natürlich kein Thema. Statt dessen gab es auf dem Kongreß Anstecker mit dem Motto "Arbeitsplätze erhalten - Kalifusion jetzt".

Daran änderte auch der offene Brief nichts, den die Bischofferoder an den Kongreß gerichtet hatten. Ihre Forderung war auch darin die Offenlegung des Fusionsvertrages. Zugleich klagten sie die IGBE an, daß diese sich nicht eigenständig um Informationen über den Standort Bischofferode gekümmert hat, sondern von Anfang an die Meinung der Kali und Salz AG übernommen und veröffentlicht hat.

Innerhalb der IG Chemie ist die Situation nicht viel anders. Betriebsrat und Vertrauensleute der BASF wurden in mehreren Sitzungen auf BASF-Linie eingeschworen. Auch hier gab es keine eigenen Recherchen. Informationsgrundlage waren Presseveröffentlichungen der Kali und Salz AG - und das ausschließlich.

Nachdem sich Berger (SPD-MdB und IGBE-Vorsitzender) und Rappe (SPD-MdB und IG Chemie-Vorsitzender für die Kali Fusion ausgesprochen hatten, stellte sich auch die SPD-Führung vorbehaltlos hinter das Fusionskonzept der BASF. Der SPD-Vorsitzende Scharping lud selektiv zu einem Gespräch über die Fusion ein. Erwünschte Teilnehmer waren die Betriebsräte der Kali und Salz AG sowie die Betriebsräte der Mitteldeutschen Kali AG, mit Ausnahme der Bischofferoder Betriebsräte. Dementsprechend befand der Kreis, daß der Fusionsvertrag seine Richtigkeit habe und auch kein Bedarf für dessen Offenlegung bestehe. Scharping erklärte, daß angesichts der Weltmarktkonkurrenz kein Weg an der Fusion vorbeiführe. Seine Haltung verwundert nicht, hat er doch schon oft bewiesen, daß er mit dem BASF-Vorstand in enger Verbindung steht. So hat er als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident die von seinem Vor-Vorgänger Kohl eingerichteten regelmäßigen Gesprächsrunden zwischen Landesregierung und BASF-Vorstand selbstverständlich weitergeführt.

Erschwerend für die Situation der Bischofferoder Bergarbeiter dürften auch die Auseinandersetzungen innerhalb der Betriebsrates der "Thomas-Müntzer-Grube" sein. Diese sind jedoch von außen schwer zu beurteilen. Nun hoffen die Kali-Kumpels, daß die EG-Kommission den Fusionsvertrag nicht genehmigen wird. Sie stützen sich dabei etwa auf Äußerungen des langjährigen Chefs des Bundeskartellamtes, Kartté, der öffentlich der Behauptung widersprach, die Thomas-Müntzer-Grube sei unrentabel. Außerdem unterstützt er die Absicht des Unternehmers Peine, der die Grube übernehmen will.

Bisher wurde von der EG-Kommission erst ein Vertrag im Zusammenhang mit der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft überprüft: Der Zusammenschluß der Mineralölgesellschaften ELF und MINOL. Dieser wurde in der ersten Prüfungsrunde ohne Bedenken genehmigt. Die Kali-Fusion ist dagegen viel problematischer. Die EG-Kommission befindet sich derzeit in der Ermittlungsphase was heißt, daß das BASF-Konzept die erste Hürde noch nicht genommen hat. Da das Verfahren am 16. Juli eröffnet wurde, ist damit zu rechnen, daß im Dezember die Entscheidung fällt. Ob der Vertrag mit Auflagen versehen wird, ob die Bischofferoder Grube aus dem Fusionsvertrag herausgenommen wird und was in diesem Fall passieren wird, ist offen. Genauso offen ist, ob bei einer Genehmigung durch die EG-Kommission den Kali-Kumpels eine weitere Steigerung ihres Kampfes gelingen wird.

jj.,so./Ludwigshafen

# 54. "Wir wollen alles!"

*Der Kapitalist als Fundi:*

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/kapital.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:kapital

Die Kampfparole ist in aller Munde: Der "Standort Deutschland" ist in Gefahr. Die Kündigung der Tarifverträge durch den Unternehmerverband Gesamtmetall sei ein "Notschrei aus der Krise", beteuern die notleidenden Kapitalisten. Schon vor Beginn der Tarifrunde wird die Sicherung der Realeinkommen für illusorisch erklärt. Die moderne und innovative IG Metall trägt den schweren Zeiten Rechnung und schlägt ein "Moratorium gegen Beschäftigungsabbau" vor: Sehen die Unternehmer von betriebsbedingten Kündigungen ab, verzichten die Kollegen auf Lohnerhöhungen. Doch die Kapitalisten haben schon dankend abgelehnt. Sie wollen alles: weniger Beschäftigte mit niedrigeren Löhnen und längeren Arbeitszeiten, letztere "flexibel".

Während das Heer der auf Dauer Erwerbslosen wächst, besitzen ein Prozent der Bevölkerung an der Spitze der Gesellschaftspyramide 23% des Gesamtvermögens der BRD. Ein Tatbestand, den der nach oben gleichmacherische Begriff der "Zwei-Drittel-Gesellschaft" verschleiert. Und der Raubzug für die Reichen geht weiter - auf Kosten der Armen wie der "Normalverdiener".

Daten und Fakten zur versuchten Wende in der Tarifpolitik und zur sozialen Wirklichkeit in der "Ein-Dreißigstel-Gesellschaft" ab Seite 12

# 55. Quelldatei somalia.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/somalia.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:somalia

Am Anfang sah alles so einfach aus. Die US-Truppen marschierten unter UN-Flagge in Somalia ein. Sie stießen auf keinerlei Gegenwehr, denn die staatliche Ordnung war längst zerstört und die verbliebenen militärischen Verbände konnte sich bei Strafe der Vernichtung keine offenen Schlacht mit den US-Verbänden leisten. Weltweit strahlen die Bilder von der "Friedenstruppe" aus. Es schien ein leichter Sieg zu sein. So stellten sich die imperialistischen Herren einen Krieg nach Regeln der neuen Weltordnung vor: sie kamen, ließen sich filmen, fanden keinen Gegner und zogen von dannen als humanitäre Helfer. Und mit ihnen die Trittbrettfahrer, die nun endlich auch wieder die militärische Lorbeeren gewinnen wollten.

Der Gegner erschien in der Propaganda nur als "Bandit". Aber mit Verwunderung mußte denn doch festgestellt werden, daß dieser Unterstützung im Land besaß. Die Weltorganisation gab einen Steckbrief zur Erfassung des Banditen heraus, die USA setzten ein Kopfgeld von sage und schreibe 25.000 US-Dollar zur Ergreifung aus, eine Summe für die in den USA nicht einmal ein Handtaschendieb gejagt wird.

Aber wieder einmal hatten sich die geirrt, die meinten, weil man mit Einsatz der Hochtechnologie einen Bombenkrieg gegen ein Land wie den Irak gewinnen kann, daß gleiche Bedingungen überall in der Welt bestehen würden. Die Nadelstiche einer kleinen politisch-militärischen Einheit in der Hauptstadt haben die Weltmacht zu brutalen Vergeltungsschlägen provoziert, mit dem Ergebnis, daß sie selbst am Pranger stand und jegliches Ansehen bei der Bevölkerung verspielte, in deren Interesse angeblich gehandelt wurde.

Wieder, wie schon im Krieg in Vietnam, wurde die Zivilbevölkerung Ziel und Opfer militärischer Angriffe, weil sie wie in Vietnam als Wasser für die Fische galt.

Letztlich reichte der Tod von zwölf US-amerikanischen Soldaten, um jetzt den Rückzug bekanntzugeben. Jetzt soll eine politische Lösung gesucht werden, an die vorher niemand mehr gedacht hatte, weil ja alles so einfach aussah. Jetzt werden auch die USA und die UNO einsehen müssen, daß für eine politische Lösung alle relevanten Kräfte des Landes einbezogen werden müssen. Dann wird die Frage sein, setzt man sich mit "Banditen" an einen Tisch oder wird diese unsinnige Propagandalüge aufgegeben.

Im folgenden setzt sich unser Autor mit einigen Aspekten der Zielsetzung dieser Militäraktion auseinander, die auch im Lager der Betreiber nicht unumstritten gewesen ist.

# 56. Verfassungswidrige Doppelbestrafung

*15 Jahre Haft für Ingrid Jakobsmeier*

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/stammh.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:stammh

Am Montag verurteilte das Oberlandesgericht Stuttgart die 39jährige Ingrid Jakobsmeier zu 15 Jahren Haft. Vorausgegangen war ein Prozeß, in dem das in der damaligen DDR festgenommene EX-RAF-Mitglied Henning Beer als Kronzeuge auftrat und sich mit seinen Aussagen gegen Ingrid Jakobsmeier Strafrabatt im eigenen Verfahren erdealte.

Ingrid Jakobsmeier, deren Entlassung nächste Woche nach neun Jahren Haft fällig gewesen wäre, soll jetzt weitere sechs Jahre im Knast bleiben. (Die bisherigen neun Jahre werden auf die neuen 15 Jahre angerechnet.)

Mit diesem Urteil wird sie zum zweiten Mal wegen ihrer angeblichen Beteiligung bzw. Mitwisserinnenschaft bei dem Sprengstoffanschlag auf den US-Militärflughafen in Ramsteim und dem fehlgeschlagenen Attentat auf Nato-General Kroesen bestraft.

In seiner mündlichen Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende Richter Kurt Breuker, daß von einer lebenslangen Haftstrafe abgesehen worden sei, weil sich Ingrid Jakobsmeier vom aktiven Kampf der RAF losgesagt habe. Offensichtlich machte es dem Gericht keinerlei Schwierigkeiten, daß Ingrid Jakobsmeier für genau diese Handlungen schon einmal vor Gericht gestanden hat, verurteilt worden ist und dafür neun Jahre im Knast gesessen hat.

Zu dem Problem der Kronzeugenaussagen und der verfassungswidrigen Doppelbestrafung im Prozeß gegen Ingrid Jakobsmeier schreibt Rolf Gössner auf Seite 9

# 57. Quelldatei su.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak359/su.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:359:su

Die Verfassungsorgane Parlament und Oberster Sowjet sind beseitigt worden, die internationale Staatengemeinschaft stellte sich hinter Jelzin. Welche Kräfte waren es, die das Weiße Haus besetzten, und welche Interessen standen hinter der blutigen Beendung des Putschversuchs? Wer hatte und wer hat nun die Macht in Rußland? Ist das von Jelzin für das Land angestrebte "Schockprogramm" nunmehr unausweichlich geworden?

Dazu in diesem ak:

l Eine Darstellung des Ablaufs der Ereignisse und der Folgen sowie ein Rückblick auf die Entwicklung Jelzins zum Alleinherrscher.

l Was hat es auf sich mit dem "rot-braunen" Bündnis? Teilnehmer und Absichten der Rechts-Links-Blockbildung.

l Jelzin als Verteidiger der Demokratie?

l Gespräche mit Boris Kagarlitzky, führendes Mitglied der "Partei der Arbeit" und Delegierter im Moskauer Stadtparlament bis zu dessen Auflösung Anfang Oktober, und mit dem Politologen Vadim Damier, Mitbegründer der ersten "Grünen Partei" in Moskau.

Seiten 3 bis 8